3,00 €
Januar/
Februar

1|13

Dossier Islam · Kultur · Politik

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Katajun Amirpur
Wolfgang Benz
Stefan Dorgerloh
Mouhanad Khorchide
Ulrich Krempel
und viele andere

Ländersachen
Pläne des neuen KMK-Präsidenten Stephan Dorgerloh sowie Perspektiven der Kulturpolitik in Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Seiten 4 und 5

Die wa(h)re Kunst
Darf Kunst Warencharakter haben? Muss sie es sogar? Verlieren wir dadurch das Wahre und Gute? Zum Strukturwandel im Kunstmarkt. Seiten 15 bis 23

Zeitungssterben
Die Medien und das Netz: Wohin entwickeln sich Fernsehen, Funk und Printmedien? Welche Rolle spielt das neue Urheberrecht? Seiten 24 und 25

Islam · Kultur · Politik
Vor zwei Jahren erschien das erste Dossier Islam · Kultur · Politik. Was hat sich in dieser Zeit getan, gibt es Fortschritte in der Annäherung? Seiten 1 bis 12

Mythos

Die Kulturpolitiker, egal welcher Partei sie auch immer angehören, sind eine verschworene Gemeinschaft, die sich untereinander einiger sind als mit ihren Parteifreunden außerhalb der kulturpolitischen Community. Die Interessenverbände der Künstler ziehen alle an derselben Seite des Strickes, wenn es um so wichtige Fragen geht wie das Urheberrecht oder die soziale Absicherung der Künstler. Alles nur ein Mythos? Ein Mythos, der auch deshalb aufrechterhalten wird, weil der Kulturbereich nichts mehr scheut als eine handfeste Auseinandersetzung über kulturpolitische und kulturwirtschaftliche Grundsatzfragen.

Wenn man einmal anfängt, an der schönen Fassade der Einigkeit ein bisschen herumzukratzen, wird schnell deutlich, dass hinter der vermeintlichen großen Eintracht oftmals nur große Sprachlosigkeit herrscht. Deutlich wurde diese zum Beispiel bei dem Kampf zwischen Clubbetreibern und GEMA. Aber auch bei so wichtigen Fragen, wie das Urheberrecht der digitalen Realität angepasst werden soll, herrscht zwischen den verschiedenen Kunstbereichen, der Kulturellen Bildung, der Laien - und Soziokultur mitnichten Harmonie. Dass alle im Kulturbereich für eine 1 : 1 Übernahme des Urheberrechtes aus der analogen in die digitalen Welt seien, ist eben genauso ein Mythos wie die Annahme, dass GEMA und die Clubbetreiber am selben Strick ziehen würden. Der Kulturbereich ist, glücklicherweise, zutiefst ausdifferenziert. Die Bedingungen, unter denen Künstler, Kultureinrichtungen und die Kulturwirtschaft arbeiten, unterscheiden sich von Genre zu Genre oftmals grundlegend. Viele Künstler und Kreative leben in ihrer eigenen Welt, die wenig Raum für das Interesse an anderen künstlerischen Welten lässt.

Aber in einer Zeit, in der die Verteilungskämpfe um das immer knapper werdende Geld im Kulturbereich immer stärker werden, ist es notwendig, sich der gemeinsamen Basis neu zu versichern. Deshalb muss um gemeinsame Positionen gerungen werden. Aber bevor man eine gemeinsame Position gefunden hat, ist es unabdingbar, die Unterschiede klar zu benennen. Worin unterscheidet sich die Kulturpolitik der SPD von der der Union oder der Grünen, welche Visionen haben der Arbeitgeberverband Deutscher Bühnenverein und die verschiedenen Theatergewerkschaften bei der zukünftigen Theaterfinanzierung wirklich?

Zuviel nur vorgespielte Harmonie schadet der Zukunftsfähigkeit. Deshalb lasst uns den Mythos der falschen Einigkeit begraben, lautstark und lustvoll um neue Positionen ringen, um dann, mit neuen zeitgemäßen Positionen, gemeinsam an einem Strick für die Kultur zu ziehen.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

© JEFF KOONS

Jeff Koons: Michael Jackson and Bubbles, 1988; porcelain; 106,7 x 179,1 x 82,6 cm

Ist das Kunst oder kann man das verkaufen?

Von Autoren, Agenten, Lesern und der Frage, was Kunst sein darf und soll

NINA GEORGE

Natürlich ist Literatur eine Ware: Wer einmal zur Frankfurter Buchmesse im Agentenzentrum war, fühlt sich an Schweinehälften-Auktionen erinnert. Oder an Simultan-Poker. In Halle 6.2 / LitAg summt die Luft vor halblauten Gesprächen, wenn an 400 Tischen 600 Agenten aus 32 Ländern Manuskripte und Übersetzungsrechte vermitteln. Im Halbstundentakt, 11.000 Besprechungen insgesamt, 55.000 bis 500.000 Projekte. Am Tag. Die Nächte an den Hotelbars sind noch spannender; aber das ist eine andere Geschichte.

Jeder Agent hat seine Masche; aber sie alle wissen, dass jeder gute Verleger an dem »Harry-Potter«-Syndrom leidet. Unter den 82.000 Neuerscheinungen (davon ca. 11.000 belletristische Titel), die jedes Jahr den deutschen Markt ersticken, das eine Buch zu entdecken. Eine zweite Funke, einen deutschen Coelho, davon träumen Gutenbergs Erben. Und für diesen Traum wurde der Gelddruck erfunden.

Shoppen gehen auf der Frankfurter Buchmesse

Als fleißigste Verkäufer von Literaturwaren gelten die Briten und Amerikaner, als kundige Einkäufer die Deutschen. »Wir gehen shoppen«, sagen deswegen auch die Programmleiter der Verlage, wenn sie zu den Terminen im LitAg-Center eilen, um sich Stoffe am laufenden Buchstaben-Meter anzuschauen. Der Zutritt wird übrigens nur Agenten, Scouts, sowie deren Geschäftspartnern gewährt; auch Autoren sind nur mit persönlicher Einladung erlaubt (vermutlich, um ihnen den Schweinehälftenschock zu ersparen). Ab und zu sieht man Menschen in der Cafeteria, die aus Rollkoffern Manuskripte ziehen, die niemand sehen will.

Im Agentenzentrum, hinter Sichtschutzwänden, wird seit 35 Jahren über die Buchsaison des nächsten Jahres entschieden. Dabei geht es in erster Linie um die Frage: Wie viele zahlende (!) Lesende findet dieses Werk? Vielleicht, bestimmt, wahrscheinlich? Danach richten sich Vorschüsse und Lizenzen. Aber um das zu beantworten, gilt es verdammt gut zu schätzen! In welchen Teilmarkt passt es, ist es für Leute, die Bücher lesen, die dem RTL-Programm ähneln, wer steht in dem Genre in Konkurrenz? Kann man das Manuskript mehr in Richtung Love & Landscape, Krimi oder Comedy anspitzen, oder ist das ein lektoratsresistenter Autor? Und wenn das Werk nur 2.000 Leute interessiert: Könnten wir einen Literatur-Preis gewinnen, einen Stern-Titel reißen, ist das Thema so stark (»Lyrik Gegen Rechts«), um unser Image zu polieren? Oder, wenn alles nix hilft: wenigstens das deutsche Föjton entzücken, das sich traditionell vom Millionenbeststeller abwendet, weil der irgendwie… tja. Wer weiß. Riecht?

Bis heute findet sich keine befriedigende Erklärung, warum unser Föjton so zitronenmäulig auf erfolgreiche Werke reagiert, wenn diese nicht in ein gewisses Raster passen. Ich vermute, es lautet: Ist das Kunst oder kann man das verkaufen?

Ja, zapperlot, fragt da meine innere Dichterjoppe, mit der ich das müffelnde »Kunst-Kommerz, E oder U«-Thema diskutiere: »Kann, darf Kunst sein, was sich verkaufen will?« Gegenfrage: Ist Kunst das, was sich nicht verkauft?! Was wie Blei in den Regalen liegt; wie das Gros der »Hochliteratur«, auch wenn sie noch so lieblich im Kanon der sechs stärksten Föjtons (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Spiegel, Literaturen, Süddeutsche Zeitung , Deutschlandradio, Brigitte) besungen wird?

Wer will schon für die Schublade schreiben?

Die Buchmacher haben sich angesichts der E-Arroganz arrangiert, mit dem Duo Bestsellerliste und Bestenliste. Die einen sind gut für die Kasse, die anderen für das Renommee. Häufig finanzieren die ersten diese von finnischen Zahnärzten verfassten Krimis und Wanderhuren-Klone, die zweiten die trostlosen Wenderomane, kreuzöd und mit Bandwurm-Thomas-Mann-Sätzen. Und ja, das ist eine Aufzählung gegenseitiger Vorurteile.
Auch Mozart und Michelangelo arbeiteten im Auftrag. Und ihre »Ware« ist unbestreitbar wahre Kunst! Sich verkaufen zu wollen ist kein belastbarer Beweis für eine Zweitklassigkeit des kreativen Schaffens.

Die Schlagwörter, die in der Bugwelle des Hohe Kunst- oder E-Begriffes auftauchen, wie »kompromisslos, kein Mainstream, gesellschaftspolitisch, unbequem, anspruchsvoll«, zeigen meines Erachtens nur EINE Facette der literarischen Künste – die des »Ich habe eine Botschaft!«-Autoren. Diese dem Ego und der »Selbstverwirklichung« recht nahe Kunst braucht

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 1/2013
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Mythos
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Ist das Kunst oder kann man das verkaufen?
Nina George 01

INLAND

Kulturelle Bildung vernetzen
Gabriele Schulz 02

Bürgerschaftliches Engagement ist kein Lückenbüßer
Olaf Zimmermann 03

Ein Mann für sechzehn Länder
Gabriele Schulz im Gespräch mit KMK-Präsident Stefan Dorgerloh 04

Kulturpolitik der Länder 05

Die Kunst des Bleibens
Wolf Schmidt 06

Kulturellen Reichtum bewahren
Hartmut Koschyk 06

Neue Trends, neue Konzepte, neue Geldquellen für die Kultur?
Elke Kamprad 07

Die Finanzkrise erreicht die Stiftungen
Hans Fleisch 08

EUROPA

»Act for culture, act for Europe!«
Andreas Kämpf 08

Das E-Book im Kontext Europa
Nicolas Georges 09

Lesen verbindet Nationen
Elisabeth Beyer 09

WEITE WELT

Türkische Spezialitäten
Dieter Sauter 10

Assimilation und das Recht auf x, w und q
Reinhard Baumgarten 10

KULTURELLE BILDUNG

Ein weithin sichtbares Zeichen für das (Vor-)Lesen
Jörg F. Maas 11

Auch Eltern sind Experten
Klaus-Jürgen Tillmann 12

KULTURELLES LEBEN

Vom Gemeinsamen im Verschiedenen
Tobias Zimmermann 12

Die Rote Liste 13

Musik sichtbar machen
Andreas Kolb 14

Die Nelke – 200 Jahre Grimms Märchen
Georg Ruppelt 14

Kulturmensch 14

WA(H)RE KUNST

Wa(h)re Kunst
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 15

Kunst: Die wahre Ware?
Ulrich Krempel 16

Die Chancen werden neu verteilt
Dirk Boll 16

Kommerz und Ausbeutung im Kunstbetrieb
Klaus Geldmacher 17

Was tun gegen Kunsträuber und -fälscher?
Andrea Wenger im Gespräch mit Kriminalhauptkommissar René Allonge 18

Kreativ-Campus Musik und Musikwirtschaft
Udo Dahmen 19

Ich fühle mich eher als Filmhandwerker
Gabriele Schulz im Gespräch mit dem Filmemacher Douglas Wolfsperger 20

Zwischen Kunst und Kommerz
Thomas Frickel 21

Ohne Agenten keine Erfolgsgeschichten
Gabriele Schulz im Gespräch mit der Literaturagentin Rebekka Göpfert 22

Die Künste, die Wilden und wir
Max Fuchs 23

MEDIEN

ARTE oder das Europa der Kultur
Véronique Cayla 24

ARD will mit ZDF Jugendkanal einrichten
Barbara Haack 24

Mommert meint 24

Print vor dem Aus?
Helmut Hartung 25

NETZKULTUR

Auf den letzten Drücker
Frank Simon-Ritz 25

WISSENSWERTES

Ein effizientes Erfolgsmodell
Rainer Fuchs 26

Blätterrauschen
Kulturaustausch 26

DOKUMENTATION

Überprüfung bestehener Rechtsvorschriften zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen
Stellungnahme des Deutschen Kulturrates 27

Orte für Kultur und Bildung: Appell zu deren Wertschätzung
Appell des Deutschen Kulturrates 27

Bürgerschaftliches Engagement ist kein Lückenbüßer
Resolution des Deutschen Kulturrates 27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 28

Kurznachrichten 28

DER AUSBLICK 2|13

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1.März 2013.
Der Schwerpunkt wird sich mit Initiativen aus Ländern und Kommunen zur Kulturentwicklungsplanung befassen. Zudem erscheint die zweite Ausgabe unserer Beilage Kultur bildet.

Fortsetzung von Seite 1

auch ein Publikum, um befriedigt zu sein – für die Schublade schreibt auch der E-Literat nur ungern. Im Föjton und einer kleinen Leserschar fühlt er sich »verstanden«, präsentiert seine Persönlichkeit und sein Werk als Einheit, macht Meinung und Politik.

Auf der anderen Seite ist er Geschichtenerzähler. Er hat die Fähigkeit, sein Ego zu vergessen und die Story für sich stehen zu lassen. Er geht Kompromisse ein, wenn sie die Geschichte besser machen, er hält Marktfähigkeit für Dienst am Leser, und er will es diesem bequem, spannend und sogar leicht machen. Er lässt seine Erzählung frei von Weltveränderungsdrang.

Das ist für mich eine ebenbürtige Klasse literarischer Kunst; sie degradiert zudem den Leser nicht zum Claquer eines Egos! Unterhaltungsliteratur ist eine soziale, wir-orientierte Form der Kunst; sie denkt nicht in »Was habe ICH zu sagen?«, sondern in »Wie sagt es die Geschichte am besten?« und mündet, dank der Dialogfähigkeit des Internets, in »Was sagt der Leser mir?«. Aus diesem Dialog entstehen häufig völlig neue Themen und Bücher!

P.S.: Natürlich ist das Buch auch in Frankfurt mehr als eine Ware: Verleger, Lektoren, sogar Agenten, sind in Wahrheit Zwitterwesen. Sie pokern vornerum um Schweinehälften aus Papier, drücken Vorschüsse, schielen auf erfolgsgewöhnte Namen – und hintenrum sind sie Leser, Verführbare, Literaturhörige, in deren Adern Druckerschwärze pumpt. Sie verlieben sich, trotz Kalkulation, in eine verrückte, in eine massensperrige Idee, oder in das charmante Riesenego eines Ich-habe-eine-Botschaft!-Autors mit Schachtelsatz-Fimmel. Oder in Lyrik. Oder in die Illusion, dass die Welt dringend einen Roman über die Vermessung von Gebirgen braucht. Manchmal klappt's. Manchmal nicht. Denn Bestseller sind nicht machbar; wer das glaubt, vergisst die unberechenbare Macht des Lesers, der sich letztlich an der Kasse nie nach Marketing-Tamtam oder Föjtonapplaus richtet – sondern nach seiner ganz und gar eigenen Leselust und momentanen Sehnsucht.

FOTO: MARION LOSSE

Nina George

Vor ihm, dem Leser, diesen unbekanntem Wesen mit millionenfachen, furchtbar flexiblen Vorlieben, da sind wir Schreibende alle gleich. In seiner, in ihrer Hand, verlässt das Buch den Weg als Handels-Ware. Im Geist, im Herz des Lesenden, verändert es seine Konsistenz; Gelesenes wird zu Bildern, Worten, Widersprüchen, Erinnerungen, Zärtlichkeit, Mut! – es wird zu einem Wert jenseits von Geld; es wird: Kunst.

Nina George ist Schriftstellerin

Kulturelle Bildung vernetzen

Konstituierende Sitzung des Arbeitskreises »Kultur bildet.« des Deutschen Kulturrates in Berlin

GABRIELE SCHULZ

Der Arbeitskreis »Kultur bildet.«, der Dialogplattform Kulturelle Bildung des Deutschen Kulturrates, hat sich am 27. November 2012 in Berlin konstituiert. Der Arbeitskreis »Kultur bildet.« ist das Fachgremium der Dialogplattform Kulturelle Bildung, einem auf vier Jahre angelegten Projekt des Deutschen Kulturrates, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird.

Im Arbeitskreis »Kultur bildet.« arbeiten Vertreter aus dem Kulturbereich, der Wissenschaft, den Migrantenorganisationen, den Stiftungen, der Gewerkschaften, der Freien Wohlfahrtspflege, den Religionsgemeinschaften, der Länder, der Kommunen und dem Bund zusammen, um den Austausch über die Fach- und Verbandsgrenzen zur kulturellen Bildung zu intensivieren und gemeinsam nach Strategien zur verbesserten Verankerung der kulturellen Bildung zu entwickeln. Der Arbeitskreis »Kultur bildet.« legt seine Themen eigenständig und debattiert sie untereinander.

In der konstituierenden Sitzung wurde ein breites Tableau an gemeinsamen Themen entwickelt. Die Mitglieder des Arbeitskreises benannten die Themen, die ihnen besonders wichtig sind oder an denen sie derzeit arbeiten. Hierbei zeigte sich ein breites Spektrum an Fragestellungen. Als ein roter Faden zog sich durch alle Beiträge die Frage der Teilhabe an kultureller Bildung. Die breitere Teilhabe an den verschiedenen Formen kultureller Bildung zu ermöglichen, wurde als eine herausragende gesellschaftliche Aufgabe identifiziert, die alle Akteure betrifft. Besonders wichtig war es Mitgliedern des Arbeitskreis »Kultur bildet.« zu unterstreichen, dass kulturelle Bildung alle Bevölkerungs- und Altersgruppen erreichen sollte. In der nächsten Sitzung im Frühjahr 2013 soll das Thema vertieft werden.

Breitere Teilhabe an der kulturellen Bildung ermöglichen

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

(v.l.n.r.): Thomas Rietschel, Christian Höppner, Andrea Schwermer, Gerd Taube, Kenan Küçük, Hans-Peter Bergner,Sebastian Saad,Dorothee Harenberg, Monika Bürvenich, Mareike Schams, Jaenette Klauza, Athena Leotsakou, Max Fuchs,Karin Kaltenbach, Winfried Kneip, Olaf Zimmermann, Axel Ayyub Köhler, Gabriele Schulz, Andrea Wenger

Bürgerschaftliches Engagement ist kein Lückenbüßer

Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung in der Engagementförderung?

OLAF ZIMMERMANN

Ende des Jahres 2012 legte die Regierungskoalition den Gesetzesentwurf für das »Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz« vor. Allein dieses Wortungetüm wirft die Frage auf, wo Bürokratie ist und was entbürokratisiert werden sollte. Am 10. Dezember 2012 führte der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages eine öffentliche Anhörung zu diesem Vorhaben durch. Im Kern geht es im Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz um durchweg sinnvolle Verbesserungen für bürgerschaftlich Engagierte, die auch im Kulturbereich auf eine positive Resonanz stoßen. So sind beispielsweise Veränderungen im Haftungsrecht für Vorstände geplant. Die zivilrechtliche Haftung von Vorstandsmitgliedern in Vereinen und Stiftungen soll auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit begrenzt werden. Voraussetzung hierfür soll sein, dass deren Vergütung nicht mehr als 720 Euro im Jahr betragen darf.

Die sogenannte Übungsleiterpauschale soll von 2.100 Euro/Jahr auf 2.400 Euro/Jahr angehoben werden. Von dieser Anhebung werden ehrenamtliche Übungsleiter oder Betreuer profitieren, die eine Entschädigung in der genannten Höhe erhalten. Ebenso soll die Ehrenamtspauschale von 500 Euro/Jahr auf 750 Euro/Jahr erhöht werden. Bei der Ehrenamtspauschale handelt es sich um einen Pauschalbetrag, der ohne die Vorlage von Belegen von ehrenamtlichen Funktionsträgern bei der Steuererklärung geltend gemacht werden kann. Bürgerschaftlich Engagierte, die eine Zahlung im Rahmen der Übungsleiter- oder ehrenamtlichen Tätigkeit erhalten, brauchen bis zu diesen Summen keine Sozialversicherungsbeiträge oder Steuern ans Finanzamt abführen.

Positiv ist auch, dass künftig die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen oder Stiftungen durch einen Verwaltungsakt erfolgen soll, wenn ihre Satzung den Vorgaben der Abgabenordnung entspricht. Damit sollen die bisherigen vorläufigen Bescheinigungen ersetzt und endlich mehr Rechtssicherheit geschaffen werden. Diese Veränderung ist besonders für neu gegründete Vereine wichtig, die beispielsweise ihren Etat durch Spenden aufstocken wollen. Ferner soll der Zeitraum der zeitnahen Mittelverwendung um ein Jahr verlängert werden. Dieses stellt für gemeinnützige Organisationen eine deutliche Verbesserung dar. Ebenso wie die geplante Flexibilisierung der Rücklagenbildung.

Diese positiven Ansätze im Steuerrecht werden durch die im Anhang zum Gesetzesentwurf angefügte Begründung geradezu konterkariert. Dort heißt es: »In Zeiten knapper öffentlicher Kassen gewinnt die Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft an Bedeutung, denn die öffentliche Hand wird sich wegen der unumgänglichen Haushaltskonsolidierung auf ihre unabweisbar notwendigen Aufgaben konzentrieren müssen. Es ist daher notwendig, Anreize für die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement zu stärken und bestehende Hindernisse bei der Ausübung gemeinnütziger Tätigkeiten abzubauen.«

Diese Begründung heißt im Klartext, dass bürgerschaftlich Engagierte zu Lückenbüßern wegfallender staatlicher Leistungen degradiert werden sollen. Eine solche Sichtweise widerspricht im Kern dem Bürgerschaftlichen Engagement, das durch ein hohes Maß an Selbstermächtigung und Freiwilligkeit geprägt ist. Bürgerschaftlich Engagierte sollen und wollen nicht für mangelnde staatliche Unterstützung einspringen, sondern aktive Partner in der Gestaltung der Gesellschaft sein. Bürgerschaftliches Engagement kann sich auch gegen staatliches Handeln wenden. Beispielhaft dafür sind in der jüngsten Zeit Aktivitäten von Bürgerinitiativen gegen »Stuttgart 21« oder die Castor-Transporte. Bedenklich war in den letzten Jahren, dass Politiker immer wieder versuchten, Bürgerinitiativen, die in politischen Auseinandersetzungen aktiv waren, den Status als gemeinnütziger Verein aberkennen zu lassen, so als würde die Anerkennung der Gemeinnützigkeit politische Willfährigkeit voraussetzen. Aber auch ein weniger politisch motiviertes Bürgerschaftliches Engagement erfolgt in der Regel nicht, um staatliche Haushaltsengpässe auszugleichen, sondern um etwas Eigenes, Zusätzliches auf den Weg zu bringen. Derzeit ist es schwierig einzuschätzen, ob die Gesetzesbegründung beim »Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz« einfach ein Versehen war oder ob aus ihr eine neue, gefährliche Strategie zum Bürgerschaftlichen Engagement der Bundesregierung erkennbar wird.

Gesetzesbegründung konterkariert positive Ansätze

Dass es sich um eine neue politische Strategie der Bundesregierung handeln könnte, wird durch die Aktivitäten des für Fragen des Bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesregierung verantwortlichen Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bekräftigt. Durch den plötzlichen Wegfall der Wehrpflicht wurde das Ministerium unter Zugzwang gesetzt, weil ohne verpflichtenden Wehrdienst auch kein verpflichtender Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer, also der Zivildienst, zulässig war. Aus dem verpflichtenden Zivildienst wurde dann der freiwillige Bundesfreiwilligendienst. Das Auslaufen des Zivildienstes Ende 2011 hätte eigentlich folgerichtig zum Schließen des Bundesamtes für den Zivildienst führen müssen. Aber die Bundesregierung hat das Bundesamt einfach ungerührt weitergeführt. Es drängt sich der Verdacht auf, dass »auf Teufel komm raus« neue Aufgaben für das nun umetikettierte Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben gesucht werden. Dieses ist an sich schon schlimm genug. Dass dabei der Kern des bürgerschaftlichen Engagements, nämlich seine zivilgesellschaftliche Verortung, auf's Spiel gesetzt wird, macht die Sache noch schlimmer. Es stellt sich die Frage, wer eigentlich für das Bürgerschaftliche Engagement zuständig ist: der Staat oder die Zivilgesellschaft. Es ist daher zurzeit unklar, welche Strategie die Bundesregierung in der Engagementförderung eigentlich verfolgt. Geht es ihr um die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Vereine und Stiftungen –was zu begrüßen ist? Um die Stärkung der Bürgergesellschaft – was derzeit noch nicht einmal in Ansätzen zu erkennen ist? Oder vielleicht wirklich darum, Lückenbüßer für hauptamtliche, bislang mit öffentlichen Mitteln geförderte Mitarbeiter zu finden und dafür das Bürgerschaftliche Engagement als billigen Arbeitskräftepool zu missbrauchen?

Anfang des Jahres 2013 finden die Ausschussberatungen zum Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz statt. Die Bundesregierung wird dann die Gelegenheit haben, eine neue Begründung für das an sich positive Gesetz mit dem unaussprechlichen Namen vorzulegen, wenn sie denn will.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und gehörte der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« an, die vor zehn Jahren ihren Abschlussbericht vorgelegt hat

Ein Mann für sechzehn Länder

Gabriele Schulz im Gespräch mit KMK-Präsident Stephan Dorgerloh

Ab Januar 2013 hat der Kultusminister von Sachsen-Anhalt Stephan Dorgerloh turnusgemäß die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) inne. Politik & Kultur fragte den neuen KMK-Präsidenten nach den Schwerpunkten, die er in seiner Amtszeit setzen will.

Herr Minister, Sie sind seit Januar Präsident der KMK. Nach Ties Rabe, einem Bildungsminister, werden Sie ein Präsident sein, der beide Säulen der KMK, Bildung und Kultur, in seinem Ressort, einem klassischen Kultusministerium, vertritt. Welche Akzente wollen Sie setzen?
Ein wichtiges Thema, das uns weiter beschäftigen wird und bei dem wir gleich zu Beginn des Jahres einen Akzent setzen wollen, ist die kulturelle Bildung. Der Nationale Bildungsbericht, der von der KMK und dem Bundesforschungsministerium gemeinsam herausgegeben wird, hatte im letzten Jahr den Schwerpunkt kulturelle, musisch-ästhetische Bildung im Lebenslauf. Wir wollen am Thema dranbleiben und überlegen, was wir aus dem Bildungsbericht lernen können, was wir weiter vertiefen und vor allem wie wir kulturelle Bildung noch stärker in der Bildungs- und Kulturlandschaft verankern können. Konkret werden wir Ende Januar hierzu gemeinsam mit der Stiftung Mercator eine Fachtagung ausrichten und den Dialog fortsetzen.

Können Sie schon etwas zu der Tagung verraten? Wird es in erster Linie eine Auseinandersetzung mit den Forschungsergebnissen des Bildungsberichts sein oder wird auch die Frage behandelt werden, welche Initiativen in den verschiedenen Ländern bereits ergriffen wurden?
Beides wird zu seinem Recht kommen. Es geht zum einen darum, die Forschungsergebnisse aus dem Bildungsbericht zu reflektieren, zum anderen sollen aber auch gelungene Praxisbeispiele nicht zu kurz kommen. Für ein wichtiges Projekt halte ich zum Beispiel den »Marktplatz Kultur, Schule und Wirtschaft«, der im vergangenen Jahr als Pilotprojekt der Kulturstiftung der Länder in Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt gestartet wurde. Hier sind mit sehr geringem bürokratischen Aufwand und minimalen Kosten viele Kooperationsprojekte zwischen Schulen, Kulturschaffenden und Wirtschaftsunternehmen vor Ort entstanden. Dieses Projekt soll nach dem erfolgreichen Start nun auf andere Bundesländer ausgedehnt werden.

Neben kultureller Bildung, einem unbestritten sehr wichtigen kultur- und bildungspolitischen Thema – welche Fragestellungen haben Sie noch in Ihrem Portefeuille für Ihre KMK-Präsidentschaft?
Ich denke, es wird eine spannende Zeit schon wegen der Bundestagswahl. Ich bin neugierig, wie sich die Parteien zum Thema Kulturpolitik positionieren werden. Und ich vermute, dass in diesem Zusammenhang erneut die Frage nach der Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz aufgeworfen wird. Diese Forderung steht nach wie vor und zu Recht im Raum und ich bin gespannt, wie wir dieses Thema dann in der KMK diskutieren und unter Umständen uns dazu auch positionieren.

Verstehe ich Sie richtig, dass Sie den Diskussionsprozess um das Staatsziel Kultur auch in die KMK hineintragen wollen?
Zunächst möchte ich betonen, dass die KMK-Präsidentschaft sich dadurch auszeichnet, dass es hier nicht um Einzelinteressen eines Präsidenten geht. Als KMK-Präsident werde ich die Gesamtheit der 16 Länder nach außen vertreten und nach innen leiten. Natürlich kann jeder Minister Themen hineintragen oder auch Themen verstärken. Aber zentral ist das Miteinander der 16 Ministerinnen und Minister. Gleichwohl kann ich mir vorstellen, dass es bei einer Diskussion zum Staatsziel Kultur auch Diskussionen in der KMK geben wird.

Kommen wir zurück auf Ihre kulturpolitischen Akzente. Wenn ich mir die Diskussionen innerhalb der Länder ansehe, gibt es nach meinem Eindruck in verschiedenen Ländern Ansätze zu einer Kulturentwicklungsplanung. Jedes Land geht seinen eigenen Weg, aber in der Gesamtheit kann von einem Reflektionsprozess über die Kulturpolitik gesprochen werden. Sehen Sie das auch so? Und ist dies ein Thema in der KMK?
Ich teile Ihre Beobachtung, dass in einigen Bundesländern dieser Prozess stattfindet, und ich habe den Eindruck, dass es hieran ein wachsendes Interesse gibt. Das zeigen die Gespräche, die ich bislang mit den Kollegen führen konnte. So sind z.B. in Mecklenburg-Vorpommern, in Thüringen, in Niedersachsen oder auch in Sachsen-Anhalt die Dinge in Bewegung. Diese Fragen sollen Thema beim traditionellen Kamingespräch des Präsidiums der KMK mit Vertretern der Kultur sein. Letztlich befassen sich derzeit viele mit diesem Thema und ich kann mir gut vorstellen, dass ein wechselseitiges Interesse besteht, zu erfahren, welche Erfahrungen z.B. mit externen Beratungen gesammelt werden, mit Diskussionsprozessen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft im Konvent, mit Regionalkonferenzen oder ganz anderen Wegen.

FOTO: KULTUSMINISTERIUM SACHSEN-ANHALT

Bei der Haushaltsdebatte zum Bundeskulturhaushalt 2013 wurde von der Regierungskoalition noch einmal hervorgehoben, dass der Bundeskulturetat erneut steigen wird und dieses ein Vorbild für die Länder sein soll. Wie sehen Sie das? Ist es ein Vorbild oder auch eine Art von Bedrohung für die Länderminister, die mit keinen Etatsteigerungen aufwarten können?
Erst einmal freue ich mich, dass der Bund seine nationale Verantwortung erkennt und auch wahrnimmt, indem er für die überregional bedeutsame Kultur Mittel zur Verfügung stellt. Nicht zuletzt entstehen durch Kulturförderung viele wirtschaftliche Effekte, an denen gerade auch der Bund über Steuereinnahmen partizipiert. Es stehen einige internationale Jubiläen an wie z.B. das Reformationsjubiläum 2017 oder 100 Jahre Bauhaus im Jahr 2019. Diese Ereignisse sind ganz klar auch von nationaler Bedeutung und rechtfertigen eine Bundesförderung. Gleiches gilt meines Erachtens auch für die UNESCO-Welterbestätten, die dringend die Hilfe des Bundes, der EU und der Länder brauchen. Ohne BKM-Förderung wäre vieles von den Ländern kaum zu bewältigen. Dafür gibt es eine große Dankbarkeit. Von zentraler Bedeutung ist, dass die Bundesförderungen mit den Ländern gut abgesprochen sind und mit deren kulturpolitischen Strategien zusammenpassen.

Sehen Sie da sozusagen noch einen stärkeren Abstimmungsbedarf oder sind Sie zufrieden mit dem, wie es läuft?
Der Dialog mit den Ländern besteht. Nichtsdestotrotz gibt es weiteren Abstimmungsbedarf und z.B. hinsichtlich der Welterbestätten auch offene Wünsche. Verlässliche institutionelle Förderungen sind da ebenso nötig wie eine partnerschaftliche Trägerschaft bei steigenden Betriebskosten. Ich erlebe das BKM da als ansprechbaren und dialogbereiten Partner.

Eingangs haben Sie die kulturelle Bildung als ein zentrales kultur- und bildungspolitisches Handlungsfeld angesprochen. Das Bundesbildungsministerium hat mit »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« ein sehr gut ausgestat tetes Programm aufgelegt. Im letzten Jahr wurde bei einer Anhörung des Kulturausschusses im Deutschen Bundestag kritisch angemerkt, dass die Länder nicht beteiligt wurden und die Mittel über Bundesverbände vergeben werden. Teilen Sie diese Kritik?
Meines Erachtens kommt es auch hier auf das Miteinander an. Wir brauchen die Vereine und Verbände, denn sie erreichen mit ihren Strukturen Menschen und Einrichtungen vor Ort. Sie sind letztlich diejenigen, die in der kulturellen Bildung praktisch tätig sind und: Sie verfügen über die Strategien und Innovationen, damit das Geld gut eingesetzt werden kann und Früchte trägt. Auf der anderen Seite kann ich nur wiederholen, dass es gut ist, die Länder bei solchen Vorhaben zu beteiligen. Dann können gemeinsame Strategien entwickelt und vor allen Dingen von Anfang an überlegt werden, wie es weitergeht, wenn die Bundesförderung ausläuft oder zurückgefahren wird. Hier wäre es gut, gleich zu Beginn solche Strukturen aufzubauen und zu etablieren bzw. Impulse zu setzen, die weiterwirken. Das geht am Besten im Zusammenwirken mit den Ländern, der Zivilgesellschaft und nicht zu vergessen mit den Kommunen.

Der Bund musste letztlich diesen Weg gehen, weil ihm seit der Föderalismusreform II das Kooperationsverbot enge Fesseln bei der Förderung auferlegt. Sehen Sie eigentlich den Bedarf, dass noch einmal diskutiert wird, ob seinerzeit getroffene Regelungen tatsächlich so wegweisend waren?
Es gibt derzeit zu Recht eine Debatte zur Änderung des Kooperationsverbots. Im Bildungsbereich existiert eine Reihe von Aufgaben, die über den engen Begriff von Schule, wie er durch die Väter des Grundgesetzes geprägt wurde, hinausgehen. Deutschland hat z.B. die Behindertenrechtskonvention der UN ratifiziert und steht jetzt in der Pflicht, sie auch umzusetzen.
Die Länder machen dies ebenfalls, benötigen für den Ausbau der inklusiven Schule aber eine Unterstützung des Bundes. Denn schließlich geht es dabei sowohl um eine inhaltliche und personelle, wie auch bauliche Veränderung von Schulen. Oder denken Sie an den Ausbau von Ganztagsschulen, der längst noch nicht abgeschlossen ist. Oder an die stärkere sozialräumliche Öffnung von Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten oder Schulen. Das sind alles Fragen, die ganz Deutschland und nicht nur einzelne Länder betreffen. Fragen der Bildungsgerechtigkeit oder auch des Gemeinwohls machen nicht an Zuständigkeitsgrenzen halt, sondern sind Zukunftsfragen unserer Republik. Ob Grundgesetzänderung, Staatsverträge oder Anteile an Steuereinnahmen – es gibt unterschiedliche Ideen, wie man hier zu Lösungen kommen könnte. Wichtig ist, dass wir bald eine mehrheitsfähige Lösung finden.

Könnten Sie sich bei interessanten Aufgaben auch eine Föderalismusreform III vorstellen?
Vielleicht geht es ja auch eine Nummer kleiner – aber dafür vorwärts. Ich hoffe, dass wir zusammen mit der Bundesforschungsministerin Wege finden, um die zentralen Fragen zu lösen. Hierzu sind zwar noch einige Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die aber mit Blick auf die Kinder überwunden werden sollten.

Herr Minister, haben Sie herzlichen Dank für das Gespräch.

Stephan Dorgerloh ist Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt und im Jahr 2013 Präsident der Kultusministerkonferenz.
Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V.

Die BKJ vertritt als Dachverband von 55 Bundes- und Landesdachverbänden der Kulturellen Bildung die jugend-, bildungs- und kulturpolitischen Interessen der Kulturellen Bildung.
Zum 1. Januar 2014 sucht sie

eine/n Geschäftsführer/in.

Zu den Aufgaben gehören: Leitung der Geschäftsstellen, Steuerung der Dachverbands-Aktivitäten, Weiterentwicklung des Verbandsprofils, jugend-, kultur- und bildungspolitische Konzeptentwicklung, Interessenvertretung und Politikberatung, Beratung und Unterstützung der Mitgliedsorganisationen, Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Vorstand, Personal- und Finanzverantwortung.

Die Bezahlung ist angelehnt an TVÖD 14.
Bitte senden Sie Ihre Bewerbung
bis zum 31. Januar 2013 an
geschaeftsfuehrung@bkj.de.

Das vollständige Stellenprofil finden Sie unter „Jobs“ auf unserer Website www.bkj.de.

FOTOS: SPOORENDONK: LARS SALOMONSEN / VON SCHORLEMER: STEPHAN FLOSS / MATSCHIE: URBAN

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein

Sabine von Schorlemer, Staatsministerin für Wissenschaft und Kultur des Freistaats Sachsen

Christoph Matschie, Thüringer Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Kulturpolitik der Länder

Neue Impulse

ANKE SPOORENDONK

Schleswig-Holstein besitzt eine facettenreiche und hochwertige Kulturlandschaft. Die Brückenfunktion des Landes nach Skandinavien und in den Ostseeraum prägt unseren Norden kulturell, vom Wikingererbe in Haithabu über das Hanse-Vermächtnis in Lübeck, die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen auf Schloss Gottorf oder die Ars Baltica bis hin zum Schleswig-Holstein Musik-Festival. Dieses reiche kulturelle Erbe und das damit verknüpfte Kulturleben gilt es zu bewahren und durch Impulse fortzuentwickeln. Die Landesregierung will bei mehr jungen Menschen das Verständnis für Kultur erwecken und das Angebot einer kulturellen Bildung für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen ausweiten.

Im Dialog mit allen Beteiligten wollen wir Kulturperspektiven 2020 für Schleswig-Holstein erarbeiten, in denen auf der Basis einer guten Infrastruktur die Kulturlandschaft wachsen und gedeihen kann. Zu diesen Grundlagen gehören die Bibliotheken ebenso wie die Theater, Museen, Soziokulturellen Zentren und Bildungsstätten. Sie bilden das Gerüst, an dem sich Vereine, Schulen, Theatergruppen, Chöre und andere orientieren und vernetzen können.

In diesem Kontext ist auch das geplante Bibliotheksgesetz zu sehen. Bibliotheken und Büchereien sind als Vermittlungsorte ein unverzichtbarer Bestandteil der kulturellen Infrastruktur, die flächendeckend erhalten werden muss. Ein Theaterkonzept soll die vielfältige Theaterlandschaft, die landesweit gut aufgestellt ist, zukunftsfähig machen.

Die konzeptionelle Förderung der Gedenkstättenarbeit ist ein weiterer Schwerpunkt. Nur eine Kultur, die sich ihrer Vergangenheit bewusst ist, kann eine Zukunft entwickeln.

Ein kulturpolitisch sensibles Vorhaben ist die Neu-Justierung des Denkmalschutzgesetzes. Hier ist ein Mehr an Definitionsklarheit erforderlich. Für den Erhalt des kulturellen Erbes ist ein funktionierendes Denkmalschutzgesetz, das die kulturellen Belange angemessen berücksichtigt, ein entscheidender Baustein. Als wichtige Querschnittsaufgabe will das Land zudem die komplexen Bereiche Kulturtourismus sowie Kultur- und Kreativwirtschaft gezielt fördern. Für das Tourismusland Schleswig-Holstein sind exzellente Kulturangebote ein harter und bedeutender Standortfaktor. Wie in anderen Bundesländern auch, sind die Herausforderungen groß. Schleswig-Holstein ist aber in der glücklichen Lage, eine vielseitige und engagierte Kulturszene zu haben, die die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft fest im Blick hat.

Spitze und Breite

SABINE VON SCHORLEMER

Der Freistaat Sachsen ist ein Kulturland von nationalem und internationalem Rang. Kulturpolitik impliziert sowohl Bewahrung des reichen kulturellen Erbes als auch Raum schaffen für eine kreative kulturelle Infrastruktur. Der neue Doppelhaushalt 2013/2014 trägt mit einem Aufwuchs von fast 10 Millionen Euro im Kulturbereich eine erkennbar kulturpolitische Handschrift. Die Förderung von Spitzeneinrichtungen und der Erhalt der kulturellen Vielfalt in den Regionen finden dabei gleichermaßen Beachtung. So werden die Sächsische Staatsoper, die Staatskapelle und das Staatsschauspiel weiterhin auf hohem Niveau unterstützt. Zukunftsorientierung verspricht auch der Gang durch 300.000 Jahre regionale Kulturgeschichte, die ab Anfang 2014 im neuen Staatlichen Museum für Archäologie Chemnitz zugänglich sein wird.

Die Notwendigkeit einer von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragenen Gedenkkultur hat in dieser Legislaturperiode ebenfalls große Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In einem erfreulichen Konsultationsprozess mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen und Verbänden konnte aus der Mitte des Sächsischen Landtages ein Novellierungsbeschluss zum Sächsischen Gedenkstättengesetz erreicht werden, der die künftige Mitwirkung aller Opferverbände und Gedenkstätteninitiativen in einem neuen Rechtsrahmen einvernehmlich garantiert. Entsprechende Aufwüchse im Haushalt machen auch eine weitere gedeihliche Entwicklung der Arbeit der Gedenkstättenstiftung möglich. Der Freistaat Sachsen verfügt mit dem Kulturraumgesetz über ein einzigartiges Instrument, um Kulturförderung in der Breite zu ermöglichen. Zum Sockelbetrag von 86,7 Millionen Euro jährlich erhalten die Kulturräume nun weitere 2,5 Millionen Euro für notwendige Investitionen.

Der Zusammenhang von Kreativität und Innovation, verbunden mit Kunst und Kultur, aber auch Wirtschaft und Wissenschaft im Freistaat Sachsen kommt besonders im Bereich der Industriekultur zur Geltung. Im Jahr 2012 wurde dafür eine Koordinierungsstelle für Industriekultur eingerichtet, um diese wichtige Ressource für die kulturelle und wirtschaftliche Landesentwicklung des Freistaates Sachsen in den kommenden Jahren auch landesweit noch besser zu aktivieren. Mit jährlich 2,9 Millionen Euro wurden die Mittel für die Industriekultur insgesamt noch einmal deutlich erhöht. Das eröffnet die Möglichkeit, dieses Erbe noch stärker im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern. Zudem wird sich auch die nächste Sächsische Landesausstellung dem Thema Industriekultur widmen.

Die Hefe im Teig

CHRISTOPH MATSCHIE

Wer in Thüringen auf kulturelle Spurensuche geht, dem begegnen große Namen und Themen: Kernland der Reformation, in dem Luther lebte und studierte, das Zentrum der deutschen Klassik, die Wiege des Bauhauses, um nur einige Beispiele zu nennen. Thüringen steht für Aufbrüche, die von der Reformation bis zur Moderne reichen, von der Aufklärung bis hin zur Arbeiterbewegung, die in Eisenach und Gotha wertvolle Traditionsstätten besitzt. Mit einem Wort: Kaum etwas anderes prägt Thüringen so wie seine Kultur. Sie begegnet uns auf Schritt und Tritt. Diesen Schatz will ich bewahren und mehren.

Ich habe daher gleich zu Beginn meiner Amtszeit einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Es geht nicht mehr um die Frage, wie viel Kultur sich Thüringen angesichts knapper Kassen noch leisten kann. Wir fragen: Was kann die Kultur für Thüringen leisten? Das ist sehr viel.

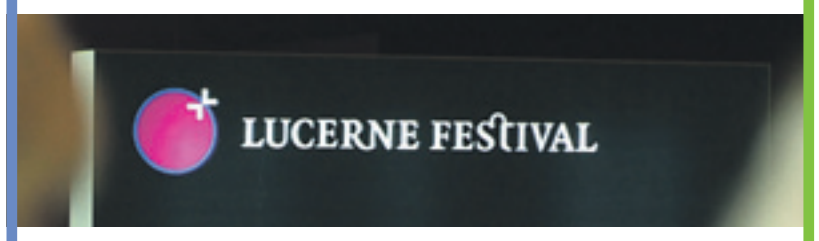
Als erstes Bundesland hat sich Thüringen im vergangenen Jahr ein Leitbild Kultur gegeben. Darin haben wir Grundsätze zur Rolle der Kultur, zu ihren Werten und Zielen formuliert. Es war die Basis für unser Kulturkonzept, das wir im Dialog mit Kulturverantwortlichen, Verbänden und Kommunen erarbeitet und vor kurzem vorgestellt haben. Es enthält eine Bestandsaufnahme der kulturellen Angebote in Thüringen und zeigt die Perspektiven für die kommenden Jahre auf.

Unseren Worten lassen wir Taten folgen. Zu Beginn dieser Legislatur lagen die gesamten Ausgaben des Landes für die Kultur bei 122 Millionen Euro. Der Haushaltsplan der Landesregierung für 2014 sieht 155 Millionen Euro vor. Ein Viertel mehr! Es ist gut angelegtes Geld. Damit sichern wir zum Beispiel unsere Theater- und Orchester, geben den Ensembles Raum für die Entfaltung ihrer Kreativität. Die Mittel für die Museen steigen. Wir planen zu herausragenden Jubiläen Themenjahre, so 500 Jahre Reformation 2017 und 100 Jahre Bauhaus 2019. Thüringen reicht mit dem mittelalterlichen jüdischen Erbe Erfurts sowie der KZ-Gedenkstätte Buchenwald zwei neue Anträge auf Aufnahme in das UNESCO-Weltkulturerbe ein. Die Liste unserer Aktivitäten ist lang.

Mit all dem zeigt Thüringen: Kultur ist nicht etwas, das wir uns nur leisten wollen, wenn alle anderen Rechnungen bezahlt sind. Sondern Kultur ist für uns unersetzbar. Sie schafft Neues, eröffnet Spielräume, ist Identität, Aufbruch und Wirtschaftsfaktor, weckt Neugier und bringt Menschen in den Dialog. Mit einem Wort: Kultur ist nicht das Sahnehäubchen auf der Torte, sondern die Hefe im Teig. Kultur hat für die Zukunft eine ganz entscheidende Bedeutung. Das ist Grundlage meiner Politik.

nmzmedia

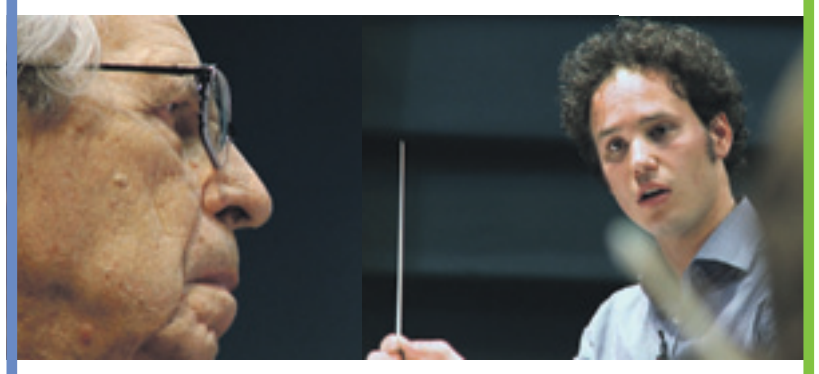
Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz



nmzMedia spezial:
Lucerne Festival Academy 2012

Bernard Haitink
Meisterkurs Dirigieren

Dokumentation der Masterclass mit den Werken „Ma mère l'oie" von M. Ravel, der „Manfred-Ouvertüre" von R. Schumann und dem 1. Satz aus der 7. Sinfonie von A. Bruckner.



Das Composer Project
mit Pierre Boulez

Trailer über ein besonderes Projekt, das die Zusammenarbeit zwischen jungen Komponisten und Dirigenten fördert: Mehr als zwei Jahre lang begleitet Pierre Boulez vier junge Talente bei der Entstehung neuer Werke.

Peter Eötvös
Meisterkurs Dirigieren

Reportage über einen Dirigier-Meisterkurs rund um die 4. Sinfonie von Charles Ives, dessen besonderes Highlight für einige der Teilnehmer das Co-Dirigat dieses Werkes in der berühmten Lucerne Festival Hall neben dem Maestro Peter Eötvös war. Die Reportage in voller Länge demnächst auf nmz-Media.de

kostenlos unter:
www.nmz.de

FOTO: TESTFIGHT / PHOTOCASE.COM

Die Kunst des Bleibens

Wie Mecklenburg-Vorpommern mit Kultur gewinnt

WOLF SCHMIDT

Mecklenburg-Vorpommern als Naturparadies, das kann man sich vorstellen. Doch Kulturland MV? Das klingt trotz Schlössern, Backsteingotik und Festspielen übertrieben. Aber immer mehr Menschen sind dabei, das Land mit Kunst und Kultur neu zu stimmen. Was sich hier entwickelt, ist entscheidend für einen Aufschwung im Nordosten. Anderswo gibt es dafür den Begriff der »Gentrifizierung«. Eine Einladung, neue Perspektiven für das Leben in Mecklenburg-Vorpommern zu entdecken.

Bundesweite Aufmerksamkeit findet gerade die Debatte um die Theater in Mecklenburg-Vorpommern. Man mag die Haushaltsvorgaben für die Bühnen als Kulturschande kritisieren; dahinter steckt allerdings ein Strukturproblem, das auch für Bildung, medizinische Versorgung oder Polizei gilt: Wenn ein Land immer weniger Einwohner pro Quadratkilometer aufweist, wird die Aufrechterhaltung zivilisatorischer Infrastruktur pro Kopf teurer – für ein armes Land ein Teufelskreis.

Kultur als Mittel gegen Abwanderung

In dieser Situation erscheint Kultur allzu schnell als Teil des Problems, tatsächlich ist sie Teil der Lösung. Demografen prognostizieren eine weitere Schrumpfung der Bevölkerung. Helfen kann dagegen nur eine aktive Zuwanderungspolitik. Solange Arbeitsplätze fehlen, muss das Land mit dem wuchern, was Menschen locken kann: Natur in Gestalt von fast 2.000 Kilometern Ostseeküste, 2.000 touristisch kaum entdeckte Seen, ursprüngliche Flusslandschaften und dazu die größte Dichte von (häufig sanierungsbedürftigen) Herrenhäusern bundesweit. Ein Luxus der Leere mit Immobilien zu geringen Preisen. In Reichweite von Hamburg und Berlin existiert hier ein »Garten der Metropolen«, der Platz zum Träumen bietet. Das ganze Land ist ein Paradies für Menschen, die kein Geld mehr verdienen müssen und hier ein Lebensprojekt verwirklichen möchten: Liebhaber – statt Investoren –, die sich auch mit einer Portion Gemeinnützigkeit selbst verwirklichen wollen.

Was das Landleben im Osten attraktiv macht, hat ttt-Moderator Dieter Moor in seinem Buch »Was wir nicht haben, brauchen Sie nicht« für ein brandenburgisches Dorf eindrucksvoll entfaltet. Er steht für eine wachsende Zahl von Kulturschaffenden, die neben dem preiswerten Leben auf dem Land den Einklang mit der Natur, Weite und Reizarmut als Kontrast zur urbanen Geschäftigkeit schätzen. In ländlichen Bereichen von Mecklenburg und Vorpommern – abseits der Küste! – ist es heute schon leichter, auf Angebote von Kunst oder Kunsthandwerk zu stoßen als einen Liter Frischmilch zu kaufen oder eine Tasse Kaffee zu trinken. Es sind – meist zugewanderte – Künstlerinnen und Künstler, die Dörfern und Kleinstädten Leben einhauchen.

Sichtbar wird kulturelle Präsenz auf dem Dorf vor allem durch eine neue Gastfreundschaft. In Mecklenburg-Vorpommern stehen dafür nicht nur ländliche Spielstätten der Festspiele, sondern weniger bekannte Aktionen wie »Kunst:Offen«, »Kunst Heute«, der »Tag der offenen Töpferei«, die Aktion »Offene Gärten« und vieles mehr. Ab März bis Dezember (mit einigen anspruchsvollen Weihnachtsmärkten) kann man durchs Land fahren und immer neue überraschende Entdeckungen machen. Was Gastfreundschaft in den hintersten Winkeln des Landes dem Besucher romantisch erscheinen lässt, gedeiht häufig in materiell prekärer Lage. Dies ist der Mechanismus, den wir aus urbanen Gentrifizierungsprozessen kennen: Wohlhabende finden ein Leben interessant, das materielle Habenichtse mit kulturellem Kapital einrichten, und können sich plötzlich vorstellen, selbst Teil eines solchen Milieus zu werden. Genau dies geschieht an immer mehr Orten des Landes. Anders als in städtischen Mietsquartieren ist solche Gentrifizierung in Mecklenburg-Vorpommern ein Segen für hunderte verfallende Herrenhäuser und tausende ländliche Immobilien, die bislang auch zum Schleuderpreis keine Käufer mehr finden. Die Ansässigen werden nicht durch gierige Investoren vertrieben, sondern gewinnen neue Nachbarn, die Kaufkraft und kulturelle Initiative mitbringen. So kann ein Gesundungsprozess in Gebieten einsetzen, die von manchen Schreibtisch-Planern am liebsten dem Maisanbau und den Wölfen überlassen würden.

In der politischen Realität gilt Kulturpolitik immer noch eher als obrigkeitliche Fürsorge für arme Schlucker und vergeistigte Sonderlinge. Wenn man von der Frage ausgeht, wie die Politik der Kultur helfen kann, werden die Antworten mehr oder weniger kleinlich ausfallen. Das entspricht den Wählerpräferenzen.

Die »Kunst des Bleibens« stellt dagegen die Frage nach einer erfolgreichen Überlebensstrategie des Landes und nimmt dafür Gentrifizierungserfahrungen scheinbar hoffnungsloser Gebiete in den Blick. So erhalten Kunst und Kultur plötzlich eine Schlüsselqualität für die Landesentwicklung. Die Politik wäre gut beraten, Kommen und Bleiben von Kunstschaffenden zu fördern und in eine Aufschwung-Strategie für das Land zu integrieren.

Dazu brauchte es eine weithin ausstrahlende Kulturoffensive zum Beispiel mit einer neuen Landeskulturstiftung sowie eine spezielle Agentur zur bundesweiten und internationalen Ansprache vermögender Zielgruppen, um Liebhaber-Immobilien zu vermitteln und gleichzeitig private Gemeinnützigkeit für Kultur und Natur ins Land zu holen.

Wolf Schmidt ist Gründer der Mecklenburger AnStiftung und Sprecher des Landesnetzes der Stiftungen in Mecklenburg-Vorpommern. Seine Studie »Die Kunst des Bleibens. Wie Mecklenburg-Vorpommern mit Kultur gewinnt« ist gerade bei der Herbert Quandt-Stiftung Bad Homburg v.d.H. erschienen

Kulturellen Reichtum bewahren

Der besondere Stellenwert von Kultur in der deutschen Steuerpolitik

HARTMUT KOSCHYK

Auch das Steuerrecht hat höchste kulturpolitische Relevanz. Viele Regelungen spiegeln den besonderen Stellenwert der Kultur wider. Zum Beispiel gilt für Bücher, Zeitschriften, Noten und für Eintrittskarten bei Konzert-, Theater- oder Museumsbesuchen der ermäßigte Mehrwertsteuersatz.

Der Bundesfinanzhof und die europäische Kommission haben in letzter Zeit einige Herausforderungen an den Steuergesetzgeber gestellt. Mit Blick auf die Bedeutung von Kultur haben sich die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen das Ziel gesetzt, eine für alle Seiten befriedigende Lösung zu finden. Der Entwurf des Jahressteuergesetzes 2013 enthält daher neben einer ganzen Reihe weiterer wichtiger politischer Maßnahmen, wie zum Beispiel die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen und die Umsetzung des Regierungsprogramms E-Mobilität, auch wesentliche steuerliche Anliegen aus dem kulturellen Raum.

Umsatzbesteuerung auf Kunstgegenstände und Sammlungsstücke

Die EU-Kommission hatte ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, weil in unserem innerstaatlichen Recht der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Kunstgegenstände und Sammlungsstücke eine zu umfassende Anwendung findet. Im Jahressteuergesetz 2013 soll nun Rechtssicherheit für die Kunst- und Galerieszene geschaffen werden. Die innerstaatlichen Regelungen müssen an die unionsrechtlichen Vorgaben in Artikel 103 der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie angepasst werden, mit der Folge, dass es bei der Anwendung des ermäßigten Steuersatzes für Kunst unvermeidlich Einschränkungen geben wird. Den Betroffenen soll aber die Möglichkeit gegeben werden, sich auf die neuen steuerlichen Rahmenbedingungen einzustellen. Deshalb ist vorgesehen, dass die dazu im Entwurf des Jahressteuergesetzes 2013 aufgenommenen Änderungen erst zum 1. Januar 2014 in Kraft treten sollen. Gleichzeitig wird für den gewerblichen Kunsthandel eine vereinfachte Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer erlaubt. Es kann eine Pauschalmarge in Höhe von 30 Prozent des Verkaufspreises für Kunstgegenstände und Sammlungsstücke angesetzt werden. Mit einer derartigen sogenannten umsatzsteuerlichen Differenzbesteuerung wird berücksichtigt, dass in der Praxis der Verkaufserlös zum Großteil nur schwer zu ermitteln ist. Durch diese beiden Maßnahmen sollen Nachteile ausgeglichen werden, die dem gewerblichen Kunsthandel durch den Wegfall des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf die Lieferung von Kunstgegenständen entstehen. So kann bei erforderlicher Umsetzung des europäischen Rechtsrahmens eine Schwächung des Kunststandorts Deutschland vermieden werden.

Umsatzbesteuerung auf Leistungen von Bühnenregisseuren und Bühnenchoreographen

Die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs wurde zum Anlass genommen, mit dem Jahressteuergesetz 2013 gesetzlich – und damit rechtssicher – festzuschreiben, dass neben den Leistungen von Dirigenten auch die Leistungen der Bühnenregisseure und Bühnenchoreographen von der Umsatzsteuer befreit sind. Wie Dirigenten sind auch sie für die Inszenierung einer Aufführung prägend. Sie nehmen auf die Gestaltung der künstlerischen Darstellung wesentlichen Einfluss. Mit dieser Regelung wird dem Anliegen Rechnung getragen, Regisseure in der Theater- und Orchesterlandschaft unseres Landes steuerlich gleichzustellen.

Umsatzbesteuerung auf Bildungsleistungen

Schließlich wurde im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Jahressteuergesetz 2013 von einer Neuregelung der Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen, die in manchen Bereichen auch zu Härten hätte führen können, abgesehen. Die Bundesregierung wird zusammen mit den Koalitionsfraktionen die europarechtliche Entwicklung in diesem Bereich weiter verfolgen und aus diesem Grund vorerst nicht gesetzlich tätig werden. Bei den zukünftigen Überlegungen wird insbesondere zu berücksichtigen sein, welche Auswirkungen steuerrechtliche Entwicklungen auf den Bereich der gewerblichen Anbieter sowie den Bereich der Musik- und Ballettschulen haben.

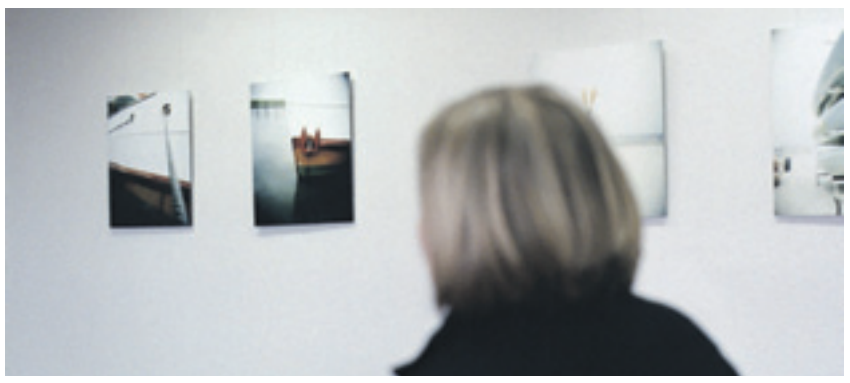


FOTO: TARETZ / PHOTOCASE.COM

Mit diesen von Regierung und Koalitionsfraktionen geplanten Maßnahmen können das Vertrauen und die Rechtssicherheit des Kulturstandortes Deutschland nachhaltig gesichert werden. Das Jahressteuergesetz 2013 wurde am 25. Oktober 2012 vom Deutschen Bundestag beschlossen und befindet sich nun – aufgrund der leider erfolgten Ablehnung des Bundesrates am 23. November 2012 – im Vermittlungsausschuss. Ich hoffe sehr, dass die betreffenden Länder ihre Blockadehaltung im Hinblick auf die vielen wichtigen Neuerungen, die der Gesetzentwurf enthält, noch in diesem Jahr aufgeben.

Der kulturelle Reichtum zeichnet unser Land ebenso sehr aus wie seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und hat es verdient, auch in der Steuerpolitik angemessen berücksichtigt zu werden.

Hartmut Koschyk ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Neue Trends, neue Konzepte, neue Geldquellen für die Kultur?

Die Zweite Grazer Denkfabrik hat sich danach auf die Suche gemacht

ELKE KAMPRAD

FOTO: G1946 / PIXELIO.DE

Richard Wagner war ein Genie in Fundraising: Ohne die geschickte Bindung von potenten Sponsoren an seine Person wäre er nie zu einer »Marke« geworden.

Warum sollten sie pünktlich zum Konzert erscheinen?«, das fragen sich die unter 30-Jährigen, so die Trendforscherin Hedi Pottag. Im Kino komme erst einmal Werbung, bevor es losgeht und wenn man was verpasse, könne man es sich hinterher digital beschaffen. Dass ein Sinfoniekonzert live ist und einen nicht wiederholbaren emotionalen Wert hat, müsse manch einem erst erklärt werden, referiert Pottag. Auch zwei Stunden lang nicht twittern oder SMS senden zu können, scheint jüngeres Publikum davor abzuschrecken, in die Oper zu gehen. Was heißt das für die Kunstschaffenden? Auf dem Symposium »Denkfabrik« in Graz suchte man neue Wege für die Konzeption und Finanzierung von Kulturveranstaltungen. Pottag hat eine mögliche Antwort gefunden: »Piano-City Berlin«. Über 70 Pianisten – Laien und Profis – spielen zwei Tage lang in Berlin in ihren Wohnzimmern für ein Publikum, das durch die Stadt tingelt. Es zählt weder das gespielte Werk noch das Können des Pianisten, sondern die ganz persönliche Werbung des Künstlers im Voraus über ein Internet-Videoclip und das wohnzimmerliche Ambiente. Überhaupt scheint es ein Trend zu sein, es sich zu Hause gemütlich zu machen – mit Freunden oder mit digitaler Unterhaltung. Richtig erfolgreich ist hier das Digital Concert, also die vorab bezahlte Live-Übertragung der Konzerte der Berliner Philharmoniker auf den heimischen Bildschirm. Da wird sogar ein traditionelles Sinfonieorchester zur coolen Marke. Davon möchte man sich eine Scheibe abschneiden: Wie könnte man die Preisträger von »Jugend musiziert«, also jene, die wirklich viel Zeit und Energie in ihr Hobby Musik stecken und auch das Publikum für morgen sind, mit einem coolen Image versehen? Jeder noch so verschrobene, unsoziale Nerd ist cool, warum nicht ein toller Pianist?

Es scheint ein Trend zu sein, es sich zu Hause gemütlich zu machen – das macht das Digital Concert so erfolgreich

Apropos schräge Typen: Steffen Huck, Direktor am Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, bringt sie ins Spiel, um die Risikobereitschaft unter den Künstlern anzufachen. Denn, so Huck, »es gibt in unserer Gesellschaft immer mehr Menschen mit großem Kapital, die riskieren wollen.« Ganz sicher in Bankgeschäfte, in denen sie auch den absoluten Verlust in Kauf nehmen. Warum nicht auch in kulturelle Projekte? Hucks Beispiele sind Mike Milken, der mit Schrottanleihen nicht nur zu Millionen Dollars kam, sondern auch ins Gefängnis, und Aaron Sorkin, der es kokainsüchtig, ohne Talent, aber mit Genie und seinem Drehbuch zu »Social Network« bis zum Oscar brachte. Huck will irritieren mit seinem Aufruf zur Risikobereitschaft, denn »wenn's schief geht, ist es eh egal« in der heutigen Zeit, wo die Kultur sowieso mit dem Rücken zur Wand stehe, sagt er. Auch Richard Wagner habe viel riskiert und sich zum Spezialisten fürs Fundraising gemausert: Otto Wesendonck und Ludwig II. haben das Genie bis zur Selbstaufgabe unterstützt. Und wer heute keine so potenten Sponsoren findet, kann es mit Crowdfunding probieren.

Christian Henner-Fehr, Kulturberater in Wien, stellte diese neue Möglichkeit vor, über soziale Netzwerke an Geld zu kommen. Vorwiegend wird es von Startups genutzt. Die Kultur sei bis auf kleinere Projekte noch nicht auf diesen Zug aufgesprungen. Wie funktioniert Crowdfunding? Auf dem Portal *www.startnext.de* stellt man sein Projekt vor und hofft auf eine Menge Menschen (dt. Menge, engl. crowd), die bereit ist, sich von der Idee begeistern zu lassen und Geld überweist. Vorab wird bestimmt, welche Summe eingehen muss, damit das Projekt gestartet wird, und welchen »Gewinn« der Sponsor haben wird – sei es eine Gratis-CD nach der Studio-Produktion, eine Eintrittskarte fürs finanzierte Konzert oder eben nur die Gewissheit, sich an einem guten Werk beteiligt zu haben. »Der Spaßfaktor ist beim Crowdfunding extrem wichtig«, sagt Henner-Fehr, die Nähe zum Erfolg, der Stolz, etwas bewegt zu haben. Aber alles im ganz privaten Bereich. Das habe nichts mit einer Verpflichtung gegenüber dem gesellschaftlichen Gemeinwohl zu tun, so Henner-Fehr. 90 Tage müsse man ansetzen für eine solche Werbe-Kampagne. Voraussetzung ist allerdings, dass bereits ein gut ausgebautes Netzwerk in allen Social Media besteht und gepflegt wird: Twitter, Facebook, Linkedin, Blogs. »Steuerrechtlich bewegt sich das noch in einer Grauzone«, so Henner-Fehr. »Mal sehen, was passiert, wenn der Erste mit dem eingetriebenen Geld in der Karibik verschwindet«, schmunzelt er.

Die Möglichkeiten des Netzes sind vielfältig, die Denkfabrik sucht nach dem Nutzen für Künstler. So begleitet denn auch eine neunköpfige studentische Medientruppe der FH Joanneum das Symposium. Alles wird aufgezeichnet und mitgeschnitten, um hinterher in einem Kurzvideo und Blog verarbeitet zu werden. Alles wird über Twitter kommentiert. Wenn die Finanzgespräche zu kompliziert werden, twittert's: »Ich spamme nicht, ich twittere von der Denkfabrik.« Aber auch: »Nur 4 Prozent der Menschen halten Kultur für wichtig.« Doch die anwesenden Kunstschaffenden und Kulturmanager schreckt dies nicht. Die Begeisterung für die Kultur treibt sie voran, die Sprache der Realpolitik und der Finanzen wollen und müssen sie erlernen. Unternehmensberater Lutz Hempel von der Integrated Consulting Group hat die volkswirtschaftlichen Fakten dazu. Am Beispiel vom Grazer Stadtmuseum, das sich hat evaluieren lassen, wird klar: »Die Hälfte des öffentlichen Mitteleinsatzes kommt wieder zurück« und eine Umfrage in der Bevölkerung ergab, dass Graz für 80 Prozent der Befragten eine hohe Lebensqualität bietet. »Da war die Kultur ein positiver Standortfaktor«, so Hempel. Ganz zu schweigen von dem soziokulturellen Gewinn, den Kultur hervorbringt: Emotionen, Genuss, Faszination, kognitives Wachstum und Bindungsfähigkeit. Dieses Kapital der Kulturschaffenden werde noch viel zu wenig genutzt, so Hempel, und in den realpolitischen Finanzdebatten als ernstzunehmende Größe gehandelt. Anstelle »noch ein Feuerwerk abzufackeln«, wenn Kürzungen vor der Tür stehen, um mit Extraleistungen die Wichtigkeit des Kunstbetriebs hervorzuheben, solle man eher den Bestand ins rechte Licht rücken. Statt sich in die Kosten-/Nutzenabrechnung pressen zu lassen, lieber lebensnahe Erfolgs-Geschichten aus den laufenden Produktionen erzählen. Davon hat auch Intendant Bernhard Kerres einiges auf Lager: Am Wiener Konzerthaus konnte die Zahl der Sponsoren verdreifacht werden, und zwar über das Singen. Die Volksbank sponsert Konzerte für junge Künstler und bekommt als Dankeschön den Saal des Konzerthauses für die Proben des betriebseigenen Chors zur Verfügung gestellt. Wenn man Herzensprojekte habe, finde man auch Sponsoren, weiß Kerres und macht Mut zur »Guerilla-Taktik«. Das heißt erstens: träge Bürokratien umgehen und direkt vor Ort für Begeisterung sorgen. Das hieß bei ihm ganz konkret: Das Wiener Konzerthaus brachte das tägliche Singen in Kooperation mit den Lehrern in die Schule und bewies: »Nach der Chorstunde können die Kinder besser Mathe« – und dann wurde das Projekt auch nachträglich genehmigt. Die Initiatoren des Symposiums hatten das Denken angestoßen mit der Frage: Wer verändert die Gesellschaft? Finanzen oder Kultur? Christoph Thoma, Intendant der Grazer Spielstätten, antwortet: »Finanzen steuern massiv, was kulturell bei uns passiert.« Ingrid Allwardt, Geschäftsführerin des »netzwerk junge ohren« sieht jenem Moment entgegen, wo der Mensch durch die schnelle Taktung des Informationsflusses überfordert sein wird und sich wieder nach Konzentration auf das Wichtige sehnt: auf das Live-Erlebnis von Musik.

Elke Kamprad ist freie Kulturjournalistin

Jetzt bestellen
www.kulturrat.de/shop.php

Druckfrisch!

Aus Politik & Kultur Nr. 9

Die Kultur- und Kreativwirtschaft boomt. Längst hat sich der einstige Nischenmarkt zum wirtschaftsstarken Aushängeschild entwickelt. Doch wie ist der Arbeitsmarkt Kultur eigentlich aufgestellt?

Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Hg.)
324 Seiten, ISBN: 978-3-934868-28-1
18,80 Euro

Aus Politik & Kultur Nr. 10

2017 jährt sich zum 500sten Mal der Thesenanschlag Martin Luthers an die Schlosskirche in Wittenberg. Anlass genug sich mit dem Reformator, seinen Weggefährten und Gegnern, den Wirkungen der Reformation auf Politik, Gesellschaft und vor allem Kultur auseinanderzusetzen.

Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Hg.)
148 Seiten, ISBN: 978-3-934868-29-8
12,80 Euro

Die Finanzkrise erreicht die Stiftungen

Deutlich geringere Erträge lassen das Förderniveau sinken

HANS FLEISCH

Zunächst einmal die guten Nachrichten: Die aktuelle Finanzkrise hat bislang offenbar nicht zur Folge, dass erheblich weniger gemeinnützige Stiftungen errichtet werden. Tag für Tag werden mehrere Stiftungen neu errichtet. Zwar mag die Zahl der neuen rechtsfähigen Stiftungen im Jahr 2012 etwas unter das Niveau der Vorjahre von jeweils mehr als 800 Neuerrichtungen zurückfallen (genaue Zahlen liegen erst im Februar 2013 vor); aber dies erklärt sich zum Teil daraus, dass insbesondere für kleinere Stiftungen aktuell wieder vermehrt die Form der nicht rechtsfähigen Treuhandstiftung gewählt wird. Treuhandstiftungen sind derzeit aber nicht statistisch erfassbar, und die Zahl neuer Treuhandstiftungen wirkt sich darum nicht auf die verfügbaren Statistiken zu Stiftungsneuerrichtungen aus. Es bleibt abzuwarten, ob nicht doch künftig nach längerer Phase der repressiven Finanzpolitik sich diese auf das Stiftungenwachstum auswirken wird – nach dem Motto: Niedrige Zinsen machen das Stiften unattraktiv. Aber davon ist derzeit noch allenfalls wenig zu spüren. Die deutschen Stiftungen sind auch bislang recht gut durch die Finanzkrise gekommen, was ihr Vermögen anbelangt. Das oft geschmähte konservative Anlageverhalten deutscher Stiftungen und die Tatsache, dass sie nicht – wie Stiftungen in den USA – mit gesetzlichen Mindestausschüttungsregeln zu riskanter Vermögensbewirtschaftung und gegebenenfalls Vermögensverzehr gezwungen sind, wirkten hier zugunsten der Nachhaltigkeit. Allerdings gelingt es der Mehrzahl der Stiftungen immer weniger, ihr Vermögen nicht nur nominal, sondern auch real – also inflationsbereinigt – zu erhalten. Wenn die Vermögenserträge nur knapp über der Inflation – teilweise darunter – liegen, und diese Erträge zudem ganz überwiegend zeitnah zu verwenden sind, dann verliert in der Folge das Stiftungsvermögen meist real an Wert und Ertragskraft.

FOTO: BUNDESVERBAND DEUTSCHER STIFTUNGEN

Mitarbeiter des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen der Geschäftstelle Berlin

Kernproblem Zinsniveau

Das aktuelle Kernproblem der meisten Stiftungen in Deutschland sind die niedrigen Zinsen. Allerdings ist das Bild gemischt: Bei nicht wenigen der großen Stiftungen sind die Vermögenserträge in 2011 und dem bisherigen Verlauf des Jahres 2012 durchaus gut. Insbesondere bei vielen der größeren unternehmensverbundenen Stiftungen sind die Erträge aktuell sogar dank der noch florierenden Wirtschaft sehr gut. Doch die großen Stiftungen sind eine relativ kleine Minderheit im Stiftungssektor, auch wenn sich dort ein Großteil des gemeinnützigen Stiftungskapitals konzentriert. Und es gibt auch unter den großen Stiftungen solche, die aktuell und auf absehbare Zeit weniger verausgaben können. Erst recht gilt dies für die große Mehrzahl der überwiegend kleinen Stiftungen.

Schwankungen in den Vermögenserträgen sind für Stiftungen, auch solche, die sehr konservativ anlegen, nicht ungewöhnlich. Gleichwohl ist die aktuelle Situation für die meisten Stiftungen ungewöhnlich schwierig, weil »sichere« Wertpapiere oft nicht einmal einen Ertrag in Höhe der Inflation erbringen. Mit jeder Neuanlage eines Teils des Vermögens beim Fälligwerden auslaufender Wertpapiere sinken die verwendbaren Fördermittel. Die Verwaltungskosten können aber meist nicht im gleichen Maße gesenkt werden, so dass bei absolut gleichbleibenden oder nur leicht sinkenden Verwaltungskosten deren prozentualer Anteil an den Ausgaben der Stiftung stetig steigt.

Konsequenzen

Die wesentliche Folge aber ist, dass ein Großteil der Stiftungen wegen der deutlich geringeren Erträge ihr bisheriges Förderniveau nicht aufrechterhalten kann. In der Summe wird dies noch nicht – jedenfalls nicht kurzfristig – durch die neu hinzukommenden Stiftungen ausgeglichen. Die Reaktion der betroffenen Stiftungen auf diese Situation ist unterschiedlich. Allerorten sind eine kritische Überprüfung der bisherigen Anlagestrategie und eine neue Offenheit für diesbezügliche Änderungen zu verzeichnen. Selbst Möglichkeiten wie »mission investing« werden nicht mehr als bloß exotisch abgetan. Kurzfristige Auswirkungen hat dies jedoch (noch) nicht. Viele Stiftungen schränken darum die Zahl der neuen Förderzusagen, Stipendien usw. ein; und/oder es wird die durchschnittliche Höhe der jeweiligen Zuwendungen gesenkt. Eine weitere häufig anzutreffende Reaktion von Stiftungen ist, vermehrt die auch finanzielle Kooperation mit anderen Zuwendungsgebern – keineswegs nur anderen Stiftungen – zu suchen; der ohnehin starke Trend zum vermehrten Kooperieren wird dadurch beflügelt.

Zudem wenden sich immer mehr Stiftungen, die dies bislang nicht in Betracht gezogen haben, dem Fundraising zu oder sie professionalisieren die bisherigen entsprechenden Bemühungen. Dies geschieht, wenn es sich nicht um ohnehin spendensammelnde Stiftungen handelt, weniger in Form des klassischen Spendensammelns. Häufiger sind Bemühungen um die Akquisition von Treuhandstiftungen und Stiftungsfonds unter dem eigenen Dach. Einigen, allen voran den Bürgerstiftungen, gelingen dabei beeindruckende Erfolge. Doch solche Anstrengungen fruchten meist nicht kurzfristig. Fördermittelsuchende sind darum auf absehbare Zeit, auch wenn das Stiftungswesen weiter wächst, mit verstärkter Konkurrenz um insgesamt schrumpfende Stiftungsmittel konfrontiert. Dies wird sich wohl erst langfristig wieder ändern.

Hans Fleisch ist Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen

»Act for culture, act for Europe!«

Bericht von der Jahrestagung und der Mitgliederversammlung des europäischen Kulturnetzwerkes »Culture Action Europe«

ANDREAS KÄMPF

Culture Action Europe, das spartenübergreifende europäische Kulturnetzwerk, für das sich zunehmend das Kürzel CAE durchsetzt, hatte vom 9. bis zum 11. November nach Brüssel eingeladen. Der Tagungsort, das Kulturzentrum »Bozart«, ist seit kurzem auch der Sitz der Geschäftsstelle von CAE. Vorher war man in einem anderen Stadtteil von Brüssel angesiedelt. Neben der räumlichen Veränderung fand aber vor allem auch ein wichtiger personeller Wechsel in diesem Jahr 2012 statt. Die bisherige Geschäftsführerin

Welchen Weg soll das Kulturnetzwerk CAE künftig nehmen?

Ilona Kish war nach vielen Jahren ausgeschieden und an ihre Stelle trat Luca Bergamo. Südeuropäer sind generell in den Kulturnetzwerken eher unterrepräsentiert und so fällt doch auf, dass nun die Geschäfte von Culture Action Europe von dem Italiener Luca Bergamo gemeinsam mit der CAE-Präsidentin Mercedes Giovinazzo geführt werden. Letztere ist halb Italienerin halb Spanierin und lebt in Barcelona. Eine starke Ausrichtung nach Südeuropa also.

Natürlich waren auch zahlreiche der angereisten Mitglieder gespannt, wie sich der »Neue« denn so machen würde. Anlass, sich und seine Positionen darzustellen, boten die Mitgliederversammlung und die Tagung unter dem kämpferischen Titel »Act for culture, act for Europe!« natürlich reichlich. Da fehlte es nicht an Pathos, wenn Luca Bergamo auf die Bedeutung der Kultur für die Gesellschaft hinwies und sie zur Basis eines »nachhaltigen Europas« erklärte. Was immer man sich unter Letzterem vorstellen mag. Wichtig erscheint, dass dem neuen Geschäftsführer offenbar die Bedeutung einer Interessenvertretung der Kultur auf europäischer Ebene bewusst ist und er dieser Aufgabe einen hohen Stellenwert einräumt. Hierbei kann er zweifellos auf dem Vergangenem aufbauen, denn CAE ist schon seit längerem ein von EU-Parlament, Europäischer Kommission und sonstigen europäischen Institutionen ernstgenommener Partner. Davon konnte man sich zuletzt wieder bei der Diskussion um »Creative Europe«, das von der Kommission vorgelegte neue Kulturförderprogramm der EU, überzeugen. Mithin zweifellos ein guter Grund, dass auch weiterhin deutsche Verbände wie die Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren, die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung oder auch der in Bonn ansässige European Music Council diesem europäischen Netzwerk die Treue halten. Aus dem gleichen Grund kann es auch für den Deutschen Kulturrat sinnvoll sein, zumindest eine strategische Partnerschaft mit CAE aufrechtzuerhalten.

Diese strategische Partnerschaft wurde Anfang des Jahres zum ersten Mal im Fall der Auseinandersetzung um »Creative Europe«, das von der EU-Kommission präsentierte Kulturförderprogramm für die Jahre 2014 bis 2020, erfolgreich praktiziert. Die gemeinsam von Kulturrat und Culture Action Europe vorgetragene Kritik an der einseitigen ökonomischen Perspektive, aus der im neuen Kulturförderprogramm der EU die Bedeutung der Kunst gesehen wird, trug vermutlich dazu bei, dass der Rat der Europäischen Kulturminister eine stärkere Hervorhebung der besonderen Qualitäten von Kunst und Kultur forderte. Freilich liegt ein neuer Text zur Zeit noch nicht vor und überhaupt hängt das »Creative Europe«-Programm zur Zeit mit dem ganzen EU-Haushalt in der Warteschleife. Ausgang ungewiss. Um bei dieser Gelegenheit die Relationen wieder einmal deutlich zu machen: Vom gesamten EU-Haushalt bilden die Bereiche Kohäsion mit 45 Prozent und Landwirtschaft mit 31 Prozent die mit Abstand größten Ausgabenblöcke. Eher bescheiden nimmt sich dagegen der Ausgabenblock mit dem schönen Namen »Heading 3« aus. Er beansprucht 1 Prozent des EU-Haushaltes und beinhaltet neben Posten wie »Migration«, »Bürgerschaft«, »Öffentliche Gesundheit« und »Verbraucherschutz« auch das »Creative Europe«-Programm.

Letztlich stand sowohl bei der Mitgliederversammlung wie auch bei der Tagung die Frage im Mittelpunkt, welchen Weg CAE künftig nehmen soll. Luca Bergamo hatte hierzu Vorschläge vorbereitet, die er in Vorträgen bei beiden Veranstaltungen präsentierte. Im Mittelpunkt steht hierbei die Intensivierung der Kooperation zwischen den verschiedenen Mitgliedernetzwerken. Über die Stärkung der Zusammenarbeit soll vor allem die Legitimation geschaffen werden, als Stimme der Kultur gegenüber den Brüsseler Institutionen aufzutreten. Nun ist Kooperation und Austausch gerade im europäischen Feld grundsätzlich immer begrüßenswert. Im konkreten Fall entsteht allerdings der Eindruck, dass hiermit über eine nicht zu übersehende Schwäche von Culture Action Europe hinweggeholfen werden soll. Diese liegt in der Mitgliederstruktur, bei der sich eine bunte Mischung aus nationalen und europäischen Netzwerken verschiedenster Art, aber auch von Einzelinstitutionen wie dem Berliner »Haus der Kulturen der Welt« oder dem Brüsseler Kulturzentrum »Bozart« findet. Im Falle Deutschlands fehlen zum Beispiel die Theater, die Museen und vieles andere. Im deutschen Verbandswesen ist Repräsentativität eine selbstverständliche Grundlage. Das heißt, dass ein Verband, der für einen bestimmten Bereich sprechen will, anstreben muss, möglichst hundert Prozent aller in Frage kommenden Einrichtungen in seiner Mitgliedschaft zu haben. Beim Deutschen Kulturrat ist das zweifellos gegeben. Bei europäischen Netzwerken ist dies häufig nicht oder nur teilweise der Fall. Das hängt mit objektiven Schwierigkeiten zusammen, da es oftmals mühsam ist, passende Partner in unübersichtlichem Gelände zu finden. Es scheint aber auch damit zusammenzuhängen, dass Repräsentativität in Verbandsstrukturen nicht in allen europäischen Ländern einen ähnlich hohen Stellenwert besitzt wie in Deutschland.

Es wird sich zeigen, ob der Aufruf zu verstärkter Zusammenarbeit wirklich über das strukturelle Defizit von Culture Action Europe hinweghilft, oder ob nicht doch durch intensivere Mitgliederwerbung und direkteres Zugehen auf die jeweiligen nationalen Kulturnetzwerke die Legitimationsbasis des Netzwerkes eher verbessert werden könnte.

Andreas Kämpf ist Vorsitzender des Fachausschusses Europa das Deutschen Kulturrates und Mitglied des Sprecherrats des Deutschen Kulturrates

Weitere Informationen: www.cultureactioneurope.org

Das E-Book im Kontext Europa

Welche Regulierung braucht es für die Buchindustrie im digitalen Zeitalter?

NICOLAS GEORGES

Der E-Book-Markt in Frankreich ist derzeit noch recht unbedeutend. Gleichwohl haben sein enormer Aufschwung in den USA und die der Musikindustrie durch neue digitale Formate entstandenen Schäden die französische Regierung dazu gebracht, gemeinsam mit Fachleuten im Dienst der verlegerischen Vielfalt an einem attraktiven legalen Angebot digitaler Buchformate zu arbeiten.

Die wirtschaftliche Regulierung des gedruckten Buches erfolgt in Frankreich über die Preisgestaltung – Buchpreisbindung (prix fixe), reduzierter Mehrwertsteuersatz (5,5 Prozent) – und das Autorenrecht. Die Regierung bemüht sich, beides an die digitalen Gegebenheiten anzupassen.

Es besteht Einigkeit darüber, das Gesetz vom 10.08.1981 über die Buchpreisbindung für das gedruckte Buch mitzutragen, da es dazu beigetragen hat, einen Preiskampf zwischen Vertriebsnetzen sowie die ausschließliche Produktion von Bestsellern zu verhindern.
Dank ihm konnte zudem ein dichtes Buchhändlernetz aufgebaut werden, dessen wertvolle kulturvermittelnde Dienste eine Kreativwirtschaft entstehen ließen, ohne dass die Buchpreise inflationär abgedriftet wären. Dies kam dem Leser sowohl in qualitativer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht zugute.

Ebenso hat sich seine Ausweitung auf die digitale Welt sehr schnell als notwendig erwiesen. Hierbei geht es vor allem um die Preishoheit, umso mehr als die »Globalplayer« des Internets über eine beispiellose Verhandlungsstärke verfügen, der gegenüber die meisten Verleger nicht bestehen können, mit Ausnahme derer, die zur Erreichung der kritischen Masse einen Zusammenschluss erwägen, wie z. B. Penguin und Random House der Bertelsmann-Gruppe.

Viele Fragen rund um das E-Book erfordern eine europäische Antwort

Diese Umstände führten zur einstimmigen Annahme des Gesetzes vom 26.05.2011 über die Buchpreisbindung für das digitale Buch, das für sämtliche Online-Portale gilt, die Bücher in Frankreich vertreiben, unabhängig davon, ob sie im In- oder im Ausland ansässig sind.

Es ist am ehesten geeignet, Verlegern die Gestaltungshoheit über die gesamte Wertschöpfung zu garantieren, das »Agency model« hingegen zog eine Reihe von Antitrust-Klagen in den USA und in Europa nach sich, in die vornehmlich Apple, Hachette, Harper Collins, Simon & Schuster, Penguin und Holtzbrinck involviert sind. Einige Verleger haben es vorgezogen, sich mit den Wettbewerbsbehörden darauf zu einigen, den Wiederverkäufern im Internet, darunter Amazon, völlige Freiheit bei der Preisgestaltung zu gewähren. Die französischen Behörden haben die EU-Kommission wissen lassen, dass die Anwendung dieser Übereinkommen nicht dem französischen Gesetz über die Buchpreisbindung für das digitale Buch widersprechen dürfe.

Für den Leser wäre zudem nicht nachvollziehbar, wenn ein elektronisches Buch ebenso viel koste wie ein auf Papier gedrucktes. Die Preisgestaltung muss also mit seinen Erwartungen und mit der Vergütung der Urheber kompatibel gemacht werden. Ausgehend von diesem Standpunkt hat Frankreich die für das gedruckte Buch geltenden Regeln (prix fixe, reduzierte Mehrwertsteuer) auf das digitale Buch ausgeweitet, ungeachtet der daraus resultierenden Meinungsverschiedenheiten mit der EU-Kommission, die daraufhin ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich eingeleitet hat.

Das Autorenrecht ist für die Kreativindustrie ein wichtiger Eckstein. Das digitale Zeitalter bringt die Notwendigkeit mit sich, gewisse Regeln anzupassen, um dem Wunsch der Nutzerschaft nach weitreichendem Zugang zu den Werken Rechnung zu tragen. Diesbezüglich lehnen unsere Behörden Ausnahmen vom Urheberrecht weitestmöglich ab und ziehen Verhandlungslösungen vor.

So haben sich Frankreich und Deutschland gegen die von Google unter Berufung auf das »fair use« betriebene nichtautorisierte Digitalisieren von geschützten Büchern gestellt. Als Antwort darauf wird gegenwärtig an einem umfangreichen Digitalisierungsprojekt von nicht mehr im Handel verfügbaren Büchern, die noch unter das Urheberrecht fallen, gearbeitet. Mit dem zwischen Autoren und Verlegern ausgehandelten Gesetz vom 1.03.2012 soll über eine Struktur mit gemeinsamer Geschäftsführung auch das Problem der ungewissen Inhaberschaft von digitalen Rechten für alte Verträge gelöst werden. Im Zuge einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) werden in Kürze 500.000 Bücher digitalisiert.

Frankreich möchte ebenso auf dem Verhandlungsweg die Vertragsbeziehungen zwischen Autoren und Verlegern weiterentwickeln und an das digitale Buch anpassen bzw. das Problem der Verbreitung von E-Books über Bibliotheken regeln, ohne digitale Ausleihgebühren einzuführen.

Viele Fragen rund um das E-Book erfordern eine europäische Antwort. Ob Steuern, Preisgestaltung oder Urheberrecht, wichtig ist, dass sie nicht losgelöst voneinander in unterschiedlichen Generaldirektionen behandelt werden, sondern ganzheitlich, wie es beim Kino oder den audiovisuellen Medien der Fall ist.

All jene Länder, die die Schaffung einer mächtigen europäischen Buchindustrie im digitalen Zeitalter ebenfalls für notwendig erachten, sollten ihr Anliegen gemeinsam den Führungsgremien der EU zur Kenntnis bringen. Frankreich und Deutschland könnten einmal mehr Wegbereiter einer solchen Politik sein.

Der bislang einzige Gesetzesvorschlag hierzu auf europäischer Ebene kam von dem deutschen Europaabgeordneten Willi Rothley. 2002 forderte er – ohne Erfolg – die Kommission auf, einen Richtlinienvorschlag zu einem europäischen Buchpreissystem vorzulegen. Dieser Initiativgeist sollte uns gegenwärtig leiten: Schließlich ist das Buch seit vier Jahrhunderten der wichtigste Nährboden für unsere europäische Identität.

Nicolas Georges ist Referatsleiter Buch- und Verlagswesen im Französischen Ministerium für Kultur und Kommunikation

FOTO: POLYNAUTIN / PHOTOCASE.COM

Lesen verbindet Nationen

Das Buch – ein wichtiger Bestandteil des deutsch-französischen Kulturaustauschs

ELISABETH BEYER

In der globalisierten Welt von heute ist das Jubiläum des Elysée-Vertrags eine passende Gelegenheit, die Verlagsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu analysieren. Gerade in der Kultur und besonders im Buchsektor scheint die deutsch-französische Zusammenarbeit aufgrund der Zahlen heute lebendiger denn je zu sein.

Der Büchermarkt in Deutschland und Frankreich

Diese Angaben zeigen also ganz deutlich, dass die deutschen und französischen Verlage enge Beziehungen pflegen, trotz – oder vielleicht auch zum Teil dank – der Klischees über die literarischen Schöpfungen des Partnerlandes, die dies- und jenseits des Rheins immer wieder auftauchen.

In Frankreich wird die deutsche Literatur noch häufig mit Themen rund um den Zweiten Weltkrieg oder den Fall der Mauer in Verbindung gebracht. Inzwischen stellt man aber fest, dass neben die Nobel-Preisträger Günter Grass, Elfriede Jelinek und Herta Müller, Autoren wie Patrick Süskind – »Das Parfum« –, Bernhard Schlink – »Der Vorleser« – und Hans Magnus Enzensberger – »Hammerstein« – getreten sind. Die jüngeren literarischen Strömungen im deutschsprachigen Raum sind mit Erfolg u. a. durch Daniel Kehlmann, Juli Zeh, Uwe Tellkamp, Daniel Glattauer oder Pascal Mercier in Übersetzungen verfügbar. Dagegen scheint Peter Sloterdijk der einzige deutsche zeitgenössische Philosoph zu sein, der in Frankreich Anklang findet.

Nennenswert ist auch die starke Aufmerksamkeit für Thomas Bernhardt, seitdem er im Repertoire der Comédie française steht (2005) und bei vielen Literaten, die sonst kaum mit der deutschsprachigen Welt zu tun haben, als Kultautor eingeordnet wird.

Deutsche Leser hingegen, d.h. die breite Öffentlichkeit, assoziieren gern seit Françoise Sagan die französischen Werke mit der sogenannten »Eiffelturmliteratur«, die eine Verbindung traditioneller Klischees über Frankreich als Land des »Art de vivre« mit gefälligen Einbänden à la Robert Doisneau ist.

Abgesehen davon und jenseits der Besteller-Autoren wie Eric-Emmanuel Schmitt oder Anna Gavalda interessiert in Deutschland aber auch die sogenannte »Immigrationsliteratur« mit Autoren wie Atiq Rahimi oder Yasmina Khadra. Ebenso erwähnenswert sind die jüngsten Erfolge »Empört Euch« von Stéphane Hessel und das Buch zu »Ziemlich beste Freunde« von Philippe Pozzo di Borgo, die sich 2011 und 2012 wochenlang in den Top 10 der deutschen Bestsellerlisten hielten (vielleicht, weil sie beide an humanistische Werte appellieren).

Neben diesen Trends und punktuellen Erfolgen vertreten viele unabhängige Verlage und eine Reihe von wagemutigen Lektoren weiterhin und ganz offensichtlich mit Überzeugung ihre Auswahl französischsprachiger Literatur. Diese Tatsache ist so stark verankert, dass man im Buchbereich von einer strukturellen Frankophilie sprechen könnte. Neben Suhrkamp, Hanser oder Rowohlt spielen kleinere Häuser wie Wagenbach, Matthes & Seitz, Diaphanes, Frankfurter Verlagsanstalt, Wunderhorn oder der österreichische Passagen Verlag eine wesentliche Rolle bei der Weitergabe literarischer Werke (zuweilen sogar mit Klassikern durch ehrgeizige Neuübersetzungen) und sozial- bzw. geisteswissenschaftlicher Veröffentlichungen, die nur ein bestimmtes Publikum ansprechen. Dank dieser Verlage können in Deutschland Autoren wie Georges Perros, Jean Echenoz, Pascal Quignard, Edouard Glissant und Jacques Rancière gelesen werden.

Der Comic und die Graphic Novel erfreuen sich inzwischen immer größerer Beliebtheit in Deutschland. Ein Blick in den Katalog des Reprodukt-Verlags oder des Avant Verlags genügt, um festzustellen, dass Werke von Joann Sfar, Guy Delisle, Emmanuel Guibert, Jacques Tardi oder auch Christophe Blain in Deutschland ihren Platz gefunden haben.

Im Kinder- und Jugendbuchsegment lassen sich deutsche Buchhändler von französischen Autoren wie Joëlle Jolivet, Isabel Pin oder Benjamin Lacombe überzeugen, und zwar durch die Originalität und Kreativität ihrer Werke.

Für eine entschlossene Zusammenarbeit

Es ist nicht leicht, die so reiche und vielfältige gemeinsame Verlagsgeschichte Deutschlands und Frankreichs in einige wenige Worte zu fassen. Die Buchindustrie beider Länder ist aber heute einem tiefgreifenden Wandel unterworfen. Die rasanten, teils ungewissen Entwicklungen werfen viele komplexe Fragen auf und erfordern umfassende Überlegungen, die wir gemeinsam anstellen sollten, schließlich ist das Schicksal unserer Länder heute mehr denn je miteinander verbunden. Denn unsere Märkte sind nicht mehr unabhängig voneinander zu betrachten und der Ordnungsrahmen, der sie reguliert (oder zu deregulieren droht) wird nicht mehr nur in Paris oder in Berlin beschlossen. Über den inhaltlichen Austausch hinaus müssen die deutschen und französischen Verlage zu Fragen wie Besteuerung, Wettbewerb und Urheberrechte Hand in Hand an gemeinsamen politischen Positionen arbeiten.

Aus diesem Anlass hat Kulturministerin Aurélie Filippetti vor ihrem Gespräch mit Bernd Neumann einige wichtige Vertreter des deutschen Buchwesens in der französischen Botschaft zum Frühstück getroffen, als sie am 29. November in Berlin war. Es ist bei dieser Gelegenheit noch einmal behauptet worden, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit unverzichtbar für den Fortbestand der europäischen Buchindustrie ist. Beide Länder sind überzeugt, dass die Verlagsbranche eine wesentliche Rolle beim Hervorbringen und bei der Weitergabe der Werke und des Wissens spielt und dass damit die kulturelle europäische Identität konstituiert wird.

Elisabeth Beyer ist Leiterin des »Büros für Buch- und Verlagswesen« in der Kulturabteilung der Französischen Botschaft in Berlin

INFO

- Deutschland steht mit Abstand an der Spitze der nichtfrankophonen Abnehmerländer für französische Bücher mit einem Umsatz von 30 Millionen Euro (vor Marokko mit 20 Millionen Euro Umsatz)
- Französisch nimmt bei Übersetzungen fremdsprachiger Werke ins Deutsche den zweiten Platz ein; Deutsch steht bei den Übersetzungen ins Französische an dritter Stelle (16 Prozent der 2011 in Frankreich erschienenen Titel sind Übersetzungen; davon sind 6,5 Prozent Übersetzungen aus dem Deutschen, 59,9 Prozent aus dem Englischen und 8,8 Prozent aus dem Japanischen (großer Erfolg der Mangas))
- in Deutschland sind 10,4 Prozent der übersetzten Titel Übersetzungen aus dem Französischen, 63,8 Prozent aus dem Englischen und 6 Prozent aus dem Japanischen
- Deutschland ist Exportland Nummer 1 für Französische Übersetzungsrechte. Für 1.100 französische Titel wurden 2011 in Deutschland Rechte erworben. Die französischen Verlage hingegen haben sich Übersetzungsrechte für 469 deutsche Titel gesichert, also weniger als die Hälfte. Frankreich steht damit an fünfter Stelle unter den Lizenzabnehmern für deutsche Bücher.

Türkische Spezialitäten

Die Kulturakademie Tarabya in Istanbul

DIETER SAUTER

Setzen wir uns auf die Terrasse, meint Gerhard Falkner. Was für ein Blick: Rechts der Bosporus, vorbeiziehende Schiffe, dahinter herbstfarbene Hügel auf der asiatischen Seite der Stadt; links ein bis zur letzten Hecke gepflegter Park, ein riesiges Grundstück (rund 18 Hektar), was für ein Luxus in einer Stadt, die jedem Einwohner angeblich gerade mal 1,5 Quadratmeter Fläche zur Erholung bietet.

Neben Gerhard Falkner sitzt Marc Sinan, beide sind Künstler aus Deutschland, zwei von fünf Stipendiaten, die zur Zeit auf Einladung des Auswärtigen Amtes und des Goethe-Institutes quasi als Botschafter zeitgenössischer Kunst aus Deutschland mehrere Monate am Bosporus verbringen. Es sind die ersten Stipendiaten, die nach jahrelangen Debatten über solch ein Kulturprojekt am Bosporus in der Sommerresidenz der deutschen Botschaft im Stadtteil Tarabya eingezogen sind. Eines der Gebäude der Sommerresidenz wurde inzwischen eigens für Künstler aus Deutschland eingerichtet.

Marc Sinan, als klassischer Gitarrist ausgebildet am Mozarteum in Salzburg, komponiert und organisiert Musikprojekte mit anderen Musikern. Seine Mutter ist türkische Armenierin, seine Eltern hatten sich 1963 in München kennengelernt. Er kennt das Land seit Jahren. Der Lyriker, Dramatiker, Essayist Gerhard Falkner hatte das Land zuvor noch nicht bereist. Er schreibt seit seiner Ankunft am Bosporus an einem Text über Istanbul. Er will diesen Text zunächst in Istanbul aufführen, um zu erfahren, wie die Türken sein Werk aufnehmen, wie sie damit umgehen, was sie erfahren oder verstehen, »ob das hier funktioniert?«.

Tatsächlich muss sich die zeitgenössische Kunst am Bosporus mit vielen »türkischen« Besonderheiten auseinandersetzen. Es gibt kein türkisches Wort für die »Tragödie«, denn so etwas gab es zur Zeit der osmanischen Herrscher nicht. Es gibt kein türkisches Wort für »Ironie«, denn diese Ausdrucksform ist am Bosporus unbekannt, und wer sich hier mit Ironie versucht, wird im besten Fall falsch verstanden. Zeitgenössische Kunst fristete in der Türkei jahrzehntelang ein Dasein wie etwa Eiskunstlauf oder Schachspiel. Bis vor zehn Jahren hatten die meisten Tageszeitungen nicht einmal einen Kulturteil, 2006 wurden zum ersten Mal Original-Werke von Picasso in Istanbul gezeigt, denn bis dahin gab es für eine solche Ausstellung kein einziges Museum in der Türkei. »Als ich Bildhauerei studierte, fragten wir uns an der Akademie immer wieder: Wo nur werden wir unsere Arbeiten je ausstellen? Es gab ja damals selbst im Zentrum von Istanbul keine einzige Galerie«, erzählte mir eine türkische Künstlerin vor zwei Jahren, die heute ihre Werke in Berlin mit großem Erfolg zeigt.

Inzwischen entwickelt sich die Kunst- und Kulturszene in Istanbul, atemlos wie die Stadt und ihr Image. Gerade war Istanbul europäische Kulturhauptstadt, sie ist zur europäischen Hauptstadt des Sports gewählt, der Bürgermeister von Istanbul wurde kürzlich in Mexiko für drei Jahre zum ersten Bürgermeister von weltweit 192 Großstädten, dabei weiß er nicht einmal, wie viele Menschen in seiner Stadt leben. Im Zentrum der Stadt gibt es inzwischen Dutzende Museen, Galerien und Kulturzentren – »Istanbul ist das New York des Orient«

Die Begegnung mit der Türkei soll neue Kunstwerke entstehen lassen

hörte ich kürzlich eine Museumsdirektorin aus Washington auf einer Vernissage im Zentrum der Stadt schwärmen.

»Das Interesse an der deutschen Kunst ist in der Türkei größer als in Amerika, vor allem die jungen Menschen hier sind aufgeschlossen und wissbegierig«, meint Claudia-Hahn Raabe, die, bevor sie 2005 nach Istanbul kam, in Boston das Goethe-Institut leitete. Das Goethe-Institut in Istanbul hat keinen eigenen Veranstaltungsraum. »Das ist aber auch ein Vorteil, denn das bedeutet, wir müssen rausgehen, für unsere Projekte türkische Partner finden, und kommen so rascher unserem Ziel näher, die Menschen in der Türkei zu erreichen«.

»Rausgehen« – war auch das Leitmotiv des größten Projektes des Goethe-Institutes der letzten Jahre »Yollarda« (unterwegs), auch raus aus Istanbul, denn Istanbul ist nicht die Türkei – außerhalb der Großstädte im Westen des Landes gibt es fast nirgends so etwas wie ein Kulturzentrum.

Ein Überlandbus, umgebaut zu einer mobilen Bibliothek, war vom Mai 2009 an ein Jahr lang kreuz und quer durch die Türkei unterwegs. Auf den Stationen seiner 30.000 km langen Fahrt, in 24 Städten, lasen 62 deutschsprachige Essayisten, Schriftsteller und Lyriker aus ihren Werken in Universitäten, Kaffeehäusern oder auch auf der Straße. Wer die Stirn runzelt, ob das funktioniert? Eine Lesung deutscher Texte – im tiefen Anatolien? Mehr als 40.000 Menschen wollten den deutschen Künstlern zuhören. Traditionell haben das Wort und der Schriftsteller eine große Bedeutung in der Region, und auch der Geschichtenerzähler ist im Osten der Türkei nicht längst vergangenes Brauchtum – auch das eine der »türkischen Besonderheiten«.

»Entscheidend war, dass wir ›Sponsoren von außen‹ gewinnen konnten, die EU, die Kulturstiftung der türkisch-deutschen Wirtschaft, Mercedes, Siemens, die Bosch- und Mercator-Stiftung«, so Claudia Hahn-Raabe. Ein größeres Budget erlaube größere Projekte, führe zu größerer Aufmerksamkeit – bei größerer Aufmerksamkeit bieten sich neue, größere Projekte an usw. Konkret habe das Goethe-Institut auf rund 200 Veranstaltungen im Jahr 2009/2010 mehr als zehn Mal so viele Menschen in der Türkei erreicht (etwa 400.000) wie auf den rund 60 Veranstaltungen in den Jahren 1998/1999. Aufgrund des großen Zuspruchs des »Yollarda«-Projektes z.B. sei es nun gelungen, Mercedes für die Finanzierung weiterer Busfahrten der mobilen Deutsch-Bibliothek zu gewinnen. Der Bus wird ab Januar wieder in der Türkei unterwegs sein.

Die Einladung deutscher Künstler an den Bosporus geht über die Präsentation deutscher Kunst in der Türkei hinaus. Aus der Begegnung mit der Türkei und in der Türkei sollen eigene Werke der deutschen Künstler entstehen können. Marianna Salzmann (Theaterautorin) und Martina Priessner (Theater- und Filmautorin) sind seit dem 1. September in Istanbul. Sie haben mittlerweile zahlreiche Kontakte zu türkischen Künstlern, zu Theatergruppen und konnten quer durch das Land bis an die türkisch-syrische Grenze reisen. Ihre Erfahrung war auch: In der Türkei drängen sich andere Themen in den Vordergrund als die, mit denen sie sich bislang im Zusammenhang mit der Türkei befasst hatten (NSU, Fremdenfeindlichkeit, Integration), wie die demokratische Entwicklung am Bosporus, die Themen Islam oder das Leben der Minderheiten. Beide planen ein neues Theaterstück, Martina Priessner will außerdem ein Roadmovie über die alte »Gastarbeiterstraße« der Türken, die E5 drehen, Marianna Salzmann hat mit der Arbeit an einem Roman begonnen. Dessen Protagonistin lebt in Istanbul, »obwohl meine Protagonistin eigentlich ursprünglich in New York leben sollte – aber sie will hier nicht mehr weg«, sagt sie.

Gerhard Falkner, der unter anderem mit Mitgliedern der »Schaubühne« in Berlin Videoclips mit seinen »Pergamon Poems« aufnahm, wird im kommenden Jahr seine »Pergamon Poems« mit türkischen Künstlern in den Ruinen von Bergama aufführen, während Marc Sinan bereits für 2015 plant. Dann, zum 100. Jahrestag des Massakers an den Armeniern in der Türkei, will er ein neues Musikstück fertig haben, das dieses dunkle Kapitel widerspiegeln und als Projekt mit türkischen Musikern am Bosporus aufgeführt werden soll. Kulturarbeit kann, wenn sie gelingt, auch zu lebhaften Debatten in beiden Ländern führen.

Ihre Luxus-Herberge am Bosporus finden alle im Übrigen angenehm, aber auch nicht mehr: Angenehm, weil sie auch eine ruhige Rückzugsmöglichkeit für die Arbeit bietet. Wichtiger aber war allen die Vernetzung mit türkischen Künstlern, die Begegnung mit dem Land, das mit Deutschland soviel verbindet, und von dem nach wie vor in Deutschland nur wenig bekannt ist.

FOTO: SEDAT MEHDER

Die Dramatikerin Marianna Salzmann (li.) und die Filmemacherin Martina Priessner am Fenster der Kulturakademie Tarabya in Istanbul

Dieter Sauter ist ein in Istanbul lebender freier Autor, Journalist und Fotograf

Assimilation und das Recht auf x, w und q

Zur Kurdenpolitik unter Recep Tayyip Erdoğan

REINHARD BAUMGARTEN

An kaum einem europäischen Spitzenpolitiker scheiden sich die Geister so sehr wie am türkischen Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan. Der Mann wird Ende Februar 59 Jahre alt. Seit knapp zehn Jahren bestimmt er als Ministerpräsident die Geschicke seines Landes. Recep Tayyip Erdoğan hat eine beeindruckende Haben-, aber auch eine nicht minder beeindruckende Soll-Seite.

Auf der Haben-Seite stehen beispielsweise seine im Ausland wenig bekannten fußballerischen Qualitäten als junger Kerl im Istanbuler Hafenviertel Kasımpaşa. Der Absolvent einer Imam-Hatip-Predigerschule verdiente sich in den 1970er-Jahren den Spitznamen Imam Beckenbauer, weil er gut den Ball treten und weil er ausdauernd predigen konnte. Letzteres tut er als Politiker noch heute mit Wonne, wann immer sich dazu eine Gelegenheit bietet. Seine Anhänger sehen das als Segen, seine Gegner leiden sichtlich unter dem oft nicht endenden Wortschwall. Auf der Soll-Seite vermerken seine Gegner gerne, er habe das exemplarische Auftreten eines in Kasımpaşa anzutreffenden Archetypen: des Kabadayı. Grob kann das mit »Grober Onkel« übersetzt werden. Der Kabadayı ist ein lässiger Platzhirsch, der in seinem Kiez auf seine spezielle Weise für Ruhe und Ordnung sorgt. Er kümmert sich um jene, die ihn als Chef respektieren und seines Schutzes bedürfen. Hat jemand mit den Diensten des Kabadayı und dessen Hierarchie ein Problem, kann der »Grobe Onkel« sehr unangenehm werden. In der Türkei bekommen das seit gut zehn Jahren etliche Politiker, Obristen, Juristen und Journalisten zu spüren. Um die 100 Journalisten sitzen derzeit hinter Gittern – in keinem Land der Welt sind es mehr! Für Herrn Erdoğan ist das eine klare Sache: Die Leute waren angeblich zumeist in Putschpläne verstrickt, haben am sogenannten »tiefen Staat« mitgewirkt, oder aber sie haben auf irgendeine Weise die kurdische Arbeiterpartei (PKK) unterstützt. In Sachen Kurdenpolitik hat Regierungschef Erdoğan einiges auf der Haben- und auch vieles auf der Soll-Seite. Intensiver als alle seine Vorgänger hat er sich der Kurdenfrage positiv angenommen. Parallel zum EU-Beitrittsprozess hat er demokratische Reformen und Prozesse angeschoben, die vor allem viele Kurden hoffen ließen. 2007 hat seine AKP in der kurdischen Provinz Diyarbakir 42 Prozent bei den Parlamentswahlen eingeheimst. 2011 waren es zehn Prozent weniger – der Malus für nicht erfüllte Hoffnungen.

Nahostansichten

2009 ist der staatliche kurdisch-sprachige Sender TRT6 on Air gegangen. Seit Herbst 2012 wird erstmals in der Geschichte der Republik Türkei Kurdisch an staatlichen Schulen gelehrt – wenn auch nur als »Fremdsprache« und Wahlfach. In vielen der mehrheitlich von Kurden bewohnten Provinzen hat Ankara in den vergangenen Jahren spürbar in den Ausbau der Infrastruktur investiert. Doch das alles droht überschattet zu werden von einer eskalierenden Welle der Gewalt zwischen der verbotenen PKK und türkischen Sicherheitskräften. Seit Sommer 2011 sind rund 900 Menschen in diesem seit knapp 30 Jahren tobenden Konflikt umgekommen – rund 300 Soldaten, 100 Zivilisten und bald 500 PKK-Kämpfer. 1984 hat die von den USA, der EU und der Türkei als Terrororganisation eingestufte PKK zu den Waffen gegriffen. Mehr als 40.000 Menschen sind bislang getötet worden. Beide Seiten sollten längst begriffen haben, dass die Kurdenfrage nicht mit Waffengewalt gelöst werden kann. Immerhin hat Regierungschef Erdoğan zwischendurch einmal verstanden, dass es sich um die »Kurdenfrage« und nicht um eine »Terrorfrage« handelt. In der Türkei leben zwischen 14 und 16 Millionen Kurden. Obwohl die große Mehrheit der Kurden Türkisch spricht, haben jüngst bei einer Umfrage in Diyarbakir nur knapp zehn Prozent angegeben, ihre Muttersprache sei Türkisch. Für die Anderen ist die Muttersprache Kurdisch, obwohl viele die Sprache kaum, oder überhaupt nicht beherrschen. Das Erlernen der eigenen Muttersprache, deren Anwendung in Schule, Uni, Beruf und vor Gericht ist zu einer der zentralen Forderungen vieler Kurden geworden. Laut Verfassung darf es in der Türkei nur eine Amts- und Unterrichtssprache geben: Türkisch. Laut Verfassung sind die Buchstaben x, w und q inkriminierte Zeichen, deren Anwendung unter Strafe steht. Die kurdische Schrift kommt ohne diese drei Buchstaben aber nicht aus.

Regierungschef Erdoğan hat 2008 während einer Rede in Köln davon gesprochen, Assimilation sei ein Verbrechen gegen die Menschheit (insanlık). Zu seinen Gunsten nehme ich an, dass er eine gegen den Willen der Beteiligten erzwungene Assimilation meint. Es wäre gut, wenn er den Blick nach Osten wenden und über die Assimilierungspolitik der Republik Türkei in den vergangenen 90 Jahren reflektieren würde. Es wäre gut, wenn er und die politische Elite des Landes in der neuen Verfassung, an der gerade gearbeitet wird, erzwungene Assimilierung untersagen würde. So seltsam es klingen mag: Der Gebrauch von x, w und q darf keine Straftat mehr, sondern muss verbrieftes Bürgerrecht sein. Recep Tayyip Erdoğan, der Mann aus Kasımpaşa, hätte das politische Gewicht dazu, wenn sich dazu auch die nötige Einsicht gesellte.

Reinhard Baumgarten ist ARD-Korrespondent für die Türkei, Griechenland und den Iran

Ein weithin sichtbares Zeichen für das (Vor-)Lesen

Der 9. Bundesweite Vorlesetag 2012 fördert die Begeisterung für das Lesen

JÖRG F. MAAS

Deutschland, das Land der Dichter und Denker – so heißt es landläufig zumindest. Da sollte es doch selbstverständlich sein, dass hierzulande das Lesen einen hohen Stellenwert einnimmt. Doch das ist es leider nicht. Die Zahlen zur Lesekompetenz in Deutschland sind erschreckend – und das betrifft alle Altersgruppen; Kinder und Jugendliche genauso wie Erwachsene. Die PISA-Studien von 2001 und 2009 haben ergeben, dass jeder fünfte 15-Jährige nur auf rudimentärem Level liest. Rund 7,5 Millionen Erwachsene sind hierzulande laut LEO-Studie 2011 funktionale Analphabeten, das sind 14,5 Prozent der deutschsprechenden Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter. Die Folgen für die Gesellschaft sind gravierend, da Lesekompetenz ein wichtiger Schlüssel für Bildung, Erfolg in Schule und Beruf sowie gesellschaftliche Teilhabe ist. Wir können also den Schluss ziehen: Leseförderung ist unabdingbar für eine funktionierende Gesellschaft.

Doch wie können wir mehr Menschen für das Lesen begeistern? Über welche Wege kann die Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden? Neben nachhaltig wirkenden Programmen und Projekten, die sowohl die Stiftung Lesen als auch zahlreiche andere gesellschaftliche und politische Akteure umsetzen, sind auch breiten- und öffentlichkeitswirksame Kampagnen wichtig, um das Image und die Bedeutung des Lesens zu stärken. Eine herausragende Stellung nimmt hier der Bundesweite Vorlesetag ein.

Am 16. November 2012 wurde der 9. Bundesweite Vorlesetag gefeiert, der am Ende zu einem neuen Teilnahmerekord führte. Es beteiligten sich rund 48.000 Menschen mit einer Vorleseaktion, was nahezu eine Vervierfachung des bisherigen Teilnahmerekords von 12.000 Vorlesern aus dem Jahr 2011 bedeutet. Es ist jedoch nicht alleine die pure Rekordzahl ein Grund zur Freude. Die überwältigende Resonanz am Bundesweiten Vorlesetag zeigt uns, dass ehrenamtliches Engagement in der Leseförderung großen Zulauf findet. Dem Ehrenamt kommt eine wachsende Bedeutung in der Gesellschaft zu. Viele Menschen wollen durch ihr Engagement zeigen, dass sie aktiv tätig sein möchten. Sie wollen nicht mehr nur noch Geld für den guten Zweck spenden, sondern auch und vor allem ihre Zeit, ihr Wissen, ihre Empathie einbringen. Kampagnen wie der Bundesweite Vorlesetag leben von diesem ehrenamtlichen Engagement und sind ohne nicht vorstellbar.

Ein positives Signal für die Zukunft ist vor diesem Hintergrund auch die Tatsache, dass das ehrenamtliche Vorlesen nicht nur wachsenden Zulauf findet, sondern sich vor allem auch verjüngt und in gewisser Weise professionalisiert. Dies gilt nicht nur für den Bundesweiten Vorlesetag, sondern allgemein für das ehrenamtliche Vorlesen. Im Vorleseclub der Stiftung Lesen zum Beispiel, in dem sich mehr als 10.000 ehrenamtliche Vorlesepaten engagieren, sehen wir einen starken Zuwachs etwa im Bereich der studentischen Vorlese-Initiativen. Mit dieser Verjüngung einher geht ein Bewusstseinswandel über die Bedeutung des Vorlesens. Natürlich ist und bleibt Vorlesen ein schönes gemeinsames Erlebnis. Die Kinder kommen zur Ruhe, sie werden mitgenommen in fremde Welten und Geschichten, sie erweitern ihren Horizont, ihre Fantasie wird gefördert, die Bindung zwischen Vorleser und Zuhörer gestärkt. Aber Vorlesen ist noch viel mehr, und dieser Aspekt gewinnt eine immer größere Bedeutung: Vorlesen ist der Königsweg zum Lesen. Durch das Vorlesen werden wichtige Grundlagen für die spätere Lesekompetenz und damit die Bildungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen gelegt. Studien wie zuletzt die OECD-Studie »Let's read them a story« aus dem Mai 2012 zeigen ganz deutlich, dass Kindern, denen früh vorgelesen wird, später das Lesenlernen leichter fällt. Sie entwickeln sich besser, sie haben bessere Schulnoten und damit bessere Berufschancen. Es geht beim Vorlesen also nicht mehr nur noch um das kuschelige Gemeinschaftserlebnis – das nach wie vor wichtig ist und seine Berechtigung hat – sondern es geht auch um Bildungschancen. Dies erkennen immer mehr Menschen, und aus diesem Grund ist die wachsende Zahl an Vorlesern beim Bundesweiten Vorlesetag ein Signal für zunehmendes gesamtgesellschaftliches Engagement für mehr Bildung.

Wir sehen, dass Leseförderung nicht mehr alleine Sache der Familien und der institutionalisierten Bildungseinrichtungen ist. Leseförderung geht uns alle an und sollte überall stattfinden. Lesen und Vorlesen muss integrativer Bestandteil des Alltags werden – an jedem Ort in Deutschland kann, darf und sollte gelesen werden. Und so wurde beim 9. Bundesweiten Vorlesetag nicht nur in Kindertagesstätten, Schulen und Bibliotheken vorgelesen. Vorlese-Aktionen fanden zum Beispiel in großer Anzahl auch in Seniorenheimen und Mehrgenerationenhäusern statt, wodurch die intergenerative Komponente deutlich gestärkt wurde. Auch Unternehmen beteiligen sich verstärkt mit eigenen (öffentlichen) Veranstaltungen oder bestärken ihre Mitarbeiter darin, sich als Vorleser in Kindergärten oder Schulen zu engagieren und dort ihre Freude an Geschichten mit den kleinen Zuhörern zu teilen. Diese Form von »Corporate Volunteering« ist ebenfalls ein zukunftsträchtiges Modell, das wir nicht nur rund um den Bundesweiten Vorlesetag weiter ausbauen möchten.

Es sind breiten- und öffentlichkeitswirksame Kampagnen wichtig, um das Image und die Bedeutung des (Vor-)Lesens zu stärken

Ein großes Signal für das Lesen geht auch von den Kulturschaffenden im Land aus. In vielen Städten gab es zum 9. Bundesweiten Vorlesetag szenische Lesungen für Grundschüler im Theater, Lesungen in Opernhäusern und in Museen. Musiker, Sänger, Schauspieler, Mitarbeiter und Leiter der unterschiedlichen Institutionen haben neben ihrer täglichen Arbeit großes Engagement an den Tag gelegt – ein Engagement, das zu vielen positiven Ergebnissen geführt hat. Denn mithilfe dieser Aktionen haben die Beteiligten nicht nur Werbung für das Vorlesen gemacht, sondern gleichzeitig Kinder und Jugendliche ganz nebenbei und spielerisch an andere Kultureinrichtungen herangeführt. Und für die jungen Zuhörer waren diese Veranstaltungen durch den ungewöhnlichen Rahmen eine ganz besondere Abwechslung, die ihnen sicherlich nachhaltig in Erinnerung bleibt. Solche Synergien, von denen alle Beteiligten profitieren, wünschen wir uns in der Zukunft noch mehr.

Diese vielfältigen und positiven Tendenzen des 9. Bundesweiten Vorlesetages gilt es nun für die Zukunft zu nutzen. Das Ziel für 2013 ist es, noch mehr Menschen und Institutionen für eine Teilnahme zu begeistern. Dabei geht es nicht um das Aufstellen neuer spektakulärer Rekordzahlen, sondern um die gleichmäßige Abdeckung aller Regionen. Denn während es wahre Lese-Hochburgen gibt, sind manche Gebiete in Deutschland zum Bundesweiten Vorlesetag nach wie vor nahezu weiße Flecken auf der Vorlese-Landkarte. Diese weißen Flecken wollen wir verringern und noch mehr Kinder und Jugendliche erreichen. Unser Ziel für den 10. Bundeweiten Vorlesetag am 15. November 2013 ist, dass in jeder Kindertagesstätte, Grundschule, Bibliothek und kulturellen Einrichtung in ganz Deutschland mindestens eine Vorlese-Aktion durchgeführt wird.

Mindestens ebenso wichtig wie die Vergrößerung der Reichweite des Bundesweiten Vorlesetags ist die nachhaltige Wirkung der Aktionen. Es ist schon viel erreicht, wenn die Kinder nach dem Bundesweiten Vorlesetag nach Hause kommen und ihre Eltern bitten, ihnen vorzulesen und dadurch das familiäre Vorlesen gefördert wird. Die nachhaltige Wirkung gilt aber nicht nur für die Kinder als Zuhörer. Wenn sich die vielen tausend Vorleser nicht nur am Bundesweiten Vorlesetag engagieren, sondern sich auch darüber hinaus für die Leseförderung einsetzen, hat dies einen großen Einfluss auf das »Leseland« Deutschland. Möglich sind zum Beispiel ein ehrenamtliches Engagement als Vorlesepate, die Organisation von regelmäßigen Lese-Aktionen für Kinder und Jugendliche, die Unterstützung von Bibliotheksvereinen – die Einsatzbereiche sind vielfältig.

Alle gesellschaftlichen Gruppen und Akteure sind weiterhin gefordert, sich im Alltag für die Leseförderung in Deutschland zu engagieren. Nur wenn alle Menschen in diesem Land geeignete Zugänge zum Lesen haben, können wir wieder mit Recht behaupten, das Land der Dichter und Denker zu sein.

FOTO: DIE ZEIT / VERA TAMMEN

Der Journalist und Chefredakteur von RTL Peter Kloeppel liest Kindern aus dem »Kleinen Gespenst« von Otfried Preußler vor

Das »größte Vorlesefest Deutschlands« ist eine Initiative der Wochenzeitung DIE ZEIT, der Stiftung Lesen und der Deutschen Bahn AG. Seit 2004 findet der Bundesweite Vorlesetag jedes Jahr an einem Freitag im November statt. Der Vorlesetag funktioniert im Grunde ganz einfach: Jeder, der Freude am Vorlesen hat, liest an diesem Tag anderen Menschen vor – egal wem und egal an welchem Ort. Ziel ist es, durch das gemeinsame (Vor-)Lese-Erlebnis die Freude am Lesen zu teilen und Lesemotivation zu stärken. Durch das große öffentlichkeitswirksame Zeichen für das Lesen sollen auch gerade die Menschen erreicht werden, die bisher wenig lesen.

Jörg F. Maas ist Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen

FOTO: FLÜGELWESEN / PHOTOCASE.COM

Vom Gemeinsamen im Verschiedenen

Die Kirchenspaltung und die gelebte Ökumene

TOBIAS ZIMMERMANN

Bundestagspräsident Norbert Lammert forderte jüngst ein Ende der Kirchenspaltung. Diese sei anachronistisch, ihre Aufrechterhaltung den Menschen jenseits der Kirchenleitungen nicht mehr vermittelbar. Wenn man allerdings mit etwas offenen Augen durch die Welt reist, etwa durch die USA, sieht man, dass das Fehlen eines ernsten Bemühens um die Ökumene mindestens kein römisches Alleinstellungsmerkmal ist. Und wo liegen die Grenzen der Ökumene innerhalb des Protestantismus, etwa im evangelikalen Milieu, das ein deutscher Konsens ebenso selbstverständlich ablehnt, wie ihm Ökumene sonst selbstverständlich ist?

Hat Johann Michael Möller Recht, welcher der Lutherbotschafterin Margot Käßmann Beliebigkeit vorhält, wenn Martin Luther zur Galionsfigur eines überkonfessionellen Religionsgefühls oder gar der Toleranz im interreligiösen Bereich gemacht wird? Dabei widersteht nicht nur der »Judenhasser« und »Polemiker« Luther der Vernutzung durch einen oberflächlichen Toleranzbegriff. Nicht seine Gewalttätigkeit, wohl aber sein streitbares Ringen um die Authentizität der christlichen Botschaft und seine Verteidigung geistlicher Güter gegen den Missbrauch sind nahe am Geist des Nazareners, der alles andere als das »liebe Jesulein« war. Wir sollten in der Ökumene die Verschonungstoleranz nicht weniger fürchten als den Streit. Dann stellt sich uns vielleicht die Frage: Welche verdeckte Agenda liegt noch hinter dem Drängen zur Beilegung der Spaltung? Geht es vielleicht doch auch darum, dass wir Christen in der säkularen Gesellschaft und im interreligiösen Gespräch besser den friedvollen Streber geben können?

Wir sind unterschiedlicher als wir denken, wo es um religiöses Empfinden und Fragen der Perspektive geht, die sichtbar werden, wo freundschaftliches Miteinander Offenheit erlaubt. Als Jesuit werde ich dann allen Ernstes immer noch gefragt, wie ich nur positiv zur Tradition eines Ordens stehen könne, der im Dienste der Gegenreformation entstanden sei. Oder als Katholik mit vielen Freunden in den romanischen Ländern Europas stolpere ich über die Selbstverständlichkeit, mit der Autoren wie Möller suggerieren, der Thesenanschlag sei Dreh und Angelpunkt für die Emanzipationsgeschichte der kritischen Vernunft in Europa. Ist er es denn für die sehr unterschiedlichen Traditionen und Bewegungen der Reformation?

Luther und Ignatius von Loyola, der Gründer des Jesuitenordens, entdecken mit großem Ernst das Urmotiv jüdisch-christlicher Spiritualität wieder: Der Mensch verdankt sich Gott und muss – herausgefordert durch diese Entdeckung – seine Antwort in seinem Leben in Freiheit und Verantwortung selbst verwirklichen. So wichtig es Ignatius aber war, in den geistlichen Übungen dem Individuum einen Weg zur Entscheidungsfindung an die Hand zu geben, so sehr weiß er aus eigener Erfahrung wie bedroht die Freiheit des Menschen von innen her ist, von den Begierden, vom Narzissmus, den Ängsten und Vorurteilen. Ignatius als konformistischer Parteisoldat Roms ist ein Zerrbild. Mehrfach trat er aufrecht dem Papst entgegen, um seine von der damaligen Norm völlig abweichenden Ideen eines Ordens zu vertreten: So soll er sein oder er soll gar nicht sein. Aber Individuum und (!) Lehramt/Institution bleiben für ihn notwendige Korrektive. Deshalb gehören für ihn Gehorsam und Eigenverantwortung, Loyalität und Kritik untrennbar zusammen. Von seinen Gefährten verlangt er, dass Beratungen weniger von Debatten als vom Bemühen geprägt sein sollen, sich in die Position des Anderen hinein zu begeben. Denn immer ist damit zu rechnen, dass der Wille Gottes sich nicht nur in der Einsicht des einen oder des anderen ausdrückt, sondern in dem, was entsteht, wenn beide Positionen aufeinanderstoßen. Im Christentum geht es um Inkarnation. Diese geschieht hinein in die Grenzen und Widersprüche menschlicher Geschichte. Wo aus der Trennung Versöhnung, gegenseitiges Lernen und darin neuer Reichtum entstehen, wird Gottes Gnade fassbar. Viele gemischt-konfessionelle Familien – ich stamme auch aus einer solchen – haben in Deutschland ein Miteinander wachsen lassen, das mit dem Begriff »Spaltung« tatsächlich nicht mehr angemessen umschrieben ist. Das ist ein Grund zu danken. Und deshalb – und nicht aus Beliebigkeitsgründen – gehört die Ökumene meines Erachtens zu den zentralen Themen, die uns das Reformationsjubiläum in Deutschland stellt. Und dies wird festzuhalten sein, denn zu den konfessionellen Jubiläumsritualen gehören ja auch die Reden der Profilierungschristen, die der Krise der je eigenen Kirche meinen mit entsprechenden Profilkampagnen angemessen begegnen zu können, als ginge es darum, eine Marke Zahnpasta durch Abgrenzung von der Konkurrenz wieder besser zu verkaufen.

Luther 2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Dahinter steht für die Christen in Deutschland aber eine historisch-moralische Verpflichtung zur Ökumene: Der NS-Richter Roland Freisler

Wir sind unterschiedlicher als wir denken

verwies mit seinem Urteil gegen die Gefährten des Kreisauer Kreises, insbesondere gegen Helmuth James Graf von Moltke und den Jesuiten Alfred Delp auf die Unvereinbarkeit mit dem Christentum an sich, welche sich in der Konstellation ihrer Gefährtenschaft über die konfessionellen Grenzen hinweg zeigte. Diese Gefährtenschaft begründete sich aus einer gemeinsamen, christlichen Verantwortung, Anwalt für das Menschliche in der Gesellschaft zu sein. Moltke blieb in seiner Vorbereitung auf den Tod, im Beten und Studieren Protestant, Delp der katholische Ordensmann, dem es vergönnt war im Gefängnis letzte Gelübde abzulegen. Ihre Gefährtenschaft war echte Freundschaft, weil sie in der gemeinsamen Sendung und im gemeinsamen Zugehen auf den Tod den Anderen anders sein ließen. Am Ende empfingen sie im Todestrakt dennoch gemeinsam die Eucharistie. Denn angesichts der existentiellen Herausforderung durch die Henker der Diktatur brauchte ihre Gefährtenschaft gemeinsame Nahrung. Ein Reformationsjubiläum, das die Wahrheit der Verschiedenheit nur pragmatisch wegwischen will statt sie im offenen Ringen zu leben, wird oberflächlich bleiben. Ein Reformationsjubiläum, welches im Angesicht der heute anstehenden existentiellen Herausforderungen hinter der Gefährtenschaft der Märtyrer von Plötzensee zurückbleibt, gleicht einem Verrat am tiefsten Fundament. Und bei allen Unterschieden, die sich gerade am Abendmahl erleben lassen, muss auch die Frage erlaubt sein, ob es nicht angemessen wäre, anlässlich des Reformationsjubiläums die Prioritäten zu überprüfen: Könnten – ohne die Verschiedenheit einfach wegzuwischen – am Tisch nicht Gastfreundschaft und die verbindende Freundschaftsgeste Jesu wichtiger werden als das Trennende in der Verschiedenheit?

Tobias Zimmermann, SJ ist Bildender Künstler und Rektor des Canisius-Kolleg Berlin

Auch Eltern sind Experten

Kein Turbo-Abitur, mehr Ganztagsschulen: Die Jako-O-Bildungsstudie ermittelt die Sichtweisen der Eltern

KLAUS-JÜRGEN TILLMANN

In der JAKO-O Bildungsstudie werden alle zwei Jahre 3.000 Schülereltern in Deutschland zu pädagogischen und bildungspolitischen Aspekten von Schule und Erziehung befragt. Die erste Repräsentativerhebung fand im Jahr 2010 statt, die zweite im Jahr 2012. Die Untersuchung wird durchgeführt in Kooperation zwischen dem Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid und einem wissenschaftlichen Konsortium, dem Bildungsforscherinnen und Bildungsforscher der Universitäten Bielefeld und Hamburg angehören (vgl. Killus/Tillmann 2012). Gesponsert wird diese Untersuchung von dem Kinderausstatter JAKO-O. Gefragt wurde u.a.: Wie stehen die Eltern zu aktuellen bildungspolitischen Problemen?

Die Errichtung von Ganztagsschulen

Seit dem »PISA-Schock« 2001 ist in allen Bundesländern das schulische Ganztagsangebot erweitert worden. Inzwischen nehmen 28 Prozent aller Kinder in Grundschule und Sekundarstufe I ein solches Ganztagsangebot wahr. Die Studie zeigt, dass auch dieses erweiterte Angebot weit hinter den Erwartungen der Eltern zurückbleibt: 2012 erklärten 70 Prozent der Eltern, dass sie für ihr Kind einen Platz in einer Ganztagsschule wünschen. Besonders entschieden vertreten wird diese Forderung von Alleinerziehenden und von ganztags berufstätigen Eltern. Aber auch in Familien, in denen die Mutter nicht berufstätig ist, wird zu mehr als 50 Prozent ein Ganztagsschulplatz angestrebt. Der Vergleich mit den Ergebnissen von 2010 zeigt, dass der Ausbau des Ganztagsbereichs mit den steigenden Erwartungen der Eltern nicht Schritt halten kann: 2010 wollten 59 Prozent der Eltern einen Ganztagsplatz, 2012 sind es 70 Prozent. Während die Erwartungen somit um 11 Prozentpunkte gestiegen sind, ist in der gleichen Zeit das Platzangebot nur um 4 Prozentpunkte gewachsen.

Die Verkürzung der Gymnasialzeit (G8)

Das Abitur wird in den Gymnasien inzwischen nicht mehr nach der 13., sondern schon nach der 12. Klasse abgelegt. Damit verkürzt sich (bei vierjähriger Grundschule) die gymnasiale Schulzeit von neun Jahren (G9) auf acht Jahre (G8).

Wir haben die Eltern 2012 gefragt: »Wenn Sie sich entscheiden müssten: Würden Sie für Ihr Kind das achtjährige oder das neunjährige Gymnasium wählen?« Das Ergebnis war von einer selten anzutreffenden Eindeutigkeit: 79 Prozent der Eltern entschieden sich für das neunjährige Gymnasium, nur 17 Prozent für das achtjährige. Zugleich plädieren die Eltern dafür (ebenfalls mit 79 Prozent), die bildungspolitische Entscheidung zur Verkürzung der Gymnasialzeit rückgängig zu machen und zum Abitur nach 13 Jahren zurückzukehren. Sie verweisen dabei vor allem auf den hohen Zeit- und Leistungsdruck, der im G8-Bildungsgang bestehe. Dieses klare Bekenntnis zum neunjährigen Gymnasium muss man als »Ohrfeige« für die Bildungspolitiker aller Parteien (und für die Kultusministerkonferenz) werten: Denn die (fast) flächendeckend realisierte Schulzeitverkürzung stößt auf eine deutliche Ablehnung in der Elternschaft.

Die gemeinsame Beschulung behinderter und nicht-behinderter Kinder (Inklusion)

Seitdem die Bundesrepublik der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beigetreten ist, steht fest, dass Kinder mit Behinderungen einen Rechtsanspruch darauf haben, mit nicht-behinderten Kindern gemeinsam unterrichtet zu werden. Dies bedeutet auf mittlere Sicht, dass die Einrichtungen der Sonderbeschulung – »Förderschulen« et cetera – aufzulösen sind und alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden. Zu realisieren ist somit ein inklusives Schulsystem.

Uns interessiert, wie Eltern zu einer solchen Veränderung stehen. Dazu haben wir auch danach gefragt, wie stark die Eltern eine solche gemeinsame Beschulung bei unterschiedlichen Beeinträchtigungen der »behinderten« Kinder befürworten: Bei körperlich beeinträchtigten Kindern befürworten 89 Prozent der Eltern eine solche gemeinsame Unterrichtung (und damit die Auflösung der entsprechenden Sonderschule), bei Kindern mit Lernschwierigkeiten sind 72 Prozent für eine solche Integration. Bei beiden Gruppen finden wir also eine hohe Zustimmung zu der angestrebten Inklusion. Deutlich reserviert reagieren Eltern hingegen, wenn es um die Unterrichtung von geistig behinderten und von verhaltensauffälligen Kindern in der allgemeinen Schule geht (je 46 Prozent Zustimmung und 50 Prozent beziehungsweise 51 Prozent Ablehnung). Damit weisen unsere Umfragedaten darauf hin, dass der Weg zur

79 Prozent der Eltern sind für eine Rückkehr zur neunjährigen Gymnasialzeit

inklusiven Schule kein »Selbstläufer« sein wird. Innerhalb der Elternschaft gibt es dazu viel Unterstützung, es gibt aber auch Skepsis und Argwohn. Das bedeutet, dass gezielte Anstrengungen notwendig sind, um die Eltern auf diesem Weg »mitzunehmen«: Wenn Schulbehörden und Schulleitungen die Inklusion voranbringen wollen, müssen sie immer wieder den Dialog mit den Eltern suchen. Und die Schulbehörden müssen Formen der inklusiven Beschulung personell so gut ausstatten, dass die Förderqualität allen Beteiligten ins Auge fällt.

Ausblick

Die JAKO-O-Bildungsstudie soll zur Dauereinrichtung werden – die Erhebung 2014 wird bereits vorbereitet. Auf diese Weise werden die Meinungen der Eltern zu Schule und Bildungspolitik kontinuierlich sichtbar gemacht und in die öffentliche Debatte eingebracht. Das bedeutet: Der Kreis der »Experten« (Bildungspolitiker, Schulverwalter etc.) wird sich künftig immer wieder mit den Erfahrungen der unmittelbar betroffenen Eltern auseinandersetzen müssen.

Klaus-Jürgen Tillmann ist (emeritierter) Professor für Schulpädagogik an der Universität Bielefeld

Die vollständige Untersuchung: Killus, D./Tillmann, K.J. (Hrsg.): Eltern ziehen Bilanz. Die 2. JAKO-O-Bildungsstudie. Waxmann-Verlag Münster 2012

Die Rote Liste

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden in jeder Ausgabe gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt.
Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, Theater oder Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist.
Diesen Bewusstseinsprozess gilt es anzuregen. Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

Kategorie 4	Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
Kategorie 3	Vorwarnliste
Kategorie 2	gefährdet
Kategorie 1	von Schließung bedroht
Kategorie 0	geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

THEATER HAGEN, NRW

- Gründung: 1911
- Mitarbeiter: 286
- Tätigkeitsfeld: Oper, Operette, Musical , Ballett und vereinzelte Schauspiel-Eigenproduktionen; Kinder- und Jugendtheatersparte. Das Theater hat ein festes Ensemble.
- Rechtsform: Städtischer Regiebetrieb
- Homepage: www.theater-hagen.de

FOTO: BORIS GOLZ

3

Unter der Leitung von Intendant Norbert Hilchenbach gehört das Theater Hagen zu den bestbesuchten Bühnen nicht nur in NRW und liegt mit seinem Einspielergebnis bundesweit im vorderen Drittel. 2012 wurde es in der Fachzeitschrift »Deutsche Bühne« in der Kategorie »Ungewöhnlich überzeugende Theaterarbeit abseits großer Zentren« zum wiederholten Mal ausgezeichnet. Das Theater Hagen sieht sich seit Jahrzehnten finanziellen Kürzungen ausgesetzt. Für den im Juni 2012 verabschiedeten Haushaltssicherungsplan der Stadt Hagen war eine erneute Einsparung in Höhe von 850.000 Euro vorgesehen. 500.000 Euro sollten durch die Umwandlung der Rechtsform vom Kommunalen Regiebetrieb in eine gGmbH erbracht werden, die restlichen 350.000 Euro sollte das Theater innerhalb von drei Jahren selbst erwirtschaften. Nachdem dieser Haushaltssicherungsplan im Oktober 2012 von der Bezirksregierung in Arnsberg abgelehnt worden war, wurde der Rechtsformwechsel auf unbestimmte Zeit verschoben, die Einsparsumme von 850.000 Euro blieb hingegen bestehen. Diese Summe kann jedoch nur auf Kosten der erfolgreichen Arbeit des Theaters Hagen erbracht werden.

HOTEL AM KALKBERG BAD SEGEBERG, SCHLW.-HOLST.

- Gründung: 1999
- Mitarbeiter: 10 bis 15 Ehrenamtliche
- Tätigkeitsfeld: Jugendkulturarbeit in verschiedensten Formen z.B. Konzerte, Ausstellungen, politische Arbeit, Workshops, Instandhaltung des selbstverwalteten Hauses
- Träger: Verein
- Homepage: www.hotelamkalkberg.de

0

FOTO: PAULA MARXEN

Nach einem über zweijährigen Räumungsverfahren fand am 1. November die polizeiliche Räumung des selbstverwalteten Jugendkulturzentrums Hotel am Kalkberg (HaK) in Bad Segeberg statt. Das vom Verein getragene Haus finanzierte sich ausschließlich über eigene Veranstaltungen, die nur durch ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement der Jugendlichen möglich waren. Kulturelle Veranstaltungen wie der »Rap am Berg«, Schleswig-Holsteins größte Hip-Hop-Veranstaltung, wurden regelmäßig organisiert, sowie politische Informationsveranstaltungen angeboten.
Trotz der Unterstützung unter anderem durch das Freiraumplenum SH und die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren konnte die Schließung und der darauf folgende Abriss des alten Bauernhauses nicht verhindert werden. Am 1. Dezember fand aus diesem Grund eine Demonstration statt, bei der 300 Personen für neue Graffitiflächen, eine Skateranlage und ein selbstverwaltetes Jugendzentrum auf die Straße gingen. Ob sich die Hoffnung der HaK-Aktiven, doch noch ein neues Haus zu finden, erfüllt, steht in den Sternen.

DAS ARCHIV POTSDAM, BRANDENBURG

- Gründung: 1994
- Mitarbeiter: ca. 50 Personen, die ca. 300 Stunden ehrenamtliche Arbeit in der Woche leisten
- Tätigkeitsfeld: alternatives Kulturzentrum, Kulturangebote, wie z.B. Konzerte, für Jugendliche
- Träger: Archiv e.V.
- Homepage: www.archiv-potsdam.de

FOTO: PATRICK HINZ

1

Das Kulturzentrum »Archiv« ist ein etablierter Treffpunkt verschiedener alternativer Jugendszenen in Potsdam. Wöchentlich finden Konzerte und Partys statt. Neben dem Café gibt es Wohn- und Atelierräume, eine Siebdruckwerkstatt und eine Sporthalle. Seit September 2008 droht dem »Archiv« in der Leipziger Straße die Schließung, da die Bauaufsicht Sicherheitsmängel, vor allem beim Brandschutz, festgestellt hatte. Durch Spenden konnte der Einbau von Feuertüren finanziert und kurzfristig das drohende Aus des laufenden Kulturbetriebs abgewendet werden. Inzwischen ist klar, dass mindestens 500.000 Euro nötig sind, um die geforderte Brandschutzsanierung umzusetzen. Diese Summe kann das nicht kommerziell ausgerichtete »Archiv« ohne Unterstützung nicht bewältigen. Kommen bis Ende 2012 nicht genügend Spenden zusammen, endet die Betriebserlaubnis für das alternative Kulturzentrum am 31. Dezember.

OPERNHÄUSER KÖLN UND BONN, NRW

Oper Köln (Foto: Aktuelle Inszensierung »Der Räuber Hotzenplotz«, Lucas Singer)
- Träger: Stadt Köln
- Homepage: www.operkoeln.com

Oper Bonn
- Träger: Bundesstadt Bonn
- Homepage: www.theater-bonn.de

FOTO: MATTHIAS BAUS

3

Die Städte Köln und Bonn haben eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, um eine Fusion ihrer beiden Opernhäuser zu prüfen. Auf deren Grundlage soll in Zukunft über das Schicksal der Ensembles entschieden werden. Allerdings stellt sich die Frage, in wie weit eine Studie die Dimensionen einer Fusion dieser Opernhäuser erfassen kann. Der Deutsche Bühnenverein hält die Studie sogar für überflüssig, da »es nicht die Frage ist, ob und wie es geht, sondern welche Auswirkungen es für die beiden Städte und ihre Theater hat.« Denn neben einem massiven Personalabbau würde eine zukünftige Fusion auch die Auflösung des Zusammenschlusses der Opern mit den jeweiligen Schauspielhäusern der Städte bedeuten. Auch den Verlust dieser Synergieeffekte gilt es zu berücksichtigen.

BISHER VORGESTELLTE KULTURINSTITUTIONEN

Kultureinrichtung/-projekt	Ort	Gefährdungskategorie aktuell	(vormals)
Theaterburg Roßlau. e.V.	Roßlau, Sachsen-Anhalt	0	(0)
Archiv der Jugendkulturen	Berlin	2	(2)
Kino Streit's	Hamburg	1	(1)
Nordwestdeutsche Philharmonie	Herford, NRW	4	(2)
Theater der Keller	NRW	2	(1)
Atelierhaus Prenzlauer Promenade	Berlin	2	(1)

Kultureinrichtung/-projekt	Ort	Gefährdungskategorie aktuell	(vormals)
Stadtbibliothek Calbe	Calbe, Sachsen-Anhalt	0	(1)
Bergische Philharmonie	Remscheid/Solingen, NRW	2	(3)
Frauenmusikzentrum	Hamburg	2	(2)
Dok.-zentrum Alltagskultur d. DDR	Brandenburg	1	(1)
Künstlersiedluing Halfmannshof	BW	1	(2)
SWR Sinfonieorchester	Rheinland-Pfalz/BW	1	(1)

Musik sichtbar machen

Die Pianistin und Komponistin Aki Takase im Porträt

ANDREAS KOLB

Ein kleines Mädchen, das sich über Europa beugt, ein japanisches Mädchen – Dieser Satz aus einer Konzertkritik ist eine poetische, aber dennoch sehr exakte Beschreibung von Aki Takase und ihrer Musik, die sich immer wieder aufs Neue aus der Begegnung von West und Ost speist. Die Pianistin und Komponistin wurde 1948 in der Präfektur Osaka als Tochter eines Bankdirektors geboren. Mit drei erhielt sie bereits Klavierstunden von der Mutter, das Studium an der Toho Gakuen School of Music, einem privaten Konservatorium in Tokyo, sollte sie auf die Karriere als Konzertpianistin vorbereiten. Das bedeutete Bach, Beethoven, Brahms und Bartok bis zur Perfektion. Auch zur sogenannten Neuen Musik, sie nennt Komponisten wie Xennakis oder Ligeti, hatte sie über eine befreundete Pianistin Zugang.

Wie sich das Land der aufgehenden Sonne und der Neue Kontinent in Berlin begegneten

Es schien als ob sich Takases künstlerischer Weg nicht wesentlich von dem vieler anderer, ebenso hochbegabter und exzellent ausgebildeter klassischer Pianistinnen und höherer Töchter aus dem Land der aufgehenden Sonne unterscheiden würde. Wäre da nicht ihr Hang, ja beinahe Zwang zur Improvisation, zum Adhoc-Komponieren gewesen. Der war von Anfang an da, so erinnert sie sich. Erst später lernte sie die improvisatorischen Mittel kennen, die der Jazz heutigen Improvisatoren zur Verfügung stellt. Statt Brahms und Beethoven hießen ihre Idole nun Charlie Mingus, Ornette Coleman, Albert Ayler, Fats Waller und immer wieder Thelonius Monk.

Sie besorgte sich die Platten und spielte die Titel nach – gegen den Willen des Vaters, der den »Jazzweg« seiner Tochter erst später zu akzeptieren lernte. In diesen Jahren entwickelte Takase ihren unverwechselbaren Personalstil, aufgrund dessen man sie aus tausenden von Jazz-Pianisten sofort heraushören kann. Ihre stupende, klassisch geschulte Technik ermöglicht ihr eine stilistische Vielseitigkeit, wie sie nur wenigen Jazzern zur Verfügung steht. Dynamischer Anschlag, rasende Läufe, hauchzartes piano pianissimo verbinden sich mit jazzigen Akkordwechseln, Improvisationen und Jazzstilistiken von Rag Time und Stride Piano über Bebop, Hardbop bis hin zur Jazz-Moderne. Bis zum heutigen Tag setzt sie sich immer aufs Neue mit Musik von Duke Ellington, Thelonius Monk, Eric Dolphy, W.C. Handy, Fats Waller und Ornette Coleman auseinander. Um im Bild zu bleiben: Die japanische Pianistin beugt sich am Flügel längst nicht mehr nur über Europa, sondern auch über die USA, zumindest deren afroamerikanischen Teil.

Ein Gastspiel auf dem Berliner Jazzfest im November 1981 war der Grund für Takases erste Reise nach Europa und somit auch die erste »Live«-Begegnung mit der Kultur des Alten Kontinents. Vom Publikum gefeiert folgten auf diesen Auftritt regelmäßige Tourneen durch Europa, 1987 wurde sie in Berlin heimisch. Auch wenn ihre Tourneen die Pianistin heute durch die ganze Welt führen, so kommt sie immer wieder zurück auf die Bühnen des Berliner Jazzfestes – zuletzt 2012 im Duo mit dem niederländischen Schlagzeuger Han Bennink. Nicht »Tea for Two«, sondern »Two for Two« heißt das neue (CD-)Programm der beiden und diese Anspielung im Titel ist symptomatisch für das Schaffen von Aki Takase. Musizieren ist für sie Gespräch, Dialog, auch harte Auseinandersetzung, aber auch gemeinsame Aussage; zu hören etwa im Duo mit Hennink, mit der Sängerin Maria João, dem Klarinettisten Louis Sclavis oder mit ihrem Mann, dem Pianisten Alexander von Schlippenbach. Musikalisch-dramatische Gespräche führt sie aber auch in anderen Bandkonstellationen, in ihrem Trio TAMA – japanisch für Ball, Perle oder auch Seele – oder in größeren Formationen wie mit Eugen Chadbourne, Nils Wogram, Rudi Mahall, Thomas Heberer und Paul Lovens. Weitere »Gesprächspartner«? John Zorn, Lester Bowie, David Liebman und viele andere aus der ersten Liga der freien Improvisatoren. – »Man hört vier vernünftige Leute sich unterhalten, glaubt ihren Diskursen etwas abzugewinnen und die Eigentümlichkeiten der Instrumente kennenzulernen.« Das Goethe-Zitat über das klassische Streichquartettspiel muss man auf die Musik Takases bezogen nur in einem Punkt abändern: Hin und wieder werden aus vernünftigen Leuten ziemlich exaltierte, groteske Spezies.

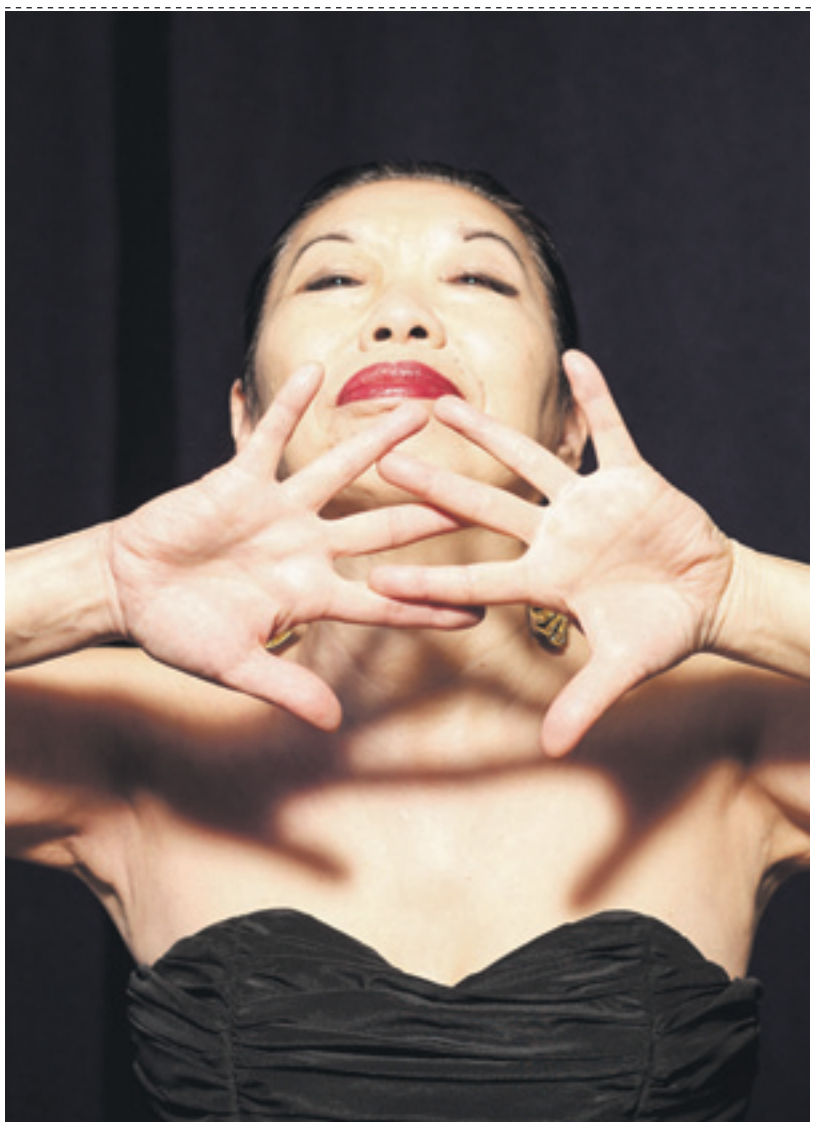


FOTO: GEORG TUSKANY

Über alles liebt die Pianistin Ausflüge in andere Künste und Kulturen – da gibt es etwa östlich inspirierte Improvisationen mit der japanischen Guzhengspielerin Xiu Feng Xia auf dem Jazzfestival Inntöne, dort macht sie von sich reden mit der Performance »Die Stadt im Klavier« mit der in Berlin lebenden Tänzerin Yui Kawaguchi. Oder sie konzipiert und spielt die Musik zur Ausstellung »Breath of the Spirit« von Chiharu Shiota im Jahr 2009 im National Museum of Art in Osaka.

Klassisch, free, neutönerisch oder im Stile des Stride Piano – eines ist Aki Takases Musik niemals, nämlich konventionell. Erschrecken Sie also nicht, wenn sich die zierliche Pianistin zu Beginn des Konzertes über die Tasten ihres Steinway beugt und beim ersten Anschlag Ping-Pong-Bälle von den Hämmern hochgeschleudert werden, in einem wilden Tanz über die Saiten rollen und hüpfen und den klassischen Klavierklang wie mit einem Windspiel umschmeicheln. Das ist Aki Takase: Sie macht Musik zu etwas Sichtbarem und ihre Klavierkonzerte zu packenden Performances.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Die Nelke

200 Jahre Grimms Märchen

GEORG RUPPELT

Im Dezember 2012 feierte Deutschland und die Welt das Erscheinen des ersten Bandes der Grimm'schen Kinder- und Hausmärchen vor 200 Jahren, genauer am 20. Dezember 1812, und noch genauer der »Kinder- und Haus-Märchen. Gesammelt durch die Brüder Grimm. Berlin, in der Realschulbuchhandlung, 1812.«

Dieses und vieles andere mehr schreit geradezu nach einer Würdigung auch in Politik & Kultur. Wie aber kann man das Sammlungswerk der Grimms, deren Märchenausgabe zum UNESCO-Weltdokumentenerbe zählt, besser würdigen als mit einem Originalzitat aus ihrer Sammlung? Und vielleicht sollte man einen Text auswählen, der nicht zu den ganz bekannten zählt? Und vielleicht versteht man nach dessen Lektüre auch das Erstaunen der amerikanischen Schwiegertochter des Autors dieser Zeilen, die, nachdem sie einige der Märchen gelesen hatte, ausrief: »Und so etwas lest ihr Euren Kindern vor?« Wie auch immer: Es schadet nie, alte Texte zu lesen, selbst dann nicht, wenn sie zur Weltliteratur gehören. Hier kommt ein Märchen aus dem 1812 erschienenen ersten Band der Grimm'schen Märchensammlung, zitiert nach wikisource.

Die Nelke

Auf eine Zeit lebte ein König, der wollte sich niemals verheirathen, da stand er einmal am Fenster, und sahe die Leute in die Kirche gehen, da war ein Mädchen darunter von solcher Schönheit, daß er in einem Augenblick seinen Vorsatz aufgab, das Mädchen zu sich rief, und es zu seiner Gemahlin wählte. Nach Verlauf eines Jahrs gebar sie einen Prinzen, da wußte der König nicht, wen er zu Gevatter bitten sollte, endlich sagte er: »der erste, der mir begegnet, wer es ist, den bitte ich zu Gevatter;« ging aus, und der erste, der ihm begegnete, das war ein armer alter Mann, den bat er auch darauf zu Gevatter. Der arme Mann sagte zu, bat sich aber aus, daß

Es schadet nie, alte Texte zu lesen, selbst dann nicht, wenn sie zur Weltliteratur gehören.

er das Kind allein in die Kirche trage, daß diese verschlossen werde und niemand zusehen dürfe; das ward ihm alles bewilligt. Der König aber hatte einen bösen, neugierigen Gärtner, wie nun der alte Mann das Kind in die Kirche trug, schlich er sich nach und versteckte sich in den Bänken. Da sah er, wie der Alte das Kind vor den Altar trug, es segnete, und wie einer, der geheime Kräfte versteht, ihm die Gabe verlieh, daß alles, was es sich wünsche, eintreffen solle. Der böse Gärtner dachte gleich, welch' einen Vortheil er sich daraus verschaffen könnte, wenn er das Kind hätte. Wie nun einmal die Königin in dem Garten spazieren ging, und es auf dem Arme trug, riß er es weg, bestrich ihr den Mund mit Blut eines geschlachteten Huhns, und klagte sie bei dem König an: er habe gesehen, wie sie ihr Kind in dem Garten getödtet und aufgegessen. Der König ließ sie ins Gefängniß werfen, der Gärtner schickte das Kind weit weg zu einem Förster in den Wald, der sollte es da groß ziehen. Der Prinz lernte die Jägerei; der Förster aber hatte eine schöne Tochter, Namens Lise, die zwei Kinder hatten einander sehr lieb, und Lise entdeckte ihm, daß er ein Prinz sey, und alles was er wünsche, das müsse eintreffen. Da kam bald darauf der Gärtner zu dem Förster, wie ihn der Prinz sah, verwünschte er ihn gleich in einen Pudel, seine liebe Lise aber in eine Nelke, die steckte er vor, der Pudel aber mußte neben ihm her laufen: so ging er an seines Vaters Hof, und nahm als Jäger bei ihm Dienste. Er ward auch bald bei ihm beliebt, wie keiner von den andern Jägern, weil er alles Wild schießen konnte, denn er brauchte nur zu wünschen, so kam es vor ihn hingelaufen. Für alle Dienste verlangte er gar keinen Lohn, bloß eine Stube für sich, die er immer verschlossen hielt, auch wollte er für sein Essen selber sorgen. Das kam seinen Cameraden wunderlich vor, daß der umsonst diene, und einer schlich ihm nach und guckte durchs Schlüsselloch, da sah er, wie der neue Jäger vor einem Tisch saß mit dem prächtigsten Essen besetzt, und neben ihm ein schönes Mädchen, und daß beide sehr freundlich und vergnügt miteinander waren. Das Essen aber hatte sich der Prinz nur auf den Tisch gewünscht, und das Mädchen war seine liebe Lise, die verwandelte er allezeit in ihre natürliche Gestalt, und war in ihrer Gesellschaft, so oft er allein war, wenn er aber ausging, war es wieder eine Nelke, die in einem Glas mit Wasser stand. Die Jäger meinten, er müsse große Reichthümer haben, und brachen, als er auf der Jagd war, in seine Stube ein, da fanden sie aber gar nichts, nur die Nelke vorm Fenster. Weil sie so schön war, brachten sie diese zum König, der trug auch einen so großen Gefallen daran, daß er sie von dem Jäger verlangte. Der wollte sie aber um alles Gold nicht hingeben, weil es seine liebste Lise war, endlich, wie der König darauf bestand, entdeckte er ihm alles, und daß er sein Sohn wäre. Wie der König das hörte, freute er sich von Herzen, die Königin ward aus dem Gefängniß befreit, und die treue Lise des Prinzen Gemahlin; der gottlose Gärtner mußte zur Strafe ein Pudel bleiben, und ward von den Knechten unter den Tisch gestoßen.

Georg Ruppelt ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover

Kulturmensch James Simon

Vor 100 Jahren am 6. Dezember 1912 wurde die bunte Gipsbüste der Nofretete in der Wüste von Amarna entdeckt. Was kaum jemand weiß: Der jüdische Baumwollgroßhändler und Millionär James Simon (1851 bis 1932) bezahlte die jahrelangen Grabungen, denen die Berliner Museen die ägyptische Königin verdanken.

Simon gab einen Großteil seines Vermögens für die Berliner Museen aus und schenkte ihnen nicht nur die Nofretete, sondern alle Kunstwerke und Objekte aus Amarna, das Ischtar Tor und die Prozessionsstraße aus Babylon, über 600 Kunstwerke der italienischen und nordalpinen Renaissance, Gemälde und Skulpturen.

Zum ersten Mal gibt es nun einen Film über diesen Mann und sein wechselvolles Leben. Die Dokumentation »Der Mann, der Nofretete verschenkte – James Simon, der vergessene Mäzen« von Carola Wedel zeichnet den Lebensweg James Simons nach. James Simon ist ein Kulturmensch, der es wert ist aus der Vergessenheit geholt zu werden, denn bis heute trägt keine Straße, keine Schule in Berlin seinen Namen.

© STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN; FOTOGRAF UNBEKANNT, UM 1880

Politik & Kultur

© JEFF KOONS

Jeff Koons: Shelter, 1996-98; oil on canvas; 300 x 376,2 cm

Wa(h)re Kunst

Über den Doppelcharakter von Kulturgütern und kulturellen Dienstleistungen

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Als im Sommer letzten Jahres in der Frankfurter Schirn und im Liebighaus Frankfurt die große Jeff Koons Ausstellung stattfand, tauchte sie wieder auf, die regelmäßig erscheinende Frage nach der »Ware Kunst« und der »wahren« Kunst. Ist nicht alles aufgeblasener Kitsch, was Koons präsentiert? Zeigt die Ausstellung nicht ein durch und durch ökonomisiertes Verständnis von Kunst? Handelt es sich bei den Werken wirklich um Kunst?

Spätestens seit der Popikone Andy Warhol ist geradezu mit den Händen zu greifen, dass Kunst immer beides ist: Sie ist eine Ware und wird daher auf den jeweiligen spartenspezifischen Märkten gehandelt, gute Kunst ist zugleich wahr. Die Arbeiten von Jeff Koons sind ein Spagat. Koons spielt geradezu mit der Verwertbarkeit seiner Werke, mit der Warenwelt, mit dem Marktwert bildender Kunst und mit dem Nimbus des Kunstmarktes. Seine Arbeiten verleugnen nicht den Warencharakter von Kunst, im Zusammenspiel mit den Werken im Liebighaus Frankfurt zeigten sie aber auch, dass sie wahre Kunst sind.

Der Doppelcharakter von Kulturgütern und kulturellen Dienstleistungen war bereits mehrfach Gegenstand in Politik & Kultur. Nicht zuletzt während der Auseinandersetzungen im Rahmen der »GATS-Verhandlungen« (Generell Agreement on Trade in Services) oder während der Aushandlungsprozesse um die »UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« (kurz: Konvention Kulturelle Vielfalt) war viel die Rede von diesem Doppelcharakter von Kulturgütern und kulturellen Dienstleistungen. Das wesentliche Movens zur Formulierung und Verabschiedung der Konvention Kulturelle Vielfalt war die Übermacht der US-amerikanischen Kulturunternehmen, die insbesondere im audiovisuellen Bereich weltweit auf die Märkte drängen. Kanadische Wissenschaftler, Künstler und Verbandsvertreter haben mit großem Engagement im UNESCO-Kontext auf die Verabschiedung einer Konvention gedrängt, die der Liberalisierung des Handels mit Kulturgütern und kulturellen Dienstleistungen entgegen wirkt. Sie fanden Bündnispartner insbesondere in Europa und gemeinsam gelang es, in einem für ein internationales Abkommen atemberaubenden Tempo die Konvention Kulturelle Vielfalt zu erarbeiten, zu verabschieden und in Kraft zu setzen.

Kunst ist eine Ware, gute Kunst ist zugleich wahr

Den Auftrag, eine solche Konvention zu erstellen, erteilte die UNESCO-Vollversammlung in Paris im Jahr 2003, im Jahr 2005 konnte die Konvention gegen die Stimmen der USA verabschiedet werden und wurde im Jahr 2007 in Kraft gesetzt.

Für die Staaten, die diese Konvention verabschiedet haben, ist sie seither bindend. Ein Kernelement der Konvention Kulturelle Bildung ist der erwähnte Doppelcharakter von Kulturgütern sowie kulturellen Dienstleistungen. Die Konvention Kulturelle Vielfalt stellt den Unterzeichnerstaaten die Aufgabe, ihre Kulturpolitik so zu gestalten, dass eine eigenständige Kulturwirtschaft und zugleich kulturelle Vielfalt entwickelt werden kann. Es steht dahinter die Annahme, dass der Markt allein nicht dafür garantiert, dass kulturelle Vielfalt entsteht. Zugleich wird damit gesagt, dass der Markt ein wichtiger Akteur im Kulturbereich ist. Der Markt steht eben nicht per se gegen die Kultur, sondern ein erheblicher Teil der Kultur wird vor allem auf dem Markt vermittelt und verkauft. Ein großer Teil der Künstler erwirtschaftet sein Einkommen am Markt. Dabei belohnt der Markt eben nicht nur das Seichte, das Eingängige oder Unterhaltsame, sondern auch das Schwierige, das nicht gleich Eingängige kann am Markt erfolgreich sein. Und wer will die Entscheidung treffen, was »wahre Kunst« ist und was nicht? Wer vermag endgültig über Qualität zu entscheiden? Und wer will sich anmaßen zu behaupten, dass wahre Kunst stets schwer, anstrengend und wenig unterhaltsam ist?

In diesem Schwerpunkt wird sich mit dem Thema »wa(h)re Kunst« in seinen unterschiedlichen Facetten und in den verschiedenen künstlerischen Sparten auseinandergesetzt. Es geht um die Wertsteigerung bildender Kunst, um den Unterschied zwischen Auktionen und dem Handel mit zeitgenössischer Kunst, um die Verwertungsketten vom Künstler bis zum Nutzer, um die Förderung von Künstlern und die damit verbundenen Fallstricke, um Kunst als Diebesbeute, um die Ausbildung von Popmusikern, um die Balance zwischen Kunst und Markt und nicht zuletzt geht es um unser europäisches Verständnis von Kunst versus Kunstkonzepten in anderen Kontinenten. In Beiträgen und Interviews wird das Feld vermessen und einiges, was ansonsten – auch in Politik & Kultur – eher abstrakt behandelt wird, wie beispielsweise das Urheberrecht in der digitalen Welt, wird auf die Arbeitssituation der Künstler bezogen.

Anspruchsvolles und Leichtgängiges, beides hat seinen Platz auf dem Kunstmarkt

Dabei soll keine Unterscheidung getroffen werden zwischen wahrer Kunst und der Ware Kunst. Allseits bekannt ist, dass so mancher Gedichtband durch den unterhaltsamen Bestseller querfinanziert wird. Beide, das Anspruchsvolle und das Leichtgängige, haben ihren Platz auf dem Kulturmarkt. Entscheidend ist der Ausgleich. Weder darf die Waage zu Lasten anspruchsvoller, künstlerischer Werke, die nur wenigen zugänglich sind, ausschlagen. Gerade das zunächst nicht Zugängliche kann morgen schon zum Kanon gehören. Kunst, für die sich zunächst nur wenige interessieren, braucht daher Förderung und Unterstützung. Genauso wenig sollte über die unterhaltsame, von einem breiteren Publikum genossene Kunst die Nase gerümpft werden. Eine solch bornierte Einstellung sägt den Ast ab, auf dem die »wahren Künstler« sitzen. Ihre Finanzierung, die Bereitstellung von Fördermittel wird nur dann Akzeptanz finden, wenn die Kunst auch den Olymp verlässt und andere künstlerische Formen gelten lässt. Horaz sprach in seiner Ars Poetica vom »prodesse et delectare«, also dem Nützen und/oder Unterhalten von literarischen Werken. Kunst sollte Freude machen, ihr Genuss erfreuen, sie kann ärgern, aufrütteln, zum Lachen bringen, unterhalten und vieles mehr. Kunst, »wahre Kunst«, ist nicht nur eine intellektuelle Herausforderung, sie sollte zugleich berühren.

Die vornehmste Aufgabe der Kulturpolitik besteht darin, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie Waage ausgeglichen ist zwischen der Ware Kunst und der wahren Kunst und dass beide auf dem Markt ihre Chance haben.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur.
Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

JEFF KOONS

Jeff Koons, geb. 1955 ist ein amerikanischer Bildender Künstler. Seine Werke changieren zwischen Kitsch und Kunst und erregen nicht zuletzt wegen der sexuellen Anspielungen immer wieder die Gemüter. Im letzten Jahr fand vom 20.06. bis 23.09.2012 eine Werkschau in der Frankfurter Schirn & im Liebighaus statt. Auf dieser und folgenden Seiten sind Abbildungen von Werken Koons zu sehen.

THEMA

Kunst: Die wahre Ware?

Museumsarbeit in Zeiten der Hochspekulation

ULRICH KREMPEL

Was da im November 2012 in zwei Auktionen in New York geschah, überraschte: Rekordumsätze von nahezu 1 Milliarde Dollar in nur wenigen Stunden in New York, Rekordpreise für Kunstwerke nicht nur der Klassischen Moderne. Preise, die spekulativ innerhalb weniger Jahre um Tausende von Prozent in die Höhe gingen; neue Investoren aller Art, die offensichtlich das Vertrauen in klassische Werte wie Immobilien oder Anlagen verloren haben, sodass das klassische Kunstwerk, zumal das im aktuellen Hype, in den Mittelpunkt ihres Interesses gerückt ist.

Dass solche Entwicklungen wenig mit dem Museum zu tun haben, und auch nur peripher etwas mit der wahren Kunst, liegt auf der Hand. Denn die Akteure, die hier spielen, sind nicht die Künstler selbst, sondern die Leute mit dem viel zu vielen Geld, das eine sinnvolle Heimat sucht, eine Anlage, die sichere Renditen verspricht. Dass Fachleute für den Kunstmarkt hier bereits von einer ungesunden Blase sprechen, die durch gerade diese inflationären Steigerungstendenzen in absehbarer Zeit auch zu platzen droht, ist ebenfalls öffentlich. Dass heute die Auktionshäuser bereits dazu übergehen, diese Hypes durch solide Sicherungsmaßnahmen zu Hause zu unterfüttern, weil eben doch viele Anleger, vor allem – wie man hört – aus asiatischen Ländern dazu neigen, die ersteigerten Preise nicht wirklich auch zu bezahlen, ist die andere Seite der spekulativen Medienunternehmen wie es die großen Auktionen heute geworden sind. Mit der Wirklichkeit in unseren Museen hat das alles nur mittelbar zu tun, immer da, wo wir unsere Kunstwerke im internationalen Leihverkehr oder, wenn sie uns denn geliehen sind, im Hause selbst mit immer neuen Versicherungssummen höher zu versichern haben als in der Vergangenheit. Das belastet die Budgets, das belastet den internationalen Leihverkehr, das treibt die Preise für Ausstellungen und Transporte um Erhebliches in die Höhe. Insofern sind Museen immer mittelbar mitbetroffen, und unmittelbar sind sie da betroffen, wo die so teuer gewordene Kunst für kein Museum in öffentlicher Trägerschaft noch wirklich erreichbar ist.

Die Geschwindigkeit des Marktes ist schon eine erstaunliche Angelegenheit. Denn noch vor wenigen Jahren ging es in klassischen Arbeitsteilungen mit der Kunst ins Ökonomische: Die Künstler waren es, die in Galerien ihre Arbeiten zeigten, die neue Schritte präsentierten, und die Galerien waren es, die dabei über die Jahre allmählich die Preise erhöhten. Sammler dienten zur Bestätigung dieser Ökonomie, wenn sie gewonnen waren, gingen parallel dazu Aktivitäten wie Ausstellungen in Kunstvereinen und, später dann, Museen als bestätigende Maßnahmen in die Preisgestaltung von Kunstwerken ein. Das alles aber hatte seinen Sinn im ersten

Museen müssen finanzkräftige Sammler dauerhaft als Partner gewinnen

Markt, einem Markt, der ganz wesentlich bestimmt war durch das künstlerische Angebot, über die professionellen Vermittler befördert, und schließlich durch die ökonomische Aneignung durch die Sammler und, gelegentlich, Museen und öffentliche Sammlungen.

Mit der Ökonomisierung der Kunst hat sich eine ganz neue »unio oeconomica« gebildet, eine Sammlerschaft, die untereinander Kunst kommuniziert und handelt und Werte konstruiert, ja gelegentlich spekulativ erhöht. Sie tat das wesentlich im zweiten Markt, den Auktionen. Dass dabei kluge Sammler in der Vergangenheit immer auch Museen benutzt haben, um hier Sammlungen zu parken, von denen die Direktoren nicht einmal zu träumen wagten, um sie dann später aus der Sicherheit der Depots oder öffentlichen Präsentation heraus in den zweiten Markt zu platzieren, zeigt die Leidensgeschichte nicht zuletzt deutscher Museen der letzten Jahre. Dass solche Sammler dabei einen außerordentlich schlechten Ruf aufbauten, scheint angesichts der möglichen Profite bei Auktionen und Verkäufen wenig zu stören. Künstler sind deshalb vorsichtiger geworden bei der preiswerten Abgabe von Werken an solche Sammler, die behaupten, sie würden diese Dinge letztlich einem Museum zuführen; zu sehr sind Beispiele von jüngsten Verkäufen im allgemeinen Gedächtnis.

Als vor langen Jahren Werner Schmalenbach mich in die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen als Ausstellungsleiter lockte, versprach er mir eine geradezu wunderbare Arbeitsteilung: »Sie sind für das Leben der Kunst zuständig, ich für das Überleben der Kunst.« Eine solche Arbeitsteilung, bezogen auf das Museum, war in klassischen musealen Zeiten der Traum. Mit der zeitgenössischen Kunst zu leben, sie in Ausstellungen zu präsentieren und sie der Öffentlichkeit zur Sichtung und Bewertung vorzustellen, das war das Eine. Das Andere war die schließliche Sicherung von Kulturgütern für das Museum; ein Prozess, den etwa Werner Schmalenbach lieber spät ansetzte, nach gesellschaftlichen Sedimentierungsprozessen, in denen über die dauerhafte Qualität und den Bestand von Werturteilen der Kunst gegenüber entschieden war. Dabei ist etwa in der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen eine Sammlung zustande gekommen, die von überragender Qualität ist. Häuser wie das Sprengel Museum Hannover haben angesichts einer immer schwieriger werdenden Lage in der ökonomischen Aneignung von Kunst längst auch auf ganz andere Wege gesetzt. Kooperationen mit Sammlern, Schenkungen von Künstlern, dauerhafte Kooperationen mit Stiftungen sind Wege – an der schieren ökonomischen Aneignung vorbei mit den professionellen Vorteilen des Museums Partner zu werben –, die helfen, die fehlenden Strategien der Aneignung auf anderen Wegen herzustellen. Große Schenkungen und Stiftungen verpflichten allerdings auch zu professionellem Handling; hier sind neue professionelle Zuschnitte und Tätigkeiten erforderlich, die in den Museen allmählich zum Tragen kommen. Und das sind nicht nur die Wege der Öffentlichkeitsarbeit und des Marketings; längst ist auch der professionelle Umgang mit Partnern wie Stiftungen, Schenkern und mit Leihgebern einer der wichtigsten Arbeitsbereiche für museale Leitungsarbeit. So kann man letzten Endes doch gewinnen an Kunstgut und qualitätvollen Sammlungen, wenn man die Sammler, die heute in spekulativen Hochpreisen investieren, dauerhaft als Partner gewinnt, um sie – wenn sie sich eines Tages mit der Frage nach dem Überleben ihrer Sammlungen beschäftigen – neben den schieren Kommerz mit den dauerhaften Werten der Kunst und ihrer öffentlichen Präsentation zu konfrontieren. Denn im Museum finden sich die wahren Werte der Kunst dauerhafter gespiegelt als im Verzeichnis ihrer Preisentwicklung.

© JEFF KOONS

Jeff Koons: Cheeky, 2000; oil on canvas; 274,3 x 201,3 cm

Ulrich Krempel ist Direktor des Sprengel Museum Hannover

Die Chancen werden neu verteilt

Der Strukturwandel der Kunstmärkte und eine neue Sezession

DIRK BOLL

Das Kunstjahr 2012 zeigte spektakuläre Erfolge. Ausstellungen mit Besucherrekorden, Messen mit Umsatzrekorden, Auktionen mit Höchstpreisen: Kunst bleibt gefragt, sei es zur Rezeption, sei es zum Konsum. Trotzdem gibt es zwei interessante Entwicklungen zu beobachten, die von den Zahlen nur unzulänglich gezeigt werden. In einer Wende zum Etablierten spalten sich die Märkte immer stärker auf, und diese zunehmende Entfernung von zeitgenössischer Produktion findet auf der Seite der Institutionen eine Entsprechung in der Ausstellung betont ephemerer Kunstwerke. Läuft dies auf eine dauerhafte Sezession hinaus?

Suche nach Sicherheit

Die soeben mit den New Yorker Auktionen beendete Kunstmarktsaison zeigte einen starken Markt mit solider Nachfrage, zahlreichen Künstlerrekorden und Umsatzzahlen wie vor der großen Krise. Gekauft wird vor allem die Kunst des 20. Jahrhunderts, je expressiver, desto besser. Auktionshäuser und Kunsthändler können auf den Sekundärmärkten die Nachfrage nach klassischer, kanonisierter Kunst befriedigen und schreiben dabei erneut Rekordumsätze. Auf dem Primärmarkt hingegen zeigt sich ein anderes Bild, die Krise ab 2008 hat diesen Bereich deutlich stärker getroffen.

Konservative Trends

Die Kunstwelt probt den Spagat: Einerseits definiert das Zeitgenössische in immer höherem Maße die Wahrnehmung von Kunst, andererseits möchte der Kunstkäufer die Kunsterfahrung mit größtmöglicher Sicherheit verbinden. Wurde zuletzt Avantgarde-Charakter vor allem mit zeitgenössischer Kunst in Verbindung gebracht, so ist heute vor allem die Kunst der Nachkriegszeit gefragt. Denn diese Kunst ist ebenfalls noch jung genug, um intellektuellen Glanz auszustrahlen und nicht mit den Problemen der Erhaltung belastet, aber auch alt genug, um markterprobt zu sein. Viele Künstler in diesem Bereich sind inzwischen derart etabliert, dass sich ein Privatkäufer auch ohne die Expertise der Galeristen sicher fühlt – kunsthistorische Bedeutung und Markterprobtheit ist gefragt. Man bevorzugt Kunst, die eingängig, verständlich und wiedererkennbar ist. Der anglo-amerikanische Kulturkreis hat für derartige Stücke den Begriff »Trophy-Pictures« geprägt: Wir befinden uns auf einem Markt der Meisterwerke.

Ein Markt der Meisterwerke

Auf Messen wie Auktionen zeichnet sich ganz generell ab, dass in allen Sammelgebieten die Trennung von Spitzenwerken und Mittelmaß den Markt teilt, und dies zunehmend unbarmherzig. Das gilt nicht nur für die Bildende Kunst, sondern sogar für Möbel oder Juwelen. Die Käufer haben seit 2008 gelernt, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln sparsam umzugehen und sich auf akzeptierte Qualität zu beschränken, die geringeren Preisschwankungen unterliegt. Ermüdungserscheinungen in mittleren Preissegmenten sind die Folge. Für Meisterwerke hingegen gibt es kaum Grenzen, Schätzungen wie historische Rekorde werden zügig übertroffen. Eine prognostizierte Wertsteigerung rechtfertigt selbst einen scheinbar exorbitanten Marktpreis, da auch dieser in der Zukunft absehbar wieder überboten werden wird. Die wiedergewonnene Symmetrie zwischen Marktentwicklung und kunsthistorischer Bewertung kann jedoch den Markt letztlich nur stabilisieren, weil sie ihn vor seiner Neigung zu allzu spekulativen Momentaufnahmen schützt, und mithin Vertrauen schafft.

Neue alte Käufergruppen

Die Käuferschicht für Meisterwerke ist heute wahrlich global, diese Objekte werden in China, Russland und Abu Dhabi genauso gesucht wie in Kalifornien. Der chinesische Binnenmarkt ist zwar gemäß der anlässlich der diesjährigen TEFAF in Maastricht präsentierten Studie der European Fine Art Foundation der größte Kunstmarkt der Welt, bewegt jedoch hauptsächlich chinesische Antiquitäten. Zu internationalem Einfluss kommen hingegen chinesische Sammler, die aufmerksam globale Entwicklungen verfolgen und auf höchstem Qualitätsniveau Kunst des Westens sammeln. Dies ist eine Parallele zu Sammlern aus Russland, die sich von den Folgen der Krise erholt und zu alter Kaufkraft zurückgefunden haben. Auch hier orientieren sich die Meinungsführer an internationalen Sammeltrends. Selbst wenn der prozentuale Anteil derartiger Bieter an Londoner und New Yorker Auktionen noch relativ gering ist, sind genau jene Bieter nicht selten für die dortigen Rekordpreise verantwortlich.

Kanonisiserung und Markt

Die Rolle des Marktes im Prozess der Kanonisierung hat sich durch diese Entwicklungen geändert. Ist seit den 1990er-Jahren empirisch anerkannt, dass der kommerzielle Wert der Kunst Einfluss auf die Anerkennung ihrer kunsthistorischen Wertschätzung hat, zeigt sich heute immer klarer, dass sich die Welt in Marktkunst und Ausstellungskunst aufteilt. Dies wurde dem Kunstreisenden des Jahres 2012 in Basel, Kassel und London deutlich vor Augen geführt. Der Ausstellungsbetrieb setzt in absichtlicher Abgrenzung zum Markt zunehmend Schwerpunkte im installativen und performativen Bereich. Der Markt hingegen, dem handelbaren Objekt zugetan, betont dies mehr denn je mit Produktion und Verkauf von Werken in dauerhaften Materialien. Es wird interessant sein zu sehen, ob die Marktteilnehmer hiermit freiwillig ihre Rolle im Kanonisierungsprozess riskieren, ob die ephemere Institutionenkunst in Zukunft stärker gehandelt wird oder ob sich der Markt mit traditionellen Medien weiter absetzt.

Wo bleibt der Primärmarkt?

Nachdem zeitgenössische Kunst als Investitionsgut durch die Krise zumindest zeitweilig diskreditiert wurde, schaut man besorgt auf den Primärmarkt. Haben Galerieausstellungen und Messestände mit Werken von Nachwuchskünstlern im Kontext abnehmender Risikobereitschaft der Nachfrage und zunehmender Bedeutung der Eventqualitäten von Auktionen das Nachsehen? Die alte Spekulationslust der Käufer ist offenbar nur noch in Asien ein starker Antrieb der Nachfrageentwicklung im zeitgenössischen Bereich. In den Galerien der westlichen Welt hingegen scheint sich die Verschiebung zu etablierteren Positionen durchzusetzen. Man muss hoffen, dass sich der erfolgreiche Galerist dennoch nicht von der Präsentation auch unbekannter Positionen abwendet. Denn Galeristen sind nicht nur kommerzielle Vermittler von Kunstwerken, sondern zugleich inhaltliche Vermittler von künstlerischem Schaffen. Und als solche prädestiniert, junge Sammler anzuleiten, zu führen, zu schulen, vielleicht sogar ein bisschen zu erziehen. Für eine lebendige Kunstwelt und für einen funktionierenden Markt der Zukunft – denn nur hier kann die drohende Sezession von Markt und Institution überwunden werden.

Dirk Boll ist Geschäftsführer Christie's International

Kommerz und Ausbeutung im Kunstbetrieb

Erfahrungen und Forderungen eines bildenden Künstlers

KLAUS GELDMACHER

Niemand hatte mich auf die Fallstricke des Kunstmarktes vorbereitet. 1967 war ich noch Kunststudent in Hamburg, als ein renommierter Kunsthändler sich bei mir meldete. Hein Stünke von der Galerie »Der Spiegel« in Köln lud mich zur Teilnahme an der Ausstellung »Kinetik« ein. Der Kunstpreis der Jugend 1966 hatte auf mich aufmerksam gemacht, dessen Jury (u.a. Joseph Beuys, Harald Szeemann) mir für drei Lichtobjekte den 2. Preis »für Malerei« zuerkannt hatte.

So viel Anerkennung machte euphorisch und ließ mich über Verkaufspreise, Transportkosten oder gar Honorare nicht nachdenken. Noch hatte ich kein »Geschäftsmodell« parat, akzeptierte alle Bedingungen und chauffierte meine Licht-Klang-Skulptur im gemieteten LKW nach Köln. Diese unprofessionelle Ahnungslosigkeit erwies sich letztendlich aber als Investition in die Zukunft. Denn die Zusammenarbeit mit dem Kunsthandel wuchs und gedieh. Sie brachte mir die Teilnahme an der 4. documenta 1968, einen Galerie-Vertrag und Einzel-Ausstellungen in Köln und New York.

Der documenta-Auftritt führte zu internationaler Beachtung und 17.000 DM Schulden, die durch »Aktien« aufgefangen werden sollten. Das klang clever und geschäftstüchtig, blieb aber eine Illusion. Und der Galerie-Vertrag erwies sich als Falle. Die Nachfrage stieg und musste befriedigt werden. Bei laufender Produktion unter Zeitdruck war an künstlerische Experimente nicht zu denken. Der Verkaufserlös (50 Prozent für die Galerie) deckte kaum meine Herstellungskosten.

In der 1968er-Aufbruchstimmung wurden dann endlich die Bedingungen des Kunstmarktes hinterfragt. Eine Künstleraktion in Hamburg war beispielhaft. Dem Maler Bruno Bruni behagten die von der Galerie Michael Hauptmann diktierten Ausstellungskonditionen nicht. Er organisierte einen Eklat gemeinsam mit Kollegen einer Künstler-Cooperative, der ich angehörte und die den Kunsthandel umgehen wollte. Bei der Vernissage haben wir alle Bruni-Bilder blitzschnell abgehängt und durch eine Resolution ersetzt.

Im Laufe meiner nun bald 50-jährigen Künstler-Karriere habe ich gelernt, eigene »Geschäftsbedingungen« zu entwickeln. Rückblickend kann ich sagen, dass die Zusammenarbeit mit Galerien unverzichtbar war. Und meistens auch fair. Gemeinsames Interesse war und ist es, die Ware Kunst zu verkaufen. Der Erlös wird leistungsgemäß prozentual aufgeteilt. Hier sind Verhandlungsgeschick und Selbstbewusstsein gefragt.

Andauernder Erfolg und ununterbrochene Produktion verführen zweifellos zu Wiederholungen, d.h. zur Reproduktion der eigenen künstlerischen Arbeit. Das muss jeder Künstler mit sich selbst ausmachen. Grundsätzlich aber behindert der Kunstmarkt Innovationen nicht, denn kommerzieller Konkurrenzkampf verlangt nach neuen Produkten.

Und trotzdem: Manche guten Künstler können im Kunsthandel nicht reüssieren. Außen vor bleibt jene Kunst, die (noch) nicht im Trend liegt, die schwer konsumierbar ist oder die gar nicht verkäuflich ist, weil sie nur temporär stattfindet (Aktionen, Performances). Diese bildenden Künstler brauchen neben dem Kunsthandel ein zweites Standbein, das zur Existenzsicherung beiträgt. Hier könnten, nein, müssten die öffentlich-rechtlichen Kunstmuseen als Alternative zum Kunstmarkt aktiv werden. Eine Bringschuld – werden die Häuser doch aus Steuergeldern finanziert.

Doch die Museen lehnen diese Rolle ab. Sie würdigen zwar gewissenhaft die Kunstwerke; doch deren Schöpfern fühlt man sich nicht verpflichtet. Transport, Versicherung, Aufbau und Präsentation der Kunstwerke sind im Etat abgesichert. Zahlungen an die Künstler für das Ausleihen und Zeigen ihrer Werke sind nicht vorgesehen. Die wohlfeile Begründung: Die Künstler verdienen doch Geld, wenn sie ihre Kunst verkaufen. Diese Kaltschnäuzigkeit nannte man früher Ausbeutung.

»Sollten Sie Ihre Teilnahme an der Triennale Fellbach tatsächlich von der Honorarleistung abhängig machen, sähen wir uns gezwungen, auf Ihre Werke zu verzichten«, ließ mir der Kurator und Museumsdirektor Christoph Brockhaus 1989 ausrichten. Der Deutsche Museumsbund fürchtete gar, die Zahlung von Ausstellungshonoraren führe zum finanziellen Kollaps der Museen. Gegebenenfalls »würde man wohl wieder auf affirmative Ausstellungen alter Meister zurückgreifen müssen«, drohte sein Präsident Christoph B. Rüger.

Der Kunst verpflichtet, aber nicht deren Schöpfern?

An dieser Einstellung hat sich bis heute nichts geändert. Obwohl inzwischen das Urheberrecht in § 32 dem Künstler »für die Erlaubnis zur Werknutzung Anspruch auf angemessene Vergütung« zuerkannt hat. Spitzfindige Juristen meinen, eine Ausstellung sei keine Werknutzung. Das ist schon absurd: Die Veröffentlichung des Fotos eines Kunstwerkes ist honorarpflichtig, nicht aber die öffentliche Präsentation des Originals.

Während sich Museen grundsätzlich weigern, zahlen private Kunstvereine »aus Geldmangel« keine Ausstellungshonorare. »Unter den gegebenen Bedingungen (kein Künstlerhonorar bzw. kein Zuschuss zu den Herstellungskosten) kann ich meine Ausstellungszusage nicht aufrechterhalten«, musste ich 2006 dem Mülheimer Kunstverein mitteilen. Dessen Direktorin bedauerte, »leider sei dafür kein Budget vorhanden«. Dabei wäre ein spezieller Etat überhaupt nicht notwendig, nähme man die Musikszene zum Vorbild. Hier werden die Eintrittsgelder an die Musiker ausgeschüttet. Was spricht gegen erhöhte Eintrittspreise bei Vernissagen (Theater-Premieren vergleichbar) zugunsten der Künstler?

Doch das eigene Hemd sitzt Museen und Kunstvereinen näher als der Rock. Sie sehen sich lieber in der Rolle eines Gönners und Mäzens, begegnen Künstlern nicht auf Augenhöhe. Durchaus als Zumutung wurde empfunden, wenn ich als Leitfaden für Verhandlungen meine »Geschäftsbedingungen« vorschlug. Allein schon der Begriff löste Empörung aus. Dabei wissen doch alle Beteiligten: Zum wahren Charakter der Kunst gehört eben auch ihr Waren-Charakter. Immer noch verklärt der Kunstbetrieb diesen Sachverhalt. Und das geneigte Publikum hört es gerne: Künstler sind Lebenskünstler, folgen allein ihrer Berufung, leben von Luft und Liebe. Liebe stimmt – denn oft sichert der Lebenspartner die Existenz.

Klaus Geldmacher ist Lichtkünstler und war in den 1990er-Jahren Bundesvorsitzender der IG Medien-Fachgruppe Bildende Kunst

Jeff Koons: Cut-Out, 1999; oil on canvas; 274,3 x 201,3 cm

Jeff Koons: Cat on a Clothesline (Blue); 1994-2001; polyethylene; 312,4 x 279,4 x 127 cm

© JEFF KOONS

Was tun gegen Kunsträuber und -fälscher?

Andrea Wenger im Gespräch mit Kriminalhauptkommissar René Allonge

Kriminalhauptkommissar René Allonge hat sich auf »Kunstdelikte« spezialisiert. Politik & Kultur fragt nach, wie der Alltag in der Spezialabteilung Kunstdelikte aussieht und wie ein Kommissar dazu kommt, sich darauf zu spezialisieren.

Herr Allonge, wie sieht der Alltag eines Kriminalhauptkommissars in der Spezialabteilung »Kunstdelikte« aus?
Mein beruflicher Alltag unterscheidet sich kaum von dem anderer Kriminalisten. Sie müssen sich vorstellen, dass meine Dienststelle in ein Netzwerk von Sicherheitsbehörden, aber auch externen Institutionen eingebunden ist, in dem viele Informationen zusammenfließen. Wenn es die Einsatzlage zulässt, beginnt mein morgendlicher Alltag also mit dem Erfassen und richtigen Steuern

Serientäter sind überwiegend einzeln agierend und hoch konspirativ

dieser Informationen. Vorzugsweise geschieht dies heute mit modernen elektronischen Kommunikationsmitteln. Hierbei ist es wichtig, dass sich die Akteure im Kampf gegen Kunstkriminalität gut kennen und vertrauen. Besonders hervorheben möchte ich deshalb die Zusammenarbeit mit meinen Kollegen in den Landeskriminalämtern München und Stuttgart sowie dem Bundeskriminalamt. Dort gibt es vom Aufgabengebiet her ähnlich strukturierte Ermittlungs- und Auswerteeinheiten, wie bei uns im Landeskriminalamt Berlin. Die Stärke einer Spezialeinheit hängt für mich wesentlich davon ab, dass man sich im Team versteht und gut informiert ist. Deshalb sitzen wir fast jeden Tag zusammen, um die aktuelle Lage und die einzelnen Fälle zu besprechen. Im Team kommt man auf die besten Ideen zur Lösung komplizierter Fälle. Aber nicht alle Tage beginnen so besinnlich. Oftmals kommt es vor, dass wir Durchsuchungsbeschlüsse oder Haftbefehle vollstrecken müssen. Dann sind wir schon sehr früh auf den Beinen oder es geht mal bis spät in die Nacht. Das entspricht dann eher den Vorstellungen der Menschen vom Beruf des Kriminalisten, wie sie ihn aus Funk und Fernsehen kennen.

Wie kamen Sie dazu sich auf diesen Bereich zu spezialisieren?
Das war in der Tat ein interessanter Weg. Seit den 1990er-Jahren gehöre ich einer Abteilung des Berliner Landeskriminalamtes an, die sich vorzugsweise mit der Bekämpfung schwerster Eigentumsstraftaten befasst. So habe ich früher Ermittlungen gegen Serieneinbrecher, Bankräuber, Erpresser und internationale Fahrzeugdiebe geführt, bevor ich mich Ende 2008 noch einmal beruflich neu ausrichten wollte. Zu diesem Zeitpunkt war mit dem LKA 454 erstmalig im Berliner Landeskriminalamt eine feste Ermittlungseinheit im Kampf gegen Kunstkriminalität eingerichtet worden. Mir bot sich somit die Möglichkeit, mein privates Interesse an der Kunst mit meinem beruflichen Auftrag zu verbinden. Diese Herausforderung habe ich gerne angenommen und meine Entscheidung bis heute nicht bereut.

Womit haben Sie es hauptsächlich zu tun, Kunstraub oder Kunstfälschung? Und handelt es sich dabei überwiegend um Malerei?
Die Frage lässt sich nicht ganz so einfach beantworten, denn die Vorgabe macht immer die Täterseite. Es gibt Zeiten, da verfolgen wir notwendigerweise vermehrt Serientäter, die einfache oder schwere Diebstähle begehen. Diese Verdächtigen begehen Diebstähle aus Galerien, Museen oder Privathäusern. Da es sich überwiegend um einzeln agierende und sehr konspirative Täter handelt, ist es manchmal nicht so einfach, die Verdächtigen namhaft zu machen. Häufig gelingt dies über das Diebesgut, dessen Einmaligkeit uns als Kriminalisten besondere Ermittlungsanhalte bietet. Kunstraub, also die gewaltsame Wegnahme von Kunstwerken, ist glücklicherweise ein eher selten zu verzeichnendes Phänomen. Gerade nach den Ermittlungen im Fall um den verurteilten Kunstfälscher Wolfgang Beltracchi, die auf meiner Dienststelle geführt wurden, suchen viele Menschen den Kontakt zu uns und geben Hinweise auf Fälschungen. Die Schwerpunkte im Kunstfälschungsbereich liegen überwiegend auf gefälschten Grafiken, Gemälden und Skulpturen.

Wie gehen Sie vor, wenn der Verdacht besteht, dass ein Kunstwerk gefälscht ist?
Bevor wir als Ermittler ein Kunstwerk unter dem Makel einer mutmaßlichen Fälschung stellen, bedarf es mehr als nur einer vagen Vermutung. Das Gesetz fordert mindestens einen Anfangsverdacht; also zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat. Hier sind wir uns der Verantwortung, die wir gegenüber dem Kunstwerk und dem aktuellen Eigentümer haben, sehr bewusst. In der Regel kommen wir als Ermittlungsbehörde nicht alleine auf fälschungsverdächtige Kunstwerke,

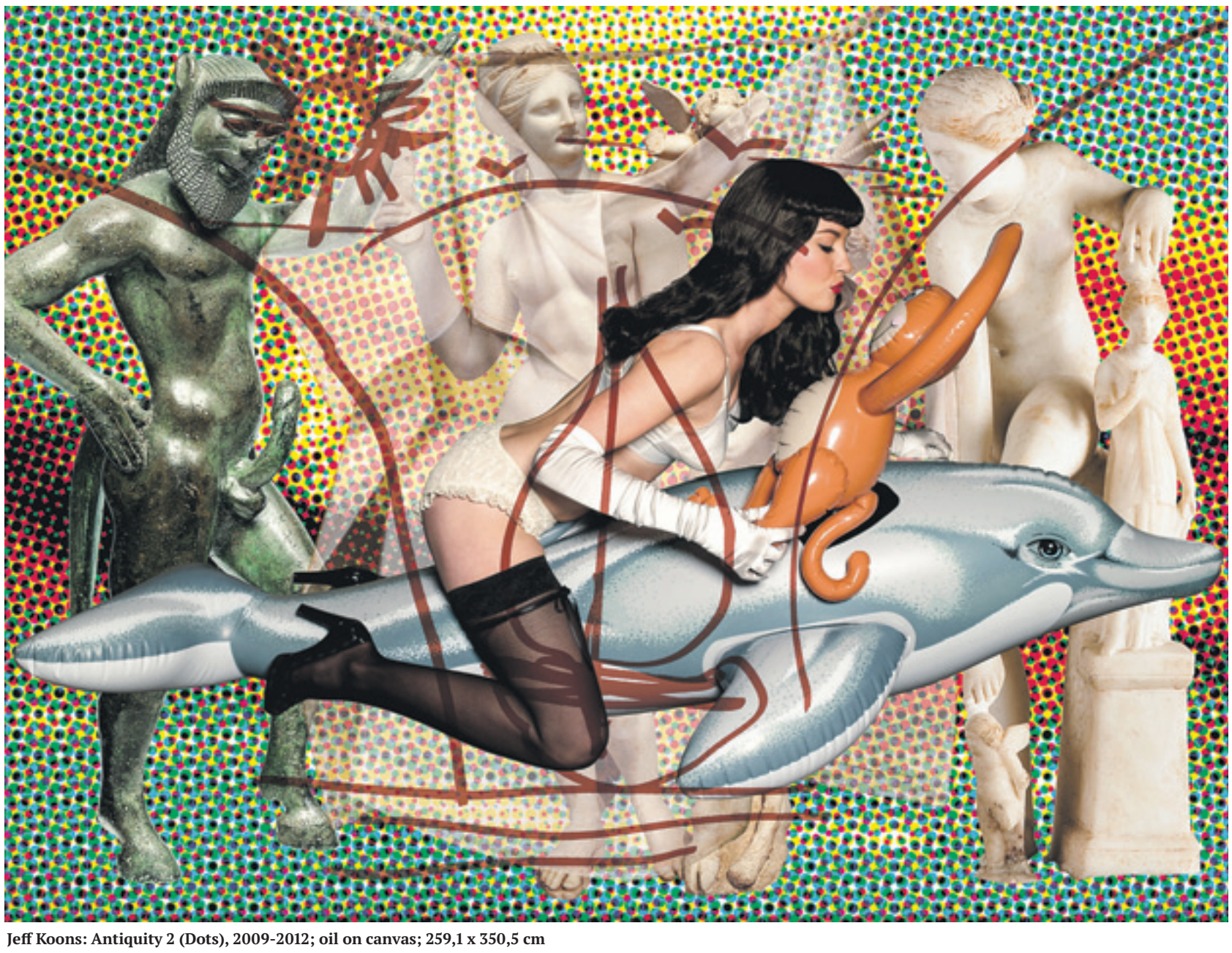
Sorgfältige Expertengutachten legen vielen Betrügern schnell das Handwerk

sondern werden von Dritten darauf hingewiesen. Eine besondere Stellung nehmen hierbei die Experten ein, die oftmals auch Verfasser der Werkverzeichnisse der Künstler sind. Um ein gefälschtes Kunstwerk am Markt handeln zu können, benötigt man eine Echtheitsbestätigung des anerkannten Experten. Sorgfältige Experten begutachten die ihnen vorgelegten Werke ausgiebig, stellen Vergleiche an und erfragen die Provenienz, also die Herkunft eines Kunstwerkes, ganz genau. An dieser Hürde scheitern bereits viele Betrüger. Wenn dann der Experte auch noch das Vertrauen zu den Ermittlungsbehörden genießt, beginnt unsere Arbeit. Uns interessiert natürlich die Einschätzung des Experten zu dem Kunstwerk und wer Eigentumsrechte an dem angezweifelten Stück besitzt. Weiterhin überprüfen wir die Angaben zur vorgeblichen Herkunft des Werkes. Am Ende dieser Ermittlungen sollte eine Entscheidungsgrundlage vorliegen, ob sich der Verdacht weiter erhärtet oder entkräftet hat. In enger Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft wird dann über den weiteren Fortgang der Ermittlungen entschieden. Verdächtige können observiert werden. Es kann Durchsuchungen und Festnahmen geben. Das angezweifelte Werk kann beschlagnahmt werden und einer naturwissenschaftlichen Untersuchung zugeführt werden. Oftmals bringt erst die Untersuchung in einem spezialisierten Labor letzte Gewissheit darüber, ob ein Kunstwerk tatsächlich gefälscht ist. Wir verfügen glücklicherweise in Berlin mit unserer Kriminaltechnik und dem Rathgen-Forschungslabor über entsprechend spezialisierte Einrichtungen.

In den Medien wird immer wieder von spektakulären Kunstdiebstählen berichtet. Wie sehen die Täter aus, die hinter den Kunstrauben stecken, mit denen Sie es zu tun haben? Sind es professionell organisierte Gruppierungen oder doch überwiegend Einzeltäter?
Kunstdiebstähle aus Museen oder privilegierten Sammlungen sind glücklicherweise ein sehr seltenes Kriminalitätsphänomen in Deutschland. Dazu haben meiner Meinung nach auch die verbesserten Sicherheitsvorkehrungen der vergangenen Jahre beigetragen. Kommt es trotzdem zu solchen Fällen, wie beispielsweise 2002 im Berliner Brücke-Museum oder jüngst der Millionendiebstahl aus der Rotterdamer Kunsthalle, dann rücken diese Taten automatisch in den Fokus der Öffentlichkeit. Die Menschen sind besonders daran interessiert, wer hinter diesen Fällen steckt. Die Täter lassen sich allerdings nicht alle unter einen bestimmten Typus fassen. Sieht man sich beispielsweise die ermittelten Täter zum Einbruch in das Brücke-Museum genauer an, dann stellt man fest, dass es sich um Serieneinbrecher nichtdeutscher Herkunft handelte, die überhaupt keinen Bezug zur Kunst hatten. Dieser Umstand wurde den Tätern später auch zum Verhängnis. Während das gewaltsame Eindringen in das Brücke-Museum und die Überwindung der Sicherungseinrichtungen noch weitestgehend als professionell bezeichnet werden können, hatten die Täter bereits bei der Auswahl der zu entwendeten Gemälde Probleme. Sie wirkte vollkommen willkürlich. Bereits beim Abtransport aus dem Museum offenbarten sich auf der Täterseite weitere Probleme, denn offensichtlich hatte man die Ausmaße des Diebesgutes unterschätzt. Knapp sechs Wochen nach dem Diebstahl konnten die ersten Tatverdächtigen beim versuchten Absatz der entwendeten Gemälde in Berlin festgenommen werden. Die Täter hatten somit zwar den Einbruch in das Brücke-Museum entsprechend vorgeplant; allerdings die Schwierigkeit beim Absatz des prominenten Diebesgutes unterschätzt.

Es ging den Einbrechern bei diesem Fall also nur um die Ware Kunst?
Da haben Sie Recht, aber ehrlich gesagt wussten sie gar nicht so recht, was für eine Ware sie in der Hand hatten. Das war für uns letztlich gut.

Herr Allonge, haben Sie herzlichen Dank für das Gespräch.



© JEFF KOONS

Jeff Koons: Antiquity 2 (Dots), 2009-2012; oil on canvas; 259,1 x 350,5 cm

René Allonge ist Kriminalhauptkommissar beim Sonderdezernat Kunstdelikte im Berliner Landeskriminalamt. Andrea Wenger ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

© JEFF KOONS

Jeff Koons: Tulips, 1995-2004; mirror-polished stainless steel with transparent color coating; 203,2 x 457,2 x 520,7 cm

Kreativ-Campus Musik und Musikwirtschaft

10 Jahre Pop-Akademie Baden-Württemberg

UDO DAHMEN

Nachdem die Rolling Stones im Jahre 2012 ihr 50-jähriges Bühnenjubiläum feiern und die Rock- und Popstars vergangener Tage ihren siebzigsten Geburtstag erreichen, nachdem die Mehrheit der Bevölkerung generations- und schichtenübergreifend Populäre Musik als Teil ihrer gesellschaftlichen Sozialisation erlebt hat, ist die Populäre Musik mit ihren Protagonisten in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Populäre Musik ist Lebensmittel im wahrsten Sinne des Wortes. Von Frank Zappa bis zu Radio Head und in allen Schattierungen der Jetztzeitkultur kann Populäre Musik in unterschiedlichsten Genres wahrgenommen werden. Popmusik ist Hoch- und Breitenkultur. Sie hat einen Kanon ausgebildet, bleibt jedoch durch die aktuellen Entwicklungen beständig im Wandel begriffen.

Die Wege in die Popmusik und in die Musikbranche haben sich in den vergangenen Jahren stark spezialisiert. Der Umbruch der Musikbranche durch die Digitalisierung schafft neue Anforderungen vor allem der Selbstverantwortlichkeit an Künstler und Manager gleichermaßen. Künstlerinnen wie Amy Winehouse, Leona Lewis und Katie Melua haben eine weiterführende Einrichtung für Populäre Musik besucht und von ihren Erfahrungen dort profitiert. In Deutschland hat die Popakademie Baden-Württemberg vor zehn Jahren damit begonnen, Studiengänge für junge, talentierte Musiker und zukünftige Musikbusinessmanager sowie einen national und international vernetzten kreativen Campus für Populäre Kultur anzubieten. Die Popakademie, staatliche Hochschuleinrichtung des Landes Baden-Württemberg, ist ein im nationalen und internationalen Vergleich einzigartiges Kompetenzzentrum für Popkultur und Musikwirtschaft. Ihre Tätigkeitsfelder sind Lehre, Aus- und Weiterbildung, Forschung und die modellhafte Entwicklung von impulsgebenden Projekten und Verfahren im nationalen und internationalen Kontext. Der kreative Standort Mannheim als Musikstadt, in dem Popmusik als Kultur- und Wirtschaftsfaktor sehr ernst genommen wird, bietet mit seiner lebendigen Kulturszene, seiner aktiven Popförderung und Institutionen wie dem Musikpark Mannheim, dem Clustermanagement Musikwirtschaft und der Rock- und Popbeauftragten der Stadt ein ideales Umfeld für die Institution.

Die Bilanz nach fast zehn Jahren zeigt auf, dass alle Absolventen aus dem künstlerischen Bereich in ihrem an der Akademie erlernten Bereich als Freiberufler ihr Einkommen bestreiten können (belegt durch jährliche Telefonumfrage unter den Alumni). Im Bereich Musikbusiness liegt die Job-Placement-Quote im Durchschnitt aller Absolventenjahrgänge seit 2006 bei 85 Prozent. An zahlreichen Stellen sind Absolventen als Manager in der Musikindustrie tätig und arbeiten gemeinsam mit Musikern aus der Popakademie. Dies trifft zu auf u.a. die Künstler Get Well Soon, Tim Bendzko, Cro und Frida Gold, Maike Rosa Vogel, Drake & Alicia Keys und die Orsons. Darüber hinaus sind Musiker, Produzenten und Komponisten als Freiberufler für viele namhafte Künstler tätig. Die Bewerberzahlen liegen bis zu zwanzigmal höher als die Zahl der aufgenommenen Interessenten.

Die Popakademie qualifiziert kreative und intellektuelle Künstlertypen und Manager auf offenen Plattformen. Ein Absolvent der Popakademie im künstlerischen Bereich ist nach Vorstellung der Einrichtung eine eigenständige, ganzheitliche Musikerpersönlichkeit, die mit Hilfe des Studiums die Fähigkeiten erworben hat, ihre eigene Musik professionell zu komponieren, aufzuführen, zu produzieren und zu vermarkten und darüber hinaus in den genannten Tätigkeiten für andere als Dienstleister zu arbeiten. Gleichzeitig wird das freiberufliche unternehmerisch-wirtschaftlich Know-how gestärkt und auch die Fähigkeit zur Vermittlung der erworbenen musikalischen Kenntnisse qualifiziert. Künstler leben in einem Patchwork zwischen eigener kreativer Arbeit und der Dienstleistung für andere. Das Besondere an der Ausbildung ist dabei die Verzahnung der künstlerischen und wirtschaftlichen Bereiche. Die Idee: Musiker müssen das Business verstehen und Manager die Musik. Gemeinsame Vorlesungen und Praxisprojekte fördern von Beginn an dieses Verständnis und erzeugen entscheidende Synergien für die kreative Produktivität. Die Curricula der Fachbereiche Populäre Musik und Musik & Kreativwirtschaft bieten in je einem akkreditierten Bachelor- und einem Masterstudiengang vielseitige Theoriekenntnisse auf der einen Seite, individuelle Betreuung in der künstlerischen wie wirtschaftlichen Praxis auf der anderen Seite. Das Popakademiestudium gibt Raum und Zeit in Open-Source-Plattformen für den kompositorischen und konstruktiven Reifeprozess eines Musikers zur Profilierung der authentischen Künstlerpersönlichkeit. Die künstlerisch-kreativen Bachelor- und Masterstudiengänge bieten daher Raum für alle Stilrichtungen der populären Kultur. Die Verkürzung »Pop« steht für »Popular Music«, d.h. für alle Pop-Genres, die aus Jugendkulturen entstanden sind.

Eigenkreatives Handeln ist die Grundlage für den produktiven Output

Das selbstverantwortliche und vernetzte Lernen und Arbeiten ist eine Grundvoraussetzung im Studienbetrieb. Dabei bildet das eigenkreative Handeln der Studierenden in Komposition, Text, Produktion, Performance und Vermarktung die Grundlage für den produktiven Output.

Jeder Dozent wird als Experte für den Bereich eingeladen, den er auch in der Praxis mit Erfolg vertritt, sei es als Künstler oder als Manager (die Popakademie schöpft aus einem Pool von ca. 150 Dozenten). Aktuelle Studieninhalte können so von an der Aktualität ausgewählten Dozenten vermittelt werden. Professuren werden nur für wenige Key-Positionen vergeben. Die Qualität und Quantität der vorhandenen Arbeitsplattformen (Arbeitsräume, Studios, Probeateliers, Meetingräume etc.) und deren zeitlich unbegrenzte Nutzung ist eine weitere Voraussetzung für das kreative Schaffen. Darüber hinaus wird durch spezifische Kommunikationssysteme (z.B. Musikerbörse) die Kreativität und Vernetzung der Studierenden vom ersten Tage an stimuliert: Es entsteht eine offene Atmosphäre, in der kreative Leistung angeregt wird und die wiederum durch eindeutige Zielvorgaben abgefragt werden kann. Motivierender Wettbewerb nach innen und außen wird durch die Herstellung von Transparenz durch die Öffentlichkeit oder Teilöffentlichkeit von Prüfungen im Fachbereich Populäre Musik ausgelöst.

Regelmäßige Projekte, wie das International Summer Camp oder das European Band- and Businesscamp, beschleunigen die Entwicklung internationaler Netzwerke und haben schon oft Grundsteine für spätere Kooperationen und Projekte gelegt. Im internationalen Austausch unterhält die Hochschuleinrichtung Kontakte zu derzeit zwölf Hochschuleinrichtungen in UK, Irland, Schweden, Norwegen, Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, USA, Australien, Neuseeland und China in Form von Dozenten- und Studierendenaustauschen sowie in Kongressen, wie z.B. in der Durchführung des Kongresses der Pop-Jazz-Platform (PJP) der Association Europeènne des Conservatoires (AEC) am 15. und 16.2.2013.

Zwanzigmal mehr Bewerber als Studienplätze

Vernetzung im internationalen, nationalen und regionalen Zusammenhang findet außerdem statt durch die jährlichen Kongresse »Zukunft Pop« und »Future Music Camp«.

Die Popakademie pflegt Kooperationen mit der Filmakademie in Ludwigsburg, der Akademie für darstellende Kunst, Fachhochschule Furtwangen, der Hochschule der Medien Stuttgart, der Musikhochschule Karlsruhe, der Musikhochschule Hamburg, der Musikhochschule Lübeck, der Bundesakademie in Trossingen und mit der Musikhochschule Mannheim u.a. in der Möglichkeit von Studiengängen mit doppeltem Hauptfach Pop und Jazz.

Die Akademie betreibt eine eigene Konzertagentur, ein Tonträgerlabel und einen Musikverlag und verwertet und vermittelt die Leistungen der Popakademie an interessierte Nachfrager durch zwei dafür eingerichtete Abteilungen. Die Einnahmen aus diesen Feldern kommen der Einrichtung und im besonderen Maße z.B. als Gage den Studierenden zu Gute. Darüber hinaus ist die Akademie im Bereich kulturelle Bildung im schulischen und außerschulischen Umfeld mit Programmen für ca. 1.500 Schülerinnen und Schüler und in der Fort- und Weiterbildung von Multiplikatoren tätig. In diesem Zusammenhang betreibt die Popakademie Projekte wie »School of Rock« oder »InPop« und seit dem Jahr 2012 »Transpop«. InPop und Transpop sind Projekte, die von der Popakademie gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg sowie der Stadt Mannheim aufgelegt wurden. Seit der Einführung der Masterstudiengänge »Music & Creative Industries« und »Popular Music« besteht die Möglichkeit, im Studium Popular Music im Fachbereich »Educating Artist« eine Qualifikation als Musikpädagoge für schulische und außerschulische Einrichtungen zu erwerben. Parallel dazu bietet die Einrichtung Weiterbildungsprogramme wie Seminare für Externe, das Künstlerentwicklungsprogramm »Bandpool« (aufgenommen werden jährlich sechs Bands bei ca. 350 Bewerbungen) und die Vernetzung im Flächenland Baden-Württemberg durch das Regionet sowie die Unterstützung in Gründerzusammenhängen.

Die Struktur der Popakademie in ihrem ganzheitlichen Ansatz kann für die künstlerischen Ausbildungs-Bereiche als eine mögliche neue Perspektive betrachtet werden, vor allem in Hinblick auf die Ausbildung und Berücksichtigung von Praxis und Prozess und der hohen Anbindung und Vernetzung an die Berufsfelder im nationalen und internationalen Zusammenhang und die damit verbundenen Erfolge. Der ganzheitliche Ansatz erfordert die Beobachtung und aktive Berücksichtigung und das Zusammenwirken aller Perspektiven durch die Einrichtung, d.h. sowohl in Hinblick auf Studieninhalte, Dozentenauswahl, Räume und deren Ausstattung, als auch auf prozessuale Verfahren des Studienbetriebes, bewusste Planung von kreativen Atmosphären durch Kommunikationsplattformen und die Beurteilung von Leistungen im Prüfungswesen. Dies setzt jedoch eine vertrauensvolle und inspirative Zusammenarbeit im gemeinsamen Team der Leitung, der Dozenten und Mitarbeiter der Einrichtung voraus, unter Berücksichtigung der Beobachtung der ständigen Veränderungen im kreativen Umfeld der Musikszenen und Musikbranche, denn »niemand steigt zweimal in den gleichen Fluss.«

Udo Dahmen ist Direktor der Popakademie Baden-Württemberg und Mitglied des Sprecherrates des Deutschen Kulturrates

THEMA

Ich fühle mich eher als Filmhandwerker

Gabriele Schulz im Gespräch mit dem Filmemacher Douglas Wolfsperger

Herr Wolfsperger, Ihre Filme sind stets sehr persönlich, mit Blick auf die Personen, um die es in Ihren Filmen geht, aber auch hinsichtlich der Art und Weise, wie Sie Ihre Filme machen. Was steht bei Ihnen im Vordergrund, Ihre künstlerische Arbeit oder denken Sie bei der Vorbereitung auch daran, wie Sie Ihre Filme auf dem Markt platzieren können?
Am Anfang steht bei mir ganz klar die sogenannte »künstlerische Idee«. Dabei prüfe ich nicht, ob die Idee markttauglich ist oder wie viele Zuschauer sie ansprechen könnte. Ich gehe einfach von mir als erstem Zuschauer aus und glaube, dass das, was mich interessiert, auch für viele andere spannend sein könnte. Ich messe nicht in »Quote« oder »Zuschauerzahlen«, sondern ich mache erst einmal den Film, der mir gefällt.

Warum sagen Sie sogenannte künstlerische Idee?
Ganz einfach, weil ich nicht in künstlerischen Maßstäben denke oder mich als Künstler sehe, ich fühle mich eher als Filmhandwerker.

Was meinen Sie mit Filmhandwerker?
Für mich ist sehr wichtig, dass ein Film handwerklich gut gemacht ist. Mir bedeutet viel, dass das Bild, der Ton und der Schnitt gut sind und selbstverständlich ebenso, dass die Leute, die vor der Kamera sind, interessant sind. Für mich ist von großer Bedeutung, dass alle Gewerke wirklich von Profis gemacht werden. Also einem ausgezeichneten Kameramann, einem hervorragenden Cutter und so weiter. Ich lege viel Wert auf eine professionelle Arbeit, was man von Dokumentarfilmen im Allgemeinen leider nicht immer sagen kann.

Wenn Sie Ihre Idee haben, wie geht es dann weiter bei Ihnen: Recherchieren Sie die Geschichte, suchen Protagonisten oder kümmern Sie sich dann um die Finanzierung?
Der zweite Schritt ist für mich natürlich die Recherche. Dabei gestaltet sich diese von Film zu Film sehr unterschiedlich. Bei meinem letzten Film »Doppelleben« bin ich über einen Zeitungsartikel auf eine Doppelgängerin von Angela Merkel gestoßen, die eine spannende Lebensgeschichte erzählt hat. Mich hat das neugierig gemacht und ich habe spontan gedacht, daraus könnte ich einen Film machen. Dann habe ich einfach weitergesponnen und mir überlegt, was für »Zutaten« ich sonst noch brauche, um daraus einen Film entstehen zu lassen. Daraus habe ich dann ein schlüssiges Konzept erarbeitet, das ich immer »Verkaufspapier« nenne, um Geldgeber, sprich Fernsehredakteure oder Förderer, für meine Idee zu begeistern.

Sie machen aber doch Kinofilme?
Ja.

Dennoch ist das Fernsehen für die Finanzierung eines Films für Sie unverzichtbar?
Das Fernsehen ist unvermeidbar. Ohne Fernsehen kann man in Deutschland einen Film schlecht finanzieren. Wenn ich filme und den Film bearbeite, habe ich allerdings das Kinobild im Kopf. Ich leiste mir den Luxus, immer in Cinemascope zu drehen, weil Cinemascope das Kinoformat ist. Beim Drehen und beim Nachbearbeiten habe ich dieses Bild im Kopf. Das Fernsehbild, das ein anderes Format hat (16:9), ist für mich zweitrangig.

Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Fernsehen?
Ich erlebe es als immer schwieriger, beim Fernsehen Geld zu akquirieren. Ich will mein eigenes Ding machen, habe meinen Film im Kopf. Im Fernsehen wird aber in zunehmendem Maße auf Formate gesetzt. Das ist nicht meine Arbeitsweise. Darum kommt ein solches Format für mich nicht in Frage. Und ich will es auch nicht bedienen. Ich will einen Film filmisch erzählen, also aus sich heraus mit O-Tönen und Bildern. Beim Fernsehen wird bei Reportagen oder Dokumentationen mit einem Sprecher gearbeitet, der alles erklärt. Da ist es schon fast egal, was für Bilder gezeigt werden. Für mich sind das teilweise Hörspiele, zu denen noch Bilder ablaufen. Ich benutze eine ganz andere Machart. Eine, bei der der Zuschauer mitdenken kann. Eine solche Machart kommt beim Fernsehen nicht mehr an. Die Sender haben also kaum mehr Sendeplätze für meine Filme. Darüber hinaus zahlen sie für die Filme immer weniger. Für einen Spottpreis bekommen sie hochwertige 90 Minuten. Andererseits bleibt einem oft nichts anderes übrig, als zu solchen Konditionen zu arbeiten, denn man ist auf die Förderung angewiesen. Und das

> **Im Fernsehen wird zunehmend auf Formate gesetzt**

wissen die Fernsehsender auch und können entsprechend die Preise drücken. Mir hat kürzlich einer der großen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender 10.000 Euro für einen 90 Minuten-Film angeboten. Davon kann ich weder einen Film machen, noch davon leben. Ich habe mich in den letzten Jahren konsequent von einem Projekt zum anderen gehangelt. Ich mache nicht mehrere Filmprojekte gleichzeitig, sondern konzentriere mich immer auf eines. Damit bewege ich mich finanziell immer wieder nahe am Abgrund.

Eigentlich haben Sie bei Ihren Filmen ja auch eine Kinoleinwand und die Kinoatmosphäre vor Ihrem inneren Auge. Welche Bedeutung hat für Sie die Kinoauswertung?
Die Kinoauswertung ist eine echte Glückssache. Es kommt auf das Thema und dann vor allem auf den Verleih an, der den Film anständig auf den Markt bringen sollte. Man muss aber realistisch sehen, dass es ein großes Gerangel um die Kinoleinwände gibt, vor allem sind es die US-amerikanischen Filme, die unsere Kinos dominieren. Bekanntermaßen ist es für deutsche Filme viel schwerer, auf dem Kinomarkt zu bestehen. Und für Dokumentarfilme, die ich zurzeit vorwiegend drehe, ist es noch um Längen schwieriger, im Kino platziert zu werden. Darum sind meine Erwartungen immer erst einmal gering. Wenn es dann doch besser läuft, freue ich mich.

Spielen für Ihre Filme Festivals eine wichtige Rolle, um sie zu präsentieren und dadurch Öffentlichkeit zu erzeugen?
Klar, um einen Film bekannt zu machen, ist es gut, wenn er vorher auf ein oder mehreren relevanten Festivals gelaufen ist. Einfach auch weil für kleinere Dokumentarfilme oft die finanziellen Mittel für das Marketing fehlen.

Welche Rolle spielen die verschiedenen Elemente der Verwertungskaskade, Kino, Fernsehen und dann DVD, für Sie?
DVD ist meines Erachtens die lukrativste, also die gewinnbringendste Möglichkeit, einen Film unters Volk zu bringen. Kino ist, wie gesagt, immer sehr riskant. Das Fernsehen hat durch die Beteiligung bzw. Koproduktion bereits die Lizenz gekauft, den Film zu senden. Da ist für einen Produzenten nichts mehr zu holen. Die DVD ist hingegen für einen Produzenten monetär interessant. Es sind zwar auch nicht die großen Summen, aber im Vergleich zu einer Kinoauswertung ist es bei einer DVD einfach sicherer, dass mit einem anständigen Vertrieb auch gekauft wird. Meistens schließe ich mit dem Verleih auch den Vertrag für die Kinoauswertung.

Bleibt bei Ihnen eigentlich noch Geld »hängen«, wenn ein Film erfolgreich verwertet werden kann? Sie haben vorhin davon gesprochen, dass Sie sich von Projekt zu Projekt hangeln.
Es ist ein echtes Problem, dass für einen kleinen Produzenten kaum mehr was durch die Verwertung zu verdienen ist. Der Verdienst ist eigentlich vorab, durch die Finanzierung, die auch Handlungskosten enthält. Natürlich spielt der Deutsche Filmförderfonds, DFFF, auch eine große Rolle. Bei dem Film, den ich gerade

© JEFF KOONS

Jeff Koons: Popeye Train (Birds), 2009; oil on canvas; 274,3 x 213,4 cm

mache, habe ich allerdings auf eine Förderung durch den DFFF verzichtet, weil ich nicht jetzt schon einen Vertrag mit einem Verleih machen wollte. Ich wollte nicht, bevor der Film fertig ist, alle Rechte abgeben und dann einem Verleih ausgeliefert sein, der den Film nicht anständig rausbringt. Das Risiko wollte ich nicht eingehen. Deshalb habe ich auf eine gute Summe vom DFFF verzichtet, einfach um abzuwarten, wie der Film wird, um dann mit einem Verleih auf einer anderen Grundlage zu verhandeln.

Wieso wären Sie bei einer DFFF-Förderung an einen Verleih gebunden?
Das ist eine der Grundbedingungen bei dieser Förderung, dass ein Verleih-Vertrag vorliegen muss, damit man das Geld bekommt. Für eine kleinere Produktion ist das eine zweischneidige Angelegenheit. Der Deutsche Filmförderfonds unterstützt einen bestimmten Prozentsatz vom Gesamtbudget. Im Unterschied zu einem Spielfilm, der immer auch mit klingenden Namen von bekannten Schauspielern und Regisseuren werben kann, weiß man bei einem kleineren Dokumentarfilm nicht, was am Ende dabei herauskommt. Insofern ist es eher unwahrscheinlich, vorab einen potenten Verleih zu begeistern. Also muss ich einen kleinen Verleih wählen, der willig ist, mit mir zusammenzugehen. Das ist in dem Moment aber ein Nachteil, wenn mein Film supergut geworden ist und dieser kleine Verleih aufgrund fehlender finanzieller Mittel den Film nicht in der Größenordnung herausbringen kann, die er verdient hätte. Deshalb habe ich dieses Mal auf das DFFF-Geld verzichtet und verhandle mit einem Verleih erst, wenn der Film fertiggestellt ist.

Wobei Sie bei Ihrem aktuellen Film auf ganz besondere Probleme bei der Finanzierung stießen. Ich las, dass Ihnen signalisiert wurde, Ihre Geschichte sei schon auserzählt.
Im Mittelpunkt steht eine Jugendtheatergruppe der Berliner Schaubühne, die an »Brundibar«, einer Kinderoper, die in Theresienstadt vielfach aufgeführt wurde, arbeitet. Über diese Proben, die Beschäftigung mit dem Holocaust und mit dem Dritten Reich tauchen die Jugendlichen immer mehr in die Vergangenheit ein. Es ist doch spannend, welchen Blick die vierte Generation auf die damalige Zeit hat. Ich dachte, das ist ein relevantes Projekt und dass die Förderer das auch so sehen. Sie waren aber anderer Ansicht. Es hieß nur, der Holocaust sei schon so oft filmisch bearbeitet worden, das wolle im Kino jetzt keiner mehr sehen. Mein Filmprojekt, das einen ganz spezifischen Blick auf das Thema hat, galt als nicht förderungswürdig. Also musste ich andere Wege gehen, um den Film realisieren zu können.

Welche Wege waren das?
Ich habe mit einer ganz winzigen Fond-Förderung und mit sehr vielen Eigeninvestitionen meinerseits begonnen. Aber auch Investitionen vom ganzen Dreh-Team, das auf Rückstellung gearbeitet hat, trugen zur Realisierung bei. So bin ich nach und nach dabei, die Finanzierung rückwirkend zusammenzusetzen. Ich habe beispielsweise den WDR und den Tschechischen Filmfonds gewinnen können und hoffe, dass sich arte und die Baden-Württemberg Förderung noch beteiligen wird. Mit dem Dreh selbst konnte ich aber nicht warten, weil ich eine Absprache mit der Schaubühne hatte, die das Stück irgendwann proben und aufführen wollte. Die Aufführung war im letzten Juni. Ich konnte also nicht abwarten, ob ich von irgend-

> **»Den Holocaust will doch im Kino niemand mehr sehen«**

woher Geld bekommen würde und ich wollte den Film auch unbedingt machen. Ich hatte es den Jugendlichen versprochen. Es war auch Bestandteil von dieser Inszenierung, dass wir im Mai vier Tage nach Theresienstadt fahren würden, zusammen mit Greta Klingsberg, einer Überlebenden aus Jerusalem, die damals in »Brundibar« mitgewirkt hat. Ich hatte es also versprochen und ich konnte gar nicht mehr zurück. Jetzt sitze ich da und habe zum Glück ein gutes Gefühl. Ich habe spannendes Material gesammelt und bin da guter Dinge, dass das ein sehr interessanter Film wird.

Und wann werden wir diesen Film im Kino zu sehen bekommen?
Der Film wird Anfang 2013 fertig und kommt dann im Laufe des Jahres ins Kino.

Herr Wolfsperger, haben Sie herzlichen Dank für den Einblick in Ihre Arbeitsweise.

Douglas Wolfsperger ist Regisseur und Produzent. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Weitere Infos unter: www.Douglas-Wolfsperger.de

Zwischen Kunst und Kommerz

Wechselwirkungen im Kino

THOMAS FRICKEL

Es gibt sie zwar, die Filme, die als handsignierte Video- oder DVD-Editionen auf dem Kunstmarkt als Sammlerstücke gehandelt werden, doch wo vom Marktwert des Films die Rede ist, bleibt Videokunst nur ein Randbereich. Film als Ware – dieses Thema riecht ein bisschen nach der kapitalismuskritischen Analyse eines Peter Bächlin – und stark nach Hollywood. Nicht ohne Grund sprechen wir dort ja von einer »Filmindustrie« – mit allen Merkmalen, die der industriellen Fertigung eigen sind. Industrieware entsteht arbeitsteilig in serieller Massenauflage. Und es ist kein Zufall, dass diese Industrie in der aktuellen Urheberrechtsdebatte an der Spitze der Bewahrer steht: Zu gewaltig ist der Aufwand, zu erheblich sind die Investitionen der Filmproduktion, als dass sie großzügig über die digitale Selbstbedienungs-Mentalität der Netzgemeinde hinwegsehen könnte. Die Budgets großer Filme amortisieren sich längst nicht mehr in einem Land allein, sondern nur eine weltweite Vermarktung eröffnet die Chance, das eingesetzte Geld zurückzugewinnen und – für den Warenverkehr nicht unerheblich und durchaus legitim – am Ende noch etwas zu verdienen.

Der Warencharakter des Films braucht die Kunst nicht, mag man denken. Aber stimmt das eigentlich? Warum werden deutsche Komödien dann nicht zu internationalen Exportschlagern? Warum stellen nationale Grenzen bei der Vermarktung kunstloser Standard-Produktionen eine schier unüberwindliche Hürde dar? Ist es nicht vielleicht sogar umgekehrt so, dass Kunst sich auch und gerade ohne die Zwänge des Kommerzkinos entfalten kann? Selbst Hollywood hat begriffen, dass sich mit schlecht gemachten C-Pictures vielleicht kurzzeitige Strohfeuer entfachen lassen, dass aber eine langfristige Zuschauerbindung nur über Qualität möglich ist. Ohne immer neue künstlerische Impulse wird das Kino schal, abgeschmackt und langweilig. Im verschärften Wettbewerb der Unterhaltungsangebote würde es sich selbst ins Abseits manövrieren. Genau deshalb formuliert das deutsche Filmförderungsgesetz in seinem ersten Paragraphen als Zielvorgabe die Förderung der »künstlerisch-kreativen Qualität des deutschen Films als Voraussetzung für seinen wirtschaftlichen Erfolg«.

Ironischerweise ist es genau dieser Satz, dessentwegen das Filmförderungsgesetz derzeit den massivsten Angriffen seiner Geschichte ausgesetzt ist. Und von wem? – Man glaubt es nicht: von der Kinobranche selbst! Angeführt von der australisch gesteuerten UCI-Kette stellt eine verantwortungslos durch die deutsche Filmkultur marodierende Clique von Kinobetreibern in einer Verfassungsbeschwerde alles in Frage: die Filmförderung des Bundes im Allgemeinen und die angeblich viel zu kulturell ausgerichteten Gesetzesformulierungen und Förderentscheidungen der Vergangenheit im Besonderen. Die Filmförderungsanstalt, so behaupten sie, fördere nur Kultur, und so etwas bräuchten sie in ihren Kinos nicht.

© JEFF KOONS

Jeff Koons: Inflatable Flower and Bunny (Tall White and Pink Bunny), 1979; vinyl, mirrors; 81,3 x 63,5 x 48,3 cm

Der Anteil jüngerer Kinogänger geht spürbar zurück, doch die Zahl der über 40-jährigen Zuschauer steigt kontinuierlich an

Diese Argumentation ist ebenso kleinkariert wie falsch, denn auch die besucherstärksten deutschen Filme entstehen nicht ohne Geld aus dem bundesweiten Fördertopf der Filmförderungsanstalt FFA. Und selbst von diesen »Blockbustern« (die FFA nennt sie »Besuchermillionäre«) spielen die wenigsten ihre Produktionskosten an der Kinokasse wieder ein. Eine wirtschaftlich arbeitende, das heißt: Eine sich selbst refinanzierende »Filmindustrie« im klassischen Sinne gibt es in Deutschland nicht, und setzt man die Erlöse aus der Vermarktung von Kinofilmen in Relation zu den jeweiligen Produktionskosten, dann schneiden kleine, künstlerisch ambitionierte Filme oft deutlich besser ab als teure Großproduktionen. Einmal ganz abgesehen davon, dass ohne die derzeitige Breite des Filmschaffens in Deutschland auch das technische Know-how – und damit zugleich die Infrastruktur für rein kommerzielle Projekte verschwinden würde. Im vernagelten Denkgebäude der Kino-Manager mögen solche Argumente keine Rolle spielen, aber einen Umsatzeinbruch von mehr als 20 Prozent – denn so hoch liegt der Marktanteil deutscher Filme am Gesamtergebnis der Kinobranche – würden auch sie nicht so leicht verkraften. Einmal ganz abgesehen davon, dass auch das Publikum nach Geschichten aus dem eigenen Erfahrungsbereich verlangt. Dabei spielt auch die Besucherstatistik der Kultur in die Hände: Während der Anteil jüngerer Kinogänger spürbar zurückgeht, steigt die Zahlt der über 40-jährigen Zuschauer kontinuierlich an. Und dass diese Altersgruppe bei der Film-Auswahl auf künstlerische Qualität achtet, ist bekannt. Wer dennoch behauptet, Kinos in Deutschland könnten auf Dauer ohne deutsche Filme existieren, täuscht sich selbst und die Öffentlichkeit.

Dass es den deutschen Kinofilm und damit auch so etwas wie eine nationale Filmkultur überhaupt noch gibt, ist nur unserem Fördersystem zu verdanken. Darin unterscheidet sich Deutschland übrigens nicht von allen seinen Nachbarländern. Zu den tragenden Säulen dieses Gebäudes zählt in unserem Land die bundesweite Filmförderung. Wird sie herausgebrochen, besteht Einsturzgefahr.

Wer all das ignoriert und auch den Zusammenhang zwischen der Qualität des Filmangebots und der Überlebensfähigkeit des Erlebnisortes »Kino« bestreitet – so, wie es die Beschwerdeführer gerade vor dem Karlsruher Verfassungsgericht tun – reißt nicht nur längst überwucherte Gräben aus den Anfangsjahren der Filmförderungsanstalt FFA wieder auf. Er tritt zugleich eine völlig unnötige Diskussion los. Weder Filmtheorie noch Filmgeschichte und erst recht kein Praktiker wird heute noch bestreiten, dass Film beides ist oder zumindest beides sein kann: Wirtschaftsgut und Kulturgut, Kunst und Kommerz gleichermaßen. Zum Teil im Widerstreit, oft auch in gelungener Synthese. Dass der Film dabei meist der populären Kultur zuneigte, entwertet die vorstehende Feststellung nicht. Kunst und Kommerz im Film – das ist ein sensibles, sich immer wieder neu definierendes, oft spannungsgeladenes Verhältnis, eine Dauerbaustelle (oder work in progress, um es neudeutsch auszudrücken), die dem Film in den mehr als 100 Jahren seiner Geschichte schreckliche Wunden geschlagen, ihm aber auch immer wieder produktive Impulse zugeführt hat. Das deutsche Filmförderungsgesetz hat diese Balance in ein kluges Regelwerk gegossen. Die Waagschale jetzt einseitig auf der Seite des Profits herunterdrücken zu wollen – das kann nicht gut gehen. Wer es – wie die Raffzähne börsennotierter Kino-Ketten in Deutschland mit ihrer Verfassungsbeschwerde gegen das Filmförderungsgesetz – trotzdem versucht, läuft Gefahr, mehr zu verlieren, als sich mit einem solchen Verfahren gewinnen lässt.

Thomas Frickel ist Autor, Regisseur und Produzent von Dokumentarfilmen. Als Vorsitzender der AG Dokumentarfilm ist er zugleich Sprecher der Sektion Film und audiovisuelle Medien im Deutschen Kulturrat

THEMA

Ohne Agenten keine Erfolgsgeschichten

Gabriele Schulz im Gespräch mit der Literaturagentin Rebekka Göpfert

Warum es heute mehr Literaturagenten in Deutschland gibt als vor 20 Jahren, wie sie arbeiten und wie sich der Buchmarkt verändert, fragt Gabriele Schulz die Literaturagentin Rebekka Göpfert.

Frau Göpfert, wenn ich mir das Marktgeschehen zwischen Autoren und Verlagen anschaue, welche Rolle haben Sie als Literaturagentin in diesem Spiel?
Meine Hauptaufgabe besteht darin, Autoren gegenüber den Verlagen zu vertreten. Gleichzeitig übernehme ich auch Funktionen, die in den vergangenen Jahren stärker von Verlagen wahrgenommen worden sind. Ich entwickle gemeinsam mit den Autoren also ganze Buchprojekte und ich übernehme eine gewisse Filterfunktion.

Das heißt, Sie verstehen sich als Anwältin der Autoren und vertreten deren Interessen gegenüber dem Verlag?
Richtig. Gleichzeitig ist ein Großteil meiner Aufgabe aber auch die Vermittlung zwischen Autor und Verlag. Manchmal ist es einfacher, wenn ein Dritter zwischengeschaltet ist. Dabei kann sich der Autor immer darauf verlassen, dass ich seine Interessen als erstes berücksichtige, wohingegen der Verlag – trotz allen Wohlwollens – zuerst an seine eigenen denken wird.

Worin besteht der Unterschied Ihrer Arbeit zu der von Lektoren? Übernehmen Sie auch Lektoratsaufgaben?
Es gibt eine sehr scharfe Trennung zum Lektorat, und ich übernehme fast nie die Redaktion. Das klassische Lektorat, also das Arbeiten am Text, wird im Verlag gemacht bzw. der Verlag vergibt manchmal Lektorate nach außen. Meine Aufgabe deckt sich mit der von Lektoren insofern, als ich, wie gesagt, gelegentlich Buchprojekte entwickle, und das war ein Feld, das im klassischen Verlag vor 20, 30 Jahren im Haus, also in den Verlagen selbst gemacht wurde. Inzwischen, durch Umstrukturierungsmaßnahmen, durch dünne Personaldecken, Zeitmangel, die Verlagerung von bestimmten anderen Aufgaben auf die Lektorate wie beispielsweise Marketing und vieles andere mehr, gibt es für dieses Entwerfen von Projekten in vielen Lektoraten gar nicht mehr die Zeit, sodass zahlreiche Lektoren inzwischen ganz froh sind, wenn sie fertig konzipierte Bücher von den Agenturen präsentiert bekommen.

Ist Ihre Arbeit zu Ende, wenn ein Verlag ein Manuskript übernommen hat, oder setzt sich die Vermittlungsarbeit dann fort?
Ich sage immer, ich lese vom Spielfeldrand aus mit und begleite das Buch weiter. Ich gucke sehr genau auf die Arbeit des Verlages am Buch, zum einen auf die Redaktion, obwohl das dann oft doch ein sehr intimer Prozess zwischen Autor und Lektor ist. Da mische ich mich möglichst nur ein, wenn es scheppert. Sehr genau achte ich auf die Präsentation, also Umschlag, die Titelformulierung, die Vorschauproduktion. Ebenfalls schaue ich, was der Verlag macht, wenn das Buch erschienen ist, ob es Veranstaltungen gibt, Anzeigen geschaltet werden, wie die Pressearbeit funktioniert, in welchem Umfeld das Buch präsentiert wird und so weiter. Grob geschätzt passiert die Hälfte meiner Arbeit dann, wenn der Vertrag geschlossen wurde.

Haben Sie einen festen Stamm an Autoren, mit denen Sie zusammenarbeiten?
Ich habe einen festen Autorenstamm, mit dem ich im schönsten Fall mehr als ein Buch mache. Gelegentlich kommt jemand dazu, dann wieder gibt es jemanden, der die Agentur verlässt oder aber einfach kein weiteres Buch schreibt. Gerade im Sachbuchbereich ist häufiger das Phänomen anzutreffen, dass Autoren nur ein Buch schreiben.

Vor gut 20 Jahren war der Beruf des Literaturagenten im Unterschied zum angelsächsischen Raum in Deutschland kaum verbreitet, heutzutage aber durchaus. Teilen Sie diese Einschätzung und wenn ja, woher kommt diese Veränderung?
Ihre Beobachtung ist richtig. Es gibt eine ganz deutliche Dynamik. Ich würde sagen, vor der Wende gab es zwei, drei Agenturen, Autorenagenturen, in Deutschland. Heute gibt es deutlich mehr. Ich erkläre mir die Veränderung so, dass nach der Wende festgestellt wurde, welche spannenden Stoffe es hier zu entdecken gibt. Plötzlich sind die angelsächsischen Bücher ein bisschen in den Hintergrund getreten und alle interessierten sich für deutsche Stoffe. Das war der Punkt, an dem hier in Deutschland die ersten größeren Agenturen gegründet wurden, die im Grunde den Autoren zum ersten Mal eine Vertretung gegeben haben, die sie vorher nicht hatten. Der Unterschied zwischen den Vorschüssen für angelsächsische Autoren und für deutsche Autoren war zuvor empörend. Ich erinnere mich, weil ich damals gerade im Verlagswesen anfing und immer ganz baff war, wenn ich gesehen habe, was für englische Exposés und was für einen deutschen Roman bezahlt wurde.

Das hat sich durch Literaturagenten verändert?
Das hat sich durch die Literaturagenten, aber auch durch den Markt verändert. Es gab eben mehr Verlage, die sich für deutsche Geschichten interessierten, deutsche Autoren wurden stärker gesucht. Die Leser haben stärker deutsche Stoffe nachgefragt und die Verlage konkurrierten um gute Autoren, da war einfach mehr Luft für höhere Vorschüsse. Gleichzeitig hatten die amerikanischen und englischen Autoren in der Regel schon vorher immer europäische Subagenturen, die ihre Interessen vertreten haben und dafür sorgten, dass sie angemessen bezahlt wurden. Allerdings muss auch gesagt werden, dass Agenturen am Anfang nicht sehr gerne gesehen waren. Es gab Verlage, die grundsätzlich ausgeschlossen haben, mit Agenturen zusammenzuarbeiten. Das hat sich in der Zwischenzeit ganz stark gewandelt. Die Verlage sehen sehr wohl, dass Agenturen ihnen auch Aufgaben abnehmen und in diesem Vermittlungsprozess eine wichtige Rolle spielen.

Sie selber kommen ja auch aus dem Verlagsbereich, wissen also welche Abläufe in einem Verlag zu beachten sind. Ist das ein Vorteil?
Für meine Tätigkeit als Agentin ist es sehr wichtig, dass ich beide Seiten kenne. Mir sind die Nöte und Zwänge von Verlagen bewusst. Ich weiß, wie eine Kalkulation aussieht. Ich kenne bestimmte Zeit- und überhaupt organisatorische Abläufe im Verlag. Ich kann einschätzen, warum es wichtig ist, einen Teil des Manuskriptes schon lange vor Abgabetermin zu haben, warum es auch für den Autor hilfreich ist, wenn die Vertreter sich gut darüber informieren können und so weiter.

Raten Sie als Agentin manchmal auch Autoren von Büchern ab?
Ich rate dauernd Autoren von Büchern ab. Sehr viel häufiger, als dass ich die Autoren zu Büchern ermutige.

Und warum?
Weil ich keinen Platz auf dem Buchmarkt für Projekte sehe, die mir angeboten werden. Selbst bei meinen Stammautoren muss ich manchmal sehr streng sein und sagen, das ist ein hochinteressantes Thema, aber es wird mir nicht gelingen, dafür einen Verlag zu finden. Zusätzlich bekomme ich am Tag ein bis zwei bis drei unverlangt eingesandte Projekte. Fast alle gucke ich mir etwas näher an. Ich mache jetzt gerade einen Vertrag mit einem Projekt, das ich wirklich aus dem Stapel gefischt habe. Aber ganz, ganz oft gehen die Angebote völlig am Markt vorbei.

Das heißt, eine wesentliche Aufgabe einer Literaturagentin ist auch, den Markt im Blick zu haben, zu schauen, was gerade läuft, was von Verlagen angeboten wird, um dann Autoren ermutigen oder ihnen abraten zu können?
Genau. Ich bin hauptsächlich im Sachbuchbereich tätig und da guckt man natürlich immer, welche Themen gerade gefragt sind. Der Buchmarkt ist allerdings ein sehr langsamer Markt. Das heißt, ein Thema, das jetzt im Mittelpunkt steht, kann in einem Jahr schon wieder völlig out sein. Da es in der Regel ein Jahr dauert, bis ein Buch wirklich erschienen ist, muss man im Grunde sogar antizipieren, welche Fragestellung in den nächsten zwei Jahren in der Luft liegen könnte. Ich übernehme eine starke Filterfunktion. Das ist meines Erachtens einer der Gründe, warum die Verlage inzwischen gerne mit Agenturen zusammenarbeiten.

Suchen Sie für jedes Buch einen eigenen Verlag?
Ja, meine Arbeit lebt natürlich gerade von der Vielseitigkeit der Geschäftspartner. Es gibt Bücher, die in einem großen Konzernverlag auf gar keinen Fall einen Platz finden würden, sondern nur in einer kleinen Nische. Und umgekehrt gibt es Bücher, mit denen der literarische Verleger nichts anfangen könnte, das aber wiederum in einem guten kommerziellen Haus mit der Schlagkraft, das Buch in die Buchhandlungen zu bringen, sehr gut aufgehoben ist.

Sie haben eben gesagt, dass der Buchmarkt eher langsam ist. Ich habe den Eindruck, dass er sich immer schneller dreht, viel mehr Bücher auf den Markt kommen und sehr viel schneller Themen wieder durch sind.
Das ist letztlich die Frage der Bezugsgröße. Viele meiner Autoren sind Journalisten und immer wieder verblüfft, wie lange es vom fertigen Manuskript bis zum gedruckten Buch dauert. Für Journalisten ist es manchmal unbegreiflich, warum danach bis zu einem halben Jahr vergeht bis das Buch erscheint. Wenn man den Buchmarkt von vor 15 bis 20 Jahren als Vergleich nimmt, haben Sie völlig Recht, dass sich das Geschäft in einer sagenhaften Geschwindigkeit beschleunigt hat. Die Verweildauer von Büchern in den Buchhandlungen ist sehr viel kürzer geworden. Das hat den Effekt, dass Bücher, die sich nicht in den ersten, sagen wir mal, vier bis sechs Wochen durchsetzen, auch relativ schnell wieder vom Büchertisch verschwinden. Bei Sachbüchern ist das Geschäft zum Glück ein bisschen ruhiger. Wenn Romane nicht sofort besprochen werden, geraten sie schnell wieder aus dem Blickfeld.

Besprechungen in Tageszeitungen oder im Rundfunk sind von ganz großer Bedeutung, um ein Buch am Markt durchzusetzen?
Absolut. Letztlich geht es immer darum, Öffentlichkeit für ein Buch zu schaffen.

Angesichts der Digitalisierung gibt es einige, die sagen, dass Verwerter nicht mehr benötigt werden, da die Selbstvermarktung an Bedeutung gewinnt. Was Sie beschreiben, ist ein anderer Weg. Mit den Literaturagenten ist ein weiterer Baustein in die Verwertungskette hineingekommen. Wie würden Sie die Entwicklung im Sachbuchsegment einschätzen: Wird die Selbstvermarktung zunehmen oder wird die Arbeit von Literaturagenten an Bedeutung gewinnen?
Die Frage ist letztlich, ob ein Autor möchte, dass sein Buch von einem professionellen Team begleitet wird oder ob er es selber vermarkten möchte. Es gibt diese Erfolgsgeschichten von Autoren, die im Self-Publishing-Verfahren viel Geld verdient haben und für viele als Vorbild wirken, es selbst ebenso zu versuchen. Wer das präferiert, muss sich vor Augen halten, dass diese Erfolgsgeschichte vielleicht auf fünf oder sechs von Tausenden von misslungenen Versuchen, einen Fuß auf den Boden zu kriegen, zutrifft. Wenn ein Autor von einem professionellen Verlag betreut wird, gibt es ein Lektorat, eine Presse- und eine Vertriebsabteilung, die die Aufmerksamkeit auf das Buch richten können. Und das ist in diesem überschaubaren Markt der gedruckten Bücher schon schwierig genug. Ich persönlich glaube ganz fest an die Verlage. Das mag eine altmodische Einstellung sein. Ich denke nicht, dass ein Autor diese Aufgaben selbst übernehmen kann. Mit der Verwertungskette haben Sie allerdings ein wichtiges Thema schon angesprochen: Es ist natürlich so, dass immer mehr Leute an einem Buch mitverdienen wollen. Und gleichzeitig ist der Buchmarkt ein schrumpfender Markt. Darüber muss man sich auch überhaupt keine Illusionen machen. Die Leute lesen weniger. Die Leute geben weniger Geld für Bücher aus. Und da sind zwei gegenläufige Entwicklungen auszumachen, die zu Verlierern führen werden. Was wir jetzt im Buchhandel sehen, – dass nämlich auch die großen Häuser erhebliche Verluste hinnehmen müssen, – wird auch auf die Verlage zukommen. Und es gibt natürlich auch Autoren, deren Werke nicht mehr gelesen werden. Ich bin allerdings nach wie vor auch der Meinung, dass nichts zu Unrecht nicht gedruckt wird. Und es gibt sicherlich auch Agenturen, die irgendwann mal wieder zumachen müssen oder zu klein werden, um bestehen zu können.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

© JEFF KOONS

Jeff Koons: Triple Hulk Elvis III, 2007; oil on canvas; 274,3 x 371,2 cm

Rebekka Göpfert ist Inhaberin der Agentur Göpfert in Berlin. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Die Künste, die Wilden und wir

Was man von der Kunstethnologie in der Kulturpolitik lernen kann

MAX FUCHS

Eine These vorab: Unsere westliche und vor allem mitteleuropäische Sichtweise auf Kunst ist eines der größten Hindernisse, gerade angesichts der wachsenden Legitimationsnöte in der Kulturpolitik die existentielle Relevanz der Bildenden Kunst, des Theaters, der Musik, der Literatur oder des Tanzes aufzuzeigen. Grund für dieses Problem ist eine – zurzeit gerade in politischen und pädagogischen und weniger in künstlerischen Kontexten anwachsende – kunstreligiöse Auffassung, ein z. T. hochideologisches Verständnis von Kunstautonomie und eine maßlose Übersteigerung des Künstlerbildes.

Da es jedoch schwierig ist, aus den scheinbaren Selbstverständlichkeiten des Alltags herauszukommen – »Pseudokonkretheit« nannte daher der tschechische Philosoph Karel Kosik dieses Phänomen, das zugleich der Grund für den berühmten V-Effekt von Bertolt Brecht war – lohnt die Anwendung zweier Verfahren: ein Blick in die Geschichte der ästhetischen Praxis, vor allem in ihre Frühgeschichte, und ein Wechsel in fremde kulturelle Kontexte. Beide Perspektiven zeigen, dass es gerade eine künstlerisch-ästhetische Praxis war, die entschieden zu Entwicklungsvorteilen in der Evolution geführt hat (siehe hierzu aktuell Schriften zur evolutionären Ästhetik, etwa von Wolfgang Welsch). Zum anderen zeigt die Allgegenwart von künstlerischer Betätigung in allen Kulturen, dass es sich hierbei um eine anthropologische Notwendigkeit handeln muss. Allerdings funktioniert diese Beweisführung nur dann, wenn man die Sorge um eine »Instrumentalisierung« oder »Funktionalisierung« der Künste zumindest kurzzeitig vergisst. Auch die Ethnologin Ellen Dissanayake weist immer wieder darauf hin, dass sie erst ihren westlichen, philosophisch inspirierten Blick auf Künste loswerden musste, bevor sie den Reichtum künstlerischen Schaffens in der Welt erkennen konnte. Denn dann ist es so, wie die Ästhetikerin Annemarie Gethmann-Siefert schreibt: »Die kulturelle Aufgabe der Kunst liegt in der Humanisierung der Natur, und zwar diente die Kunst dabei nicht allein der Bearbeitung der Natur zu Lebenszwecken, sondern der Gestaltung der Natur zum Zweck der Einrichtung des Menschen in einer menschlichen, ihm gemäßen Welt.«

Die Künste sind also Teil des Alltags – oder könnten es sein –, wobei es unterschiedliche Theorien gibt, die ihre Relevanz erklären. So ist etwa die These plausibel, dass eine ästhetische Praxis und Gestaltung von überlebensrelevanten Dingen und Prozessen diese hervorhebt und besonders macht. Interessanterweise findet sich dieser Ansatz heute dort, wo man mit Hilfe von Tanz und Theater mathematische Gleichungen visualisiert (»Learning through the Arts«) und so zeigt, dass Ästhetik als Grundprinzip auch und gerade in nichtkünstlerischen Fächern nützlich ist. Doch zurück zu den »Wilden«.

Offenbar tun wir uns schwer mit deren künstlerischen Aktivitäten. Das beginnt schon bei der Bezeichnung. Ist es Ethnokunst, primitive Kunst, ist es bloßes Kunsthandwerk, hergestellt für die Touristen, was in den Kulturen indigener Völker hergestellt wird? Bekanntlich hatten Masken und andere Artefakte aus Afrika einen großen Reiz auf prominente westliche Künstler. Picasso und Max Ernst waren begeisterte Sammler – und Spuren ihrer Begeisterung sind in ihren Werken leicht zu finden. Trotzdem waren afrikanische Kunstprodukte von westlichen Kunstmessen – als bloßes Kunsthandwerk – ausgeschlossen. Man fand und findet solche Werke bis heute eher in Völkerkunde- als in Kunstmuseen. Hatte der Deutsche Bühnenverein also doch recht mit seinem damaligen Beschluss, »Theater sei Kunst und keine Kultur« (womit man den Zugriff der Welthandelsorganisation mit ihrem GATS-Abkommen auf das Theater verhindern wollte)? Ich denke nicht. Denn man wird die existentielle Bedeutung von Kunst nur in ihrem Beitrag zur Kultur, zur gemeinschaftlichen Gestaltung des Zusammenlebens nachweisen können, so wie es Ethnologen tun (Beispiel: I. Kreide-Damani: Kunstethnologie).

Wie ist es zu dieser Abtrennung der Kunst von der alltäglichen Lebenswelt gekommen, die immerhin so stark ist, dass heute mühsam Methoden wie Audience Development – das ist die strategische Entwicklung neuen Publikums für Kultureinrichtungen mit Hilfe unterschiedlicher Vermittlungs-Funktionen – ausgedacht werden müssen, um das Interesse eines großen Teils der Bevölkerung zu wecken? Eine erste Antwort liegt sicherlich in der Entwicklung der Künste selbst. Denn im Zuge der Durchsetzung der Moderne gab es eine Ausdifferenzierung der Gesellschaft und eine Autonomisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche. Auch in den Künsten – freilich mit Ungleichzeitigkeiten in verschiedenen Sparten – fand dieser Prozess statt mit der Folge, dass in den autonomer werdenden Teilbereichen ein interner Streit um das Deutungsrecht über die jeweilige Kunstform kräftig zunahm. Denn die immer schnellere Abfolge von Ismen war auch ein Kampf darum, wer festlegt, was als jeweilige »Kunst« zu gelten hat. Damit wurde aber die Zugänglichkeit erschwert und die Schranken für Außenstehende (das Publikum) erhöht.

Ein zweiter Grund, den Kreide-Damani (s.o.) ausarbeitet, ist die westliche Verbindung von Kunst und Ästhetik. Dass man eine solche Verbindung überhaupt in Frage stellen kann, mag uns verwundern. Doch gibt es in der Tat ein künstlerisches Schaffen in der Geschichte und auch in weiten Teilen der gegenwärtigen Welt ohne philosophische oder kunsttheoretische Reflexion über das Schöne, über ästhetische

Die Konjunktur kultureller Bildung ist das Beste, was dem Kunstbetrieb passieren konnte

Erfahrung, über das »Wesen der Kunst«, über die Autonomie des Künstlers. Dabei gehört eine Skepsis gegenüber dem philosophischen Zugriff auf Kunst durchaus zur Geschichte des Westens. Der prominente Kunsttheoretiker Arthur Danto entwickelte vor Jahren seine These von der »Entmündigung der Kunst« durch die Philosophie, beklagte also eine Enteignung der Künstler in Hinblick auf das Deutungsrecht für die eigene Praxis. Er ging dabei davon aus, dass dahinter eine raffinierte Strategie steckte, um einen mächtigen Konkurrenten im Kampf um das Deutungsrecht loszuwerden: Je mehr man Kunst und Künstler in den Himmel hebt und aus dem Alltag der Menschen entfernt, umso leichter lässt sich die Irrelevanz der Künste für die Deutung dieses Alltags belegen. Vor diesem Hintergrund erscheinen Thesen, die scheinbar zum Schutz der Kunst formuliert werden, in einem ganz anderen Licht: Etwa dass Kunst nichts mit Erkennen zu tun habe oder dass Kunst und Moral völlig verschiedene Bereiche seien. Entsprechend werden »Theorien« von Künstlern über (ihre) Kunst eher abfällig in Kunsttheorie und Ästhetik »Künstlertheorien« genannt, die bestenfalls hinzugezogen werden, wenn man zeigen will, dass diese ihre Praxis selbst nicht verstehen.

Ästhetik als philosophische Reflexion künstlerischer Praxis steht dabei durchaus in der westlichen Tradition des Philosophierens. Denn es war genau dies das Neue, das die frühgriechischen Theoretiker einbrachten: Die systematische Suche nach Gründen, der Versuch, eine widerspruchsfreie Architektur in Denksystemen zu entwickeln. Insbesondere, so überzeugend Kreide-Damani, ist es die Hinwendung der Ästhetik zum rezipierenden Subjekt (»ästhetische Erfahrung«), die das Werk und dann auch den Künstler in den Hintergrund treten lässt. Genau diesen Blickwechsel gibt es nicht in indigenen Kulturen: Der »Künstler« arbeitet im Auftrag der Gemeinschaft, es geht um die Gestaltung der Lebensweise und nicht um die Selbstverwirklichung des Produzenten (oder Rezipienten). Allerdings ist auch dies oft genug in westlichen Gesellschaften eher Ideologie als Realität. Man denke nur an die angewandten Künste, man denke an Auftragsarbeiten, etwa Auftragskompositionen, wo das Opernhaus als Auftraggeber häufig sehr genaue Vorgaben über Thema, Instrumentierung, Dauer, Kostenrahmen etc. macht und so die »künstlerische Freiheit« erheblich einschränkt.

Nun lässt sich zeigen, dass unsere westliche Entwicklung einer spezifischen Sichtweise von Kunst nicht bloß immanente Gründe in der Entwicklung der jeweiligen Sparte hat, sondern genau dieses Verständnis von Kunstautonomie politisch äußerst funktional war, wie es etwa Thomas Nipperdey in seiner fulminanten Geschichte des 19. Jahrhunderts zeigt. Daher lohnt es sich, Hinweise darauf ernst zu nehmen, wieso sich dieses Verständnis von Kunst heute zu einem veritablen politischen Hindernis auswächst.

»Weil Kunst Ausdruck menschlicher Kreativität ist, käme eine Begrenzung des Kunstbegriffs auf westliche Interpretationen einer Begrenzung der menschlichen Kreativität auf die Menschen der westlichen Welt gleich«. Damit ist zugleich gezeigt, dass ein solches Verständnis in Zeiten transkultureller Debatten und einer UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt sogar in einem Spannungsverhältnis, vielleicht sogar in einem Widerspruch zu unserer Rechtsordnung gesehen werden könnte. Denn auch innerhalb der westlichen Welt verhindert eine elitäre Sichtweise auf Kunst die Realisierung des Menschenrechts auf kulturelle Teilhabe. Pierre Bourdieu etwa wurde niemals müde darauf hinzuweisen, dass man sich den von der idealistischen Autonomie-Ästhetik geforderten handlungsentlasteten reinen Blick auf Künste erst einmal leisten können muss, was jedoch einem Großteil der Gesellschaftsmitglieder nicht möglich ist. Die Ausweitung des Kunstbegriffs über eine enge europäische Sichtweise hinaus öffnet dagegen für unsere Ästhetikdebatte interessante Perspektiven. So lässt sich die Frage stellen nach einer »transkulturellen Ästhetik«, also etwa danach, ob es universelle, kulturunabhängige ästhetische Werte gibt. Weiter geht diese Frage, wenn man überlegt, ob – im Falle ihrer Existenz – solche universellen Werte als anthropologische Konstanten betrachtet werden können. Ein interessanter Versuch in diese Richtung ist das Buch »Weltsprache Kunst«, das von dem Verhaltensforscher und Biologen Irenäus Eibl-Eibesfeldt und der Kunsthistorikerin Christa Sütterlin verfasst wurde. Allerdings zeigt die Debatte über Kunstethnologie, wie sehr die Kunstwissenschaft der traditionellen Autonomieästhetik verhaftet ist und daher große Schwierigkeiten hat, ihren eurozentrischen Blick aufzugeben (M. Szalay (Hg.): Der Sinn des Schönen 1990). Sie versucht nämlich ständig, den individuellen genialischen Einzelkünstler, das ultimative Werk, und dieses erfasst in Kategorien der europäischen Kunstwissenschaft, überall auf der Welt zu entdecken. Dort, wo sie dieses nicht findet, kann daher auch keine »Kunst« existieren.

Dabei geht es weniger um kunstimmanente Schranken, sondern um soziale, politische und ideologische Rahmenbedingungen, die ein zwangloses Umgehen mit Kunst als existentiellem Lebenselixier verhindern. Wenn also heute der Einsatz von Künsten im Feld der kulturellen Bildung zwar nicht nur auf Begeisterung einzelner Künstler stößt, politisch jedoch Konjunktur hat, dann ist das deshalb positiv zu bewerten, weil damit die Künste in ihrer Relevanz für alle in ihr Recht gesetzt werden – und man damit zum Ursprung ästhetischer Praxis zurückfindet. Es sollte daher weniger Energie darauf verwendet werden, die Künste attraktiv für Menschen zu machen: Diese werden selbst spüren, dass die Künste für sie wichtig sind. Man wird jedoch einiges an Energie investieren müssen, all die irrigen Vorstellungen über »Kunst« aus den Köpfen von Menschen zu bringen, die erst dazu geführt haben, Kunst nicht (mehr) als lebensbedeutsame Erfahrung für alle, sondern nur als elitäre Luxusbeschäftigung für wenige zu sehen (zu den Ritualen des Kunstbetriebs – hier im Bereich der Bildenden Kunst – siehe die einschlägigen Bücher von Wolfgang Ullrich). Daher liegt nur ein Schluss nahe: Nur dann, wenn Theater und die anderen Künste als »Kultur« verstanden werden, können sie in ihrer Lebensrelevanz verstanden werden. Erst dann lässt sich auch das Legitimationsproblem in der Kulturpolitik lösen. Die Konjunktur kultureller Bildung ist daher das Beste, was dem Kunstbetrieb passieren konnte. Denn in diesem Kontext wird die existentielle Bedeutung von Kunst sichtbar.

Max Fuchs ist Präsident des Deutschen Kulturrates

© JEFF KOONS

Jeff Koons: Acrobat, 2003-09; polychromed aluminum, galvanized steel, wood, straw; 228,9 x 148 x 64,8 cm

FOTO: DIOXIN / PHOTOCASE.COM

Die Zuschauer in Deutschland und Frankreich bekommen durch ARTE die Möglichkeit, sich mit der jeweils anderen weitgehend unbekannten Kultur vertraut zu machen.

ARTE oder das Europa der Kultur

Kulturaustausch via TV: Frankreich und Deutschland sind sich nähergekommen

VÉRONIQUE CAYLA

ARTE entstand aus einer großen Idee: 1990, ein Jahr nach dem Mauerfall, zu einer Zeit, als Europa ein neues Ost-West-Gleichgewicht suchte, beschlossen Helmut Kohl und François Mitterrand, einen deutsch-französischen Kultursender mit europäischem Auftrag zu gründen.

Die beiden großen Politiker setzten damit ein Zeichen für die Stärkung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Frankreich und Deutschland. Die Gründung von ARTE sollte Grenzen in den Köpfen abbauen und den Grundstein für ein Europa der Kultur legen.

Was für eine große Idee und was für eine enorme Herausforderung: der Brückenschlag zwischen zwei Publika mit völlig unterschiedlichen Erwartungen und Vorlieben. Eine schier unmögliche Aufgabe, und dennoch…

Zwei Jahrzehnte danach lässt sich der Erfolg messen: Es ist ARTE gelungen, Frankreich und Deutschland einander näherzubringen und sich einen unanfechtbaren Platz in der französischen, deutschen und europäischen Medienlandschaft zu erobern.

Zum ersten Mal in der Geschichte des europäischen Rundfunks bot ein Fernsehsender den Zuschauern aus zwei Ländern die Möglichkeit, sich mit weiten Feldern der jeweils anderen, weitgehend unbekannten Kultur vertraut zu machen. Mit der Zeit haben sich die bei ARTE vereinten Kulturen – die deutsche und die französische – gegenseitig befruchtet und neue, gemeinsame Bezüge für beide Zuschauerkreise geschaffen.

ARTE brachte neue Themen und Blickwinkel, neue Gesichter und neue Handschriften hervor; neben vielen anderen gehören »Karambolage« und »Tracks« zu den emblematischen, in beiden Ländern gleichermaßen bekannten Formaten. Zahlreiche Sendungen schrieben TV-Geschichte, auch im jeweils anderen Land, wie z.B. »24 Stunden Berlin«: 24 Stunden Dreharbeiten unter Livebedingungen in dieser so erstaunlichen und faszinierenden Stadt. Auch das Fernsehdrama »Heute trage ich Rock!«, in dem Isabelle Adjani eine Lehrerin an einer Problemschule in einer Pariser Vorstadt spielt, sorgte für großes Aufsehen. ARTE widmet einen Großteil seines Programms der Zeitgeschichte und den großen Tragödien, die beide Länder geprägt haben, und hat damit ein wahrhaft gemeinsames Gedächtnis geschaffen. Dieser Schritt war notwendig und hat von Anfang an ein treues und wertvolles Publikum an ARTE gebunden.

Die Nachrichtensendung ARTE Journal, deren Einschaltquoten kontinuierlich steigen, verquickt optimal die Besonderheiten der deutschen und französischen journalistischen Berichterstattung, mit dem Schwerpunkt auf europäischen und internationalen Nachrichten.

Im Bereich Spiel- und Dokumentarfilm ist ARTE inzwischen ein unverzichtbarer Partner. Für viele Vertreter einer neuen Generation anspruchsvoller und innovativer Filmschaffender in Frankreich, Deutschland und Europa kam die entscheidende Starthilfe von ARTE, darunter Fatih Akin, Lars von Trier und Mathieu Kassovitz.

ARTE koproduziert jährlich 80 Spiel- und Fernsehfilme, darunter sechs große Autorenfilme in deutsch-französischer Koproduktion. Zu den von ARTE geförderten Regietalenten gehören u. a. Claire Denis, Leos Carax, Ulrich Seidl, Oskar Roehler.

ARTE wurde in den vergangenen 20 Jahren vielfach mit angesehenen Preisen ausgezeichnet. An den Sender gingen zwei Oscars in Hollywood, neun Goldene Palmen in Cannes, vier Goldene Bären auf der Berlinale, zwei Goldene Löwen in Venedig, drei Goldene Leoparden auf dem Filmfestival von Locarno, und der Sender erhielt sieben Mal den französischen Filmpreis César und 21 Mal den Deutschen Filmpreis. Diese Auszeichnungen sind ein weiterer Beweis für die von ARTE geschaffene Dynamik; tatsächlich zieht der deutsch-französische Sender in seinem Kielwasser einen bedeutenden Anteil der europäischen Film- und Fernsehproduktion mit sich und mobilisiert die größten Talente Deutschlands, Frankreichs und Europas.

Das Verdienst dafür gebührt all denen, die ARTE tagtäglich mit Leben erfüllen: den Redaktionen, den Partnern ARD und ZDF und auch den öffentlich-rechtlichen europäischen Partnersendern, die dank des ständigen Austauschs die erforderliche Erfahrung gesammelt haben, um »ARTE-gerechte« Themen und Programme auszuwählen und in der geeigneten Machart zu produzieren. Ebenso verdienstvoll sind die Produzenten und Regisseure, die ARTE ohne zu zögern in das bisher nie dagewesene Abenteuer eines binationalen Fernsehsenders gefolgt sind. Und schließlich soll an dieser Stelle auch der öffentlichen Hand beider Gründungsländer gedankt werden, die durch die Bereitstellung der notwendigen Mittel die Umsetzung dieses Projekts ermöglicht und den französischen, deutschen und europäischen Fernsehzuschauern die Gelegenheit gegeben haben, von einem werbefreien, ausschließlich dem Film- und Kulturschaffen gewidmeten Fernsehen zu profitieren. Die Zukunft gehört der digitalen Welt. Von Anfang an hat ARTE bewusst die Weichen für eine starke Präsenz im Internet gestellt. Die kontinuierlich steigenden Besucherzahlen der ARTE-Website entfallen erfreulicherweise zu gleichen Teilen auf Frankreich und Deutschland.

Die weltweite Krise der letzten Monate hat bewiesen, wie notwendig ein Europa mit engem Schulterschluss ist. Die deutsch-französische Freundschaft ist wichtiger denn je. ARTE ist stolz und froh, aktiv und maßgeblich zur Qualität der deutsch-französischen Beziehungen beizutragen. Der Sender gehört heute zu den tragenden Säulen eines starken und vielversprechenden Europas der Kultur.

Véronique Cayla ist Vorsitzende von ARTE France

MOMMERT MEINT

Wohl selten ist über die Zukunft des Journalismus und damit einhergehend sogar über die der Demokratie und der Kultur unseres Landes so viel orakelt worden wie in diesen Tagen. Sogar die Bundeskanzlerin hat sich zu Wort gemeldet und die Unionsfraktion macht das zum Thema im Parlament. Der letzte Anstoß war die Einstellung der renommierten »Financial Times Deutschland« und die Insolvenz der traditionsreichen »Frankfurter Rundschau«. Anlass genug, auch über den Jahreswechsel hinaus mit einigen Sorgenfalten, aber auch nüchtern und sachlich in die journalistische Zukunft der Republik zu blicken. Denn immerhin bleibt eine Gesellschaft durch guten Journalismus »im steten Gespräch mit sich selbst«, meinte die ZEIT jüngst in einem mehrseitigen Schwerpunktthema dazu, das, dies nur am Rande bemerkt, nicht im Feuilleton erschien, sondern im Wirtschaftsressort.

Es geht dabei auch um die heiß diskutierte alte und wieder neue Grundsatzfrage: Print oder Internet? Zwar prophezeit Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner (im »Meedia«-Jahresheft 2012), Print werde länger bestehen, als viele Menschen glauben – »aber das Wachstum findet im Netz statt«. Schon 1998 habe er einen damals belächelten Kommentar zur Zukunft der Medienbranche geschrieben: »Es gibt nur drei Prioritäten – Internet, Internet und Internet.« Das betrifft vor allem die Geschäftsmodelle. Und der journalistische Inhalt? »In der Tat ist Journalismus im Web heute eine absolut unterkritische Größe«, räumt Döpfner ein. »Wenn Sie mal schauen, welcher Umsatz im Web mit Journalismus gemacht wird und wie groß das Zeitbudget des durchschnittlichen Nutzers für Journalismus ist – das ist verschwindend.« Journalismus sei »nicht der entscheidende Treiber, e-Commerce ist beispielsweise ungleich wichtiger«, meinte Döpfner in dem Jahresheft 2012. Das Geld aus den Anzeigenerlösen habe die traditionellen Medienhäuser verlassen, heißt es auch in der ZEIT. Es wandere in Internetportale wie Job-, Auto- und Immobilienbörsen, um die sich wiederum die Medienhäuser reißen, auch Springer.

Natürlich sind schon immer Branchen und Berufe oft tiefgreifenden Wandlungen unterworfen gewesen, wenn nicht gar total verschwunden (die Drucker und Setzer aus der Ära der »Schwarzen Kunst« oder die Fernschreiber der Telegrafen-Ära). Das wird auch für den Journalismus in seinen überkommenen Übermittlungs- und Vermittlungsformen gelten – man sollte nicht vergessen, welchen demokratischen »Push« die Erfindung der Rotationsmaschinen und des maschinellen Linotype-Bleisatzes bedeutete.

Die Frage ist vielmehr, welchen Stellenwert guter Journalismus in einer auch technologisch sich so rasant wandelnden Welt mit einem sich auch dramatisch ändernden Freizeit- und damit auch Leseverhalten haben wird, ob herkömmlich gedruckt oder elektronisch zu lesen. Das allein und in welchen Maßen wird der Leser entscheiden, womit nicht die von Frank Schirrmacher beschriebene »›I like‹-Befindlichkeit« im Netz gemeint ist. Nach welchen Kriterien und Bedürfnissen der Leser seine Entscheidung aber richtet, das allerdings entscheiden wie eh und je das gute alte Elternhaus und die Bildungspolitik eines Landes (die wiederum nicht zuletzt von der Wirtschafts- und Sozialpolitik abhängig ist), erst recht eines Landes »der Dichter und Denker«. Denn der jetzt wieder so viel beschworene Qualitätsjournalismus braucht eben auch »Qualitätsleser«, meint Mommert.

ARD will mit ZDF Jugendkanal einrichten

BARBARA HAACK

Offenbar plant die ARD, gemeinsam mit dem ZDF einen neuen Jugendsender für die 14- bis 29-jährigen Zuschauer zu schaffen. Gedacht ist verschiedenen Medienberichten zufolge an eine Fusion zweier Digitalkanäle. Bei der ARD könnte das der Kanal Eins Plus sein, beim ZDF möglicherweise ZDFneo. Die ARD will den Etat von Einsplus von rund sieben Millionen Euro einbringen. Ob das ZDF wirklich mitzieht, ist noch unklar. Bisher hatte die ARD Pläne für einen eigenen Jugendkanal geschmiedet. Die Federführung dafür sollte beim MDR liegen. Die Verantwortung für die Fusionsidee liegt nun beim SWR-Intendanten Peter Boudgoust.

Für das Thema »Fusionen« ist dieser bekanntermaßen Spezialist. Zeichnet er doch derzeit verantwortlich für den Plan, zwei hochwertige SWR-Sinfonieorchester zu fusionieren – ohne dass die von ihm propagierte Sparnotwendigkeit überhaupt schon belegt wäre. Eine besondere Affinität zur Kultur hat er jedenfalls mit dieser Aktion nicht bewiesen. Vielleicht hat es auch damit zu tun, dass es bei der nun geplanten Einrichtung eines ARD-/ZDF-Jugendsenders offenbar weniger um Inhalte als um die Erreichung neuer bzw. verlorener Zielgruppen geht. Von inhaltlichen Plänen für diesen Sender ist in den derzeitigen Meldungen jedenfalls nicht die Rede. Dabei stände es doch dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen gut an, zunächst an den noch immer vorhandenen Informations-, Bildungs- und Kulturauftrag zu denken, gerade, wenn es um die Einrichtung eines Jugendprogramms geht. Irrtum: Offenbar macht man sich lediglich darüber Gedanken, wie man diese Zielgruppe wieder zurückgewinnt. Das »Wie«, so scheint es, spielt hier erst einmal keine Rolle. Für den Anteil von Kultur und kultureller Bildung auf diesem Kanal kann das nichts Gutes bedeuten.

Barbara Haack ist Redakteurin von Politik & Kultur

Print vor dem Aus?

Online ist nicht der Feind der Presse, sondern eine große Chance

HELMUT HARTUNG

Die Situation der Zeitungsverlage hat sich im 1. Halbjahr 2012 anscheinend verschlechtert. Davon zeugen zahlreiche Meldungen über Personaleinsparungen, Redaktionsschließungen und Auslagerungen. Die Insolvenz der »Frankfurter Rundschau« und das Aus der »Financial Times Deutschland« scheinen diese Tendenz zu bestätigen. Die problematische Situation bei der »Frankfurter Rundschau« hat auch negative personelle Konsequenzen für den Berliner Verlag, der ebenfalls zur DuMont-Gruppe gehört.

Bei einem stagnierenden und teilweise rückläufigen Werbemarkt gelingt es den Verlagen nur schwer, die Rückgänge beim Verkauf der Printausgaben durch neue digitale Geschäftsmodelle auszugleichen. Dazu kommen hohe Investitionen in diesem Bereich. Eine aktuelle Studie von Roland Berger belegt die schwierige Lage: Lasen 1984 noch über 70 Prozent der Deutschen bis 19 Jahren regelmäßig Tageszeitungen, so sind es heute nur noch 33 Prozent. Ähnlich drastisch ist der Rückgang bei den 20- bis 39-Jährigen. Der Anteil der Tageszeitungsleser ist hier von 86 Prozent im Jahr 1984 auf knapp 50 Prozent im Jahr 2011 gesunken. Entsprechend hat die Auflage der Tageszeitungen von 1991 bis 2011 um 30 Prozent abgenommen.

Doch diese Fakten zeichnen nur ein unvollständiges Bild: Die Zeitungsmarken erreichten 2011 gedruckt, online und mobil ein Publikum, das so groß ist wie nie zuvor. Fast 40 Prozent der Menschen über 14 Jahre (27,1 Millionen Unique User) sind auf den Verlagswebsites unterwegs. Damit stellten die Zeitungen gemeinsam das reichweitenstärkste Angebot im Netz – vor Portalen wie t-online und eBay. Bei den 14- bis 29-Jährigen ist die Reichweite seit Ende 2011 um zehn Prozent auf 62,6 Prozent gestiegen (vgl. AGOF internet facts). Noch immer werden zudem die gedruckten Zeitungen pro Erscheinungstag von 72,4 Prozent der Bürger über 14 Jahre gelesen. Die Zeitungsmarken werden also auf allen Kanälen mehr denn je genutzt, nur diese große Reichweite lässt sich noch nicht entsprechend monetarisieren. Deshalb geht es für die Verlage jetzt vorrangig um die Entwicklung nachhaltiger Geschäftsmodelle. Eine Refinanzierung der Online-Angebote ausschließlich über Werbung ist angesichts der Entwicklung der Werbepreise nicht gewährleistet. Die meisten Verlage sehen zu Bezahlinhalten (Paid Content) deshalb keine Alternative. Nur ist die Einführung solcher Bezahlangebote vor allem über Smart-Phones und Tablet PCs ein langwieriger Prozess.

In dieser Übergangszeit benötigen die Zeitungsverlage eine Unterstützung der Gesellschaft, wie sie auch anderen Bereichen, z.B. der Entwicklung alternativer Energiequellen, zu Gute kommt. Es geht also nicht um »Dauersubventionen von Verlagen« oder den »Erhalt überkommener Geschäftsmodelle«, sondern um Rahmenbedingungen, die den Verlagen den Übergang in die digitale Mediennutzung erleichtern. Angesichts dieser Entwicklung hat Marc Jan Eumann, Vorsitzender der SPD-Medienkommission und Medienstaatssekretär in NRW, einen Stabilitätspakt für die Sicherung der Zeitungsvielfalt angeregt.

Ein Stabilitätspakt wäre hilfreich

Zu den Vorschlägen des SPD-Medienpolitikers und weiterer Politiker gehören: eine Förderung der Fort- und Weiterbildung von Journalisten, ein weiteres Absenken der Mehrwertsteuer für Printprodukte, die Absetzbarkeit eines Zeitungsabos von der Steuer, eine stärkere Erleichterung von Nachbarschaftsfusionen sowie eine Verlagsbeteiligung von Mitarbeitern. Ein solcher Stabilitätspakt wird nicht nur Freunde finden, das weiß auch Eumann: »Ich bin überzeugt, dass wir da nicht knausern dürfen. Denn: Wenn es den Medien schlecht geht, steht es auch mit der Demokratie nicht zum Besten«.

Die jüngsten Alarmmeldungen aus den Verlagen signalisieren nicht das Ende der gedruckten Zeitungen, Zeitschriften oder gar der Verlage. Noch auf Jahre wird Print das Kerngeschäft der Zeitungen bleiben. Aber in dieser Umbruchsituation der Medienlandschaft lassen sich unwirtschaftliche Produkte schwerer halten oder Fehler im Verlagsmanagement schwieriger ausgleichen, als in der analogen Zeit. Die »Financial Times Deutschland« war vor zwölf Jahren die letzte Zeitungsneugründung in Europa. Sie hat in all den Jahren nicht ein einziges Mal die Gewinnzone erreicht. Auch ohne das Internet wären FTD und »Frankfurter Rundschau« in eine problematische Situation gekommen. Ihre Einstellung bzw. Insolvenz sollten dennoch ein Signal an die Gesellschaft sein, die Rahmenbedingungen für Presseverlage weiter zu verbessern.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von promedia

Auf den letzten Drücker

Zur Modernisierung des Urheberrechts

FRANK SIMON-RITZ

Zum (Jahres-)Schluss musste alles sehr schnell gehen. Die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, hatte sich wohl zu lange Zeit gelassen. Im Frühjahr 2012 hatte sie im Hinblick auf die dringend erwartete Urheberrechtsreform in einem Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung noch erklärt, dass es kein »Superreformgesetz, das alle Interessengegensätze in der digitalen Welt auf einmal lösen könnte« werden würde, aber dass eine »Modernisierung des Urheberrechts« dringend geboten sei. Für Hochschulen und Hochschulbibliotheken besonders brisant war das zum 31.12.2012 drohende Auslaufen von § 52a des Urheberrechtsgesetzes (UrhG), der die Zurverfügungstellung digitaler Materialien »für Studium und Unterricht« regelt. Fragen der Auslegung dieses Paragraphen sind seit Jahren zwischen Verlagen und (Hochschul-)Bibliotheken strittig. Im Frühjahr 2012 hat der Kröner-Verlag wegen der Zurverfügungstellung von Teilen eines Psychologie-Lehrbuchs im Intranet der Hochschule gegen die Fernuniversität Hagen geklagt. Dieses Verfahren ist beim Bundesgerichtshof anhängig.

Erschwerend kommt hinzu, dass eine Einigung zwischen der Kultusministerkonferenz und der Verwertungsgesellschaft Wort über die Höhe einer »angemessenen Vergütung«, die von Anfang an Bestandteil der gesetzlichen Regelung war, bislang nicht zustande gekommen ist. Vor diesem Hintergrund kann man kaum davon sprechen, dass sich § 52a UrhG in jeder Hinsicht bewährt hat. Trotzdem regelt er – darauf haben die Hochschulrektorenkonferenz, die großen Wissenschaftsorganisationen und auch der Deutsche Bibliotheksverband mit Nachdruck hingewiesen – einen aus Studium und Lehre nicht mehr wegzudenkenden Service, der in der Regel von den Hochschulbibliotheken erbracht wird. Man muss also zugestehen, dass es für die Politik nicht leicht gewesen ist, hier einen Kompromiss zu finden. Aus der Opposition waren schon frühzeitig Stimmen laut geworden, die auf eine endgültige Entfristung von § 52a UrhG drängten. So hatte die SPD im Juni 2012 einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Und auch Bündnis 90/Die Grünen und die Linke haben sich eindeutig in diesem Sinne geäußert. In den Chor der Urheberrechtsreformer hatte dann im Sommer auch die CDU/CSU-Fraktion mit ihren »15 Leitlinien zum Urheberrecht in der digitalen Gesellschaft« eingestimmt (vgl. Politik & Kultur, H. 5/2012, S. 24).

Anfang November wurde nun – interessanterweise nicht durch die Bundesregierung, sondern gemeinsam durch die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP – ein weiterer Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der zumindest das Auslaufen von § 52a UrhG zum Ende des Jahres 2012 verhindern soll. Bereits in der kurzen Beschreibung von Problemstellung und Zielsetzung dieses Gesetzentwurfs wird deutlich, dass die Initiatoren den § 52a UrhG nicht für eine gesetzgeberische Glanztat halten. Erkennbar unzufrieden ist man auch mit der Begleitung durch das Bundesministerium der Justiz (BMJ). Kritisch wird angemerkt, dass das BMJ auch neun Jahre nach Einführung von § 52a UrhG »eine abschließende Bewertung der Auswirkungen« nicht für möglich hält.

Ebenso wird problematisiert, dass eine Vereinbarung zwischen der Kultusministerkonferenz und der VG Wort über die tatsächliche Höhe einer »angemessenen Vergütung« in diesen neun Jahren nicht zustande gekommen ist. Und auch auf das schwebende Verfahren des Kröner-Verlags gegen die Fernuniversität Hagen wird verwiesen. Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass sich die Initiatoren eher gequält auf eine – wie sie betonen – letztmalige Verlängerung von § 52a UrhG um weitere zwei Jahre verständigt haben. Zusammen mit dieser Verlängerung wird der Exekutive – und damit insbesondere dem zuständigen Ministerium – der Weg vorgegeben, auf welchem die im Zusammenhang mit § 52a UrhG stehenden Probleme langfristig gelöst werden sollen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, spätestens am 1. Juli 2014 einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die seit 2003 geltende »Sonderregelung« in eine »neu gefasste, dauerhafte Urheberrechtsschranke überführt wird«. Es scheint also gar nicht mehr darum zu gehen, ob wir eine Wissenschaftsschranke benötigen, sondern nur noch darum, wie sie ausgestaltet sein soll.

Was ist also damit erreicht, wenn dieser Gesetzentwurf nach der Zustimmung durch den Bundestag am 8. November 2012, der Behandlung durch die Ausschüsse, der erneuten Behandlung im Plenum am 29./30. November schließlich kurz vor Weihnachten auch den Bundesrat passiert?
Zum einen wurde, sozusagen auf den letzten Drücker, verhindert, dass alle Beteiligten am 1. Januar 2013 vor einem Scherbenhaufen stehen. Andererseits muss es unter wissenschafts- und hochschulpolitischer Perspektive so erscheinen, als würde ein wesentlicher Teil der Verantwortung für die Ausgestaltung einer Schrankenregelung zur Verwendung von urheberrechtlich geschützten Materialien für die Zwecke von Lehre, Studium und Forschung von der Exekutive an die Judikative »durchgereicht«. Die Richter in Karlsruhe sind jetzt in einer wenig ersprießlichen Situation. Der Gesetzgeber ist auch 2012 nicht zu einer klaren Auffassung davon gelangt, ob sich der § 52a UrhG auch auf die Vor- und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen – beispielsweise in Form von digitalen Semesterapparaten – bezieht, was »kleine Teile« eines Werks sind und wie eine »angemessene Vergütung« aussehen soll. Diese Fragen sollen jetzt die Richter am BGH entscheiden. Erst nach diesen Entscheidungen wird die Ausgestaltung einer Wissenschaftsschranke Form annehmen.

Frank Simon-Ritz ist Direktor der Universitätsbibliothek Weimar, Mitglied im Vorstand des Deutschen Bibliotheksverbands und im Sprecherrat des Deutschen Kulturrates

FOTO: KALLEJIPPP / PHOTOCASE.COM

Rechtssicherheit in Bezug auf urheberrechtlich geschützte Lehrmaterialien ist für Universitäten existenziell wichtig.

HINWEIS

Wenn dieses Heft Anfang Januar 2013 erscheint, ist klar, ob der § 52a des Urheberrechtsgesetzes die Hürde des 31.12.2012 genommen hat. Bei Redaktionsschluss am 30.11.2012 war dies allerdings noch nicht klar. Unser Autor Frank Simon-Ritz hat trotzdem einen Versuch unternommen, einen Ausblick zu geben. An dieser Stelle gilt ausnahmsweise auch in »Politik & Kultur«: Alle Angaben ohne Gewähr!

Ein effizientes Erfolgsmodell

Zur Zukunft der Künstlersozialversicherung

RAINER FUCHS

Die Künstlersozialversicherung kann im Jahr 2013 auf 30 erfolgreiche Jahre zurückblicken. Wer hätte bei ihrer Schaffung im Jahr 1983 erwartet, das einmal rund 180.000 selbstständige Künstler und Publizisten von dem umfassenden Schutz in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung profitieren würden? Nicht nur Künstler und Publizisten – unsere Gesellschaft profitiert auch insgesamt davon, dass kreative und publizistische Arbeit mit sozialer Sicherheit keine Frage des Einkommens ist. Die Künstlersozialversicherung trägt maßgeblich dazu bei, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland rund einer Million Menschen Arbeit gibt und jährlich ca. 64 Milliarden Euro an Bruttowertschöpfung erbringt. Dieser Beitrag wird leider gerade von Industrie- und Wirtschaftskreisen nicht immer gewürdigt. Seit ihrem Entstehen sieht sich die Künstlersozialversicherung teils harschen Vorwürfen der Bürokratie ausgesetzt, die bis zur Forderung nach ihrer Abschaffung gehen. Richtig ist, dass im Hinblick auf die Zunahme der Versichertenzahlen und der nicht entsprechend wachsenden Einnahmen aus der Künstlersozialabgabe auch über die Finanzierungsgrundlagen gesprochen werden muss. Seit Januar 2013 gilt der neue Künstlersozialabgabesatz von 4,1 Prozent auf die Honorare an selbstständige Künstler und Publizisten. Dies belastet die Unternehmen um 0,2 Prozentpunkte mehr als bisher. Eine gewisse Unruhe ist daher durchaus verständlich.

Höherer Bundeszuschuss?

Ein möglicher Weg, die Unternehmen deutlich zu entlasten, wäre, den Bundeszuschusses, der 20% der Kosten für die Sozialversicherung der Künstler und Publizisten ausmacht, wieder auf den alten Wert von 25% zu bringen. Dieser Vorschlag wurde jüngst im politischen Raum von verschiedenen Seiten vorgebracht. In einer Zeit, in der Sparen angesagt ist, hat es aber nicht den Anschein, dass sich auf absehbare Zeit entsprechender finanzieller Spielraum im Bundeshaushalt auftut.

Arbeitgeberprüfung der Deutschen Rentenversicherung

Ein erfolgversprechender Weg zur Stabilisierung des Abgabesatzes ist es sicherzustellen, dass die Einnahmen aus der Künstlersozialabgabe mit der tatsächlichen Entwicklung der abgabepflichtigen Honorare Schritt halten. Vergleicht man die positive Umsatzentwicklung im Kulturbereich, die sich auch in wachsenden Versichertenzahlen spiegelt, so ist kaum verständlich, dass die der Künstlersozialkasse gemeldeten Honorarsummen der Unternehmen rückläufig sind. Ganz offensichtlich gibt es in der Erfassung der Künstlersozialabgabe also immer noch erhebliche Lücken.
Deshalb ist es gut, dass die Deutsche Rentenversicherung ihre Prüfungen der Unternehmen wieder mit neuer Intensität aufnimmt. Das Bundesarbeitsministerium hat einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, mit dem klar gestellt werden soll, dass die Deutsche Rentenversicherung alle 3,2 Millionen Unternehmen mit Beschäftigten mindestens alle vier Jahre auch auf die korrekte Entrichtung der Künstlersozialabgabe hin überprüft. So war es mit der Reform 2007 bereits vorgesehen. Der Prüfdienst der Deutschen Rentenversicherung hat seither in einem ersten Anlauf bereits 280.000 Unternehmen geprüft; seither hat die Zahl der Unternehmen, die Künstlersozialabgabe zahlen, um rund 90.000 auf heute rund 150.000 zugenommen. Über 120 Millionen Euro an Künstlersozialabgabe hat dies erbracht und den Abgabesatz in den vergangenen Jahren auf niedrigem Niveau stabilisiert. Doch dann stockten die Prüfungen und seither steigt der Abgabesatz wieder. Jetzt sollen im Rahmen der regulären Arbeitgeberprüfungen alle Unternehmen regelmäßig überwacht werden. Das ist schon ein Gebot der Gerechtigkeit. Der Bedarf an Künstlersozialabgabe wird über den Abgabesatz umgelegt, daher müssen die »ehrlichen« Unternehmen über einen höheren Abgabesatz die Kosten für die Nichtzahler mit übernehmen. Mit den verstärkten Prüfungen wird sichergestellt, dass der Abgabesatz auch künftig niedrig bleibt.

Zu viel Bürokratie?

Die hohe Prüfdichte findet naturgemäß nicht nur Zustimmung. Widerstand ist natürlich vor allem von den Nichtzahlern zu erwarten. Mit dem steigenden Abgabesatz ist aber auch die altvertraute grundsätzliche Kritik an der Künstlersozialversicherung, vor allem aus Teilen der Wirtschaft, wieder gewachsen. Vor allem werden bürokratische Erleichterungen eingefordert – die Künstlersozialversicherung sei viel zu aufwendig, bürokratisch und kompliziert für die Unternehmen. Diese Forderungen klingen auf den ersten Blick gut: Die Künstlersozialversicherung soll zeitgemäß, schlanker, mit weniger Bürokratie ausgestattet werden. Was gut klingt, muss nicht gut, und schon gar nicht gut gemeint sein. Aber fragen wir uns unvoreingenommen: Ist es nicht doch eine unverhältnismäßige bürokratische Belastung, wenn für rund 180.000 versicherte Künstler und Publizisten alle vier Jahre 3,2 Millionen, also in jedem Jahr rund 800.000 Arbeitgeber geprüft werden? Wird da mit Kanonen auf Spatzen geschossen?

Die gute Nachricht lautet: Die Unternehmen werden nicht zusätzlich belastet, sondern unter dem Strich sogar entlastet. Die einheitliche Prüfung bedeutet Bürokratieabbau. Die bisherigen Sonderprüfungen fallen weg. Die Künstlersozialabgabe wird in die routinemäßige allgemeine Arbeitgeberprüfung integriert. Die Unternehmen werden nur noch einmal alle vier Jahre vom Prüfdienst der Deutschen Rentenversicherung geprüft. Nur sehen die Prüfer dabei künftig zugleich auch auf relevante Posten der Buchhaltung, die auf eine Abgabepflicht hindeuten: etwa Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentationskosten, freie Mitarbeiter, Werbung, Werkverträge etc. Dabei handelt es sich um Positionen, die sehr weitgehend auch bisher schon bei den Arbeitgeberprüfungen untersucht werden, denn dahinter könnten sich auch Schwarzarbeit oder Scheinselbstständigkeit verbergen, so dass Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen wären.

Zusätzlicher Bürokratieaufwand ergibt sich nur aus Nachfragen bei Unternehmen, bei denen die Abgabepflicht oder die Höhe der Abgabepflicht zweifelhaft ist. Bei dem ganz überwiegenden Teil der jährlich rund 800.000 zu prüfenden Unternehmen wird es keine Anhaltspunkte für eine Künstlersozialabgabepflicht geben. Geschätzte etwa 60.0000 Unternehmen pro Jahr dürften bei der Prüfung ernsthaft mit detaillierteren Fragen und Auskünften zur Künstlersozialabgabe belastet werden. Davon sind knapp 40.000 Unternehmen bereits von der Künstlersozialkasse erfasst, kennen also das Verfahren.

Die Kirche bleibt also durchaus im Dorf – das neue Prüfverfahren bringt jedenfalls keine unzumutbare neue Belastung.

Weitere Forderungen nach Bürokratieabbau

Welche weiteren Forderungen nach Bürokratieabbau gibt es? Die wohl weitreichendste Forderung, die allerdings nur im Gewand des Bürokratieabbaus erhoben wird, lautet: Selbstständige Künstler und Publizisten sollen doch einfach ebenso behandelt werden wie andere Selbstständige. Das heißt aber mit anderen Worten nichts anderes als: Die Künstlersozialversicherung gehört abgeschafft. Glücklicherweise gibt es immer noch einen parteiübergreifenden gesellschaftlichen Konsens, unsere einzigartige Künstlersozialversicherung zu erhalten. Dieser Konsens wird auch von großen Teilen des Arbeitgeberlagers, gerade auch von abgabepflichtigen Unternehmen, geteilt. Wir können uns daher hier ersparen, diesen kurzsichtigen und rückgewandten Vorschlag ernsthaft zu behandeln.

Bagatellgrenze

Immer wieder taucht der alte, schon bei der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Kultur in Deutschland« behandelte Vorschlag auf, die Bürokratie mit einer Bagatellgrenze für die Unternehmen abzubauen: also Künstlersozialabgabe erst von einer bestimmten Höhe an einzufordern, oder aber kleine Unternehmen mit wenigen Beschäftigten ganz auszunehmen. Doch wem ist damit gedient? Es wird übersehen, dass die Unternehmen dann den Nachweis erbringen müssten, dass sie unter der Grenze bleiben. Auch dazu müssten die gezahlten Honorare nachgewiesen werden. Der bürokratische Aufwand wäre derselbe. Außerdem: Warum sollen die übrigen Unternehmen über den dann steigenden Satz der Künstlersozialabgabe die Last der anderen mit übernehmen? Glücklicherweise ist das fast allenthalben erkannt worden, so dass die Bagatellgrenze wohl endgültig vom Tisch ist.

Künstler sollen die Abgabe einziehen

Nicht neu, aber jetzt wieder vorgebracht ist der Vorschlag, der Künstler möge doch die Künstlersozialabgabe selbst mit seiner Honorarrechnung einfordern und sie dann an die Künstlersozialkasse überweisen. Das klingt vielleicht überzeugend – stellt die Dinge aber auf den Kopf: Die Künstlersozialabgabe ist der Sozialversicherungsbeitrag des Verwerters; er allein ist verantwortlich für seine Abführung. Aber auch praktisch wäre dieser Vorschlag nicht durchführbar. Denn der Künstler kann nicht wissen, ob der Unternehmer abgabepflichtig ist – ob beispielsweise die Musikaufführung einem innerbetrieblichen Anlass dient (keine Abgabe) oder der Öffentlichkeitsarbeit (Abgabe).

Hinweis auf der Honorarrechnung

Dann sollen Künstler und Publizisten doch wenigstens auf eine mögliche Abgabepflicht in ihrer Honorarrechnung hinweisen, heißt es – viele Unternehmen wüssten nichts von ihrer Abgabepflicht. Dieses Argument muss erstaunen: die Deutsche Rentenversicherung hat bereits etwa 300.000 Unternehmen geprüft, und nach 30 Jahren dürfte sich nicht nur bei Steuerberatern, sondern bei allen Unternehmen herumgesprochen haben, dass bei Aufträgen an Künstler und Publizisten Künstlersozialabgabe fällig werden kann. Zudem stellt sich die Frage, warum ein Künstler oder Publizist auf eine gesetzliche Verpflichtung hinweisen soll, die nicht ihn, sondern seinen Auftraggeber trifft.

Wie viel Bürokratie macht die Künstlersozialversicherung?

Die Unternehmen haben die Verpflichtung, Aufträge an selbstständige Künstler und Publizisten aufzuzeichnen und zu melden. Ohne diese Grundpflichten, die natürlich belasten, wäre die Künstlersozialversicherung nicht durchführbar. Die Kosten für die Wirtschaft wurden im Zusammenhang mit der KSVG-Reform 2007 nach dem sogenannte Standard-Kosten-Modell ermittelt. Darauf aufbauend wird die künftige Belastung der Unternehmen durch regelmäßige Melde- und Aufzeichnungspflichten sowie durch Vorlagepflichten im Rahmen von Betriebsprüfungen auf insgesamt etwa 8,5 Millionen Euro jährlich geschätzt – das sind weniger als 3 Euro je Unternehmen. Auch den Einwand der bürokratischen Meldungen kann man nicht gelten lassen: Die Erstmeldung erfolgt auf einem vierseitigen Meldebogen, danach ist jährlich auf einem Formblatt von einer Seite lediglich die Summe der erteilten Aufträge an selbständige Künstler und Publizisten anzugeben. Die Meldung kann auch per Online-Formular auf elektronischem Wege übermittelt werden. Moderner, schlanker und einfacher geht es wirklich nicht.

Rainer Fuchs ist Leiter des Referates Künstlersozialversicherung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Blätterrauschen: Kulturaustausch

KULTURAUSTAUSCH – Zeitschrift für internationale Perspektiven

»Kulturaustausch« ist die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift des Institutes für Auslandsbeziehungen. Schon seit 1951 beschäftigt sich »Kulturaustausch« mit aktuellen Themen der internationalen Kulturbeziehungen. Auf 90 farbigen Seiten setzen sich Autoren aus aller Welt mit den Wechselwirkungen zwischen Politik, Kultur und Gesellschaft auseinander. Begleitet werden die Artikel von außergewöhnlichen Fotos aus den unterschiedlichsten Regionen dieser Erde. Jede Ausgabe widmet sich in Beträgen, Interviews und Bildstrecken einem Schwerpunktthema. Im Fokus steht dabei die wachsende Bedeutung kultureller Prozesse in der globalisierten Welt.

Die Spannweite der Themen reicht vom Leben im Dorf und der Türkei im Aufbruch über Veränderungen durch die Digitalisierung und der Übersetzung von Sprachen hin zu Leben und Tod. So verraten beispielsweise in der Ausgabe »Geht doch. Ein Männerheft« Männer, was sie an anderen Männern schätzen, die Australierin Raewyn Connell, eine der Begründerinnen der kritischen Männerforschung, schreibt über die verschiedenen Ideale von Männlichkeit und der Journalist Essam Zakarea berichtet, wie die jungen arabischen Revolutionäre mit dem patriarchalischen System brechen. Weiter wartet »Kulturaustausch« in jedem Heft mit einem Gedicht auf. In der Rubrik »Ein Haus in:« werden ländertypische Behausungen aus aller Welt vorgestellt. Im Magazinteil der Zeitschrift sind Buchrezensionen, Pressespiegel und weitere Beiträge und Interviews rund um aktuelle Themen des internationalen Kulturaustauschs zu finden. Die Zeitschrift des Institutes für Auslandsbeziehungen erreicht Leser in 146 Ländern. Sie richtet sich nicht nur an Personen, die beruflich mit den internationalen Kulturbeziehungen zu tun haben, wie etwa Mitarbeiter der Goethe-Institute oder Kulturattachées an den Botschaften, politische Stiftungen im Ausland, Bibliotheken und Kultureinrichtungen, sondern bietet spannende Informationen für alle, die sich für andere Kulturen und Länder interessieren.

»Kulturaustausch« wird vom Institut für Auslandsbeziehungen e. V. und dem ConBrio Verlag in Public Private Partnership herausgegeben und durch das Auswärtige Amt finanziell unterstützt. »Kulturaustausch« kann als Einzelheft oder im Abonnement unter folgender Adresse bestellt werden: *www.ifa.de/pub/kulturaustausch/bestellen/*

Andrea Wenger ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

Herausgeber

Institut für Auslandsbeziehungen
Ronald Grätz, Generalsekretär des ifa

Objektleiter

Sebastian Körber

Chefredakteurin

Jenny Friedrich-Freksa

Erscheinen /Auflage

Viermal im Jahr /je 10.000 Ex.

Inhalt

Aktuelle Themen der internationalen Kulturbeziehungen

Zielgruppe

Menschen, die beruflich mit den internationalen Kulturbeziehungen zu tun haben wie etwa Mitarbeiter der Goethe-Institute oder Kulturattachées an den Botschaften, politische Stiftungen im Ausland, Bibliotheken, Kultureinrichtungen und alle, die sich für andere Kulturen und Länder interessieren

Titelthemen der letzten Ausgaben

- Vom Sterben - Ein Heft über Leben und Tod
- Am Mittelmeer - Menschen auf neuen Wegen
- Im Dorf - Auf der Suche nach einem besseren Leben
- Geht doch! - Ein Männerheft
- Zweifeln ist menschlich - Aufklärung im 21. Jahrhundert

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates
Zum Konsultationspapier »Überprüfung bestehender Rechtsvorschriften zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen«

Berlin, den 05.12.2012. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat sich am 31.05.2011 zum »Grünbuch der EU-Kommission über die Zukunft der Mehrwertsteuer. Wege zu einem einfacheren, robusteren und effizienteren Mehrwertsteuersystem KOM (2010) 695 endgültig positioniert. In seiner Stellungnahme hat der Deutsche Kulturrat unterstrichen, dass ein kulturfreundliches Steuerrecht unter anderem dazu beitragen kann, dass sich mehr Menschen in Kulturorganisationen engagieren, dass Kulturorganisationen unkomplizierter ihren steuerlichen Pflichten nachkommen können, dass der Kulturaustausch unbürokratischer abläuft, dass der Kauf von Kulturgütern breiten Bevölkerungsschichten möglich ist, dass die wirtschaftliche Grundlage von Künstlern gesichert ist, dass die kulturelle Vielfalt befördert wird.

Der Deutsche Kulturrat bekräftigt in dieser Stellungnahme zum Konsultationspapier »Überprüfung bestehender Rechtsvorschriften zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen«, dass im Mehrwertsteuersystem den EU-Mitgliedsstaaten im Bereich der Kultur soweit als möglich ein Gestaltungsspielraum verbleiben sollte. In den verschiedenen europäischen Verträgen, zuletzt im Vertrag von Lissabon, wurde der EU in Fragen der Kulturpolitik stets eine subsidiäre Funktion zugewiesen. Zuerst sind die Mitgliedstaaten gefordert, kulturpolitisch aktiv zu werden. Da laut den Europäischen Verträgen die anderen Politikfelder auf ihre Wirkungen auf den Kulturbereich hin überprüft werden müssen (Kulturverträglichkeitsprüfung), ist der Deutsche Kulturrat der Überzeugung, dass im vorliegenden Fall die Kulturverträglichkeitsprüfung zwingend zu dem Schluss führen wird, die Gestaltung des Mehrwertsteuersystems im Bereich der Kultur soweit als möglich in der Hand der EU-Mitgliedstaaten zu belassen, damit sie auch mittels steuerlicher Vorschriften die Kultur stärken und fördern können.

Diese Auffassung wird durch das von den EU-Mitgliedstaaten sowie der EU selbst ratifizierte UNESCO-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zusätzlich unterstützt. In Art. 1 h wird das souveräne Recht der Staaten bekräftigt, Maßnahmen beizubehalten bzw. zu ergreifen, die sie für den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in ihrem Hoheitsgebiet für angemessen erachten. In Art. 6 (2) werden diese Maßnahmen näher beschrieben. Der Deutsche Kulturrat sieht sich nicht zuletzt durch das UNESCO-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen darin bestärkt, dass die Gestaltung und die Verwaltung des Mehrwertsteuersystems vor allem in der Hand der Nationalstaaten bleiben sollen.

Der Deutsche Kulturrat wird im Folgenden ausschließlich zu Frage 7 Stellung nehmen, da hier unmittelbar kulturpolitische Fragen berührt werden.

Frage 7: Wie sollte angesichts der Notwendigkeit eines einheitlichen und zukunftssicheren Ansatzes auf EU-Ebene ein E-Book im EU-Recht definiert werden?

Der Deutsche Kulturrat ist der Auffassung, dass ein E-Book künftig wie ein gedrucktes Buch dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen sollte. E-Books sind in der Regel weitgehend mit dem gedruckten Buch inhaltsgleich. Es ist deshalb unverständlich, wenn das gedruckte Buch mit dem ermäßigten und das digitale Buch mit dem vollen Umsatzsteuersatz belegt werden. Auch für E-Books, die einen Zusatznutzen bieten, sollte ein ermäßigter Umsatzsteuersatz angewandt werden, da Grundlage für die Gewährung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes nicht wegfällt.

Weitere Forderungen

Der Deutsche Kulturrat sieht darüber hinaus weiteren Änderungsbedarf mit Blick auf die Bildende Kunst. Er ist der Auffassung, dass entweder die Bildende Kunst in den Anhang III der Europäischen Mehrwertsteuersystem Richtlinie aufgenommen werden soll, damit die Bildende Kunst umsatzsteuerlich den anderen Kunstbereichen gleichgestellt wird und damit generell für die bildende Kunst ein ermäßigter Umsatzsteuersatz gewährt werden kann. Wenn dies nicht gelingt, sollten zumindest die in Teil A des Anhangs IX der Europäischen Mehrwertsteuersystem-Richtlinie aufgeführten Kunstgegenstände um künstlerischen Siebdruck, Videokunst und künstlerische Designleistungen ergänzt werden, damit die Mitgliedsstaaten auch für diese künstlerischen Ausdrucksformen einen ermäßigten Umsatzsteuersatz einführen können. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese – nicht mehr ganz neuen – künstlerischen Ausdrucksformen vom ermäßigten Umsatzsteuersatz ausgenommen werden.

Darüber hinaus erinnert der Deutsche Kulturrat an seine Forderung, Kultureinrichtungen ein Optionsrecht einzuräumen, mit dem ihnen der Verzicht auf eine Umsatzsteuerbefreiung für kulturelle Dienstleistungen ermöglicht wird. Bereits die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Kultur in Deutschland« hat in ihrem Schlussbericht (Bundestagsdrucksache 16/7000) ein solches Optionsrecht empfohlen, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass es sowohl öffentlich-rechtliche als auch privatrechtliche Kultureinrichtungen gibt, die – entgegen dem eigentlichen Sinn und Zweck einer Entlastung der Kosten kultureller Dienstleistungen von der Umsatzsteuer – de facto umsatzsteuerlich belastet werden, weil sie aufgrund einer Umsatzsteuerbefreiung nicht mehr zum Vorsteuerabzug berechtigt sind. Aktuell stehen insbesondere privatwirtschaftliche Kultureinrichtungen vor dem Problem, dass die Finanzbehörden von sich aus für eine Umsatzsteuerbefreiung votieren und die entsprechenden Schritte bei den zuständigen Kulturbehörden einleiten, ohne zuvor mit den Kultureinrichtungen Rücksprache genommen zu haben. Für die Kultureinrichtungen hat dieses Vorgehen negative Auswirkungen, da oftmals in beträchtlichem Umfang bereits erstattete Vorsteuern wieder zurückgezahlt werden müssen.

Resolution des Deutschen Kulturrates
Bürgerschaftliches Engagement ist kein Lückenbüßer

Deutscher Kulturrat begrüßt weitere Verbesserungen im Gemeinnützigkeitsrecht und fordert konsistente Engagementstrategie ein

Berlin, den 10.12.2012. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, ist erfreut, dass die Regierungskoalition mit dem Entwurf des »Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz« weitere Verbesserungen für bürgerschaftlich Engagierte umsetzen möchte. Er vermisst allerdings eine konsistente Engagementstrategie der Bundesregierung und kritisiert insbesondere die Begründung des o.g. Gesetzesentwurfs.

Als positiv erachtet der Deutsche Kulturrat im Entwurf des Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetzes die geplanten Verbesserungen im Haftungsrecht. Hier ist vorgesehen, die zivilrechtliche Haftung von Vorstandsmitgliedern in Vereinen und Stiftungen auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu begrenzen. Voraussetzung ist, dass deren Vergütung nicht mehr als 720 Euro im Jahr betragen darf. Die sogenannte Übungsleiterpauschale soll von 2.100 Euro/Jahr auf 2.400 Euro/Jahr angehoben werden. Ebenso soll die Ehrenamtspauschale von 500 Euro/Jahr auf 750 Euro/Jahr erhöht werden. Bürgerschaftlich Engagierte, die eine Zahlung im Rahmen der Übungsleiter- oder Ehrenamtspauschale erhalten, brauchen bis zu diesen Summen keine Sozialversicherungsbeiträge oder Steuern abführen. Weiter ist zu begrüßen, dass nunmehr die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen oder Stiftungen durch einen Verwaltungsakt erfolgt, wenn ihre Satzung den Vorgaben der Abgabenordnung entspricht. Damit werden die bisherigen vorläufigen Bescheinigungen ersetzt. Positiv ist weiter, dass der Zeitraum der zeitnahen Mittelverwendung um ein Jahr verlängert wurde. Dieses stellt für gemeinnützige Organisationen eine deutliche Verbesserung dar, ebenso wie die Flexibilisierung der Rücklagenbildung.

Als besonders problematisch sieht der Deutsche Kulturrat die Begründung für die angestrebten Änderungen im Entwurf des Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetzes. Dort steht, dass sich die öffentliche Hand wegen der unumgänglichen Haushaltskonsolidierung auf ihre unabweisbar notwendigen Aufgaben konzentrieren muss und daher Anreize für Bürgerschaftliches Engagement schaffen will. Bürgerschaftlich Engagierte werden damit zu Lückenbüßern staatlicher Leistungen degradiert. Dieses widerspricht im Kern dem Bürgerschaftlichen Engagement, das durch ein hohes Maß an Selbstermächtigung und Freiwilligkeit geprägt ist. Bürgerschaftlich Engagierte sollen nicht für mangelnde staatliche Unterstützung einspringen, sondern aktive Partner in der Gestaltung der Gesellschaft sein. Das Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz konzentriert sich auf positive Änderungen im Steuerrecht, eine Gesamtstrategie zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements ist nicht zu erkennen. Ebenso wenig wird erkennbar, dass die Vorschläge, die im Rahmen des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation von der Zivilgesellschaft genannt wurden, geprüft wurden und sich in einer Engagementstrategie wiederfinden. Hier wurde eine Chance für ein Mehr an Bürgergesellschaft vertan.

Appell des Deutschen Kulturrates
Bauten für Kultur und Bildung: Appell zur deren Wertschätzung

Deutscher Kulturrat appelliert an Städte und Gemeinden, den gesellschaftlichen und sozialen Wert der Kultur- und Bildungsorte anzuerkennen

Berlin, den 05.12.2012. Das kulturelle Angebot von Schulen, Bibliotheken, Theatern, Stadthallen, Konzerthallen, Kulturzentren etc. gehört zum täglichen Leben. Am diesen Orten werden gesellschaftliche Werte vermittelt, dort findet ein vielfältiger Austausch unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen statt, deren Gebäude tragen wesentlich zur Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt bei. Die Wertschätzung, die eine Gesellschaft Kultur und Bildung zuschreibt, findet ihren unmissverständlichen Ausdruck im Erscheinungsbild von Bildungs- und Kulturbauten. Ihre gestalterischen Raumqualitäten, ihre Ausstattung und ihr Umfeld bringen auf sehr symbolische Weise deren gesellschaftliche Anerkennung zum Ausdruck. Nicht weniger entscheidend ist, dass gute Architektur das Erleben von Kultur, die Rezeption von Kunst und das Vermitteln von Wissen ganz zentral unterstützt. Museen, Theater und Konzerthäuser zeugen weltweit davon. Architektur ist nicht schmückendes Beiwerk für die Präsentation von Kunst und Kultur, sondern tragender Bestandteil des Gesamtkonzeptes. Gleiches gilt für Schulen und ihre Freiräume, in denen Architektur eine positiv wirkende Lernumgebung erreichen kann.
Derzeit können jedoch eine Vielzahl von Gebäuden diesen Anspruch einer Kulturnation keineswegs mehr einlösen. Immer mehr Städte vernachlässigen die bauliche Situation ihrer Bildungs- und Kultureinrichtungen: Eingeschränkt zu nutzende Gebäude, Zerfall und Verwahrlosung bestimmen vielerorts das Bild von Schulen, Theatern, Konzerthallen und Bibliotheken. Die Kommunen stecken in der Zwickmühle, weil nicht nur Gebäude eine dringende Sanierung erfordern, sondern auch die kommunalen Haushalte. Doch gerade an Orten, an denen Bildung und Kultur mit dem Alltag zusammenfallen, dürfen nicht kurzfristige Finanzabwägungen deren besonderen Einfluss auf das gesellschaftliche Leben einschränken oder gar verhindern.
Der Deutsche Kulturrat fordert daher:

- Kulturelle Institutionen und Bildungs einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Gebäude als Kulturgut zu erhalten bzw. aufzuwerten. Dazu gehört eine deutlich verbesserte Finanzausstattung der Kommunen sowie der Träger von Bildungs- und Kultureinrichtungen. Weitergehend ist das Potenzial von Bürgerstiftungen für die Unterhaltung der Bildungs- und Kulturlandschaft durch Kommunen und Länder – beispielsweise in Form von Ko- bzw. Anschlussfinanzierung – stärker einzubinden.
- Um Bildungs- und Kulturbauten sowie ihr Umfeld mit einer hohen architektonischen und städtebaulichen Qualität zu sanieren bzw. neu zu bauen, ist im Vorfeld der Planung die optimale Lösung im Wettstreit der Ideen zu suchen. Hierfür sind qualifizierende Rahmenbedingungen wie beispielsweise die Auslobung von Architektenwettbewerben notwendig. Damit die projektierten Gebäude auch in einer entsprechenden Qualität realisiert werden, ist in der kommunalen Vergabepraxis nicht der »billigste«, sondern tatsächlich der »wirtschaftlichste« Anbieter auszuwählen.
- Leerstehende und bauhistorisch wertvolle Gebäude können über eine kulturelle Nutzung eine Wiederbelebung erfahren und starke Impulse für die Entwicklung eines Stadtquartiers entfalten. Für Bildungs- und Kultureinrichtungen sind vermehrt diese Gebäude zu nutzen, um mit der Charakteristik des Bauwerks, der historischen Substanz, dem Alterungswert ein kleines Mosaikstück der Geschichte erlebbar zu bewahren.

Der Deutsche Kulturrat appelliert an Städte und Gemeinden, den gesellschaftlichen und sozialen Wert der Kultur- und Bildungsbauten anzuerkennen und diesem politisch wie finanziell gerecht zu werden.

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt testen!

Fordern Sie Ihr gratis Probe-Exemplar an!
Per Telefon: 030 . 24 72 80 14, Fax: 030 . 24 72 12 45
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

Kurz-Schluss

Wie ich einmal »wahre Kunst« von einem überflüssigen Konsonanten befreien konnte

THEO GEISSLER

Machen wir uns nichts vor: Es brennt. Wer den jüngsten Video-Cast unserer Bundeskanzlerin aufmerksam verfolgt hat, dem muss Folgendes aufgefallen sein: kaum noch überschminkbare, tiefe Sorgenfalten auf der Stirn und rings um die kinntief herabgezogenen Mundwinkel. Da hilft auch ein Friedensnobelpreis nicht beim Lifting.

Der tiefe Kummer gilt unserer europäischen Dauer-Finanzkrise. Diesem quasi naturgegebenen Unglück, unter dem die Stabilitätsfaktoren, die Energiegaranten unseres angekränkelten Wohlstandes so bitter leiden – die Banken, die Großindustrie, die Staatskassen, die Investoren – kann nur durch einen solidarischen Kraftakt unserer Zivilgesellschaft abgeholfen werden. Der einst schon von Altbundespräsident Roman Herzog eingeforderte »Ruck« muss jetzt durch unsere Bevölkerung gehen. Und es reicht – etwas bildhaft gesprochen – wenn er an einem einzigen Kleiderstück vollzogen wird: dem Gürtel. Der gehört in bestimmten, ökonomisch deutlich weniger wichtigen Bereichen hierzulande einfach enger geschnallt, damit wir – auch dank deutlich erhöhten und sinnvoll verteilten Steueraufkommens – unseren Bundeshaushalt sanieren und den genannten Leistungsträgern unter die Arme greifen können.

So wunderte es mich nicht, dass ich als mittlerweile doch omnipotenter Berater ins Rösler-Ministerium einberufen wurde. Unter strengster Geheimhaltung, versteht sich. Bekanntlich gibt's zwischen Wirtschafts- und Finanzressort – also hin zu meinem »mentalen« Ziehvater Wolfgang Schäuble – eine beinharte, nahezu unversöhnliche Rivalität.

Welche Sparpotenziale lassen sich einem neoliberalen Ex-Mediziner – und unseren mittlerweile konsumoptimierten Bürgern am schmerzlosesten vermitteln? Richtig. Kunst, Kultur allgemein und Bildung, vor allem in den sogenannten »weichen« Fächern. Wie dürftig und flott verhallt war letztlich der Widerstand gegen die aus materieller Sicht unausweichliche Fusionierung der Südwestrundfunk-Orchester? Wie willig biegen sich Künstler-Gewerkschaften unter die Knute von Haustarifverträgen, wenn man mit dem Schließungs-Pistölchen sorgenvollen Gesichtes auch nur aus der Ferne winkt. Und wie bereitwillig öffnen Kulturverbände ihren Schoß, um sich von einer kurzhubigen Projektförderungs-Gießkanne benetzen zu lassen. Längst in der Mottenkiste verschimmelt altväterliches Sicherheitsdenken, das auf die Kontinuität institutionell gewährleisteter Zuwendungen pochte.

Sind es nicht die Kulturschaffenden selbst, die immer wieder nörgelig-weinerlich »Freiheit der Kunst« für sich reklamieren? Sollen sie haben! Schluss mit staatlicher Gängelung durch Subventionen, Stipendien, Förderkonzepte. Die Gleichstellung künstlerischer Emanationen mit anderen Wirtschaftsgütern ist längst überfällig. Noch verjuxen wir Steuermillionen in deutsche Film- und Fernsehproduktionen, obwohl es unter den viel preisgünstigeren amerikanischen Serien und Streifen doch absolute Blockbuster mit sensationeller Zuschauerakzeptanz gibt. Kunst am Bau? Was dem Normalbürger da meist an egomanischer Scheußlichkeit die Netzhaut verletzt ist ohnedies ein Skandal. Jeder Dönerstand, wohlgemerkt in Privathand, vor einem Finanzamt strömt mehr interkulturelle Kompetenz aus als die »Das-weiche-Wasser-bricht-den Stein«-Brunnenskulptur für fünf Millionen Euro Honorar nebenan.

Sprech-Theater: Hunderte, tausende kleiner freier Bühnen, von den hochkreativen Laienspiel-Scharen ganz zu schweigen, versorgen die blühenden deutschen Gaue praktisch staatskostenfrei mit populärem ebenso wie mit entlegen experimentellem dramatischem Output.

Ganz ähnlich die Situation unserer üppigen Musiklandschaft. Musterbeispiele einer engagierten Zivilgesellschaft. All die Bands, die Chöre, die Ärzte- und Manager-Orchester – die Deutschland zu Freude und Erbauung ihrer Familien und Freunde in ein Odeon für fröhliche und erhabene Klänge verwandeln – ganz ohne erst mal nach dem Subventionstopf zu schielen. Was verlören wir, schüfen wir die milliardenschweren Hochkultur-Luxuspaläste und ihre verwöhnte, teils auch noch arrogante und politisch deviante Belegschaft ab? Nichts. Im Gegenteil.

Einem völlig überkandidelten abgehalfterten Bildungsbürgerpostulat nach Anspruch auf Kunst- und Musikunterricht in den allgemeinbildenden Schulen würde endlich der Kuschelteppich unter den Weichei-Pantoffeln weggezogen. Was bedeutet in Zeiten schärfster internationaler Konkurrenz Allgemeinbildung heute? Wieder richtig: Mathematik, Physik, Informatik. Damit sind gerade in G-8-Zeiten die Stundentafeln bestens ausgelastet – Malen und Singen kann man auch zu Hause. Letzteres sogar im Fußballstadion.

Was soll ich sagen: Selten zwei so offene Ohren für meine intelligenten Ratschläge gehabt. Philipp Rösler sprang dynamisch über seinen Raumteiler-Zwerg-Ficus, umarmte mich (Hugo Boss) – und ernannte mich spontan zum FDP-Ehrenmitglied. Ferner bot er mir eine sofort beziehbare Büro-Luxusetage im Basement der Hamburger Elb-Philharmonie an. Da hab ich mir doch ein wenig Bedenkzeit erfleht…

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: HANNES RICHERT

KURZNACHRICHTEN

Am 22. November 2012 unterstrich der Präsident des Deutschen Kulturrates Prof. Dr. Max Fuchs beim DEMO-Kommunalkongress in Berlin, dass die Ermöglichung von Teilhabe eine wesentliche Voraussetzung für die kommunale Kulturpolitik ist.

Der Präsident des Deutschen Kulturrates Prof. Dr. Max Fuchs führte am 26. November 2012 durch den zweiten Teil der Tagung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) »Kulturelle Bildung öffnet Welten«. Fünf Jahre nach der ersten BKM-Tagung zur kulturellen Bildung wurde ein erstes Resümee des bisher Erreichten gezogen und verschiedene vom BKM geförderte Projekte vorgestellt.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Olaf Zimmermann wurde am 10. Dezember 2012 vom Finanzausschuss des Deutschen Bundestags zum Entwurf des Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz angehört. Er unterstrich in der Anhörung, dass Bürgerschaftliches Engagement kein Lückenbüßer für wegfallende staatliche Mittel ist.

Der Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestages führte am 10. Dezember 2012 ein Expertengespräch zur Kulturfinanzkrise in Griechenland durch. Die Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates Gabriele Schulz nahm als Expertin an dem Gespräch teil.

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Stefanie Ernst (Chefin vom Dienst),
Andrea Wenger, Barbara Haack,
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Tatjana Gridnev, Carolin Ries,
Verena Schmidt

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93 35
Fax: 0941 . 945 93 50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser

Politik & Kultur erscheint 6 mal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (2–3 mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates wieder.

HINWEISE
Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Islam · Kultur · Politik

BEILAGE ZUR POLITIK UND KULTUR

Januar – Februar 2013 www.kulturrat.de ISSN 2191-5792 · B 58 662

Gleichberechtigung für Muslime schaffen

Über unsägliche Debatten und positive Entwicklungen in Deutschland / Von Katajun Amirpur

Rubati Mitsaeva am Fenster ihrer Exilwohnung in Deutschland. In Tschetschenien leitete sie die Hilfsorganisation »Weißes Tuch«, verlor ein Kind während einer Säuberungsaktion, wurde gefoltert, vergewaltigt und flüchtete.

Als Deutsche muslimischen Glaubens musste man sich hier zuweilen in den letzten Jahren fremdschämen. Denn die Debatten, die in unserem Lande geführt werden, waren und sind manchmal unsäglich. Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« und die Beschneidungsdebatte sind dafür nur die herausragenden Beispiele der letzten Monate und Jahre. Es ist mir als Deutsche ein absolutes Rätsel, wie man so unsensibel, pietätlos, geschichtsblind etc. sein kann, in diesem Land Juden die Beschneidung verbieten zu wollen.

Von den Muslimen braucht man hier gar nicht zu reden. Was uns Muslime anbelangt, so haben wir es bloß als weiteres Zeichen für das gesehen, was ohnehin viele vermuten: Dass der Islam eben nicht zu Deutschland gehören soll. Grund für ein Unbehagen gibt es ja nicht erst jetzt. Bedenklich genug ist schließlich, wie der Reihe nach Migranten muslimischen Glaubens umgebracht werden, ohne dass der Verfassungsschutz die offenkundig völkisch-nationalen Motive erkennt. Aber wie man angesichts der deutschen Vergangenheit eine Entscheidung wie das Beschneidungsurteil gegenüber deutschen Juden vertreten kann, ist noch einmal eine andere Sache – und schier unfassbar.

Im Kontext der Beschneidungsdebatte und der Debatte um das Sarrazin-Buch findet das Wort »Fremdschämen« hier seine Berechtigung, weil man plötzlich das Gefühl hat, nicht mehr dazuzugehören. Debatten dieser Art führten dazu, dass auch die Muslime, die es nie wollten, sich fremd fühlen in diesem Land. Das scheint mir eine sehr beunruhigende Entwicklung zu sein: Wenn selbst die, die immer integriert waren, sich nicht mehr zugehörig fühlen. Doch man konnte als Deutsche muslimischen Glaubens und zugewanderte Hanseatin in diesem Jahr auch stolz sein auf etwas. Gäbe es das Wort, würde man es »Fremdstolzsein« nennen, was ich hier empfinde. Es ist Anlass zum Stolz aller Hamburger, dass der Staatsvertrag mit den Muslimen und den Aleviten zu Stande gebracht wurde. Hamburg nimmt hiermit bundesweit eine Vorreiterrolle ein. In vielem hat der Vertrag symbolischen Charakter. Aber auch das ist viel. Und eine konkrete Rechtsänderung ergibt sich beispielsweise bei der Regelung über die Feiertage. Die höchsten islamischen und alevitischen Feiertage, drei an der Zahl, sollen den Status kirchlicher Feiertage, vergleichbar mit dem Reformationstag, Fronleichnam oder dem Buß- und Bettag, erhalten. Schüler können an solchen Tagen Unterrichtsbefreiung verlangen, Arbeitnehmer können frei nehmen. Eine ähnliche Regelung gibt es bereits für nicht-gesetzliche christliche Feiertage. Zudem wird der an den staatlichen Schulen erteilte »Religionsunterricht für alle in evangelischer Verantwortung« (Hamburger Modell) mit dem Ziel einer gleichberechtigten Beteiligung auch der islamischen und alevitischen Religionsgemeinschaften weiterentwickelt.

Der Vertrag nimmt die Muslime aber auch in die Pflicht – und auch das zu Recht. Die islamischen Verbände bekennen sich zur »vollständigen Geltung und Achtung der staatlichen Gesetze«, also beispielsweise auch zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. Das ist zwar eine Selbstverständlichkeit für den Großteil aller hier lebenden Muslime, aber es kann ja nicht schaden – auch und vor allem gegenüber der Mehrheitsgesellschaft – dies auch vertraglich festgelegt und somit noch einmal betont zu haben.

Wer baut, der bleibt, sagt der Volksmund. Und wer Verträge schließt, auch. Die Muslime fordern hier keine Sonderrechte für sich als Gäste, sondern Gleichberechtigung, weil sie deutsche Staatsbürger sind. Durch solche Regelungen werden die Muslime heimisch, ihre Religion wird deutsch, ebenso wie ihre Sprache. Mit solcher Gleichberechtigung ist der Integration wirklich gedient – weit mehr als unzählige nervtötende Debatten, ob der Islam denn nun ein bisschen, ganz oder vollständig zu Deutschland gehört oder doch »nur« die Muslime. Wer auf staatlicher Seite Verträge schließt, akzeptiert, dass das Gegenüber bleiben will – und er akzeptiert das Gegenüber. Einzelne grummeln zwar noch immer, attestieren den Muslimen an sich und per se, dass sie nicht vertrauenswürdig seien und vermutlich vertragsbrüchig würden. Aber diese vereinzelten Unkenrufe ändern nichts daran, dass die Politik in Hamburg insgesamt und vor allem angesichts der herrschenden Verhältnisse im Land einen großen Schritt auf die über 100.000 Muslime, die im Stadtstaat leben, zu gemacht hat. Deshalb ist der Vertrag doch ein Meilenstein und nicht nur eine Selbstverständlichkeit, wie Olaf Scholz im hamburgischen Understatement formulierte. Er trägt der Tatsache Rechnung, dass die multi-kulturelle und multi-religiöse Gesellschaft auch in Deutschland eine Realität ist – und keine grüne Spinnerei wie Claudia Roth einmal passend formulierte. Das anzuerkennen sollte eine Selbstverständlichkeit sein, ist es aber nicht. Umso schöner, dass Hamburg seinen Ruf als Hauptstadt des interreligiösen Dialogs mit diesem Staatsvertrag nochmals bestätigt.

DIE GEBÜRTIGE KÖLNERIN KATAJUN AMIRPUR IST SEIT OKTOBER 2011 PROFESSORIN FÜR ISLAMISCHE THEOLOGIE/ISLAMISCHE STUDIEN AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG ■

Zu den Bildern

Islamisches Leben in Deutschland ist nicht nur der relativ bekannte Alltag von langjährig hier lebenden Migranten. Islamisches Leben findet auch in Flüchtlings- und Asylbewerberheimen statt. Der Fotograf Meiko Herrmann widmet sich in diesem Dossier der Tschetschenischen Diaspora. Der russisch-tschetschenische Krieg ist der längste und blutigste Konflikt in Europa. Täglich lassen Menschen ihre Häuser, die Gräber ihrer Liebsten und Angehörige zurück, um in ein sicheres Zielland zu flüchten, weil sie um ihr eigenes Leben und das ihrer Kinder fürchten müssen. Systematische Verfolgung und Vernichtung kann jeden in Tschetschenien treffen, der eine andere politische Sicht hat. Das von Russland eingesetzte Regime kennt keine Grenzen der Gewalt, um seine Macht auszubauen. In Deutschland beantragen viele dieser Menschen politisches Asyl und bauen ihr Leben in einer fremden Kultur neu auf. Ihr Glaube und ihre Traditionen sind der einzige Anker in ihre Heimat. Meiko Herrmann arbeitet an einem Langzeitprojekt über staatenlose Völker und deren Kampf um Selbstbestimmung gegen staatliche und institutionelle Gewalt. 2010 gewann er mit einer Bildstrecke aus dem Gazastreifen einen World Press Photo Award. ■ *www.meikoherrmann.de*

Zwei Jahre spannende Debatten

Die Dossiers »Islam · Kultur · Politik« / Von Olaf Zimmermann und Olaf Hahn

Vor genau zwei Jahren, in der Ausgabe 1/2011 der Zeitung Politik & Kultur, erschien das erste Dossier Islam · Kultur · Politik. Es war ein Experiment. Ein Experiment, ein Thema, bei dem Kultur und muslimisches Leben miteinander in Beziehung gesetzt werden, prominent in einem vierzigseitigen Dossier darzustellen. Ein Experiment, dieses Dossier in einer Mehrauflage zu drucken und diese gesellschaftlichen Multiplikatoren zur Verfügung zu stellen. Das Erfreuliche ist, dass dieses Experiment gelungen ist und Anlass war, sechs weitere Ausgaben von Islam · Kultur · Politik als Beilage zu Politik & Kultur zu veröffentlichen.

Uns ging es insbesondere mit dem ersten Dossier darum, die Debatte um den Islam in Deutschland zu versachlichen. Themen waren: die Vorstellung des Islams als eine der drei Buchreligionen (Judentum, Christentum, Islam), die Auseinandersetzung mit der Darstellung des Islams und von Muslimen in den Medien, die Ansätze zur Etablierung islamischer Theologie an deutschen Hochschulen und anderes mehr.
Dieses erste Dossier Islam · Kultur · Politik erschien während einer aufgeregten Debatte um das Buch von Thilo Sarrazin »Deutschland schafft sich ab«. In den öffentlichen Diskussionen wurden sehr unterschiedliche Themen wie die Frage nach der Integration hier lebender Zuwanderer, nach Bildungschancen und -gerechtigkeit für Menschen verschiedener Herkunft und die Frage nach der Bedeutung des Islam, als drittgrößter Religionsgemeinschaft in Deutschland, vielfach vermischt. Teilweise wurden Vorurteile geschürt, Erreichtes in der Zuwanderungspolitik in Frage gestellt. Der interreligiöse Dialog wurde unzureichend wahrgenommen und es wurde ausgeblendet, dass sich in Deutschland längst eine Szene von Intellektuellen muslimischen Glaubens etabliert hat und dass es überdies viele Journalisten und Künstler gibt, die einer anderen Religionsgemeinschaft oder auch gar keiner angehören, die sich qualifiziert mit dem Islam befassen. Für den Deutschen Kulturrat waren die Reaktionen auf dieses Dossier eine Bewährungsprobe. Es gingen Drohbriefe ein, wüste Beschimpfungen erreichten uns per Mail und mehr als einmal wurde die Frage gestellt, wie sich ein Deutscher Kulturrat mit dem Thema Islam befassen könnte. Auch verbandsintern löste das Dossier heftige Debatten aus. Es wurde die Frage gestellt, ob sich ein Kulturverband mit dem Islam befassen könne, der doch ein Bilderverbot habe und die kunstbefreiende Aufklärung nicht durchlebt hätte.
Zugleich war viel Zuspruch zu hören. Dass innerhalb von zwei Wochen die 10.000 gedruckten Exemplare des Dossiers vergriffen waren, spricht eine deutliche Sprache. Es wurde von Hochschulen, von Bibliotheken, von Moscheen, von Evangelischen und Katholischen Akademien, den politischen Stiftungen, von Kirchengemeinden und von vielen Privatpersonen nachgefragt. Die Nachfrage überstieg die Zahl der gedruckten Exemplare um ein Vielfaches. Es bestand offenbar ein Bedarf nach der Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld von Islam, Kultur und Politik. Allein von der Website des Deutschen Kulturrates wurde das Dossier über eine Million Mal heruntergeladen. Zusätzlich ist es auf den Seiten der Robert Bosch Stiftung sowie verschiedenen anderen Organisationen als pdf-Datei erhältlich.
Den Deutschen Kulturrat erreichten viele Bitten, die Beschäftigung mit dem Thema fortzusetzen und weitere Dossiers zur Verfügung zu stellen. Das war eine Ermutigung für die herausgeberische Entscheidung dem Dossier noch sechs weitere Beilagen zu Politik & Kultur unter dem Titel »Islam . Kultur . Politik« folgen zu lassen. Die Robert Bosch Stiftung hat auch diese weiteren Ausgaben finanziell unterstützt und an der inhaltlichen Planung sowie Schwerpunktsetzung mitgewirkt. Die Beilagen beschäftigten sich mit der muslimischen Zivilgesellschaft, der Debatte um den Moscheebau in Deutschland, dem kulturellen und gesellschaftlichen Bruch des 11. September 2001, einer spezifischen muslimischen Jugendkultur und vieles andere mehr. Uns war wichtig, nicht nur über Muslime oder die muslimische Community zu schreiben, sondern sie selbst zu Wort kommen zu lassen. Diese Ausrichtung ist der Robert Bosch Stiftung auch in ihren anderen Projekten zum Islam in Deutschland wichtig – ob in der Fortbildung von Moscheegemeinden oder der Arbeit mit jungen Muslimen.
Im Deutschen Kulturrat fanden, wie erwähnt, spannende Diskussionen darüber statt, inwiefern sich überhaupt mit der Arbeit von Religionsgemeinschaften auseinandergesetzt werden sollte und ob eine Beschäftigung mit Religion nicht letztlich ein Rückfall in die Zeit vor der Aufklärung darstellt. Andererseits fühlten sich viele ermutigt, sich stärker mit der Wechselwirkung von Religion, Gesellschaft und Kultur auseinanderzusetzen. Für das Jahr 2013 ist eine verbandsinterne Arbeitsgruppe geplant, die sich mit der Frage Kultur und Religion befassen soll. Die genaue Aufgabenstellung wird derzeit erarbeitet.
Erfreulich ist, dass im gerade neu eingerichteten Arbeitskreis Kultur bildet. des Deutschen Kulturrates ganz selbstverständlich Vertreter der Evangelischen und Katholischen Kirche, des Zentralrats der Juden und des Koordinationsrats der Muslime teilnehmen und im Arbeitskreis über Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung berichten. Dieser Arbeitskreis ist ein Bestandteil der Dialogplattform Kulturelle Bildung des Deutschen Kulturrates. Diese Dialogplattform hat das Ziel die Debatte um kulturelle Bildung über den Kreis der originär mit dieser Fragestellung befassten Akteure zu verbreitern und die Diskussion zu vertiefen. Insofern ist es besonders erfreulich, dass Vertreter der muslimischen Community an dieser Dialogplattform und speziell im Arbeitskreis Kultur bildet. mitwirken.
Aber auch über den Kulturbereich hinaus hat sich die Zusammenarbeit mit der muslimischen Community verstärkt. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit, der Dachverband der großen zivilgesellschaftlichen Dachorganisationen wie Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, VENRO, will den Dialog mit muslimischen Verbänden verstärken und strebt eine Zusammenarbeit an.
Mit Blick auf den originären Kulturbereich ist festzuhalten: Eine Kulturpolitik, die sich seit den 1980er-Jahren als Gesellschaftspolitik versteht und über Kunstpolitik hinausgeht, ist gefordert sich mit den gesellschaftlichen Veränderungen auseinanderzusetzen. Kulturelle Teilhabe heißt nicht, betulich Migranten an die Nutzung von Kultureinrichtungen heranzuführen, damit sie sich mit der europäischen Kunst auseinandersetzen. Kulturelle Teilhabe heißt, dass Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft, verschiedenen Glaubens und mit einem differenzierten gesellschaftlichen Hintergrund am kulturellen Leben teilhaben. Das bedeutet eine Öffnung von Kultureinrichtungen. Kulturelle Teilhabe heißt ebenso die Veränderungen künstlerischer Ausdrucksformen in Folge einer heterogenen Gesellschaft wahrzunehmen. Moscheen bereichern unser Stadtbild und architektonisch gelungene Beispiele sollten ein Ansporn sein, diesen Weg weiter zu beschreiten.
Auch wenn diese Beilage die Reihe Islam · Kultur · Politik abschließt, wird es nicht das Ende der Beschäftigung mit dem Thema sein. Voraussichtlich werden die Beiträge in einer neuen redaktionellen Zusammenstellung als ein Band in der Reihe »Aus Politik & Kultur« erscheinen. Die erwähnte Zusammenarbeit im Arbeitskreis Kultur bildet. wird bis zum Jahr 2016 andauern. Und es werden sich sicherlich noch viele weitere Anknüpfungspunkte der weiteren Zusammenarbeit ergeben.

Es ging vor allem darum, die Debatte um den Islam in Deutschland zu versachlichen

Menschen unterschiedlichen Glaubens sollen am kulturellen Leben teilhaben

OLAF ZIMMERMANN IST HERAUSGEBER VON POLITIK & KULTUR UND GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES. OLAF HAHN IST DIREKTOR DES PROGRAMMBEREICHS BILDUNG, GESELLSCHAFT UND KULTUR DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■

Frau Mitsaeva beim Gebet mit ihren zwei Töchtern. In russischer Gefangenschaft hatte sie einen Tagtraum von einem weisen Mann, der mit ihr betete. So fand sie wieder zurück zum Glauben und überlebte schreckliche Zeiten.

Aufklärung ist der Schlüssel zur Verständigung

Gabriele Schulz im Gespräch mit Aiman Mazyek

Rubati Mitsaeva mit ihrem Sohn Mohammed. Dieser erblickte das Licht der Welt in russischer Gefangenschaft. Frau Mitsaeva war mit ihm schwanger, als sie bestialisch gefoltert wurde. Aufgegeben hat sie bis heute nicht.

Vor zwei Jahren erschien das erste Dossier Islam · Kultur · Politik. Aiman Mazyek hat den Deutschen Kulturrat bei der Erstellung beraten. Politik & Kultur fragt nach, was sich in den vergangenen zwei Jahren getan hat.

Herr Mazyek, vor gut zwei Jahren haben Sie uns bei der Erstellung des ersten Dossiers Islam · Kultur · Politik beraten. Wenn Sie die letzten zwei Jahre Revue passieren lassen, können Sie Veränderungen in der Wahrnehmung von Muslimen in Deutschland feststellen?

In jedem Fall: Vor allem sind qualitative Veränderungen auszumachen. So ist beispielsweise die Berichterstattung über den Islam sachlicher und fundierter geworden. Auch die Beilage Islam · Kultur · Politik hat hierzu einen Beitrag geleistet. Worunter aber die muslimische Community aber nach wie vor zu leiden hat, sind die Vermischungen, die teilweise nach wie vor anzutreffen sind. So werden vielfach soziale und wirtschaftliche Fehlentwicklungen, die das Zusammenleben in einem Stadtteil erheblich beeinträchtigen, eins zu eins mit dem Islam gleichgesetzt. Nach meinem Eindruck besteht bei vielen Menschen in Deutschland zudem eine tiefe Verunsicherung, die zum einen ökonomisch bedingt ist, was beispielsweise den Erhalt des Arbeitsplatzes, der immer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich, aber auch mit einer Verunsicherung mit Blick auf die Zukunft des Erhalts unserer Gesellschaft und seinen Werten. Minderheiten, wie beispielsweise die Muslime in Deutschland, werden dann schnell zu Blitzableitern dieser Frustrationsprozesse und es gibt Vereinfacher wie beispielsweise Rechtsextreme, die solche Stimmungen gezielt nutzen und daraus politisches Kapital schlagen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Veränderungen im arabischen Raum in den letzten beiden Jahren zu einer veränderten Wahrnehmung des Islam in Deutschland beigetragen haben?

Ich denke, viele Menschen in Deutschland waren erstaunt, dass die Menschen in den arabischen Staaten für Menschenrechte, für Demokratie und für Freiheit auf die Straße gegangen sind. Dass sie etwas riskiert haben, einige sogar ihr Leben. Die Wahrnehmung dieser Menschen in Deutschland hat sich verändert.

Das Kölner Urteil zur Beschneidung eines Jungen hat zu einer neuen Diskussion zur Beschneidung von Jungen jüdischen oder muslimischen Glaubens geführt. Hat sich dadurch die Zusammenarbeit von jüdischen und muslimischen Verbänden intensiviert?

Wir haben eigentlich auch vorher schon gut zusammengearbeitet, nur wurde diese Zusammenarbeit von außen weniger wahrgenommen. Nach diesem Urteil, das sich im Übrigen letztlich als ein Fehlurteil herausgestellt hat, haben sich alle drei großen Religionsgemeinschaft in Deutschland – Christen, Juden und Muslime – zu Wort gemeldet und es abgelehnt. Ich habe den Eindruck, dass dieses Urteil auch von gewissen »fundamentalistischen« Atheisten genutzt wird, um Religion insgesamt als barbarisch und archaisch hinzustellen und so zu versuchen, Religion aus der Öffentlichkeit zu vertreiben. Das Thema Beschneidung kommt ihnen gerade Recht, um nun Muslime und Juden zu kriminalisieren und zu diskriminieren. Die Beschneidung ist für Juden und Muslime seit Jahrtausenden ein komplikationsarmer, der Hygiene dienender und bewährter Ritus. Dieser Ritus wird nun, nach meinem Eindruck unter dem Deckmantel des Kindeswohls, zum Anlass genommen, um das Judentum und den Islam insgesamt zu diskreditieren und so das Sorgerecht der Eltern und ihre Religionsfreiheit einzuschränken. Eine neue Dimension ist, dass Angehörige einer Religion bei der Befolgung von religiösen Vorschriften wie der Beschneidung der Strafverfolgung ausgesetzt sind. Ich bin aber guter Dinge, dass das vom Deutschen Bundestag auf den Weg gebrachte Gesetzesvorhaben Klarheit schafft und die Beschneidung in Deutschland wieder straffrei möglich sein wird. Mich hat an der Diskussion nach dem erwähnten Kölner Urteil erstaunt, dass viele von denjenigen, die energisch für Toleranz und die europäische Aufklärungstradition eintreten, selbst so wenig tolerant sind und eine der Grundtugenden der Aufklärung, den Respekt vor Religionen und der Religionen untereinander, bei sich selber einfach fallenhaben lassen. Aufklärung heißt im besten Sinne, dass jemand areligiös sein kann oder nicht, es bedeutet aber nicht, dass die Religion aus dem öffentlichen Leben zurückgedrängt werden soll.

Minderheiten werden schnell zu Blitzableitern gesellschaftlicher Frustrationen

Sie haben eben ein schönes Stichwort genannt: Aufklärung oder die Grundtugenden der Aufklärung. Gerade dem Islam wird sehr oft vorgeworfen, dass er eine Religion sei, die Aufklärung nicht mitgemacht habe. Wie sehen Sie das?

Die Muslime wissen, dass der Islam die Menschen vor 1.400 Jahren aus ihrer Unmündigkeit mündig gemacht hat. Im Islam wurden zu der Zeit geradezu revolutionäre Grundsätze festgeschrieben, dazu gehört die Gleichheit von Mann und Frau vor Gott und dem Gesetz oder auch von Menschen unterschiedlichen Aussehens und Religion. Und ganz entscheidend: Der Islam war nie antiwissenschaftlich. Große wissenschaftliche Erkenntnisse, aus denen wir heute noch schöpfen, der Mathematik, der Naturwissenschaft, aber auch der Philosophie sind im Lichte des Islam erst entstanden. Es waren Muslime, die die hellenistische Tradition wieder zum Leben erweckt haben, indem sie die alten Griechen, z.B. die Schriften Aristoteles ins Arabische übersetzt und damit wieder zugänglich gemacht haben. Ein wesentliches Element der Aufklärung, die griechische Philosophie, wurde erst durch Muslime aufgearbeitet und vor der Versenkung gerettet. Darüber hinaus gab und gibt es im Islam keine Trennung oder gar Rivalität von Wissenschaft und Religion oder Religion und Vernunft, keine Trennung von Profanem und Geistigem. Dies steht fundamental der europäischen Entwicklung vor der Aufklärung entgegen. Bei all der berechtigen Forderung, dass die Muslime sich um Aufklärung bemühen müssen, im Sinne einer dynamischen Interpretation ihrer Religion im 21. Jahrhundert, sollte man nicht vergessen, dass die Geschichtsverläufe im Orient und Okzident nicht parallel verliefen und die Muslime im Mittelalter aufgrund ihrer Religion zu solch wissenschaftlichen und fortschriftlichen Denken und Handeln fähig waren.

Sie haben auf die Tradition des Islam verwiesen, dennoch steht die Frage nach einem ähnlichen Prozess, wie ihn die Aufklärung im europäischen Kontext ausgelöst hat, noch im Raum?

Ich bin davon überzeugt, dass Muslime ihre Religion mit Blick auf die Gegenwart immer wieder neu hinterfragen müssen. Der Islam ist eine dynamische Religion. Er verlangt geradezu Antworten auf neue Fragen. Das betrifft nicht nur neue Entwicklungen in der Medizin wie beispielsweise Organtransplantation oder die moderne Sterbebegleitung, sondern ebenso philosophische oder politische Entwicklungen. Diesen Prozess könnte man auch fortlaufende Aufklärung nennen. Es wäre aber, wie gesagt, vermessen zu behaupten, dass in der islamischen Welt ein gleicher Prozess wie in Europa stattfinden müsste, damit sie dann mit Europa auf Augenhöhe korrespondieren kann. Nochmals: In der islamischen Welt gab und gibt es keine dem Christentum vergleichbare Rivalität zwischen Religion und Ratio. Ich will es an einem Beispiel verdeutlichen: Ein wichtiger Impuls zur Entwicklung der Astronomie war es, die Gebetszeiten festzulegen, ohne jedes Mal den Sonnenstand neu beobachten zu müssen. Die astronomischen Kenntnisse wurden dann unmittelbar genutzt, um hieraus Gebetstabellen zu erstellen, später dann als Computerprogramm. Die Religion hat also die Wissenschaft gefordert, der Koran beschreibt Naturereignisse wie z.B. die Entwicklung eines Menschen im Mutterleib detailgetreu und fordert die Menschen auf, darüber zu forschen und Erkenntnisse zu sammeln. Gott ruft in seinen koranischen Offenbarungen die Menschen zigmal und unmissverständlich dazu auf, ihren Verstand zu benutzen.

Sie sprachen von gesellschaftlichen Veränderungen, die vom Islam aufgenommen werden und die in der religiösen Praxis

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Aufklärung ist der Schlüssel zur Verständigung

einen Niederschlag finden. Haben Sie dabei eine weltweite Debatte vor Augen oder können Sie sich vorstellen, dass der Islam in den verschiedenen Weltregionen ganz unterschiedliche Ausprägungen annimmt?
Der Islam ist aus seiner Tradition heraus von verschiedenen Rechtsschulen geprägt, die die islamische Rechtslehre bunt und vielschichtig entwickeln lassen hat. Die Rechtsschulen entstanden insbesondere einige Jahrzehnte nach dem Ableben des Propheten. Sie haben die Werke des Propheten interpretiert. Diese Rechtsschulen waren regional verortet. Zum Beispiel die Rechtsschule nach Imam Hanafi, der damals in der heutigen türkischen und syrischen Region gelehrt hat, die Rechtsschule nach Imam Maliki im maghrebinischen Teil, die Rechtsschule Schafii in Ägypten und weitere, wie hanbalitische auf der arabischen Halbinsel oder die jafaritische im heutigen Iran mögen hier genannt werden. In den Rechtsschulen wurden unterschiedliche Interpretationen des Islam ausgeprägt, mit unmittelbaren Rückwirkungen auf das gesellschaftliche Leben. Da heute die Schriften allein aufgrund der technischen Möglichkeiten einfach zugänglich sind, findet eine stärkere Auseinandersetzung mit den Rechtsschulen statt und zugleich ist eine gewisse Harmonisierung der Rechtsmeinungen festzustellen.

Es entsteht also eine globale muslimische Community?
Genau. Zwar gab es sie als Idee einer gemeinsamen globalen Weltgemeinschaft, ähnlich wie der Idee von Fraternité oder im arabischen der »Ummah« schon damals durch den Propheten manifestiert, aber aufgrund der globalen Vernetzung, der schnelleren Verfügbarkeit von Informationen aus den verschiedenen Regionen, verändert sich der gesellschaftliche, aber auch der religiöse Diskurs. Ganz spannend ist dabei, dass zum Beispiel auch ein Thema wie Religionsfreiheit dadurch in der islamischen Welt ausgedehnter diskutiert wird oder wie muslimische Intellektuelle, Politiker oder Wissenschaftler sich weltübergreifend Gedanken machen, wie ein gerechter, demokratischer Staat aussehen kann. Das ist eine sehr spannende Frage unter anderem vor dem Hintergrund der bereits angesprochenen Entwicklungen in Nordafrika. Ich bin mir sicher, dass diese Diskussionen auch in Europa ihren Niederschlag finden. Sie werden einerseits von der in Europa praktizierten und seit über 60 Jahre friedlichen Zeit der Demokratie angeregt, andererseits werden sich in der Zukunft Muslime hoffentlich noch stärker in die Debatten um das gesellschaftliche Leben in Europa einmischen. Der Philosoph und Denker Muhammad Iqbal, der sich intensiv mit Hegel und seiner Philosophie auseinandergesetzt hat, hat mich zur folgender Überlegung inspiriert: Erkenntnis stets als einen Erkenntnisstrahl zu betrachten, der kein Ende hat, sondern stets weitergedacht werden muss. Ein solches Denken schließt die Auffassung aus, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt der Höhepunkt der Geschichte erreicht wurde. Eine solche Auseinandersetzung setzt voraus, ohne Scheuklappen, offen für die Debatten und Diskurse über den eigenen Tellerrand zu schauen. Es gibt zahlreiche Beispiele von muslimischen Denkern, die diese Offenheit im Denken und Handeln zeigen. Ich würde mir wünschen, dass dies in der gesellschaftlichen Debatte um den Islam auch in Deutschland stärker wahrgenommen würde.

Herr Mazyek, das war ein sehr schönes Schlusswort. Ich danke Ihnen herzlich für das Interview.

AIMAN MAZYEK IST VORSITZENDER DES ZENTRALRATS DER MUSLIME. GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Wie die Angst vor dem Islam die Demokratie gefährdet

Fehlende Kenntnisse über den Islam produzieren Vorurteile und Ablehung / Von Wolfgang Benz

Seit dem 11. September 2001 werden Ängste vor einem »radikalen Islam« beschworen und die intellektuellen Vordenker malen mit grobem Pinsel das apokalyptische Gemälde des Untergangs der westlichen Zivilisation und Kultur. Der grobe Pinsel vereinfacht und verallgemeinert alltägliche Wahrnehmungen und vergröbert absichtsvoll, um mit dem Bild der gefährlichen Parallelgesellschaft zu erschrecken, einen Kampf der Kulturen zu menetekeln und unter der Vorgabe, »nur« einen »politischen« oder »radikalen« Islam zu meinen, das Feindbild der nicht integrierbaren, nicht zivilisierbaren und demokratieunfähigen, jedenfalls demokratieunwilligen Mehrheit der Muslime zu beschwören.

Die Ethnisierung sozialer Probleme ist als leicht nachvollziehbare Erklärung willkommen und die als Problemlösung vorgeschlagenen Politikkonzepte (law and order, Einwanderungsstop, Rückführung von Migranten) treffen die Wünsche vieler. Das Charisma und der Erfolg der Künder solcher Erlösungsbotschaft entsprechen den Bedürfnissen einer bestimmten Schicht von Unzufriedenen, denen Selbstbehauptung angesichts imaginärer Gefahren oberstes Gebot ist, womit sie ihre Bedrohungs-, Überfremdungs- und Existenzängste agieren.
Es muss also bewiesen werden, dass »der Islam« insgesamt, dass die Summe der Muslime aus religiösem Gebot und innerstem Wesen heraus bedrohlich ist, dass diese Gruppe eine Gefahr darstellt, der man begegnen muss. Dieser Mühe unterziehen sich politische Sektierer mit Sendungsbewusstsein, unterstützt von Publizisten, die in Artikeln, Traktaten und Büchern ihre Ängste und ihre Abneigung gegen den Islam kultivieren. Viele, die das Feindbild »Islam« verbreiten, weisen es dann mit Entrüstung von sich, an der Eskalation von Gewalt beteiligt zu sein, indem sie Sprengstoff in Gestalt beleidigender Behauptungen, unwahrer Feststellungen und verschwörungstheoretischer Erfindungen über das angebliche Wesen des Islam, den kollektiven Charakter der Muslime und anderen Unsinn bereitstellen.
Muslimfeinde oder »Islamkritiker«, wie sie sich lieber nennen, setzen alles daran, den Riesenunterschied zwischen der Minderheit islamistischer Terroristen und der Mehrheit der Muslime zu nivellieren. Dazu wird die Religion bemüht, um zu beweisen, dass »der Islam« in Wahrheit eine politische Ideologie sei, dass man deshalb keinen Unterschied machen dürfe zwischen kriminellen Fanatikern in Pakistan und deutschen Bürgern muslimischer Religion. Die Hinweise auf den gefährlichen Inhalt des Koran, der gerne als Handlungsanweisung für Muslime gegen den Rest der Welt denunziert wird, gehören zum Werkzeug der Islamfeinde wie die Feststellung, der Staat sei bedroht und wehre sich nicht gegen die fremden Usurpatoren der Macht. Dass die Verfassung der Bundesrepublik und alle ihre Gesetze ausnahmslos für alle in Deutschland lebenden Menschen, Bürger wie Gäste, gelten, muss nicht mit theatralischer Geste eingefordert werden. Das ist so und eine Änderung der Rechts- und Gesellschaftsordnung steht überhaupt nicht zur Debatte. Wenn weder Muslime noch Nichtmuslime die Abschaffung des Grundgesetzes zugunsten von Koran und Scharia erstreben, dann aber ist die Litanei, unsere Rechtsordnung sei bedroht, nur Stimmungsmache. Demagogie, die behauptet, etwas Selbstverständliches sei in Gefahr, findet immer Gefolgschaft, denn sie arbeitet mit dem Erschrecken über einen möglichen Verlust und die Erschrockenen prüfen die vorgebrachten »Beweise« nicht nach, weil sie dazu in der Regel weder willens noch in der Lage sind. So funktioniert gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie der neue sozialwissenschaftliche Fachbegriff für das uralte Phänomen der Abweisung und Ausgrenzung von Minderheiten durch die Mehrheitsgesellschaft lautet.
Im Diskurs über den Islam – der notwendig ist, der aber mit Argumenten statt mit Unterstellungen

Weiter auf Seite 5

Oleg M., Regisseur und Autor flüchtete nach Deutschland, nachdem seine Brüder in Tschetschenien »verschwunden« sind. Rakhman D. lebt als ehemaliger Bevollmächtigter des vom FSB getöteten Präsidenten Maschadow im Exil.

Oleg M. zu Besuch in der Exilwohnung seines Freundes Rakhman D. Nach dem Abendessen wird bei einer heißen Tasse Tee, Rosinen und Gebäck über Alltägliches, Arbeit und Politik diskutiert.

Fortsetzung von Seite 4

geführt werden muss – werden Überfremdungsängste artikuliert, kulturrassistische Vorbehalte agiert und religiöse Vorbehalte instrumentalisiert. Mit den Kampagnen gegen Muslime bzw. gegen den Islam haben rechtsextreme Parteien und Gruppierungen neue Aktionsfelder gefunden, bei denen sie Anschluss finden an Bevölkerungsschichten, die von Überfremdungsängsten geplagt sind, aber nicht zum rechtsextremen Spektrum gehören. Die Wahlpropaganda der NPD und rechtspopulistischer Parteien mit Zitaten und Anspielungen auf Thilo Sarrazins Thesen sind eindeutige Indizien.

Organisierte Feindseligkeit gegen Muslime gibt es in neuen Formen auch außerhalb des etablierten Parteienspektrums und der um Etablierung ringenden populistischen Bewegungen. Gemeindebildungen Gleichgesinnter ergeben sich im Umfeld von Publizisten und im Internet. Den Bindekitt bilden Ängste und das Bedürfnis nach schlichten Welterklärungen. Differenzierende Betrachtung von Problemen ist nicht die Sache derer, die hier den Ton angeben und nicht das Bedürfnis ihrer Gefolgschaft. In einer manichäischen Welt, die nur gut und böse kennt, werden die Angehörigen einer Minderheit zu Fremden erklärt, die die Rolle der Bösen spielen müssen und niemals aus ihr entlassen werden. Die Ethnisierung sozialer Probleme mit dem Vehikel der Religionszugehörigkeit hat einen Kulturrassismus hervorgebracht, der an das alte Übel anknüpft, Menschen aufgrund ihrer Herkunft als höher- oder minderwertig zu klassifizieren. Die »Minderheiten« sind als gefährlich für die Mehrheit stigmatisiert. Wagenburgmentalität innerhalb der Mehrheitsgesellschaft und das Verlangen, Intoleranz als Tugend der Abwehr vermeintlicher Gefahren zu kanonisieren, sind Reaktionen der Unsicherheit.

Die deutsche Gesellschaft befindet sich in einer Identitätskrise, die ausgelöst wurde durch den Modernisierungsschub, der national und global zu bewältigen ist. Das Raunen von der Gefahr, die vom Islam ausgehe, ist Bestandteil des alltäglichen Diskurses. Die Reizvokabeln, die Ideologen verbreiten, finden den Nährboden in existenziellen Ängsten, sie sind resistent gegen rationale Argumente. Die Rezepte der Ausgrenzung, mit denen im 19. Jahrhundert Reaktionäre ähnlichen Herausforderungen zu begegnen versuchten, haben in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts geführt. Sie wieder zu verwenden wäre fatal. Es geht um die Menschen- und Bürgerrechte einer Minderheit und um die demokratische Gesellschaft. In den aktuellen Identitätsdebatten Europas geht es nicht mehr wie im 19. Jahrhundert um die Emanzipation von Juden, sondern um die Integration von Muslimen. Verlustängste und Bedrohungsszenarien werden beschworen, um die Gefahr eines Ansturms auf das Abendland, die »Islamisierung Europas« zu konstruieren. Feindbilder grenzen nicht nur aus, sie bedienen Sehnsüchte nach schlichter Welterklärung in einem System, das nur gut und böse kennt. Feindbilder sind aber gefährlich: Das pauschale Verdikt der »Islamkritiker« gegen die Muslime bestreitet deren Menschen- und Bürgerrecht, das Plädoyer gegen Toleranz beschwört die schlimmsten Traditionen unserer Geschichte.

WOLFGANG BENZ IST HISTORIKER UND LEITETE ALS PROFESSOR DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN BIS 2011 DAS ZENTRUM FÜR ANTISEMITISMUSFORSCHUNG ■

Ohne Null ist alles Nichts

Warum unsere Zahlen eigentlich nicht zu Deutschland gehören / Von Max Fuchs

»Wer ein wahrer Christ sein will, muß die Methode dieser Thoren und Lügenschmiede fahren lassen.«

Kein »wahrer Christ« zu sein war noch bis ins 16. Jahrhundert nicht ungefährlich. Der Scheiterhaufen oder zumindest die ein oder andere schmerzhafte Erfahrung mit Folterinstrumenten waren starke Argumente für die richtige religiöse Haltung. Bei den oben angesprochenen Methoden handelt es sich dabei keineswegs um neue ketzerische Verfahren der Bibelauslegung, sondern bloß um Rechenverfahren. Es tobte bis weit ins 17. Jahrhundert nämlich ein Kampf darüber, ob der Abakus mit seinem raffinierten Verfahren, über das richtige Legen von Steinen, oder das Rechnen mit Ziffern, die über arabische Länder von Indien aus nach Europa kamen, das bessere Verfahren im Rechnen waren.

Der Umgang mit Steinen hatte dabei die Tradition auf seiner Seite. Denn eine »Kalkulation« war ein Verfahren, das bereits die Römer mit Rechensteinen, den calculi (!), betrieben. Das Problem bestand darin, dass das römische Ziffernsystem nicht geeignet ist für schriftliche Rechenverfahren – und es zudem auch keine Null darin gibt. Wie leicht das Fälschen von Beträgen mit diesem umständlichen Ziffernsystem ist, kann man heute noch an Sprichwörtern ablesen: Wer einem ein X für ein U vormacht, vertauscht die Zahl Zehn (X) mit der Zahl Fünf (man schrieb für das V lange das U). Ein Wirt, der eigentlich V Bier abrechnen sollte, konnte durch eine leichte Verlängerung der Striche aus V ein X machen – und somit das Doppelte kassieren. Elegante schriftliche Verfahren waren allerdings nur mit Ziffernsystemen von Zahlen möglich, bei der die Stellung der Ziffer (vor und nach dem Komma) ihren Wert angibt. Dass man hierbei die Null braucht, leuchtet sofort ein. Denn wie sonst könnte man 101, 11 oder 10.001 unterscheiden? Die Null musste also in der Tat erfunden werden. Dies taten die Inder.

Ein frühes Rechenbuch findet sich bereits im 7. Jahrhundert, geschrieben von Brahmagupta in Sanskrit. Der Handel und sicherlich auch Eroberungszüge sorgten dafür, dass Wissen verbreitet wurde. In der Tat ist seit den frühen Wanderbewegungen, die bis zur Urgeschichte der Menschen zu belegen sind – immerhin gilt Afrika als Wiege der Menschheit – Migration und damit Kulturbegegnung und Kulturaustausch der Motor unserer Entwicklung. Vor diesem Hintergrund werden manche Diskussionen darüber, was »deutsch« ist, ziemlich albern.

Sachwalter und Überbringer unserer europäischen »Leitkultur«, nämlich der Philosophie und Literatur der Griechen, waren dann auch die Araber, die Heiden, die lange Zeit in Südspanien eine hochzivilisierte Gesellschaft aufbauten. Wie das Zusammenleben von Juden, Arabern und Spaniern gelang, lässt sich in gut lesbaren historischen Romanen etwa von Leon Feuchtwanger nachlesen (z.B. »Die Jüdin von Toledo«). Die Griechen wiederum entdeckten zwar nicht die Geometrie – da waren zumindest die Ägypter schneller. Doch brachten die Griechen die Idee ein, Behauptungen auch systematisch beweisen zu müssen. Die »Elemente« des Euklid fassten das damalige Wissen zusammen. Ein anderer Strang mathematischen Denkens stützte sich auf den Umgang mit Zahlen. Hier gingen Babylonier und Inder voran. Doch auch Pythagoras, der all dies wusste und kannte, baute auf den Zahlen seine Weltanschauung auf: Er war Guru einer Weltanschauungsgruppe in Süditalien. Seine Lehre bestand in dem Nachweis, alles sei Zahl und alle Gesetze lassen sich in ganzzahligen Relationen, also in Bruchzahlen ausdrücken. Heute lernt man in der Mittelstufe, dass zumindest die Diagonale eines Quadrates mit der Seitenlänge 1 (gemäß dem »Satz des Pythagoras«) eine Seitenlänge von $\sqrt{2}$ hat, was wiederum nicht als rationale Zahl (also als Bruchzahl) ausgedrückt werden kann. Und man lernt, dass und wie Descartes dann im 17. Jahrhundert das Geometrische und das Algebraische in seiner analytischen Geometrie zusammengebracht, also Griechenland und Indien/Arabien zumindest mathematisch miteinander versöhnt hat.

Der eingangs erwähnte Streit über die richtige Rechenmethode hatte übrigens nicht nur theologische Gründe: Rechenmeister verdienten seinerzeit ihr Geld damit, dass sie rasch und auf mysteriöse Weise Aufgaben lösen konnten, die andere nicht lösen konnten – gerne auch als Vorstellung auf Jahrmärkten. Die Kenntnis neuer Lösungsverfahren war also eine Existenzgrundlage, die durch neue Verfahren hätte zerstört werden können. Die arabische Quelle dieser neuen Rechenkunst zeigt sich übrigens an den Bezeichnungen: Der Algorithmus geht auf den arabischen Mathematiker Alchwarizni zurück, der 820 ein wichtiges Lehrbuch verfasste. Auch das Wort Algebra hat einen arabischen Ursprung. Übrigens warb schon rund um 1000 Papst Sylvester II für den Gebrauch indisch-arabischer Ziffern – allerdings ohne großen Erfolg, wie der anschließende jahrhundertelange Streit zeigte. Wie man diese Episode in einen umfassenderen Kontext einbauen kann, zeigt auf interessante Weise Joachim Schröder: Zahlenwelten. Bausteine für einen interkulturellen Mathematikunterricht; 1994.

MAX FUCHS IST MATHEMATIKER, DIREKTOR DER AKADEMIE FÜR KULTURELLE BILDUNG REMSCHEID UND PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Said K. in einem Heim für Asylbewerber. Vor drei Monaten flüchtete er mit seiner Familie aus Tschetschenien. Aus Sicherheitsgründen können wir seinen Fall öffentlich nicht detailliert beschreiben, es bleibt die Angst.

Warum ist es so schwer, religiöse Vielfalt zu leben?

Eine zeithistorische Erkundung am Beispiel des Islams / Von Thomas Großbölting

Der Streit um den Auftritt von koranverteilenden Salafisten, die Diskussion um die Beschneidung von muslimischen Jungen, die Konflikte um die Errichtung von Moscheen oder das Tragen eines Kopftuches – auch wenn die mediale Berichterstattung kein verlässlicher Indikator für die Wahrnehmung des Islam in Deutschland ist, so zeichnet sich doch in diesen Beispielen eine Tendenz ab: Die Deutschen, so hat eine empirische Befragung des Exzellenzclusters Religion und Politik aus dem Jahr 2011 ergeben, haben einen wesentlich kritischeren Blick auf den Islam als beispielsweise ihre europäischen Nachbarn in Frankreich, Dänemark oder den Niederlanden. Stärker als die dortige Bevölkerung sind sie gegen den Bau von Moscheen oder Minaretten und sprechen sich weniger dafür aus, den Anhängern anderer Religionen gleiche Rechte zuzugestehen.

Es sind nicht direkte Kontakte zu Muslimen, die diese Anschauung prägen, im Gegenteil: In Deutschland, so gaben die Befragten an, gibt es besonders wenige Kontakte zwischen nicht-muslimischen Deutschen und Angehörigen islamischer Glaubensgemeinschaften. Es sind eher unwillkürliche Übertragungen der internationalen Berichterstattung mit ihren Beispielen tatsächlichen oder vermeintlichen islamischen Terrors, die die Wahrnehmung beeinflusst. Dieser Zusammenhang existiert aber nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo. Warum also tut sich die deutsche Gesellschaft anscheinend besonders schwer, mit religiöser Pluralität im Allgemeinen und mit dem Islam im Speziellen? Um Gründe dafür ausfindig zu machen, bietet es sich an, den Blick vor allem auf die Mehrheitsgesellschaft selbst zu richten. Von den Klassikern der Migrationsforschung wie Georg Simmel und anderen lernt man eines zuallererst: Es sind in der Regel nicht die wenigen Migranten, die die Situation in einer Gesellschaft entscheidend bestimmen. Stattdessen sind es die vielen bereits heimischen Menschen und die von ihnen getragenen Konventionen, Mentalitäten und gesellschaftlichen Strukturen, die ihrerseits determinieren, wie sich die »Neuen« integrieren oder außen vor bleiben. In welchen Formen und mit welcher Ausrichtung sich islamisches Leben in Deutschland entwickelte, war abhängig von den Strukturen des vorzufindenden sozialen, politischen und religiösen Feldes. In diesem Sinne hat jede Gesellschaft den Islam, den sie verdient – so hat es 2001 der niederländische Soziologe Jan Rath formuliert.

Islamisches Leben in Deutschland ist kein neues Phänomen. Bereits seit dem 19. Jahrhundert gab es Muslime in Deutschland. Aber erst mit der in der Bundesrepublik einsetzenden Arbeitsmigration wuchs die islamische Gemeinschaft zu einer sozial, politisch und auch religiös bedeutsamen Größe, die auch öffentlich breit wahrgenommen wurde. Die Wahrnehmung der Einwandernden als religiöse Menschen setzte erst zeitverzögert ein: Die gesellschaftliche Selbstverständigung über die Migration kam in den 1970er-Jahren weitgehend ohne Bezug auf den Islam aus. Nach zeitgenössischer Ansicht waren es vor allem Arbeitskräfte auf Zeit, sprich: »Gastarbeiter«, die nach Deutschland kamen, so dass sich die Frage nach ihrer Religion oder anderen Einstellungen erübrigte.

Erst im Diskurs der 1980er-Jahre wurden aus den einwandernden Türken, Afghanen, Pakistani und den Angehörigen arabischer Länder »die« Muslime und »der« Islam. Bis in die zwischen 2006 und 2009 vom Innenministerium abgehaltene »Islamkonferenz« setzt sich diese Tendenz zur Essentialisierung islamischer Religion fort. Nicht soziale, politische oder kulturelle Belange vereinten nun in der Wahrnehmung die Gruppe der Migrantinnen und Migranten, sondern vor allem deren Religiosität. Mit dieser Engführung wird nicht nur die darüber hinausgehende Vielfalt von Interessen und Positionen innerhalb dieser Gruppe beiseite gewischt, sondern auch die internen Veränderungen in der Religiosität bleiben unberücksichtigt. Ähnlich avancierte Religion auch bei der Konstruktion der Opposition zu einer Identitätsressource. Als Gegengruppe traten nicht »die Christen« auf, sondern die Nicht-Muslime. Selbst die großen christlichen Kirchen boten sich nicht wegen ihrer besonderen Botschaft als dem Staat und der Gesellschaft angemessene Religionen an, sondern betonten in Abgrenzung zum Islam vor allem ihre stärker säkulare Ausrichtung. Der Bezug auf Religion entwickelte sich eher abstrakt: Das Christentum gewann in diesen Abwehrreflexen nicht als religiöse Überzeugung an Gewicht, sondern vor allem als Traditionselement eines »abendländischen« Kulturkreises. Das Läuten von Kirchenglocken beispielsweise erscheint auf

Migranten werden zunehmend auf ihre Religionszugehörigkeit reduziert

dem Hintergrund dieser Haltung weniger als Einladung zur Messfeier, sondern vor allem als Teil des Brauchtums.

Dieser Diskursverlauf entsprach der religionspolitischen Konstellation: Vor allem die deutsche Politik agierte auch in den 1980er-Jahren und zum Großteil bis heute in den Bahnen, die sich im Verhältnis von Staat und Kirche in der jungen Bundesrepublik ausgebildet hatten. Im Grundgesetz von 1949 hatte man wesentliche Bestimmungen der Weimarer Verfassung übernommen. In der politischen Praxis füllte man dieses Gesetzeswerk aber wesentlich religionsaffiner. In Schule und Hochschule, in der Aufsicht der öffentlich-rechtlichen Medien, durch die staatliche Kirchensteuerhebung – die evangelische und die katholische Kirche wurden in vielfacher Hinsicht in das öffentliche Leben eingebunden. Ihre Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts gab diesem Engagement das juristische Fundament. Diese als »hinkende Trennung« von Kirche und Staat charakterisierte Konstellation existiert in vielen Belangen bis heute.

Das Zusammenspiel von Staat und christlichen Kirchen hat zur Überwindung des Zweiten Weltkriegs erheblich beigetragen. Der dafür zu zahlende »Preis« war eine Ausblendung der Ansprüche anders religiöser und nicht-religiöser Menschen. Der »Preis« stieg mit der stärkeren Pluralisierung und Heterogenität des religiösen Feldes: Aktuell sind nur noch ca. ein Drittel der Bundesbürger Mitglieder der protestantischen, ein weiteres Drittel Angehörige der katholischen Kirche. Ein weiteres Drittel ist nicht-konfessionell gebunden. Hinzu kommt eine Zahl von derzeit vier Millionen Muslime und viele Angehörige anderer Religionsgemeinschaften oder neureligiöser Bewegungen.

Die aktuelle Religionspolitik wie auch die gesellschaftliche Diskussion religiöser Fragen orientiert sich aber nach wie vor in hohem Maße an der »hinkenden Trennung« von Staat und christlichen Kirchen. Auf diese Weise werden sie der neuen Heterogenität im religiösen Feld nicht gerecht. Die Privilegierung der christlichen Großkonfessionen blockiert die Integration von Gemeinschaften anderen religiösen Bekenntnisses. In Deutschland stoßen »neue« Religionsgemeinschaften wie der Islam religionspolitisch in dem Maße an eine »gläserne Decke«, wie die Privilegierung der christlichen Großkonfessionen die gleichberechtigte Integration anderer Religionsgemeinschaften in Frage stellt.

Gleich ob Staatskirchentum oder Laizismus: Jedes Arrangement zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften ist auf religiöse Neutralität und Unparteilichkeit als eine Form des gleichen Abstands zwischen Staat und den verschiedenen Religionsgemeinschaften angewiesen. Die Garantie von Religionsfreiheit von staatlicher wie auch von Bindung an Verfassung und Gesetz von Seiten der religiösen Gruppen sind weitere Bausteine für ein gedeihliches Miteinander. Wenn aber der Abstand des Staates zu allen Religionsgemeinschaften grundsätzlich gleich ist und zugleich auch die Rechte der Nichtreligiösen gewährleistet sind, dann spricht nichts gegen eine kooperative Ausgestaltung des Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Religionsgemeinschaften.

THOMAS GROSSBÖLTING IST PROFESSOR FÜR NEUERE UND NEUESTE GESCHICHTE AN DER UNIVERSITÄT MÜNSTER ■

Einen reflexiven Zugang zur eigenen Religion ermöglichen

Zur Etablierung der islamischen Theologie an europäischen Universitäten / Von Mouhanad Khorchide und Milad Karimi

Betrachtet man die Debatten der letzten Jahre rund um das Thema Islam, dann findet man diese überschattet von sicherheitspolitischen Fragen. Oft geht es in den Diskussionen um Moscheebauten, Minarette und um das Kopftuch. Die Frage, wie der Islam die europäische Gesellschaft bereichern kann, wurde jedoch kaum gestellt. Hierzu benötigt der Islam einen Raum, in dem er sich auch akademisch entfalten kann.

Und gerade da besteht die große Chance der Etablierung der islamischen Theologie an deutschen Universitäten, aber auch in der Einführung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen. Muslime fühlen sich dadurch nicht nur als anerkannte Partner in dieser Gesellschaft, es ist nicht nur ein Zeichen der Anerkennung und somit ein Meilenstein in der Frage der Einbindung muslimischer Bevölkerung – Muslime bekommen dadurch auch die Möglichkeit, sich wissenschaftlich mit ihrer Religion auseinanderzusetzen. Denn bevor wir die Frage an die Muslime stellen, welchen Beitrag der Islam zur Bereicherung dieser Gesellschaft leisten kann, brauchen sie einen Zugang zum Islam, der es ihnen ermöglicht, islamische Inhalte wissenschaftlich zu reflektieren.

Der bis heute nicht bzw. nur zum Teil vorhandene islamische Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und die fehlende akademische Auseinandersetzung mit dem Islam führten zur Entstehung einer ausgehöhlten islamischen Identität bei vielen jungen Muslimen, die hier aufgewachsen sind. Viele muslimische Jugendliche – dies zeigen empirische Studien – identifizieren sich zwar stark mit dem Islam, fragt man sie jedoch nach ihrem Islamverständnis, stellt sich schnell heraus, dass viele nur das über den Islam wissen, was sie zu Hause bzw. in der Moschee beiläufig mitbekommen haben. Der reflexive Zugang fehlt in der Regel.

Die Etablierung eines akademischen Diskurses der islamischen Theologie wirft somit eine zentrale Frage auf, die die inhaltliche Ausrichtung der islamischen Theologie betrifft: Welche islamische Theologie soll sich an deutschen Universitäten etablieren? Auch die Aufforderung, die Imame in Deutschland statt in der Türkei bzw. in arabischen Ländern auszubilden, macht nur dann Sinn, wenn die hiesige islamische Theologie eine Theologie ist, die auf die Bedürfnisse der Muslime in dieser Gesellschaft eingeht.

Die Einführung der Islamischen Theologie an deutschen Universitäten wurde in der Öffentlichkeit auf den Aspekt der Imameausbildung reduziert, da dies einerseits ein greifbarer Aspekt ist und andererseits starke gesellschaftspolitische Relevanz hat, gerade in der Frage der Integration von Muslimen in Deutschland. Es wäre jedoch fatal, die Islamische Theologie auf eine Berufsausbildung zu reduzieren und in ihr in erster Linie eine Art Sicherheitsgarantie zu sehen. Die Islamische Theologie muss sich, wie andere Theologien, an deutschen und europäischen Universitäten als akademische Disziplin etablieren. Daher drängt sich nun die Frage auf, wie und welche Theologie sich in der Zukunft generiert. Denn bevor über eine Berufspraxis gesprochen wird, egal ob die der Religionslehrkräfte für den islamischen Religionsunterricht oder die der Imame, müssen zuerst die theoretischen, theologischen Grundlagen geschaffen werden. In diesem Sinne konzentrieren sich nun die Bemühungen muslimischer Theologinnen und Theologen in Deutschland. Neben zahlreichen Fachtagungen zu relevanten Themen (»Die Zukunft des islamischen Religionsunterrichts in NRW«, »Herausforderungen an die islamische Theologie in Europa«, »Das Verhältnis zwischen Islamwissenschaft und islamischer Theologie«, »Gottesvorstellungen im Islam«, »Islamische Seelsorge«, »Gewaltpotentiale in den heiligen Schriften von Islam und Christentum«, »Theologie der Barmherzigkeit«, »Ethik und Recht«), erscheint inzwischen ein »Jahrbuch für Islamische Theologie und Religionspädagogik«, das sich als ein offenes und kritisches Feld für die akademische Genese unterschiedlicher Theologien, die von innen her, ja aus der adäquaten Auseinandersetzung der reichen islamischen Tradition heraus, entstehen können. Der fachliche interreligiöse Austausch zwischen dem Islam und anderen Religionen und Weltanschauungen versachlicht sich immer mehr. Eine »Zeitschrift für interreligiöse Theologie« wird ebenfalls inzwischen von muslimischen Theologen herausgegeben. Die Etablierung islamischer

Islamische Theologie ist mehr als reine Imameausbildung

Studien an deutschen Universitäten ermöglicht also nicht nur die Etablierung eines islamisch theologischen Diskurses an den deutschen Universitäten, sondern eröffnet auch die Möglichkeit, inhaltliche, theologische Themen und Fragestellungen, die den Islam betreffen, sowohl in die Mehrheitsgesellschaft als auch in die muslimische Gesellschaft zu kommunizieren; denn die Gleichstellung der islamischen Theologie mit anderen Theologien an deutschen Universitäten bedeutet zugleich die Herausforderung an den Islam, ähnlich den christlichen und anderen Theologien, seine Positionen zu theologischen und ethischen, aber auch zu gesellschaftlichen Aspekten darzulegen und diese der Be- und Hinterfragung durch andere auszusetzen. Dies bietet Muslimen die Möglichkeit, sich aktiv mit ihrer Religion auseinanderzusetzen, aktiv nach Antworten auf metaphysische und ethische, aber auch auf gesellschaftliche Fragen zu suchen und traditionelle Positionen innerhalb der islamischen Theologie kritisch zu reflektieren, um in Zukunft selbst auch herausfordernd zu sein. Die Etablierung islamischer Studien an deutschen Universitäten bedeutet demnach nicht nur eine strukturelle Änderung in der universitären Landschaft Deutschlands, sondern sie kann auch zur Verankerung eines aufgeklärten Islamverständnisses beitragen. Um jedoch dem Mangel an qualifizierten Theologinnen und Theologen entgegenzuwirken, muss in den kommenden Jahren sehr viel in die Nachwuchsförderung investiert werden. Das Graduiertenkolleg »Islamische Theologie« der Stiftung Mercator, dessen Koordinierung von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ausgeht, leistet einen wichtigen Beitrag in diese Richtung. Die islamische Theologie muss auch im Dialog mit den Moscheegemeinden sein, um den Anschluss an die islamische Bevölkerung nicht zu verlieren. Dieser Dialog gestaltet sich nicht einfach, da sich viele Muslime von der akademischen Auseinandersetzung mit dem Islam apologetische Gesichtspunkte erwarten. Die Entwicklung eines Bewusstseins für die Aufgabe der Theologie als wissenschaftliches Fach, das ergebnisoffen arbeitet, muss sich im Laufe der nächsten Jahre sowohl bei Vertretern der Moscheegemeinden als auch bei den Studierenden etablieren. Bei der reflektierten Auseinandersetzung mit der traditionellen Islamischen Theologie gilt für die islamische Theologie der Grundsatz der Kontextualität, um eine zeitgemäße Islamische Theologie zu etablieren, die als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen die Lebenswirklichkeit von Musliminnen und Muslimen in Europa ernst nimmt.

MOUHANAD KHORCHIDE IST PROFESSOR FÜR ISLAMISCHE RELIGIONSPÄDAGOGIK UND LEITER DES ZENTRUMS FÜR ISLAMISCHE THEOLOGIE AN DER UNIVERSITÄT MÜNSTER. MILAD KARIMI IST VERTRETUNGSPROFESSOR FÜR »KALAM, ISLAMISCHE PHILOSOPHIE UND MYSTIK« AM ZENTRUM FÜR ISLAMISCHE THEOLOGIE ■

Said K. empfängt Gäste in seinen Wohnräumen in einem Heim für Asylsuchende. Traditionell bedeutet die Gastfreundschaft den Tschetschenen sehr viel. Said erzählt von seinem Dorf und dem Haus, das er zurücklassen musste.

Heterogen und differenziert – die Strömungen innerhalb der arabischen Welt

Die kulturelle Vielfalt des Islam verunsichert die deutsche Öffentlichkeit / Von Issam Haddad

Deutschland und die Islam-Debatte: Seit zwei Jahren durchlebt ein großer Teil der arabischen Welt einen nie dagewesenen Aufbruch: Würde, Brot und Freiheit sind die ersehnten Ziele. Im Erscheinungsbild tritt der politische Islam als die bestorganisierte zivile Kraft auf und strebt die Machtübernahme an. In Tunesien und Ägypten hat er zugegriffen und versucht, sich zu etablieren. In Syrien wie in Libyen strebt er nach der Macht auch über den Trümmern des postkolonialen, nationalen und repressiv geführten Staates. Den Widerstand leisten überall nicht nur säkulare konservative wie libertäre Kräfte, sondern auch liberale islamische Strömungen (Sufisten) sowie Anhänger der reinen Lehre. Ein Panorama der kulturellen Vielfalt des Islam zeichnet sich ab: verwirrend für die deutsche Öffentlichkeit und beunruhigend für das offizielle Deutschland.

In der arabischen Welt ist der Islam die haupttreibende missionierende Kraft: Mekka und Medina für die Sunniten, Najaf für die Schiiten und Al Azhar in Kairo für diese beiden Hauptströmungen im Islam. Mäßigend will das offizielle Deutschland auf diese Entwicklung wirken: In Libyen hielt es Wort und hoffentlich auch in Syrien. Denn das kommt der Bewahrung der existierenden religiösen und ethnischen kulturellen Heterogenität in diesem Land zugute. Mitte des 19. Jahrhunderts versuchte auch der Staat Preußen zwischen christlichen Maroniten und moslemischen Drusen auf den Bergen des Libanons zu schlichten. In der deutschen Öffentlichkeit herrschte Verwirrung und allmählich erfuhr man über die rivalisierenden Treibkräfte im »arabischen Frühling«. Ein Bild der kulturellen Vielfalt des Islam wurde zunehmend wahrgenommen und interessierte weite Kreise der sozial aktiven Öffentlichkeit. Genauso zeichneten sich die sozialen Konturen der heterogenen arabischen Welt in seinen Mehrheiten und Minderheiten mit ihren spezifischen kulturellen Nuancen ab, genauso wie deren Gemeinsamkeiten, die aus 15 Jahrhunderten des Zusammenlebens gewachsen sind. Wie ist die Sichtweise Deutschlands diesbezüglich?

Die Gemeinden dieser Vielfalt an Islamischer Kultur und heterogenen arabischen Identitäten auf deutschem Boden melden sich in diesem Zusammenhang kritisch zu Wort: In einem Beitrag über das Konkordat des Hamburger Senats mit den Islamischen und Aliwitschen Gemeinschaften beklagte Norbert Müller (Vorstandsmitglied vom Rat der Islamischen Gemeinschaften Hamburg) die immerwährenden Sicherheitsdebatten der Deutschen Islam Konferenz (DIK).

Auch der Kölner Fernsehjournalist A. Seuyurit gab in seinem Livebericht »den taktischen Fehlern der Polizei« die Schuld an den Ausschreitungen in Solingen und Bonn zwischen NRW-Leuten und Salafisten. Für seine so formulierte Berichterstattung erhielt der Journalist »eins auf´s Dach«, wie er sagte. Lediglich Chaos-Stifter sollen die Salafisten sein. Man tendiert wiederholt dazu, die Salafisten der Gewaltbereitschaft und des Terrors zu verdächtigen. Obwohl ihre Zahl auf fünftausend geschätzt wird, wird dafür eine Gesellschaft von vier Millionen Muslimen in Geiselhaft der medialen Verdächtigung genommen: Ob Schulversagen, Jugendgewalt oder Terrorismus neigt man schnell dazu, dies auf den Islam zurückzuführen. Die daraus entfachte Islamophobie erschwert die kulturelle Entfaltung zahlreicher Vereine, deren Grundlage die Islamische Lehre in ihrer Vielfalt bildet: von Sunniten, Schiiten, Alawiten und Al Ahmadieh. Den Gründungen dieser Vereine verdanken sie den liberalen öffentlichen Freiraum in Deutschland, der den meisten unter ihnen in ihrem Ursprungland verwehrt wird.

Die Frage, wie repräsentativ diese Vereine für ihre jeweiligen Strömungen innerhalb der kulturellen Vielfalt des Islam sind, ist vorläufig von untergeordneter Rolle. Viel wichtiger ist deren Anerkennung als integraler Bestandteil der Deutschen Gesellschaft in der sie leben und wirken wollen. Aus dieser Sicht ist der Schritt des Hamburger Senats zu begrüßen. Er erleichtert den Menschen im Rahmen dieser Vereine sich zu integrieren mit dem Gefühl, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu sein, ebenso wie christliche und jüdische Gemeinden. Die Tore für mehr Engagement und Verantwortungsübernahme in der gemeinsamen Gesellschaft werden dann leichter geöffnet. Weiterhin schätze ich den Vorschlag der Integrationskonferenz der IG Metall vor einigen Tagen in Kassel sehr: Migranten mit einer Aufenthaltserlaubnis und ohne deutsche Staatsangehörigkeit passiv wie aktiv an Kommunal- und Landtagswahlen zu beteiligen. Eine solche Politik wird schon seit Jahren in mehreren EU-Staaten betrieben. Sie fördert das Verantwortungsgefühl und -verhalten gegenüber der Gesellschaft und dient dementsprechend der Integration. So eine Wende fördert die Entfaltung der verschiedenen Kulturströmungen im Islam und bietet dem Blick der Öffentlichkeit ein real existierendes Spektrum von orthodox Konservativem bis zur liberalen Auslegung der Islamischen Lehre. Damit würden der öffentlichen Debatte über die Islamische Lehre und dem Verhaltenskodex der Muslime ein Sachverhalt und ein erlebbares Vitium als Grundlage geboten. Denn mit Bedauern las ich kürzlich, was die GEW-Funktionärin Sanan Kleff wiedergab: Islam-Debatten werden weniger sachlich als vielmehr emotional geführt. Auch Pädagogen zeigen Vorbehalte zum Thema Islam. Sanan Kleff, die seit zwölf Jahren Leiterin der bundesweiten Aktion »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« ist, äußerte weiterhin: Beim Thema Islam ginge es meistens um das Bild des vermeintlich miesen muslimischen Mannes, wie Zwangsehen, Beschneidung etc.! Aus all dem Gesagten wünsche ich mir, dass der Schritt seitens des Hamburger Senats bald reichliche Nachahmungen in anderen Bundesländern finden wird. Das fördert jene Wende in der Islamdebatte, die der ehrwürdige Gelehrte Wolfgang Benz einleitete, indem er öffentlich die Islamophobie mit dem Antisemitismus gleichsetzte.

Stellvertretend für extreme Minderheiten wird der gesamte Islam in Sippenhaft genommen

Auch die grandiose Forschungsarbeit des »Corpus Coranikum« unter der Leitung der hochwürdigen Professorin Angelika Neuwirth ist von unermesslichem Wert für die Zukunft der Debatte über den Islam in seiner Beziehung zur jüdisch-christlichen Kultur. Zahlreiche Initiativen auf akademischen sowie zivilgesellschaftlichen Ebenen zum Zweck einer realen Wahrnehmung der wirkenden Kräfte und realen Verhältnisse können den Blick der Öffentlichkeit wie auch des deutschen Staates weiter im Dienste einer ausgewogenen Politik schärfen, die ihrerseits eine stabile deutsch-arabische Freundschaft zu fördern vermag und den Menschen hilft, Würde, Brot und Freiheit zu erlangen.

Dies ist ein langwieriger Prozess und wir im Verein der »Freunde der arabischen Kinematik e.V.« leisten unseren bescheidenen Beitrag durch das jährliche Festival »Al Film«. In unseren Zielsetzungen steht fest geschrieben: Vermittlung der arabischen Kultur in ihrer Vielfalt in der deutschen Gesellschaft, um Vorurteile abzubauen, Bewusstsein zu schärfen und Verständigung zu ermöglichen.

ISSAM HADDAD IST VORSITZENDER DER FREUNDE DER ARABISCHEN KINEMATIK E.V. UND LEITER DES ARABISCHEN FILMFESTIVALS »AL FILM« IN BERLIN ■

Die jüngste Tochter von Said K. spielt im Nebenzimmer ihrer Wohnräume im Heim für Asylsuchende mit einem Hello-Kitty-Luftballon. Auf der Flucht hatten sie nur das mit dabei, was sie am Leib getragen haben.

Oleg M. Regisseur und Autor in seiner Wohnung. Er genießt politisches Asyl. Hier fühlt er sich sicher, seine Brüder sind verschwunden, viele Menschen in Tschetschenien verschwinden. Er singt von der Liebe, auf Deutsch.

Türkei als Vorbild, Türkei als Brücke

Andrea Wenger im Gespräch mit Reinhard Baumgarten

Herr Baumgarten, die Staaten des sogenannten »Arabischen Frühlings« haben sich seit den epochalen Umbrüchen vor knapp zwei Jahren nicht so entwickelt wie viele das erwartet oder zumindest erhofft hatten. Was ist da falsch gelaufen?
In der Euphorie, dass die autokratischen Herrscher endlich verschwanden, ist schlicht übersehen oder ignoriert worden, mit welch gigantischen Problemen Länder wie Tunesien, Ägypten oder der Jemen zu kämpfen haben. Das sind eben nicht nur die über Jahrzehnte aufgenötigte politische Unmündigkeit und daraus resultierend auch eine Unerfahrenheit mit demokratischen Prozessen. Da sind vor allem die gewaltigen sozialen Verwerfungen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Seit dem Sturz Mubaraks in Ägypten beispielsweise ist das Land mit seinen mehr als 85 Millionen Menschen ökonomisch immer weiter abgestürzt.

In Ägypten haben sich ja islamistische Kräfte machtpolitisch sehr in den Vordergrund gespielt. Staatspräsident Mohammed Mursi hat versprochen, am Demokratisierungskurs festhalten zu wollen.
So wie er in den vergangenen Wochen vorgegangen ist, sind Zweifel mehr als berechtigt. Präsident Mursi ist den Beweis schuldig geblieben, dass sein Verständnis von Islam und Demokratie miteinander vereinbar sind. Religiöse Minderheiten und Frauen sollten herausragende Positionen einnehmen, hat er versprochen. Eingelöst hat er davon nichts. Gelegenheit und Zeit hatte er.

Die Türkei ist ein demokratisches Land mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung und qua Verfassung ein laizistischer Staat mit dem bekennenden muslimischen Präsidenten Abdullah Gül und dem gläubigen Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan. Könnte die Türkei Vorbild für Ägypten und andere islamische Länder sein?
Die islamisch-konservative Regierung in Ankara wünscht sich von ganzem Herzen, dass die neuen Machthaber in den arabischen Ländern die Türkei als Vorbild sehen. Regierungschef Erdoğan und sein Außenminister Ahmed Davutoğlu haben sich im Laufe des vergangenen Jahres ziemlich ins Zeug gelegt, um ihr Regierungsmodell anzubieten. Der Erfolg war nur mäßig. In Ägypten ist Recep Tayyip Erdoğan von einem Teil der Muslimbrüder sogar öffentlich dafür gescholten worden, dass er den türkischen Laizismus vertreten hat. Lediglich in Tunesien und Libyen sind Herrn Erdoğans Offerten auf ein gewisses Interesse gestoßen.

Was ist denn modellhaft an der Republik Türkei?
Modellhaft ist das Verhältnis von Staat und Religion. Artikel 2 der türkischen Verfassung lautet: Die Republik Türkei ist ein im Geiste des Friedens der Gemeinschaft, der nationalen Solidarität und der Gerechtigkeit die Menschenrechte achtender, dem Nationalismus Atatürks verbundener und auf den in der Präambel verkündeten Grundprinzipien beruhender demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat.
Die Schlüsselwörter, um die es geht, lauten: demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat. Seit zehn Jahren regiert Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei. Seit zehn Jahren mutmaßen seine Gegner, der 58-Jährige habe eine geheime Agenda mittels der er das Land in einen »islamischen Gottesstaats« verwandeln wolle. Seit zehn Jahren erlebt die Türkei einen beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwung. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich verdreifacht, das Bruttosozialprodukt mehr als verdoppelt. Die Türkei ist zur 16. größten Wirtschaftsnation der Welt aufgestiegen. Religiöse und ethnische Minderheiten haben heute mehr Rechte als vor 2002. Der Justizapparat wurde im Sinne der islamisch-konservativen APP reformiert, die Allmacht des Militärs demokratischen Prinzipien untergeordnet, das Land soll schon bald eine neue Verfassung bekommen. Neben den Fortschritten gibt es auch bedenkliche Entwicklungen. Beispielsweise sitzen in keinem Land der Welt – China und Iran eingeschlossen – so viele Journalisten im Gefängnis wie in der Türkei. Den Osten des Landes beherrscht die immer noch ungelöste Kurdenfrage. Mehr als 40.000 Menschen sind seit Beginn der 80er-Jahre in diesem bewaffneten Konflikt umgekommen.

Hat denn Regierungschef Erdoğan eine »geheime Agenda «?
Die Frage ist relativ leicht zu beantworten. Recep Tayyip Erdoğan tritt ganz offen und ohne Feigenblatt für einen islamisch-konservativen Umbau seines Landes ein. Das zeigen seine Reden, das offenbart seine Politik, dass spiegelt sich in Gesetzen und Verordnungen wider, und das dürfte auch in der neuen türkischen Verfassung seinen Niederschlag finden, an der gerade gearbeitet wird. Die spannende Frage wird lauten: Welche Rolle wird der Laizismus – also die Kontrolle religiöser Belange – in der Republik Türkei demnächst spielen? Wird das säkulare Prinzip der Trennung von Religion und Staat aufrechterhalten oder wird es mehr und mehr verwässert? Ministerpräsident Erdoğan tritt mehr als alle seine Vorgänger für eine »Rückbesinnung« auf islamische Werte in Familie, Gesellschaft und Erziehung ein. Religion tritt in Gesellschaft und Politik heute offener denn je als in den vergangenen 90 Jahren der Republik Türkei in Erscheinung.

Gleiches geschieht ja auch in den Ländern des sogenannten »Arabischen Frühlings«. Ist die Türkei hier Vorbild?
In diesem Sinne ist die Türkei sicher kein Vorbild. Restaurative Strömungen, die Heil und Rettung aus wirtschaftlicher Not, sozialem Elend und einer tiefen kulturellen Identitätskrise in einer »Rückbesinnung« auf islamische Werte suchen, gibt es in arabischen Ländern schon seit Jahrzehnten. Aber noch nie hatten sie so viel Oberwasser wie in diesen Tagen. Jahrzehntelang sind sie von diktatorischen Systemen mit westlichem Segen und brutalen Methoden in Schach gehalten worden. Die Gründe dieser »Rückbesinnung« auf islamische Werte sind in der Türkei in vielen Nuancen anders als in der Türkei.

Könnte denn die Türkei im Bereich Verfassungsstaatlichkeit Vorbild für arabische Länder im Umbruch sein?
Mit der derzeitig gültigen Verfassung sicher nicht. Sie ist Anfang der 80er-Jahre von Obristen geschrieben worden, die gegen eine zivile Regierung geputscht hatten und mit einem Regime des Schreckens die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten beenden wollten. Wegweisend – aber nicht uneingeschränkt vorbildlich – könnte die klare Trennung zwischen Staat und Religion sein. In der gegenwärtigen Verfassung werden beispielsweise zahlreiche religiöse Rechte eingeschränkt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat deshalb schon mehrfach Ankara aufgefordert, etwa die Rechte religiöser Minderheiten europäischen Standards anzupassen.

Die Türkei, sagen Sie, steht wirtschaftlich gut da. Die Länder des »Arabischen Frühlings« andererseits befinden sich wirtschaftlich in schwerer See. Was läuft in der Türkei besser?
Die Türkei hat viele Jahrzehnte gebraucht, um global gesehen zu einem nennenswerten Wirtschaftfaktor zu werden. Einen großen Schritt nach vorne hat das Land tatsächlich dann unter Regierungschef Erdoğan gemacht. Dessen Wirtschaftspolitik ist geprägt durch einen in Europa beispiellosen Neoliberalismus gepaart mit einer islamisch-konservativen Grundhaltung. Erdoğans Wirtschaftsleute werden zuweilen auch als islamische Kalvinisten bezeichnet. Aber diese Leute sind nicht nur einfach fromm und fleißig. Sie profitieren von dem im Vergleich zu arabischen Ländern insgesamt besseren Bildungssystem und der Anfang der 20er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts massiv angeschobenen Westorientierung der Türkei. Auch wenn asiatische Staaten immer stärker werden, die Globalisierung der Arbeitswelt ist eine westliche Erfindung und folgt deren Regeln. Die Staaten des »Arabischen Frühlings« mit ihren jungen, oftmals schlecht ausgebildeten Bevölkerungen drohen weiter abgehängt zu werden. Deshalb wollen viele – siehe Ägypten – ihr Heil in einem islamischen Utopia des 7. Jahrhunderts suchen, weil sie soziale Ungleichheiten und Wirtschaftsprobleme nicht mit zeitgemäßen Methoden lösen können.

REINHARD BAUMGARTEN IST HÖRFUNKKORRESPONDENT DER ARD IN ISTANBUL UND TEHERAN. ANDREA WENGER IST MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Der arabische Frühling aus westlicher Sicht

Wie werden die Umwälzungen in der arabischen Welt in Deutschland wahrgenommen? / Von Abderrahmane Ammar

Seit dem 11. September, bei dem auch deutsche Muslime Komplizen waren (Hamburger Zelle), war das Bild der islamischen Welt bei vielen Deutschen mit Gewalt verbunden. Diese negative Darstellung wird durch viele andere Faktoren verschärft, wie muslimische Migranten, die in Deutschland nicht gut integriert sind oder durch die Debatten über das Kopftuch, die Minarette usw. Aber viele Deutsche, die in den islamischen Ländern gewohnt haben oder diejenigen, die muslimische Freunde in Deutschland haben, können gut zwischen liberalen, aufgeklärten Muslimen und fundamentalistischen Muslimen unterscheiden und sie wissen, dass die Mehrheit der Muslime friedlich ist, nicht vier Frauen hat, keinen Bart oder kein Kopftuch trägt. Wenn man in den größten Städten wie Casablanca, Tunis, Kairo usw. ist, sieht man, dass die meisten Frauen studieren, arbeiten und ihr Schicksal selbst bestimmen. Viele deutsche Wissenschaftler haben in Publikationen erwähnt, dass der islamische Fundamentalismus nicht unbedingt aus religiösen Gründen entsteht, sondern aus sozialen und kulturellen. Weltweit findet der Fundamentalismus seine Nahrung in der Armut, Analphabetismus und Mangel an sozialer Sicherheit.

Jasmin Revolution und arabischer Frühling brechen viele Vorurteile

Als der arbeitslose Akademiker Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid im Süden Tunesiens sich aus Protest selbst verbrannte, weil man ihm seinen Gemüsewagen wegnahm, haben viele Einwohner dieser Stadt ihre Solidarität gezeigt: Sie gingen auf die Straßen und veröffentlichten Videos, Kommentare in Netzwerken und förderten Gerechtigkeit im Land. Die Massendemonstrationen, die sich danach auf die Nachbarländer verbreiteten und den arabischen Frühling angeführt haben, haben nicht nur die dort herrschenden diktatorischen Führungen überrascht, sondern auch die westliche Welt. Der arabische Frühling hat die Deutschen begeistert und sie haben ihm viel Aufmerksamkeit gewidmet, weil die Regimeputsche friedlich waren und zivilgesellschaftliches Engagement junger Generation zum Wandel führte. Die Revolution hatte keine religiöse Bedeutung oder Grundlage und war nicht gegen den Westen gerichtet wie die iranische Revolution.

Der arabische Frühling und der Mauerfall

Darüber hinaus lässt der arabische Frühling viele Deutsche an ihre Vergangenheit erinnern und viele machten Vergleiche zwischen dem arabischen Frühling und den Montagsdemonstrationen in Leipzig (9. Oktober 1989) und der Berliner Mauer (9. November 1989). Viele Journalisten wie auch Akademiker, Politiker und Bürger sehen die Diktatoren in den arabischen Ländern wie die Berliner Mauer, die man durch starken Willen und Mut abgeschafft hat. Sidid Bouzid in Tunesien, der Tahrir-Platz (Platz der Befreiung) in Ägypten und andere Orte sind weltweit genauso wie die Berliner Mauer Symbole für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde. Denn eine Revolution oder eine Revolte zu machen ist keine einfache Sache. Die Jugendlichen müssten vorher viele Revolten gemacht haben, bevor sie auf die Straße gegangen sind: eine innerliche Revolution in ihren Gedanken und gegen ihre Ängste, eine Revolte gegen das Elternhaus und eine Revolte im politischen Feld. Es gibt keine Eltern, die ihren Kindern zumuten auf die Straße zu gehen, um das Regime zu ändern, vor allem, nachdem viele Aktivisten in den vergangenen Jahren ums Leben gekommen sind oder ins Ausland fliehen mussten, weil sie die totalitären Systeme in ihren Ländern ändern wollten. Darüber hinaus werden die Jugendlichen von den älteren Generationen unterdrückt; man hat ihr Engagement als Bedrohung gegen die alten Normen und Muster gesehen. Die Massendemonstrationen in erster Linie von jüngern Generationen, die eine eigene Lebensart entwickeln wollen und Neues gestalten. Dies könnte man mit der 1896 in Deutschland gegründeten Jugendbewegung »Wandervogel« vergleichen.

Deutsche Akademiker: Der Frühling bedeutet mehr als ein Systemwechsel

In fast allen orientalischen Gesellschaften herrscht das Motto: »Ich bin mit meinem Bruder gegen meinen Onkel, und ich bin mit meinem Onkel gegen die Fremde!« Dieses Motto oder Überzeugung wird zwar als Strategie verwendet, die Familie/das Dorf zu verteidigen, dies wird aber auch in der politischen Praxis verwendet. Der Historiker Ibn Khaldūn, (1332-1406) betont in seinem Buch »Al-Muqaddima« (die Einführung in die Weltgeschichte) die Rolle der ʿAṣabiyya (Stammeszugehörigkeit) in den islamischen Ländern. In allen arabischen und islamischen Ländern ist Religion, Politik und Wirtschaft nicht voneinander zu trennen, denn diese Felder hängen von den starken Stämmen ab. Wer die politische Macht innehat, versucht für seine Familie, sein Dorf oder seinen Stamm so viele wirtschaftliche Quellen wie möglich zu sichern, weil durch die wirtschaftlichen Güter die Politik wieder dominiert wird. Der Glaube ist immer anwesend auf dem politischen Feld, um die Macht zu legitimieren. Sogar viele Ehen werden aus wirtschaftlichen und politischen Gründen geschlossen. Wenn zwei Stämme Frauen tauschen, so ist dies ein Zeichen für politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese Gewohnheiten gelten auch in den politischen Parteien, und jede Partei funktioniert wie ein Stamm.

Lässt die Begeisterung nach?

Aus deutscher Sicht (westlicher Sicht) und trotz der Begeisterung der Deutschen gegenüber dem arabischen Frühling und dem Engagement der Jugendlichen für Demokratisierung und den Modernisierungsprozess, sieht man einen kritischen Punkt: nämlich den Mangel an politischer Praxis der Jugendlichen, die Dominanz der Gefühle und die utopischen Gedanken. Der Mangel an politischer Praxis führe dazu, dass die islamistischen Parteien, die gut organisiert sind, davon profitiert und die Wahlen gewonnen haben, obwohl sie nicht am Anfang des Frühlings aktiv waren. Das Problem vieler Freiheitsaktivisten ist, dass sie es noch nicht geschafft haben, ihre Gefühle zu kontrollieren und sie lassen sich von den Gefühlen leiten. Wenn sie wütend sind, reagieren sie sofort, ohne sich vorher viele Gedanken darüber gemacht zu haben.

Die Abschaffung der Diktatoren reicht nicht allein!

Sofort die Wut zeigen, schreien, und wenn es sein muss, schlagen oder schimpfen, empfindet man im Allgemeinen in den orientalischen Kulturen als Stärke. Man hat gesehen, wie viele »Revolutionäre« mit den Anhängern des alten Regime umgegangen sind, wie Gaddafi und seine Anhänger, oder Mubarak und seine Anhänger usw.: Man hat sie ohne Barmherzigkeit behandelt. Wut und Gewalt waren auch in den letzten Jahren unter Sunniten und Schiiten stärker geworden, vor allem in Irak und Bahrain. Aristoteles, der in der islamischen Philosophie eine große Rolle im Mittelalter gespielt hat, sagte: »Jeder kann wütend werden, das ist einfach. Aber wütend auf den Richtigen zu sein, im richtigen Maß, zur richtigen Zeit, zum richtigen Zweck und auf die richtige Art, das ist schwer«. Das ist genau das, was die Muslime lernen müssen: wütend auf den Richtigen zu sein, im richtigen Maß, zur richtigen Zeit. Der Weg zur Demokratie passiert nicht allein durch die Abschaffung der Diktatoren. Der Demokratisierungsprozess erfordert psychologische, mentale und spirituelle Elemente, der Toleranz, Respekt für andere, Akzeptanz von Unterschieden, Vernichtung der Rache, über die Zukunft nachzudenken und sich vom Gefängnis der Vergangenheit befreien.
Der arabische Frühling ist aber ein guter Anfang und der Weg zur Demokratie ist ein langer Prozess, der nicht heute auf morgen zu realisieren ist.

ABDERRAHMANE AMMAR IST MAROKKANISCHER ISLAMWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST BEI DER DEUTSCHEN WELLE IN BONN ■

Oleg M. beim Abendgebet im Schlafzimmer seiner Zwei-Raum-Wohnung. Eine ältere Dame hat die Wohnung vorher bewohnt, die Miete ist günstig. In Grozny war er früher mal beim Fernsehen und moderierte ein Kulturprogramm.

Rasul D. ist mit einem Freund verabredetet, um Sonnenblumenkerne zu essen und sich auszutauschen. Rasul leidet an PTBS. Kriegstraumata haben diese Erkrankung ausgelöst, deshalb kann er auch nicht die Schule besuchen.

Kunst und Kultur gehören zur religiösen Bildung

Gabriele Schulz im Gespräch mit Erol Pürlü

Am 3. Oktober 2012 stand der Tag der offenen Moschee unter dem Motto »Islamische Kunst und Kultur«. Gabriele Schulz fragte den Sprecher des Koordinationsrates der Muslime Erol Pürlü, wie es zu dieser Themensetzung kam und wie sie aufgenommen wurde.

Herr Pürlü, dieses Jahr stand der Tag der Offenen Moscheen ganz im Zeichen der Islamischen Kunst und Kultur. Wie kam es zu dieser Themenwahl?
Ich möchte vorausschicken, dass der Tag der offenen Moschee seit 2007 unter der Leitung des Koordinationsrates der Muslime durchgeführt wird. Jedes Jahr wird ein Thema als verbindendes Element gewählt. Im Jahr 2013 haben wir uns für das Thema Islamische Kunst und Kultur entschieden, zum einen um die unterschiedlichen Facetten des Islams zu zeigen und zum anderen um die ästhetische und die künstlerische Dimension des Islams den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland näher zu bringen.

Wie ist das Thema angenommen worden?
In diesem Jahr hatten wir einen sehr regen Besuch. Die Moscheegemeinden haben allerdings nicht nur eingeladen, sondern viele von ihnen haben zusätzlich Ausstellungen gemacht, Aufführungen oder unterschiedliche Programme angeboten, so dass die Besucher sich ein gutes und schönes Bild von der islamischen Kunst und Kultur machen konnten.

Gehörte auch zu Ihren Anliegen, die Vielfalt der islamischen Welt zu zeigen?
Selbstverständlich. Der Tag der Offenen Moschee zielt darauf ab, Begegnung zu schaffen und über den Islam sowie das muslimische Leben in Deutschland aufzuklären. Dafür ist es wichtig, die unterschiedlichen Facetten des Islams zu zeigen.

Welche Bedeutung hat die Vermittlung islamischer Kunst und Kultur in den Moscheen? Ist dies auch ein Thema außerhalb spezifischer Veranstaltungen wie dem Tag der offenen Moschee und wird als eine Aufgabe der Moscheegemeinden gesehen?
Der 3. Oktober ist der bundesweite Tag der offenen Moschee. Aber auch an anderen Tagen kommen sehr viele Schülergruppen, Gruppen aus kirchlichen Einrichtungen oder anderen Organisationen, um sich über Moscheen und über den Islam zu informieren. Die Moscheen öffnen ihre Türen also auch an den 364 anderen Tagen. Das Angebotsspektrum unterscheidet sich von Moschee zu Moschee. Manche Moscheegemeinden veranstalten zum Beispiel Wohltätigkeitsbasare, bei denen ein Einblick in die islamische Kunst und Kultur vermittelt wird.

Was Sie eben geschildert haben, richtet sich eher an die nicht-muslimische Bevölkerung. Haben Moscheen auch eine Aufgabe oder Bedeutung bei der Vermittlung islamischer Kunst und Kultur an Muslime? Die Kirchen sehen sich gefordert, ihre Musik oder Kunst auch an die eigenen Gläubigen weiterzugeben. Haben Moscheegemeinden vergleichbare Aufgaben in der Tradierung der islamischen Kunst und Kultur an ihre Mitglieder?
Sicherlich. Die erste Aufgabe der Moscheegemeinden ist die religiöse Bildung für die Gemeindemitglieder. Dazu gehört zum Beispiel die Vermittlung von Inhalten der islamischen Religion, Glaubensinhalten und Glaubenspraktiken. Darüber hinaus wird beispielsweise ebenso die Rezitation des Korans muslimischen Kindern und Jugendlichen vermittelt. Hier kommen sie über die spezifischen Rezitationsregeln in Berührung mit islamischer Kunst und Kultur. Ebenso bieten Moscheegemeinden Kurse in Kalligraphie, Ebru-Kunst, eine Art Ölmalerei auf Wasser, an oder ermöglichen die Auseinandersetzung mit der klassischen Ornamentik. Viele finden über diese Beschäftigung mit islamischer Kunst und Kultur einen Zugang zu anderen Kunstformen.

Herr Pürlü, haben Sie herzlichen Dank für das Interview.

EROL PÜRLÜ IST SPRECHER DES KOORDINATIONSRATS DER MUSLIME. GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Lesetipps

Für alle diejenigen, die zum Islam in Deutschland weiterlesen möchte, haben wir, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ein paar Lesetipps aus den Jahren 2011 und 2012 zusammengestellt.

- Nasr Hamid Abu Zaid, Hilal Sezgin: Der Koran und die Zukunft des Islam. Die Basis einer Weltreligion. Verlag Herder 2011
- Jim Al-Khalili: Im Haus der Weisheit. Die arabischen Wissenschaften als Fundament unserer Kultur. S. Fischer Verlag 2012
- Patrick Bahners: Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift. dtv 2012
- Wolfgang Benz: Die Feinde aus dem Morgenland: Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet. C.H. Beck 2012
- Rachid Benzine: Islam und Moderne. Die neuen Denker. Verlag der Weltreligionen 2012
- Markus Hattstein: Islam. Kunst und Architektur. H.f. ullmann publishing 2011
- Peter Heine: Märchen, Miniaturen, Minarette. Eine Kulturgeschichte der islamischen Welt. Primus 2011
- Tom Holland: Im Schatten des Schwertes. Mohammed und die Entstehung des arabischen Weltreichs. Klett-Cotta 2012
- Karl Jaros: Der Islam. Historische Grundlagen und Glaubenslehre. UTB 2012
- Lamya Kaddor: Muslimisch – weiblich – deutsch. dtv 2011
- Mouhanad Khorchide: Islam ist Barmherzigkeit. Grundzüge einer modernen Religion. Verlag Herder 2012
- Gudrun Krämer: Demokratie im Islam. C.H-Beck 2011
- Rüdiger Lohlker: Islamisches Recht. UTB 2011
- Hendrik Meyer, Klaus Schubert (Hg.): Politik und Islam. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011
- Katharina Mommsen: Goethe und der Islam. Insel Verlag 2011
- Mathias Rohe: Das islamische Recht. C.H. Beck 2011
- Annemarie Schimmel: Allah, Koran und Ramadan. Patmos Verlag 2012
- Hilal Sezgin: Manifest der Vielen. Blumenbar Verlag 2011
- Adam J. Silverstein: Islamische Geschichte. Philip Reclam 2012
- Nicolai Sinai: Die Heilige Schrift des Islams. Die wichtigsten Fakten zum Koran. Verlag Herder 2012
- Michael Thumann: Der Islam-Irrtum. Europa und die muslimische Welt. Eichborn 2011
- Jürgen Todenhöfer: Feindbild Islam. Zehn Thesen gegen den Hass. C.H. Bertelsmann 2011
- Fabian Wahl: Der Islam in den Medien. Tectum Verlag 2011
- Stefan Weidner: Aufbruch in die Vernunft. Islamdebatten und islamische Welt zwischen 9/11 und den arabischen Revolutionen. J. H. Dietz 2011
- Hans-Jürgen Wensierski, Claudia Lübcke: Als Moslem fühlt man sich hier auch zu Hause. Biographien und Alltagskulturen junger Muslime in Deutschland. Verlag Barbara Budrich 2012
- Charlotte Wiedemann: Ihr wisst nichts über uns! Meine Reisen durch einen unbekannten Islam. Verlag Herder 2012
- Olaf Zimmermann, Theo Geißler (Hg.): Kulturelle Vielfalt leben: Chancen und Herausforderungen interkultureller Bildung - Aus Politik & Kultur 8. Deutscher Kulturrat 2012

Rasul D. betet in seinem Zimmer. Schlafen und sich konzentrieren kann er nur schwer wegen seiner Posttraumatischen Belastungsstörung. Die verpackte Couch ist ein Geschenk für seine verabredete Hochzeit. Momentan schreibt Rasul ein Märchen.

Islam · Kultur · Politik

Islam · Kultur · Politik ist eine regelmäßige Beilage zur Zeitung Politik & Kultur des Deutschen Kulturrates. Sie ist eine Kooperation des Deutschen Kulturrates und der Robert Bosch Stiftung.
Die Beilage erschien seit 2011 bis zu drei Mal jährlich. Diese siebte Ausgabe bildet den Anschluss der Reihe.

Die Beilage Islam · Kultur · Politik soll die Debatte um die Rolle des Islams in Deutschland vertiefen. Es geht dabei zum einen um eine Auseinandersetzung um die Wirkungen der muslimischen Religion auf Kultur und Lebensweise der hier lebenden Menschen. Zum anderen soll der politische Umgang mit dem Islam beziehungsweise mit Muslimen beleuchtet werden. Damit soll die Debatte um den Islam und um Muslime in Deutschland versachlicht und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen verschiedener Religionen und unterschiedlicher Kulturen geworben werden. Der Deutsche Kulturrat versteht Islam · Kultur · Politik zudem als einen Beitrag zur Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen.

Bisherige Schwerpunkte waren:

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 1/2011 von Politik & Kultur (40 Seiten), anhand von fünf Schwerpunktthemen (Islamische Vielfalt, Judentum Christentum Islam, Bildung Religion Glaube, Wissen über den Islam – Wissen des Islams, Islam in den Medien, Zusammenleben in Deutschland) wurde sich umfassend mit dem Verhältnis von Islam, Kultur und Politik auseinandergesetzt ·

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 3/2011 von Politik & Kultur (8 Seiten), die im vorangegangenen Dossier aufgeworfenen Fragen wurden vertieft, einen Schwerpunkt bildete die auswärtige Kulturpolitik in islamischen Ländern. ·

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 5/2011 von Politik & Kultur (8 Seiten), „Der Bruch des 11. September 2001 als Chance für einen kulturellen Aufbruch“: die inhaltlichen Schwerpunkte des Dossiers fokussieren die Themen „9/11: Philosophische und religiöse Einschätzungen“, „Politischer Umgang mit 9/11“, „9/11 als Medienereignis“ und „Kulturelle Aufarbeitung der Anschläge“.

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 1/2012 von Politik & Kultur (8 Seiten) widmete sich Fragen der Lebenswelten muslimischer Jugendliche in Deutschland.

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 1/2012 von Politik & Kultur (8 Seiten) ging der Frage nach, ob eine muslimische Zivilgesellschaft überhaupt existiert und wenn ja, wie diese ausgestaltet ist.

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 5/2012 von Politik & Kultur (6 Seiten) beschäftigte sich mit der polarisierenden Rolle und den städtebaulichen Herausforderungen der Moscheebauten in Deutschland.

OLAF ZIMMERMANN , GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND HERAUSGEBER VON POLITIK UND KULTUR. OLAF HAHN IST DIREKTOR DES PROGRAMMBEREICHS BILDUNG, GESELLSCHAFT UND KULTUR DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■

Inhaltsverzeichnis

1 Gleichberechtigung für Muslime schaffen
VON KATAJUN AMIRPUR

2 Zwei Jahre spannende Debatten
VON OLAF ZIMMERMANN
UND OLAF HAHN

3 Aufklärung ist der
Schlüssel zur Verständigung
GABRIELE SCHULZ IM
GESPRÄCH MIT AIMAN MAZYEK

4 Wie die Angst vor dem Islam
die Demokratie gefährdet
VON WOLFGANG BENZ

5 Ohne Null ist alles Nichts
VON MAX FUCHS

6 Warum ist es so schwer,
religiöse Vielfalt zu leben?
VON THOMAS GROSSBÖLTING

7 Einen reflexiven Zugang zur
eigenen Religion ermöglichen
VON MOUHANAD KHORCHIDE
UND MILAD KARIMI

8 Heterogen und differenziert
VON ISSAM HADDAD

9 Türkei als Vorbild, Türkei als Brücke
ANDREA WENGER IM GESPRÄCH
MIT REINHARD BAUMGARTEN

10 Der arabische Frühling
aus westlicher Sicht
VON ABDERRAHMANE AMMAR

11 Kunst und Kultur
gehören zur religiösen Bildung
GABRIELE SCHULZ IM
GESPRÄCH MIT EROL PÜRLÜ

11 Lesetipps

Islam · Kultur · Politik

Regelmäßige Beilage zu
Politik & Kultur
ISSN 2191-5792

Erscheint als Beilage zur Zeitung Politik & Kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Die Beilage wird in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung herausgegeben.

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion:
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Stefanie Ernst,
Olaf Hahn

Redaktionsassistenz:
Carolin Ries, Tatjana Gridnev,
Verena Schmidt

Verlag:
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. oder der Robert Bosch Stiftung wieder.

Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von Politik und Kultur nennen.

Gefördert aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung.